



**Universität  
Zürich** <sup>UZH</sup>

Wahrnehmung des Kindesschutzverfahrens vor der KESB durch  
Jugendliche und Eltern mit Fokus auf Gerechtigkeit

Abhandlung  
zur Erlangung der Doktorwürde  
der Philosophischen Fakultät  
der  
Universität Zürich

vorgelegt von  
Andrea Hauri

Angenommen im Herbstsemester 2020  
auf Antrag der Promotionskommission bestehend aus  
Prof. Dr. Katja Rost (hauptverantwortliche Betreuungsperson)  
und Prof. Dr. Jörg Rössel

Zürich, 2020

## **Zusammenfassung**

Das Kindesschutzverfahren vor der KESB stellt einen staatlichen Eingriff in den privaten Raum von Familien dar und löst bei Betroffenen häufig intensive Emotionen aus. Emotionen, Haltungen und das Verhalten von Menschen sind stark davon beeinflusst, ob sie sich gerecht behandelt fühlen. Aus der Gerechtigkeitsforschung sind verschiedene Aspekte bekannt, die die Gerechtigkeitswahrnehmung beeinflussen. So nehmen Betroffene ein behördliches Verfahren eher als gerecht wahr, wenn sie sich daran beteiligen können, wenn sie sich mit Würde und Respekt behandelt fühlen und wenn sie die Behörde als legitim und neutral einschätzen.

Ziel des Forschungsprojekts ist es, gestützt auf organisationale Gerechtigkeitstheorien über neue Erkenntnisse zu verfügen, wie Jugendliche und ihre Eltern das Kindesschutzverfahren vor der KESB wahrnehmen, und daraus Anregungen für dessen Gestaltung abzuleiten.

In dieser theorieorientierten qualitativen Studie wurden problemzentrierte Interviews mit Jugendlichen und Eltern durchgeführt und mittels qualitativer Inhaltsanalyse ausgewertet, für die im Kanton Bern in der Vergangenheit ein Kindesschutzverfahren vor der KESB erfolgte.

Die Studie zeigt, dass Jugendliche und Eltern das Kindesschutzverfahren vor der KESB mehrheitlich ambivalent oder gerecht wahrnehmen, dass für Jugendliche und Eltern jedoch unterschiedliche Aspekte im Verfahren relevant sind. Jugendliche haben insgesamt geringe Kenntnisse über das Verfahren und realisieren manchmal erst in der Retrospektive, wie weitreichend die Folgen des Entscheids der KESB für sie sein können. Vor allem männliche Jugendliche ziehen es vor mit niemandem aus ihrem sozialen Umfeld über das Kindesschutzverfahren zu sprechen. Die Jugendlichen nehmen das direkte Sprechen über familiäre Probleme, beispielsweise im Rahmen der Anhörung, manchmal als emotional belastend wahr. Für viele Eltern stellt die Eröffnung des Kindesschutzverfahrens vor der KESB ein Schock dar, der mit Unsicherheit, Angst und Selbstzweifel verbunden ist. Die ersten Fairnesserfahrungen, die die Betroffenen mit der KESB zu Beginn des Verfahrens machen, haben einen entscheidenden Stellenwert um Vertrauen, Sicherheit und Kooperationsbereitschaft zu begünstigen. Die Studie zeigt, dass die Räumlichkeiten der KESB für Eltern eine hohe symbolische Wirkung haben und die Wahrnehmung der Interaktion mit den Verfahrensleiter\*innen der KESB prägen können. Zudem zeigt sich, dass die Bemessung der Elternbeiträge zur Mitfinanzierung der Massnahmenkosten bei einzelnen Eltern zu einer finanziellen Belastung führen kann, die ihre Kooperationsbereitschaft beeinträchtigt.

Aus der Studie lassen sich verschiedene Anregungen für die Gestaltung des Verfahrens vor der KESB ableiten.

## **Abstract**

The child protection procedure before the KESB represents a state intervention in the private space of families and often triggers intense emotions in those affected. Emotions, attitudes and the behavior of people are strongly influenced by the feeling of being treated fairly. Various aspects of justice research are known to influence the perception of justice. For example, affected persons are more likely to perceive an official procedure as fair if they can participate in it, if they feel being treated with dignity and respect, and if they perceive the authority as legitimate and neutral.

The aim of the research project is to gain new insights, based on organizational theories of justice, into how young people and their parents perceive child protection proceedings before the KESB and to derive suggestions for its design thereof.

In this theory-based qualitative study, problem-centered interviews were conducted with young people and parents for whom child protection proceedings had been conducted in the past in the Canton of Bern. The data were evaluated by means of qualitative content analysis.

The study shows that adolescents and parents perceive the child protection procedure before the KESB as mostly ambivalent or fair, but that different aspects of the procedure are relevant for adolescents and parents. Overall, adolescents have little knowledge of the procedure and sometimes realize only in retrospective how far-reaching the consequences of the KESB decision can be for them. Male adolescents especially prefer not talking to their social environment about the child protection procedure in which they are involved. Adolescents sometimes perceive direct discussion of family problems, for example during the hearing, as emotionally stressful. For many parents, the opening of child protection proceedings before the KESB is a shock associated with insecurity, fear and self-doubt. The first fairness experiences that parents have with the KESB at the beginning of the proceedings are of decisive importance in order to promote trust, security and willingness to cooperate. The study shows that the buildings and interiors of the KESB have a high symbolic effect on parents and can shape their perception of their interaction with the KESB's process managers. The study also shows that the assessment of parental contributions to co-finance the costs of the child protection measures can lead to a financial burden for individual parents that reduces their willingness to cooperate.

From the study various suggestions for the design of the procedure before the KESB can be derived.

## **Dank**

Die vorliegende Promotionsschrift war möglich durch die Unterstützung zahlreicher Personen, denen ich hier meinen Dank aussprechen möchte:

An erster Stelle danke ich den Jugendlichen und Eltern, die sich bereit erklärt haben, mir ihre Geschichte zu erzählen und ihre Erfahrungen mit mir zu teilen.

Die Studie wäre ohne die Vermittlung von betroffenen Familien durch Verfahrensleiter\*innen verschiedener KESB sowie der Zustimmung der Geschäftsleitung KESB des Kantons Bern nicht möglich gewesen, weshalb ihnen ein besonderer Dank gebührt.

Prof. Dr. Katja Rost danke ich herzlich für die äusserst wertvolle fachliche Begleitung und Unterstützung.

Der Start des Promotionsprojekts wurde durch einen Forschungsurlaub begünstigt, dafür danke ich meiner Arbeitgeberin.

Ein herzlicher Dank geht an Regina Jenzer und Annette Brunner für die Kommentierung von Teilen des Manuskripts. Ebenfalls danke ich Andrea Abraham, Andreas Jud, David Lätsch, Daniel Rosch, Claudio Domenig, Simone Münger, Marco Zingaro und zahlreichen weiteren Arbeitskolleg\*innen für ihre Anregungen und die Unterstützung.

Der grösste Dank gilt meinem Mann, meiner Tochter und meinem Sohn: für alles!

Bern, September 2020

Andrea Hauri

# Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>Einleitung</b>	<b>6</b>
<b>2</b>	<b>Das Kindesschutzverfahren vor der KESB</b>	<b>11</b>
2.1	Leitprinzipien des zivilrechtlichen Kindesschutzes	11
2.2	Stufen von Kindesschutzmassnahmen	14
2.3	Aufbau- und Ablauforganisation der KESB sowie spezifische Aspekte der Verfahrensleitung	16
2.3.1	Aufbauorganisation KESB	17
2.3.2	Ablauforganisation KESB	22
2.4	Die Verfahrensleitung der KESB im Spannungsverhältnis zwischen Beziehungsorientierung und Rechtmässigkeit	28
2.5	Konzepte zur Partizipation von Kindern	31
2.6	Partizipationsrechte des Kindes im Kindesschutzverfahren vor der KESB	35
2.7	Partizipationsrechte von Eltern im Kindesschutzverfahren vor der KESB	39
<b>3</b>	<b>Organisationale Gerechtigkeitstheorien</b>	<b>41</b>
3.1	Entwicklung und Ausdifferenzierung der organisationalen Gerechtigkeitstheorien	41
3.2	Integrative Theorien der organisationalen Gerechtigkeit und Messinstrument	45
3.2.1	Kontrafaktische Konzeptionen	46
3.2.2	Gruppenorientierte Konzeptionen	47
3.2.3	Heuristische Konzeptionen	50
3.2.4	Forschungsstand integrative Gerechtigkeitstheorien in Bezug auf Verfahren	59
3.2.5	Vier-faktorielles Messinstrument zur Erfassung organisationaler Gerechtigkeit	61
<b>4</b>	<b>Forschungsstand im Untersuchungsfeld</b>	<b>64</b>
4.1	Gestaltung des Kindesschutzverfahrens	64
4.2	Wahrnehmung des Kindesschutzverfahrens durch Kinder	67
4.3	Wahrnehmung des Kindesschutzverfahrens durch Eltern	72
4.4	Praxis des zivilrechtlichen Kindesschutzverfahrens in der Schweiz	73
<b>5</b>	<b>Forschungsdesign</b>	<b>77</b>
5.1	Datenerhebung und -erfassung	78
5.1.1	Leitfadenkonstruktion	78
5.1.2	Feldzugang	81
5.1.3	Sampling	81
5.1.4	Beschreibung und Einschätzung des Sample	82
5.1.5	Durchführung der Interviews	87
5.1.6	Datenaufbereitung	90
5.2	Datenanalyse	90

<b>6 Ergebnisse</b>	<b>92</b>
6.1 Wahrnehmung der Meldung und der Verfahrenseröffnung durch Jugendliche und Eltern	92
6.2 Gerechtigkeitswahrnehmung	96
6.2.1 Informationale Gerechtigkeit	96
6.2.2 Interpersonale Gerechtigkeit	102
6.2.3 Prozedurale Gerechtigkeit	108
6.2.4 Ergebnissgerechtigkeit	116
6.2.5 Gesamthafte Gerechtigkeitswahrnehmung	122
6.3 Weitere Aspekte der Wahrnehmung des Kindesschutzverfahrens durch Jugendliche und Eltern	126
6.3.1 Information des sozialen Umfeldes über das Kindesschutzverfahren vor der KESB	126
6.3.2 Psychische Befindlichkeit	129
6.3.3 Kooperationsabsichten der Betroffenen mit der Kindesschutzbehörde in Zukunft	132
6.3.4 Strukturkonsistenz des zivilrechtlichen Kindesschutzes und der interinstitutionellen Aufgabenteilung	134
6.3.5 Vertrauen und allgemeine Einstellungen gegenüber der KESB	135
6.4 Einstellung von Jugendlichen und Eltern zur Legitimität der KESB	136
6.5 Verbesserungsvorschläge von Eltern	137
<b>7 Diskussion</b>	<b>140</b>
7.1 Gerechtigkeitswahrnehmung des Kindesschutzverfahrens durch Jugendliche und Eltern	140
7.1.1 Jugendliche	140
7.1.2 Eltern	144
7.2 Weitere Aspekte	150
<b>8 Zusammenfassung und Anregungen für die Praxis</b>	<b>155</b>
8.1 Zusammenfassung der Ergebnisse und Schlussfolgerungen	155
8.2 Anregungen für die Praxis	159
<b>9 Abbildungs- und Tabellenverzeichnis</b>	<b>163</b>
9.1 Abbildungsverzeichnis	163
9.2 Tabellenverzeichnis	163
<b>10 Literaturverzeichnis</b>	<b>164</b>
<b>11 Anhang</b>	<b>180</b>
11.1 Informationsmerkblatt für Studienteilnehmende	180
11.2 Einverständniserklärung Kinder/Eltern	182
11.3 Interviewleitfaden Eltern	183
11.4 Interviewleitfaden Kinder	187
11.5 Datenschutzerklärung KESB	191

# 1 Einleitung

Es ist das Recht und die Pflicht von Eltern, für ihre Kinder zu sorgen und sie zu erziehen. Sind die Eltern dazu nicht in der Lage oder nicht willens, ist der Staat, namentlich die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) dazu verpflichtet, Massnahmen zum Schutz des Kindes zu errichten. Diese zivilrechtlichen Kindesschutzmassnahmen können mit einer Beschränkung der elterlichen Rechte verbunden sein, im Extremfall mit einer ausserfamiliären Platzierung des Kindes oder mit der Aufhebung des elterlichen Sorgerechts. Der zivilrechtliche Kindesschutz beinhaltet somit *staatliche Eingriffe in den privaten sozialen Raum* von Familien (Alberth, Bode & Bühler-Niederberger, 2010, S. 489). Die KESB ist mit viel *Macht*<sup>1</sup> ausgestattet, um diese Eingriffe vorzunehmen und gleichzeitig sind die Entscheidungen der KESB mit einigen Unsicherheiten verbunden. Es gibt oft nicht eine eindeutige, objektiv feststellbare, richtige Entscheidung, sondern die Entscheidung der KESB stützt sich auf den unbestimmten Rechtsbegriff des *Kindeswohls*, welcher auf der Grundlage von teilweise lückenhaften Informationen und durch die Einschätzung der Wahrscheinlichkeit einer zukünftigen Entwicklung des Kindes individuell ausgelegt werden muss. Die Eingriffe der KESB sind deshalb äusserst heikel. Davon, dass das Verfahren vor der KESB bei Betroffenen starke Emotionen auslöst, oft auf Widerstand stösst und die Legitimität dieser Behörde in Teilen der Bevölkerung in Frage gestellt wird, zeugt einerseits die hohe Aufmerksamkeit, die Kindesschutzfälle in den letzten Jahren in den Medien erhielten (z.B. der Fall «Flaach» im Jahr 2015), andererseits auch die Unterschriftensammlung für eine inzwischen nicht zustande gekommene Volksinitiative<sup>2</sup>, die die Handlungskompetenz der KESB materiell einschränken und die organisatorische Zuständigkeit für den Kindes- und Erwachsenenschutz anders regeln wollte.

Wenn Menschen sich unsicher fühlen, oder wenn sie mit ungewissen Aspekten im Alltag zurechtkommen müssen, werden sie besonders sensibel für Gerechtigkeitsaspekte (Lind, 2001). *Gerechtigkeit* gilt als eine der wichtigsten Dimensionen einer modernen Gesellschaft (Glatzer, 2009, S. 19). Die *Organizational Justice* Forschung hat aufgezeigt, dass Gefühle, Überzeugungen, Haltungen und das Verhalten von Menschen stark dadurch beeinflusst sind, ob sie sich gerecht oder ungerecht behandelt fühlen (Lind & Tyler, 1988; Van den Bos & Lind, 2002). Ältere Studien haben gezeigt, dass Betroffene eher bereit sind, Entscheidungen von Behörden zu akzeptieren, wenn sie ein Verfahren als gerecht empfinden (Tyler, 2006b, S. 309; van den Bos, Wilke & Lind, 1998, S. 1449). Betroffene nehmen das Verfahren eher als gerecht wahr, wenn sie sich am Verfahren beteiligen können, wenn

---

<sup>11</sup> Macht wird in der vorliegenden Arbeit verstanden als asymmetrisches Potenzial, den eigenen Willen auch gegen den Widerstand der Betroffenen durchzusetzen (in Anlehnung an Pries, 2019, S. 212).

<sup>2</sup> Der Titel der geplanten Volksinitiative war «Eigenständiges Handeln in Familien und Unternehmen - Kindes- und Erwachsenenschutzinitiative».

die Behörde als neutral eingeschätzt wird und wenn sie sich mit Würde und Respekt behandelt fühlen (Tyler, Lind & Huo, 2000, S. 177).

Die organisationale Gerechtigkeitsforschung entwickelte in den letzten 50 Jahren die klassischen soziologischen Gerechtigkeitstheorien aus einer interdisziplinären Perspektive weiter. Sie befasst sich mit der Wahrnehmung der Gerechtigkeit von Verfahren durch Betroffene. Dabei kann unterschieden werden zwischen innerorganisationalen Verfahren, wie beispielsweise Beförderungen am Arbeitsplatz, und Verfahren von Organisationen mit Kund\*innen, wie beispielsweise das Beschwerdemanagement von Unternehmen oder behördliche Verfahren des Staates. Während die Gerechtigkeitstheorien in den Anfängen den Fokus auf die Verteilungsgerechtigkeit legten<sup>3</sup>, erhielt die organisationale Gerechtigkeitsforschung durch die Untersuchung der prozeduralen Gerechtigkeit, u.a. von Gerichtsverfahren, einen wichtigen Impuls. Dieser erreichte durch die weitere Ausdifferenzierung von interpersonalen und schlussendlich integrativen Gerechtigkeitstheorien ihren aktuellen Stand. Es gibt international aber kaum und für die Schweiz bislang nach meinem Wissensstand keine Forschungsprojekte zur Gerechtigkeitswahrnehmung von zivilrechtlichen Kindesschutzverfahren durch Betroffene. Es gibt zudem nur wenige Studien, bei denen Kinder und Eltern direkt zum Kindesschutzverfahren befragt werden und ihre Sichtweise zum Ausdruck gebracht wird. Ausnahmen sind zum Beispiel für Deutschland Münster (2017), oder in Bezug auf das Scheidungsverfahren in der Schweiz eine Studie von Büchel und Simoni (2009). Wenn Kinder befragt werden, handelt es sich meist um kleine Stichproben (Bindel-Kögel & Hoffmann, 2017b, S. 89). Grössere Studien zum Kindesschutzverfahren in der Schweiz sind insgesamt selten (für einen Überblick siehe Kap. 4.4). Vor allem in den USA, aber auch in europäischen Ländern untersuchten einzelne Forschungsprojekte, wie Kinder bestimmte Aspekte des zivilrechtlichen Kindesschutzverfahrens<sup>4</sup> wahrnehmen (für die USA beispielsweise Block, Oran, Oran, Baumrind & Goodman, 2010; Hobbs et al., 2014; Quas, Cooper & Wandrey, 2009), (für Europa beispielsweise Bell, 2011; Karle, 2011; Karle, Gathmann & Klosinski, 2010; Münster, 2017; Vis & Fossum, 2013; Vis, Holtan & Thomas, 2012). Zahlreiche weitere Studien befassen sich mit der Beteiligung von Kindern in Verfahren, die sie betreffen (Augsberger, Lens & Hughes, 2016; Bessell, 2011; Gallagher, Smith, Hardy & Wilkinson, 2012; Holland, 2001). Insgesamt bestehen kaum aktuelle Erkenntnisse aus der Forschung zur Frage, wie Kinder und ihre Eltern das Verfahren vor der KESB in der Schweiz wahrnehmen. Mit der vorliegenden Arbeit wird versucht, einen Beitrag zur Schliessung dieser Forschungslücke zu leisten.

Für die vorliegende Arbeit wird von integrativen Gerechtigkeitstheorien und von den vier Dimensionen distributive, prozedurale, informationale und interpersonale Gerechtigkeit ausgegangen.

---

<sup>3</sup> Beispielsweise mit der gerechten Verteilung von Lohn, Beförderungen am Arbeitsplatz.

<sup>4</sup> In den USA bezieht sich die Forschung in der Regel auf „child dependency courts“.



Dabei geht es um die «gefühlte» Gerechtigkeit. Diese bildet als Bestandteil einer «gefühlten Wirklichkeit» eine eigenständige Dimension der Realität, bei der es nur bedingt relevant ist, inwiefern diese einer objektiveren Realität entspricht (Glatzer, 2009, S. 15). Gerechtigkeit wird für die vorliegende Arbeit als *sozial definiertes Konstrukt* verstanden, d.h. gerecht ist, was von den Akteur\*innen als gerecht wahrgenommen<sup>5</sup> wird (Cropanzano & Greenberg, 1997; Maier, Streicher, Jonas & Woschée, 2007, S. 97). Für die vorliegende Arbeit werden die Begriffe „Gerechtigkeit“ und „Fairness“, in Übereinstimmung mit einem grossen Teil der Literatur (Colquitt, Greenberg & Zapata-Phelan, 2008, S. 4; Ganegoda & Folger, 2015; Van den Bos & Lind, 2002, S. 8), synonym verwendet<sup>6</sup>. Van den Bos und Lind (2002, S. 8) äussern eine Präferenz für den Begriff „Fairness“, weil dieser die subjektive Wahrnehmung betont und der Gerechtigkeitsbegriff eher mit der normativen Wertung, ob etwas als gerecht beurteilt wird, konnotiert ist.

Gerechtigkeit ist seit der Antike ein wichtiges Thema der Philosophie, beispielsweise bei Aristoteles, Locke und Hobbes (Colquitt et al., 2008), wobei normative Fragen im Fokus stehen. Organisationale Gerechtigkeitstheorien sind in den Sozialwissenschaften wesentlich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts entstanden und ausdifferenziert worden. Diese Ansätze sind *deskriptiv* orientiert. Es steht demnach die Frage im Zentrum, wie Gerechtigkeit von Individuen wahrgenommen wird und was die Fairnesswahrnehmung beeinflusst. Organisationale Gerechtigkeitstheorien sind sowohl in der Soziologie und der Psychologie als auch in den Wirtschaftswissenschaften entwickelt worden. Die vorliegende Arbeit fokussiert auf sozialwissenschaftliche Ansätze organisationaler Gerechtigkeit. Philosophische Ansätze finden aufgrund der normativen Ausrichtung keine Beachtung. Die organisationalen Gerechtigkeitstheorien bilden demnach den theoretischen Bezugsrahmen für die vorliegende Studie.

Mit dem Begriff «Kind» sind in der vorliegenden Arbeit Personen vor Erreichen der Volljährigkeit, also unter 18 Jahren, gemeint. Der Begriff Jugendliche wird in Anlehnung an die Shell Jugendstudie für Kinder ab 12 Jahren verwendet (Albert, Hurrelmann & Quenzel, 2019). Die Begriffe «Kindesschutz» und «Kinderschutz» werden synonym verwendet, wobei der in der Schweiz verbreitete Begriff Kindesschutz dem in Deutschland verbreiteten Begriff Kinderschutz vorgezogen wird. Eine Begriffsdefinition wird in Kapitel 2 vorgenommen.

---

<sup>5</sup> Je nach Sprachvariante wird Gerechtigkeit und Fairness in der Forschungsliteratur eher als *Urteil* (beispielsweise auf Englisch «justice judgment») oder eher als *Gefühl* (beispielsweise auf Französisch «sentiments de justice») bezeichnet (Cropanzano, Stein & Nadisic, 2011, Pos. 138). In der vorliegenden Arbeit werden beide Aspekte berücksichtigt, d.h. Gerechtigkeit kann sowohl ein wahrgenommenes Gefühl als auch Ergebnis einer Einschätzung sein (vgl. mehr dazu in Kap. 3).

<sup>6</sup> Für eine Unterscheidung zwischen Gerechtigkeit und Fairness aus einer philosophischen Perspektive spricht sich beispielsweise Tschentscher (2000, S. 121ff) aus.

*Ziel* des Forschungsprojekts ist es, gestützt auf organisationale Gerechtigkeitstheorien über neue Erkenntnisse zu verfügen, wie Jugendliche und ihre Eltern das Kindesschutzverfahren vor der KESB wahrnehmen, und daraus Anregungen für die Gestaltung des Kindesschutzverfahrens abzuleiten.

Die vorliegende Arbeit versucht, folgende *Fragen* zu beantworten:

Wie nehmen Jugendliche und Eltern das Kindesschutzverfahren vor der KESB wahr?

Inwiefern leisten die organisationalen Gerechtigkeitstheorien einen Beitrag zur Abbildung und Erklärung der Wahrnehmung des Kindesschutzverfahrens durch betroffene Jugendliche und ihre Eltern?

Welche Anregungen können für die Leitung des Kindesschutzverfahrens abgeleitet werden?

Die vorliegende Studie stützt sich auf eine ausführliche Auseinandersetzung mit organisationalen Gerechtigkeitstheorien. Es handelt sich um eine *theorieorientierte, qualitative empirische Erhebung* (Hopf, 1993, S. 13; 2016; Kuckartz, 2018, S. 141; Rädiker & Kuckartz, 2019, S. 98) der Wahrnehmung des Kindesschutzverfahrens vor der KESB durch betroffene Kinder und ihrer Eltern. Das bedeutet, dass an die empirische Erhebung nicht völlig offen herangegangen wird, wie dies in der qualitativen Sozialforschung üblich ist. Die vorliegende Studie stützt sich vielmehr als Vorannahme auf ein theoretisches Konzept, welches als Orientierungsrahmen sowohl für die Erhebung als auch für die Analyse und Interpretation dient (vgl. Rädiker & Kuckartz, 2019, S. 89). Gleichzeitig weist die Studie jedoch eine Offenheit gegenüber dem Forschungsgegenstand auf. Die Datenerhebung erfolgte anhand der Methode des problemzentrierten Interviews. Es wurden 21 Interviews mit Kindern und Eltern aus vier KESB-Standorten im Kanton Bern durchgeführt. Die Daten wurden mittels qualitativer Inhaltsanalyse nach Kuckartz (Kuckartz, 2018; Rädiker & Kuckartz, 2019) ausgewertet.

Die Monografie ist folgendermassen aufgebaut: Im Kapitel 2 werden das *Kindesschutzverfahren* vor der KESB thematisiert und die materiellen und verfahrensrechtlichen Grundlagen des Verfahrens erarbeitet. Dabei wird auf sechs Aspekte fokussiert: Nach einer allgemeinen Einführung in die Leitprinzipien des Kindesschutzverfahrens (1) und in die verschiedenen zivilrechtlichen Kindesschutzmassnahmen (2) wird der konkrete Ablauf des Verfahrens anhand des Verfahrensrechts und anhand von Aspekten der Aufbau- und Ablauforganisation der KESB beschrieben (3) und das Spannungsfeld der Verfahrensleitung zwischen Beziehungsorientierung und Rechtmässigkeit des Verfahrens (4) herausgearbeitet. Anschliessend werden verschiedene Partizipationskonzepte dargelegt (5) und die konkreten (Partizipations-)Rechte des Kindes und der Eltern im Kindesschutzverfahren vor der KESB (6) beschrieben. Diese Aspekte dienen als Grundlage für das Verständnis und die spätere Analyse des Datenmaterials.

Als theoretische Grundlage für die empirische Erhebung dienen die *organisationalen Gerechtigkeitstheorien*. Diese werden im Kapitel 3 unter Berücksichtigung ihrer historischen Entwicklung

und des aktuellen *Forschungsstandes* dargelegt. In Kapitel 4 wird der Forschungsstand zur Praxis des Kindesschutzverfahrens und zur Wahrnehmung des Kindesschutzverfahrens durch Betroffene vorgestellt. Kapitel 5 stellt das *Forschungsdesign* der empirischen Studie vor und informiert über die Datenerhebung und die Datenanalyse. In Kapitel 6 werden die *Ergebnisse* der empirischen Erhebung vorgestellt. Diese werden in Kapitel 7 unter Berücksichtigung der Theorie interpretiert und diskutiert. Im anschliessenden Kapitel 8 werden die Ergebnisse zusammengefasst und es werden *Anregungen* für die Praxis abgeleitet.

## 2 Das Kindesschutzverfahren vor der KESB

### 2.1 Leitprinzipien des zivilrechtlichen Kindesschutzes

Eltern sind als Inhabende des Sorgerechts grundsätzlich dafür verantwortlich, ihre Kinder zu pflegen, zu betreuen und zu erziehen. Sie sind vom Staat mit den dafür nötigen Rechten ausgestattet. Dabei haben die Eltern einen hohen Grad an Autonomie, denn der Staat schreibt ihnen kein bestimmtes Erziehungsmodell vor. Ist das Kind jedoch gefährdet und sind die Eltern nicht gewillt oder nicht in der Lage, die Gefährdung des Kindes zu beheben, so schreibt das Schweizerische Zivilgesetzbuch (ZGB) vor, dass die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) geeignete Massnahmen zum Schutz des Kindes ergreift, je nach Situation auch gegen den Willen der Eltern und des Kindes (Art. 307 ZGB). Das elterliche Pflichtrecht, d.h. das Recht und die Pflicht der Eltern in Bezug auf die Betreuung und Erziehung ihres Kindes, ist somit durch eine staatliche Schutzpflicht begrenzt, die sich an der obersten Maxime des Kindeswohls orientiert (Reusser, 2016, S. 27). Das Handeln der KESB steht in einem Spannungsverhältnis von fremdbestimmtem Schutz und Selbstbestimmung (Rosch, 2018, S. 31).

Das Kindesschutzrecht ist Teil des schweizerischen Sozialrechts, genauer gesagt des Eingriffssozialrechts (Rosch, 2018, S. 30). Dieses beinhaltet Eingriffe der Verwaltung in Grundrechte, die in der Bundesverfassung geschützt sind (Rosch, 2018, S. 30). Diese Interventionen werden mit dem Ziel vorgenommen, das Kind zu schützen. Die Interventionen der KESB erfolgen, wenn nötig auch dann, wenn die Eltern und das Kind damit nicht einverstanden sind. Die KESB ist entsprechend mit staatlicher Macht ausgestattet, um ihre Interventionen je nach Situation auch mit Zwang durchzusetzen (Voll & Jud, 2013, S. 23). Um die Notwendigkeit von Kindesschutzmassnahmen zu prüfen, führt die KESB ein Kindesschutzverfahren (nachfolgend teilweise nur «Verfahren» genannt) durch, deren Ablauf in Kapitel 2.3 beschrieben wird.

Ein zentrales Konzept im Kindesschutz ist das *Kindeswohl*. Der Begriff Kindeswohl wird im Gesetz nicht definiert und wird deshalb als unbestimmter Rechtsbegriff bezeichnet. Es handelt sich um ein offenes, relatives, mehrdimensionales und transdisziplinäres Konzept, welches im Einzelfall spezifisch präzisiert werden muss (KOKES, 2017, S. 5; Reusser, 2016, S. 27). Das Kindeswohl beinhaltet die gesunde körperliche, psychische, soziale, kognitive und sittliche Entfaltung des Kindes (Rosch & Hauri, 2018, S. 444). Dazu gehören objektive wissenschaftliche Kriterien zu den Bedingungen für ein gesundes Aufwachsen von Kindern. Gleichzeitig gehören dazu auch subjektive Kriterien im Sinne von individuellen Bedürfnissen, Präferenzen und Gefühlen des jeweiligen Kindes, die als *Kindeswille* ebenfalls Bestandteil des Kindeswohls sind. So ist eine positive Entwicklung des Kindes auch davon

abhängig, ob und inwiefern es altersentsprechend seinen Willen zum Ausdruck bringen und das Geschehen um es herum beeinflussen kann.

Eine *Gefährdung* des Kindeswohls beinhaltet eine Beeinträchtigung dieses Wohls, das heisst eine Beeinträchtigung der Befindlichkeit und der Entwicklung des Kindes in körperlicher, psychischer, sozialer, kognitiver und sittlicher Hinsicht. Um eine Kindeswohlgefährdung festzustellen, bedarf es einer menschlichen Konstruktionsleistung, die einen subjektiven Deutungs- und Interpretationsprozess beinhaltet (Biesel & Urban-Stahl, 2018, S. 43f) und auf aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen aufbaut. In den letzten Jahren wurden international und innerhalb der Schweiz verschiedene wissenschaftliche Instrumente und Prozessanleitungen erarbeitet, die eine Standardisierung der Abklärung und Einschätzung von möglichen Kindeswohlgefährdungen begünstigen sollen (Biesel, Fellmann, Müller, Schär & Schnurr, 2017; Biesel & Schnurr, 2014; Hauri, Jud, Lätsch & Rosch, 2018; Lätsch, 2012; Lätsch, Hauri, Jud & Rosch, 2015).

Bei den Gefährdungen von Kindern werden die folgenden Formen unterschieden: Vernachlässigung, körperliche Misshandlung, psychische Misshandlung, Autonomiekonflikte und sexuelle Gewalt (vgl. z.B. Schone, 2017, S. 28). Vernachlässigung meint andauernde oder wiederholte Beeinträchtigung der Entwicklung des Kindes wegen unzureichender Pflege, Ernährung, Kleidung, Aufsicht oder unzureichender emotionalen Zuwendung (Schone, 2017). Körperliche Misshandlung bedeutet die intentionale Anwendung physischer Gewalt gegenüber einem Kind (Jud, 2018, S. 50). Dazu gehören Schlagen, Beissen, Verbrühen, Verbrennen, Würgen, etc. des Kindes. Mit psychischer Misshandlung ist gemeint, dass Eltern dem Kind wiederholt vermitteln, es sei wertlos, ungeliebt oder ungewollt. Psychische Misshandlung umfasst das Erniedrigen, Herabsetzen, Beschämen, Einschüchtern und Isolieren des Kindes (Jud, 2018, S. 51). Als Spezialform von psychischer Gewalt gilt die Gefährdung des Kindes als Folge von Erwachsenenkonflikten um das Kind, welche häufig in Zusammenhang mit Trennungs- und Scheidungskonflikten auftritt. Eine psychische Beeinträchtigung stellt auch das Miterleben von häuslicher Gewalt durch Kinder dar (Schone, 2017, S. 34).

In der englischsprachigen Literatur wird oft der Begriff *interest of the child* (Kindesinteresse) verwendet. Der Begriff geht auf die Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen (KRK) zurück. In ihr ist das übergeordnete Kindesinteresse («the best interest of the child») als Leitprinzip (Art. 3 KRK) definiert und als dieses übergeordnet und vorrangig zu berücksichtigen (Hotz, 2020b, S. 98). Im Schweizerischen Gesetz werden je nach Sprachvariante auch andere Begriffe auf nicht eindeutig nachvollziehbarer Weise verwendet: «Wohl des Kindes», «Kindeswohl», «Kindesinteresse», «développement de l'enfant», «bien de l'enfant», «intérêt de l'enfant», «interesse del figlio» «bene del figlio» (KOKES, 2017). Die Begriffe Kindeswohl und Kindesinteresse lassen sich nicht überzeugend voneinander trennen (vgl. auch Hotz, 2020b, S. 98f; KOKES, 2017, S. 4) und werden deshalb in der vorliegenden Arbeit synonym verwendet.

Das Konzept der Kindeswohlgefährdung hat einen *doppelten Zeithorizont*: Es umfasst eine bereits bestehende Beeinträchtigung der Befindlichkeit des Kindes zum Einschätzungszeitpunkt, beispielsweise wenn ein Kind bereits körperliche Gewalt oder Vernachlässigung erleidet. Gleichzeitig umfasst es auch die hohe Wahrscheinlichkeit einer *zukünftigen* Beeinträchtigung des Kindes und der kindlichen Entwicklung (Hauri & Zingaro, 2013, S. 15). Eine hohe Wahrscheinlichkeit einer zukünftigen Beeinträchtigung des Kindes ist beispielsweise gegeben, wenn ein Elternteil eine schizophrene Störung hat und die Gefahr droht, dass er/sie in einen veränderten Bewusstseinszustand gerät und dem eigenen Säugling körperlichen Schaden zufügt, weil eine Stimme sagt, er/sie solle das Kind aus dem Balkon werfen. Oder ein Elternteil mit einer Alkoholerkrankung, der abstinent leben möchte aber ein Rückfall wahrscheinlich ist, und ein solcher dazu führen könnte, dass der Säugling über einen längeren Zeitraum allein gelassen und mangels Flüssigkeitszufuhr verdursten könnte. Analog zu diesem doppelten Zeithorizont des Kindeswohlkonzepts sind auch die Interventionen der KESB im doppelten Sinne zukunftsbezogen: Sie sollen einerseits die aktuelle Gewalt oder Vernachlässigung unmittelbar stoppen und ein erneutes Auftreten verhindern und können andererseits unter bestimmten Umständen präventiv erfolgen, d.h. wenn eine Schädigung der kindlichen Entwicklung noch gar nicht eingetreten ist, sondern mit hoher Wahrscheinlichkeit vorauszusehen ist (Voll & Jud, 2013, S. 24). In jedem Fall soll die zukünftige Entwicklung des Kindes durch Kindesschutzmassnahmen positiv beeinflusst werden. Die Definition der Schwelle, ab wann von einer Gefährdung des Kindes ausgegangen werden muss, ist von wissenschaftlichen Erkenntnissen über die Bedingungen einer gesunden menschlichen Entwicklung und über die Folgen von Gefährdungen des Kindes, sowie von gesellschaftlichen Werten abhängig, die teilweise Eingang in die Rechtsprechung finden. Gleichzeitig hängt diese Schwelle von den sozialen und infrastrukturellen Rahmenbedingungen ab, die der Staat einem Kind als Unterstützung zur Verfügung stellt.

Voraussetzungen für die Anordnung von Kindesschutzmassnahmen ist eine Kindeswohlgefährdung. Ein allfälliger Eingriff der KESB in die Elternrechte muss zudem notwendig und verhältnismässig sein. Dabei muss auch ein allfälliger Schaden berücksichtigt werden, der eine Kindesschutzmassnahme bewirken kann (Reusser, 2016, S. 28). Der Eingriff in die Elternrechte muss so mild wie möglich, aber so stark wie nötig sein (Reusser, 2016, S. 28). Kindesschutzmassnahmen sollen nur subsidiär angeordnet werden, d.h. wenn nicht andere Möglichkeiten bestehen, um das Kindeswohl sicherzustellen. Dazu können Hilfen durch private Personen oder Dienstleistungen von privaten oder öffentlichen Organisationen gehören (Rosch, 2018, S. 31). Zusätzlich zum Subsidiaritätsprinzip ist das Verhältnismässigkeitsprinzip zu beachten. Beim Verhältnismässigkeitsprinzip wird als erstes geprüft, ob die angedachte behördliche Massnahme geeignet ist, um die Kindeswohlgefährdung zu beheben (Rosch, 2018, S. 32). In einem zweiten Schritt

wird geprüft, ob die Massnahme erforderlich ist und das Kindeswohl allenfalls mit einer milderen Massnahme sichergestellt werden kann. Drittens ist zu prüfen, ob eine Massnahme zumutbar ist, d.h. der Eingriffszweck und die Eingriffswirkung müssen in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen (Rosch, 2018, S. 32f). Bei der Prüfung von Kindesschutzmassnahmen muss die KESB die Stufenfolge der Massnahmen beachten. Die Stufen von Kindesschutzmassnahmen werden im nächsten Kapitel erläutert.

## 2.2 Stufen von Kindesschutzmassnahmen

Für das Verständnis der Befragungsergebnisse ist die Kenntnis des kindesschutzrechtlichen Instrumentariums erforderlich. Die Darstellung des Instrumentariums wird aufgrund dessen vorwiegend rechtlicher Ausrichtung knappgehalten.

Die nachfolgende Abbildung stellt die Stufenfolge der zivilrechtlichen Kindesschutzmassnahmen grafisch dar:

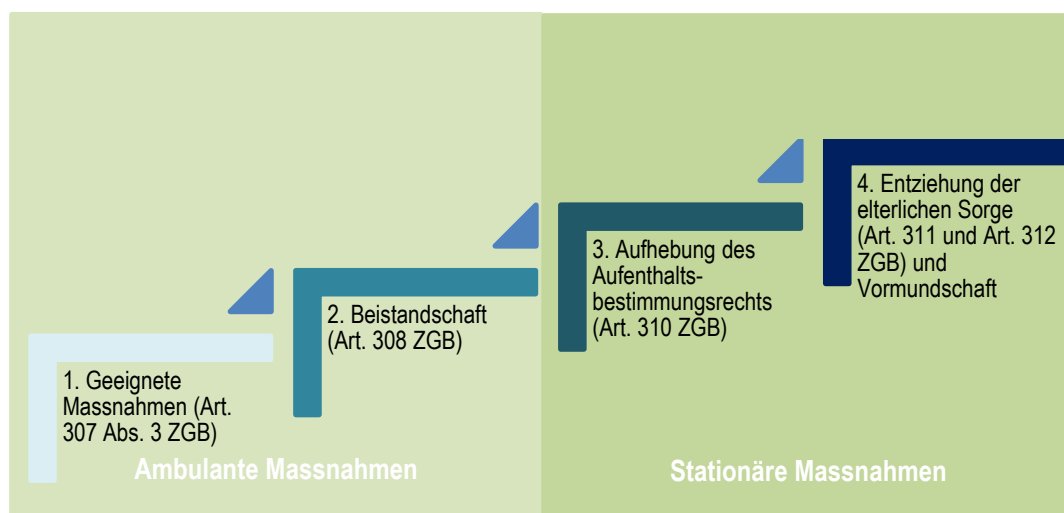


Abbildung 1: Stufenfolge von zivilrechtlichen Kindesschutzmassnahmen (eigene Darstellung gemäss ZGB)

Die mildesten Kindesschutzmassnahmen werden unter dem Sammelbegriff *geeignete Massnahmen* geregelt (Art. 307 Abs. 3 ZGB). Dabei werden im Gesetz drei Möglichkeiten genannt, die jedoch nicht abschliessend sind: Ermahnung, Weisung und Erziehungsaufsicht (Hauri & Zingaro, 2013, S. 20). Durch eine Ermahnung sollen die Betroffenen an ihre Pflichten als Erziehungsverantwortliche erinnert werden (Hauri & Zingaro, 2013, S. 20). Die Weisung ist eine verbindliche Anordnung, durch welche die Eltern, Pflegeeltern, das Kind oder andere Personen aus dem Umfeld des Kindes angewiesen werden, eine bestimmte Handlung zu tun oder zu unterlassen (Rosch & Hauri, 2018, S.

455). Durch eine Erziehungsaufsicht wird eine Person oder Stelle definiert, der die Eltern oder das Kind Auskunft zu geben haben (Rosch & Hauri, 2018, S. 457).

Die zweite Stufe von Kindesmassnahmen ist die *Beistandschaft* (Art. 308 ZGB). Es handelt sich hier um die häufigste Massnahme im zivilrechtlichen Kinderschutz. Die Beistandschaft nach Art. 308 ZGB ist in drei Stufen möglich. Die Beistandschaft gemäss Art. 308 Abs. 1 ZGB sieht vor, dass die Beistandsperson den Eltern bei ihren Erziehungsaufgaben lediglich mit Rat und Tat zur Seite stehen. Bei der Beistandschaft nach Art. 308 Abs. 2 ZGB erhält die Beistandsperson spezifische Aufgaben übertragen und erhält das Recht und die Pflicht, gewisse Handlungen vorzunehmen, z.B. einer medizinischen Untersuchung zuzustimmen. Die Eltern behalten aber dasselbe Recht parallel zur Beistandsperson und könnten theoretisch die Handlungen der Beistandsperson wieder rückgängig machen, indem sie beispielsweise den von der Beistandsperson vereinbarten Termin für eine medizinische Untersuchung wieder absagen. Um ein solches Vorgehen von Eltern bei Bedarf unterbinden zu können, wird bei der Beistandschaft nach Art. 308 Abs. 3 ZGB die elterliche Sorge punktuell eingeschränkt. Beispielsweise dahingehend, dass die Beistandsperson allein über eine ärztliche Behandlung entscheidet und die Eltern in diesem spezifischen Bereich keine Rechte mehr haben. Dies kann beispielsweise dann angezeigt sein, wenn Eltern einen von der Beistandsperson vereinbarten Termin für eine notwendige medizinische Behandlung für das Kind immer wieder absagen (vgl. Cantieni & Blum, 2016, S. 577ff; Rosch & Hauri, 2018, S. 459ff). Die drei Stufen der Beistandschaft können miteinander kombiniert und somit auf den Einzelfall zugeschnitten werden (KOKES, 2017, S. 46). Die Beistandschaft ist ein selbstständiges und selbstverantwortliches Amt und die Beistandsperson wird dem Kind (und nicht den Eltern) ernannt, auch wenn sich die Aufgaben teilweise spezifisch an die Eltern richten (KOKES, 2017, S. 46).

Die dritte Stufe der Massnahmen ist die *Aufhebung des Aufenthaltsbestimmungsrechts* (Art. 310 ZGB). Durch diese Massnahme wird den Eltern das Recht entzogen, den Aufenthaltsort des Kindes zu bestimmen. Als Folge dieser Massnahme geht das Aufenthaltsbestimmungsrecht auf die KESB über und diese muss das Kind angemessen ausserfamiliär platzieren (KOKES, 2017, S. 61ff; Rosch & Hauri, 2018). Für die Errichtung dieser Massnahme sind hohe Anforderungen zu erfüllen, da sie sowohl für die Eltern als auch für das Kind einschneidende Folgen hat.

Die vierte Stufe der Kinderschutzmassnahmen ist die Entziehung der elterlichen Sorge (Art. 311/312 ZGB). Es handelt sich um den schwersten Eingriff in die Elternrechte. Sie wird entsprechend auch sehr selten angeordnet. Die Eltern verlieren sämtliche Entscheidungsbefugnisse und Vertretungsrechte und das Kind muss in der Folge in der Regel unter Vormundschaft gestellt werden (KOKES, 2017, S. 65ff).



### *Nationale Statistik über Kinderschutzmassnahmen*

Die Konferenz für Kindes- und Erwachsenenschutz (KOKES) ist ein Verbindungsorgan zwischen den kantonalen Aufsichtsbehörden im zivilrechtlichen Kindes- und Erwachsenenschutz der Schweiz. Die KOKES erhebt eine nationale Statistik über die Kindes- und Erwachsenenschutzmassnahmen. Gemäss dieser Statistik bestanden per 31.12.2018 in der Schweiz für 41'993 Kinder eine Kinderschutzmassnahme, davon wurden ca. 22% (ca. 9'000) im Jahr 2018 neu errichtet (KOKES, 2019a, S. 430). Unter Berücksichtigung der demografischen Entwicklung hat die Zahl der Kinderschutzmassnahme im Vergleich zum Vorjahr proportional leicht abgenommen (S. 430). Die häufigste Massnahme ist mit 79% der Kinderschutzfälle (33'309 Kinder) eine Beistandschaft zur Unterstützung der Eltern in Erziehungsfragen, zur Regelung von Besuchsrechtsstreitigkeiten oder Unterhaltsfragen. Insgesamt 42% der Kinderschutzfälle betreffen eine Unterstützung bei der Umsetzung des Besuchsrechts. Bei 11.5% aller Kinderschutzfälle ist das Kind infolge des Entzugs des Aufenthaltsbestimmungs- oder Sorgerechts ausserfamiliär platziert (S. 430f).

Die Statistik zeigt deutliche Unterschiede zwischen den Kantonen auf. Gesamtschweizerisch besteht für 27 Kinder von 1000 Kindern eine Kinderschutzmassnahme. In den Kantonen NW, UR, VD und ZG besteht bei 15 - 17 Kindern pro 1000 Kinder eine Kinderschutzmassnahme, während es in den Kantonen JU, NE und SO 36 - 40 Kinder pro 1000 Kinder sind (S. 431). Die Unterschiede in den Fallzahlen sind vermutlich in Zusammenhang mit den unterschiedlichen kantonalen Versorgungssystemen zu erklären. Je mehr «freiwillige» Beratungs- und Unterstützungsangebote in einer Region bestehen, desto weniger Kinderschutzmassnahmen werden durch die KESB angeordnet (vgl. auch KOKES, 2019a, S. 431). Dieser Zusammenhang ist jedoch bisher nicht näher wissenschaftlich untersucht und belegt worden.

### **2.3 Aufbau- und Ablauforganisation der KESB sowie spezifische Aspekte der Verfahrensleitung**

Die Kenntnisse über die Organisationsstruktur der KESB und über den Prozess des Kinderschutzverfahrens dienen als Basis für die Konstruktion des Interviewleitfadens und für die Analyse und Interpretation des Datenmaterials.

Mit der *Aufbauorganisation* ist die Struktur der Organisation KESB, d.h. im Wesentlichen die Ordnung von Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortungen gemeint, während mit der *Ablauforganisation* der Prozess der Aufgabenerfüllung durch räumliche und zeitliche Beziehungen gemeint ist (Spath & Koch, 2009, S. 4). Die analytische Trennung von Struktur und Prozess erfolgt im Bewusstsein, dass es sich um eine gedankliche Abstraktion von zwei verschiedenen Gesichtspunkten desselben

Gegenstandes handelt (Frost, 2004, S. 50). Sie scheint im Hinblick auf die vorliegende Studie sinnvoll, weil in dieser Studie bei der mündlichen Befragung der Betroffenen vor allem auf den Prozess der Aufgabenerfüllung durch die KESB fokussiert wurde und die Struktur vor allem zum Verständnis des Prozesses dient. Der Kindesschutz stellt nur eines von verschiedenen Aufgabengebieten der KESB dar. Aufgrund der inhaltlichen Ausrichtung dieser Arbeit auf den Kindesschutz wird die Tätigkeit der KESB in Zusammenhang mit dem Erwachsenenschutz grösstenteils nicht berücksichtigt.

Die Organisation der KESB ist weitgehend den Kantonen überlassen. Auf nationaler Ebene sind nur minimale Standards festgelegt. Da die Strukturen und Prozesse des zivilrechtlichen Kindesschutzes in der Schweiz sehr heterogen sind, wird die Organisation der KESB nachfolgend nur soweit dargestellt, als dass sie für die Nachvollziehbarkeit der Analyse der vorliegenden Studie nötig ist. Die Beschreibung geht auch auf Formen der Zusammenarbeit mit anderen Organisationen des zivilrechtlichen Kindesschutzes ein.

### **2.3.1 Aufbauorganisation KESB**

Die KESB ist sowohl für die Prüfung von Meldungen über mögliche Gefährdungen eines Kindes und für die Anordnung von Massnahmen als auch für die strategische Steuerung der Umsetzung der von ihr angeordneten Kindesschutzmassnahmen verantwortlich. Konkret hat die KESB im Kindesschutz folgende gesetzlich vorgegebene *Aufgaben* zu erfüllen (KOKES, 2012, S. 17):

- Sie leitet die kindesschutzrechtlichen Verfahren und ordnet Kindesschutzmassnahmen an.
- Sie ernennt und instruiert Beistandspersonen als Mandatsträger\*innen und begleitet die Umsetzung der Massnahme durch diese. Diese Aufgaben fallen auch in den Zuständigkeitsbereich der KESB, wenn ein Zivilgericht im Rahmen von Eheschutz- oder Scheidungsverfahren eine Kindesschutzmassnahme angeordnet hat.
- Sie beaufsichtigt und steuert laufende Kindesschutzmassnahmen.
- Sie wirkt bei ausgewählten Rechtsgeschäften mit, indem sie beispielsweise die Zustimmung zu bestimmten Rechtsgeschäften wie Verträge zur Unterbringung von Kindern in Pflegefamilien oder Institutionen erteilt (KOKES, 2017, S. 136).
- Sie regelt Aufgaben, die nicht an eine Kindesschutzmassnahme gebunden sind. Dazu gehören beispielsweise Regelungen betreffend Unterhalt, persönlicher Verkehr oder Kindesvermögen.

#### *Organisationsformen in den Kantonen*

Aufgrund einer umfassenden Revision des Kindes- und Erwachsenenschutzrechts, welche 2013 in Kraft trat, mussten die früheren Vormundschaftsbehörden per 1.1.2013 zu Kindes- und

Erwachsenenschutzbehörden (KESB) umbenannt und reorganisiert werden. Die bis Ende 2012 bestehenden 1415 Vormundschaftsbehörden wurden zu 142 Kindes- und Erwachsenenbehörden zusammengeführt (KOKES, 2020a). Der Bund definierte Minimalanforderungen an die Organisation der KESB (KOKES, 2012, S. 21f). Dazu gehörte, dass die KESB neu eine professionelle Fachbehörde (im Gegensatz zu früheren kommunalen Vormundschaftsbehörden, die meistens durch Laien besetzt waren) sein müssen. Die Mitglieder der KESB werden aufgrund ihres Sachverstandes und spezifisch für diese Aufgabe ausgewählt. So ist beispielsweise ein gleichzeitiges Amt als Mitglied in einer Sozialhilfebehörde und als Mitglied einer Kindes- und Erwachsenenenschutzbehörde nicht mehr möglich. Die KESB muss interdisziplinär zusammengesetzt sein. Neben der Disziplin Recht sollen weitere Behördenmitglieder insbesondere aus den Disziplinen Soziale Arbeit, Psychologie und Pädagogik vertreten sein. Weiter gibt der Bund vor, dass der Spruchkörper der KESB mindestens drei Mitglieder hat und Entscheide in der Regel im Kollegium gefällt werden. Für die Umsetzung der Vorgaben des Bundes hatten die Kantone grossen Gestaltungsspielraum. Entsprechend heterogen ist die heutige Organisation der KESB in den verschiedenen Kantonen.

Die KESB ist in 20 Kantonen der Schweiz als *Verwaltungsbehörde* und in 6 Kantonen als *Gerichtsbehörde* organisiert, davon nur zwei in der Deutschschweiz (AG: Familiengericht und SH: Spezialgericht) (KOKES, 2020a). Die einzelnen KESB sind in 20 Kantonen auf kantonaler Ebene organisiert und in 6 Kantonen (inter)kommunal, beispielsweise in Form von gemeindeübergreifenden Zweckverbänden wie im Kanton Zürich.

Um dem Bestreben der Professionalisierung Rechnung zu tragen, wurde bei der Reorganisation empfohlen, ein minimales Mengengerüst an Verfahren sicherzustellen. Die KOKES empfahl ein Einzugsgebiet pro KESB von mindestens 50'000 – 100'000 Einwohner\*innen. Dies entspricht einem Minimum von ca. 1'000 laufenden und jährlich ca. 250 neu angeordnete Massnahmen pro KESB (KOKES, 2012, S. 22). Diese Empfehlungen wurden in den Kantonen unterschiedlich beachtet. Je nach Kanton gibt es innerhalb des Kantons zwischen einer<sup>7</sup> und 23<sup>8</sup> Kindes- und Erwachsenenenschutzbehörden. Von den bevölkerungsstarken Kantonen haben der Kanton Zürich 13 KESB mit einem Einzugsgebiet pro KESB von 51'000 – 396'000<sup>9</sup> Einwohner\*innen und der Kanton Bern und Aargau haben je 11 KESB mit einem Einzugsgebiet pro KESB zwischen 30'000- 140'000 Einwohner\*innen) (KOKES, 2020a).

### *Organigramm der KESB*

Je nach Kanton oder Region sind die Behördenmitglieder einer KESB einer oder mehreren Kammern als Untereinheiten zugehörig. Diese sind wiederum teilweise spezialisiert auf Kindes- oder

---

<sup>7</sup> Dazu gehören die Kantone AI, AR, BS, GE, GL, JU, NW, OW, SH, UR, ZG.

<sup>8</sup> Betrifft den Kanton VS.

<sup>9</sup> Stand Bevölkerung am 1.1.2016.

Erwachsenenschutzverfahren. Die Behördenmitglieder (die Kammern) der KESB werden durch ein Fachsekretariat mit Kanzlei, Rechtsdienst, Revisorat und je zum Teil durch einen internen Abklärungsdienst ergänzt und unterstützt (KOKES, 2012, S. 22).

Die nachfolgende Abbildung stellt eine häufige Organisationsstruktur der KESB dar.

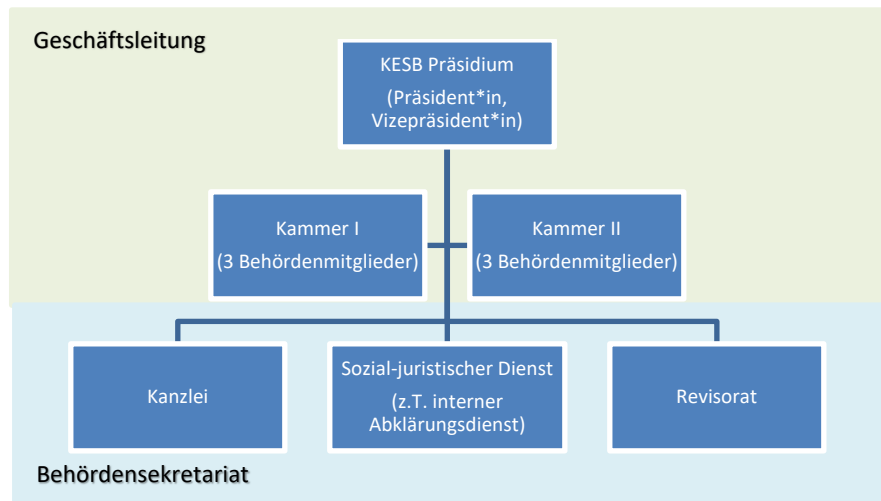


Abbildung 2: Musterorganigramm KESB (in Anlehnung an den Kanton Bern)

Die verfahrensleitende Person hat die strategische Steuerung des Kindesschutzverfahrens zu leisten (Fassbind, 2018, S. 130). Die Verfahrensleitung kann inkl. Anhörung an Fachpersonen der KESB, z.B. an Mitarbeitende des sozial-juristischen Dienstes, delegiert werden. (S. 130). In der Regel leiten die Behördenmitglieder das Kindesschutzverfahren und treffen in der Kammer mindestens zu dritt kindes- und erwachsenenschutzrechtliche Beschlüsse (Art. 440 Abs. 2 ZGB). Die Kantone können jedoch Geschäfte vorsehen, die in die Einzelkompetenz eines Behördenmitglieds fallen und durch dieses in alleiniger Entscheidungskompetenz gefällt werden (Art. 440 Abs. 2 ZGB). Die Kanzlei, der sozial-juristische Dienst und das Revisorat bilden zusammen das Behördensekretariat. Sie unterstützen die Behörde. Der sozial-juristische Dienst verfügt z.T. über einen internen Abklärungsdienst. Zu den Aufgaben des sozial-juristischen Dienstes gehören je nach Organisation Beratung und rechtliche Abklärungen, die Protokollierungen von Anhörungen und teilweise auch die Verfahrensleitung und Antragstellung an die Kammer. Das Revisorat betrifft vorwiegend den Erwachsenenschutz. Die Mitarbeitenden des Revisors prüfen die Buchhaltung der Beistandspersonen, die im Erwachsenenschutz oft die Einkommens- und Vermögensverwaltung von verbeiständeten Personen erledigen.

### *Zusammenarbeit mit und Aufgaben von externen Fachpersonen und Diensten*

*Abklärungsdienste:* Einige KESB in der Schweiz verfügen über einen betriebsinternen Abklärungsdienst. Die meisten KESB delegieren die Abklärung im engeren Sinn an einen externen Dienst. Bei den externen Abklärungsdiensten handelt es sich teilweise um kommunale oder (inter)kommunale Sozialdienste, die neben den Aufgaben in Zusammenhang mit der Sozialhilfe auch Kindes- und erwachsenenschutzrechtliche Abklärungen im Auftrag der KESB machen und Beistandschaften im Auftrag der KESB führen. In gewissen Kantonen werden Abklärungen und Beistandschaften durch einen spezialisierten Dienst<sup>10</sup>, teilweise getrennt nach Kindes- und Erwachsenenschutz geleistet.

In einigen Kantonen haben sich auch Mischformen der Arbeitsteilung ergeben, so dass gewisse Abklärungen KESB-intern erfolgen und andere, meist komplexe und aufwändige Abklärungen an externe Stellen delegiert werden. Eine gesamtschweizerische Übersicht darüber, welche KESB die Abklärungen intern oder extern durchführen lassen oder anhand welcher Kriterien die internen oder externen Abklärungen erfolgen, ist zum heutigen Zeitpunkt nach meinem Wissensstand nicht vorhanden. Eine Klärung dieser Fragen sowie die Analyse von Vor- und Nachteilen der bestehenden Praxisvarianten stellt eine Forschungslücke dar.

*Beistandspersonen:* Wenn die KESB eine Beistandschaft anordnet, ernennt sie eine Beistandsperson (oft auch Mandatsträger\*in genannt). Die Beistandsperson setzt die Massnahme gemäss Auftrag und Aufgabenbeschrieb der KESB um. Im Kindeschutz werden primär Fachpersonen der Sozialen Arbeit und teilweise auch aus anderen Disziplinen<sup>11</sup> als Beistandspersonen eingesetzt, während für die Führung von erwachsenenschutzrechtlichen Beistandschaften oft auch Laien als private Beistandspersonen für die Umsetzung der Massnahmen eingesetzt werden. Die Beistandsperson wird als *Person* für die Führung der Massnahme ernannt. Sie ist im Grundsatz frei bei der Methodenauswahl (Heck, 2018, S. 97; KOKES, 2017, S. 121). Sie muss aber im Interesse des Kindes handeln und die Selbstbestimmung der Eltern und des Kindes so stark wie möglich wahren (KOKES, 2017, S. 120). Dazu gehört, dass sie sowohl die Eltern als auch das Kind grösstmöglich in die Mandatsführung einbeziehen. Die Beistandsperson erstattet der KESB so oft wie nötig aber mindestens alle zwei Jahre schriftlich Bericht über die Entwicklung der Massnahme und des Kindeswohls.

Die Beistandsperson und nicht die Institution (wie der Sozialdienst, die Berufsbeistandschaft, etc.) wird, wie bereits erwähnt, als Person durch die KESB mit einem spezifischen Auftrag mandatiert und

---

<sup>10</sup> Beispielsweise durch das kjz (Kinder- und Jugendhilfezentrum) im Kanton Zürich.

<sup>11</sup> Das Anforderungsprofil des Schweizerischen Verbands der Berufsbeistandspersonen sieht vor, dass neben der Sozialen Arbeit auch Personen mit Studium der Psychologie, Pädagogik oder Rechtswissenschaften die Tätigkeit als Berufsbeistandsperson ausüben (SVBB, 2017).

fachlich beaufsichtigt. Obwohl die Beistandsperson bei der Methodenwahl grosse Freiheiten hat, ist sie in der Regel in eine Institution eingebunden, die ihr fachliche Standards vorgibt und sie in fachlicher und personeller Hinsicht führt (KOKES, 2017, S. 123). Entsprechend ist eine rudimentäre Verständigung über die Zusammenarbeit und über die Qualität der Führung von Beistandschaften zwischen der Institution und der KESB im Sinne einer konstruktiven fallübergreifenden, interinstitutionellen Zusammenarbeit wichtig (vgl. auch KOKES, 2017, S. 123). Die nachfolgende Abbildung zeigt die Zusammenarbeit und personelle Einbettung der Beistandsperson mit der KESB und mit dem Familiensystem grafisch dar.

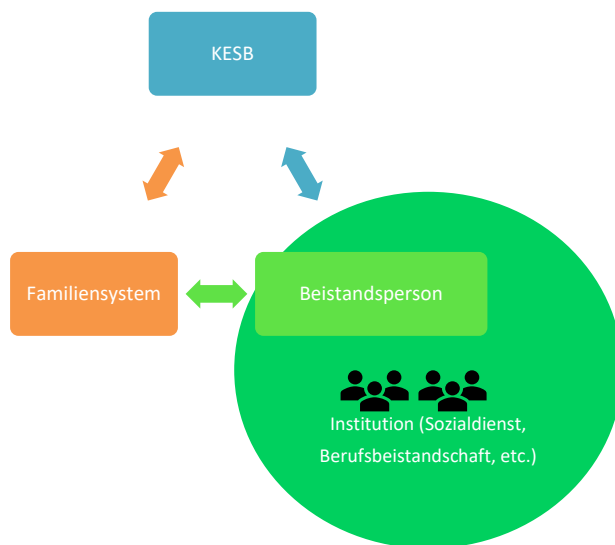


Abbildung 3: Fallbezogene Zusammenarbeit zwischen KESB, Familiensystem und Beistandsperson mit Einbettung in die Institution (eigene Darstellung in Anlehnung an (KOKES, 2017, S. 124))

#### *Beschwerdeinstanzen und Aufsichtsbehörde*

Die Entscheide der KESB sind mit einer Rechtsmittelbelehrung versehen, die darüber informiert, innerhalb welcher Frist und bei welcher Instanz die Betroffenen eine Beschwerde einreichen können. Beschwerde gegen Entscheide der KESB können die Betroffenen in jedem Kanton bei der jeweiligen gerichtlichen Beschwerdeinstanz einlegen.

Die Kantone haben auch eine Aufsichtsbehörde definiert, welche eine allgemeine Aufsicht über die korrekte Rechtsanwendung durch die KESB innehaben. In gewissen Kantonen ist ein Gericht sowohl Beschwerdeinstanz als auch Aufsichtsbehörde. In den meisten Kantonen sind diese Aufgaben durch separate Organe getrennt geführt (für eine Übersicht siehe KOKES, 2020b).

Die KESB ordnet dem Kind, sofern nötig, eine *Verfahrensbeistandschaft*<sup>12</sup> (gemäss Art. 314 a<sup>bis</sup> ZGB) an. Diese verfahrensrechtliche Massnahme soll die effektive Partizipation des Kindes im Verfahren vor der KESB sicherstellen (KOKES, 2017, S. 225) und wird in der Praxis am häufigsten durch spezifisch weitergebildete Rechtsanwält\*innen oder Fachpersonen der Sozialen Arbeit, Psychologie oder Pädagogik, die über verfahrensrechtliche sowie psychosozialen Fach- und Methodenkompetenzen verfügen, ausgeführt. Die unabhängige und neutrale Verfahrensbeistandsperson vertritt den Willen des Kindes und hat auch das objektive Kindeswohl zu ermitteln (KOKES, 2017, S. 226) (vgl. dazu auch Kap. 2.6).

Weitere Akteur\*innen im Kindesschutzverfahren sind Parteianwält\*innen der Eltern sowie private und staatliche Organisationen, die ambulante, teilstationäre und stationäre Dienstleistungen erbringen.

### **2.3.2 Ablauforganisation KESB**

Nachfolgend wird die Ablauforganisation der KESB anhand des Prozesses und der konkreten Schritte des Kindesschutzverfahrens beschrieben (Spath & Koch, 2009). Dabei geht es darum, grob den Rahmen aufzuzeigen, innerhalb dessen sich das konkrete Vorgehen der verfahrensleitenden Person der KESB im Einzelfall bewegt. Die ausführliche Behandlung dieses Prozesses dient dem Verständnis der empirischen Erhebung und der Analyse der Daten.

Das Kindesschutzverfahren richtet sich in erster Linie nach den bundesrechtlichen Vorgaben des Zivilgesetzbuches (ZGB), in zweiter Linie nach den kantonalen Verfahrensbestimmungen (Sonderbestimmungen oder allgemeines Verwaltungsverfahrenrecht) und zuletzt nach den Bestimmungen der eidg. Zivilprozessordnung (ZPO), welche sinngemäss anwendbar sind, sofern einzelne Bestimmungen der ZPO im kantonalen Recht nicht ausdrücklich ausgeschlossen werden (Fassbind, 2018, S. 106; KOKES, 2017, S. 157). Zudem sind für das Verfahren allenfalls auch Bestimmungen aus der Bundesverfassung (BV), der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK), der UNO-Kinderrechtskonvention (KRK), des internationalen Völkerrechts sowie des Bundesgesetzes über internationale Kindesentführungen relevant (Fassbind, 2018).

Das Fehlen eines nationalen Verfahrensrechts spezifisch für den zivilrechtlichen Kindes- und Erwachsenenschutz in der Schweiz wird in Fachkreisen als Mangel im System betrachtet, welches zu einer sehr heterogenen kantonalen Praxis der Verfahrensabläufe und der Prozessgestaltung führt. Ein

---

<sup>12</sup> Die Terminologie ist nicht einheitlich. Gängig sind auch die Begriffe Kinderanwalt/Kinderanwältin, Verfahrensvertreter\*in, Kindesvertretung, Rechtsvertretung für das Kind.

Vorentwurf eines von Steck (2003) ausgearbeiteten Bundesgesetzes über das Verfahren vor den Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden wurde vom Bundesrat jedoch aufgrund der ablehnenden Haltung der Kantone nicht weiter verfolgt.

#### *Stadien des Kindesschutzverfahrens nach Fassbind (2018)*

In den letzten Jahren wurden mehrere Phasenmodelle für das Kindesschutzverfahren oder Teilprozesse daraus entwickelt (vgl. z.B. Biesel et al., 2017; Hauri et al., 2018; KOKES, 2017). Hier wird dasjenige von Fassbind (2018) aufgrund der Fokussierung auf die konkrete Tätigkeit der Verfahrensleitung der KESB und aufgrund des hohen Detaillierungsgrads verwendet, was für die spätere Analyse der Interviewdaten zweckdienlich erscheint.

*Meldung an die KESB und Einleitungsverfahren:* Ein Kindesschutzverfahren vor der KESB wird durch eine *Meldung* an diese initiiert. In den letzten Jahren setzte sich zunehmend der Begriff *Meldung* anstelle von *Gefährdungsmeldung* durch. Der Begriff *Meldung* wird für die vorliegende Publikation bevorzugt verwendet, weil in Fachkreisen vermutet wird, dass er bei den Betroffenen auf weniger Ablehnung stösst (zur Begriffswahl siehe auch KOKES, 2017). Eine *Meldung* kann durch betroffene Kinder oder Eltern sowie durch aussenstehende Personen oder Organisationen erfolgen. In wenigen Fällen wird die KESB auch von sich aus, d.h. von Amtes wegen, tätig. Grundsätzlich ist jede Person berechtigt, der KESB eine *Meldung* zu erstatten, wobei verschiedene Regelungen zu Meldepflichten, Schweigepflicht und Berufsgeheimnis zu beachten sind, die hier nicht aufgeführt werden<sup>13</sup>.

*Eröffnungsverfahren:* Nach der KESB-internen Fallzuteilung prüft die verfahrensleitende Person, meistens ein Behördenmitglied, ob allenfalls Sofortmassnahmen (siehe nachfolgend superprovisorisch angeordnete vorsorgliche Massnahmen) zum Schutz des Kindes zu treffen sind. Zur Eröffnung des Kindesschutzverfahrens verfasst die verfahrensleitende Person eine verfahrensleitende Verfügung zuhanden der Eltern, allenfalls auch zuhanden des diesbezüglich urteilsfähigen Kindes sowie zuhanden des Abklärungsdienstes. Die verfahrensleitende Verfügung beinhaltet den Abklärungsauftrag an den internen oder externen Abklärungsdienst, meistens mit konkreten Abklärungsfragen. Diese verfahrensleitende Verfügung dient der Wahrung des rechtlichen Gehörs (vgl. Art. 29 BV, zum rechtlichen Gehör siehe weiter unten). Die verfahrensleitende Verfügung enthält zumindest rudimentäre Angaben darüber, weshalb ein Verfahren eröffnet wurde, wer von der KESB mit einer Abklärung des Kindeswohls beauftragt wurde, und innerhalb welcher Frist die abklärende Person welche Fragen zu beantworten hat. Die verfahrensleitende Verfügung wird in der Regel mittels eingeschriebenen Briefs an die Eltern geschickt oder je nach Situation persönlich durch

---

<sup>13</sup> Ausführliche Informationen zu Melderechten und Meldepflichten siehe KOKES (2019b).



die verfahrensleitende Person der KESB oder durch die mit der Abklärung beauftragte Person übergeben. Bei Bedarf wird auch eine Dolmetscherin/ein Dolmetscher beigezogen. Gegen die Eröffnung des Verfahrens können die Betroffenen keine Beschwerde einreichen (Fassbind, 2018, S. 140ff).

*Beweis- und Abklärungsverfahren:* In der Regel delegiert die verfahrensleitende Person die Abklärung im engeren Sinne an einen internen oder externen Abklärungsdienst. Es handelt sich dabei meistens um Fachpersonen der Sozialen Arbeit, die eine psychosoziale Abklärung des Kindeswohls unter Berücksichtigung des sozialen Umfelds durchführen. In gewissen Fällen wird ein spezialisiertes psychologisches oder psychiatrisches Gutachten in Auftrag gegeben, welches vom Umfang, von der Intensität und von der Abklärungsdauer her oft umfassender ist. Bei den Abklärungen kann zwischen entscheid- und interventionsorientierten Abklärungen unterschieden werden. Bei der entscheidorientierten Abklärung steht die diagnostische Tätigkeit im Fokus. Demgegenüber erfolgt bei der prozess-, lösungs- oder interventionsorientierten Abklärung nach einer ersten diagnostischen Phase nach Absprache mit der KESB eine Interventionsphase, bei der ein möglicher Hilfeprozess in Gang kommen soll (Aebi, Steinbach & Vilén, 2020). Dieser soll Hinweise auf die Veränderungsfähigkeiten und die Kooperationsbereitschaft der Familie geben und dadurch nähere Angaben in Bezug auf die Notwendigkeit einer Massnahme durch die KESB machen. Die KESB setzt in der Regel eine Frist für die Abklärung von 3 - 4 Monaten, wobei interventionsorientierte Abklärungen deutlich länger dauern als entscheidorientierte. Die Abklärung wird mit einem Abklärungsbericht zuhanden der KESB abgeschlossen. Bevor der Bericht an die KESB verschickt wird, wird empfohlen (KOKES, 2017, S. 107), diesen vorgängig mit den betroffenen Eltern und je nach Alter auch mit dem Kind zu besprechen um allfällige Fehler korrigieren zu können und die Meinung der Eltern und des Kindes zu den Empfehlungen, die im Bericht zuhanden der KESB gemacht werden, festzuhalten.

*Erkenntnis- und Anhörungsverfahren:* Im Erkenntnisverfahren nimmt die verfahrensleitende Person der KESB eine transdisziplinäre Analyse und Würdigung der Abklärungsergebnisse vor und entwickelt eine Vorstellung darüber, ob und falls ja, welche kindesschutzrechtlichen Massnahmen sie der (Dreier)Kammer zu beantragen gedenkt (Fassbind, 2018, S. 170). Diese Vorstellung wird in einem Entscheidentwurf schriftlich festgehalten. Sind keine Kindesschutzmassnahmen anzuordnen, wird das Verfahren in der Regel mit einem förmlichen Entscheid abgeschlossen. Wird eine Massnahme angestrebt, erfolgt das Anhörungsverfahren.

Die persönliche *Anhörung* ist ein formelles Gespräch der KESB. Sie dient einem doppelten Zweck: Einerseits werden damit die Persönlichkeitsrechte der betroffenen Personen gewahrt, andererseits ist sie auch Teil der Sachverhaltsfeststellung und die Inhalte der Anhörung sind eine wichtige Grundlage für den anschliessenden Entscheid (Murphy & Steck, 2016, S. 748). Die persönliche Anhörung darf

deshalb nicht regelmässig an eine aussenstehende Person oder Stelle delegiert werden. Sie ist vielmehr durch die KESB selbst, d.h. in der Regel durch die verfahrensleitende Person, vorzunehmen und kann nur ausnahmsweise an Aussenstehende delegiert werden, z.B. bei erforderlichen Sprachkenntnissen und wenn die Anwesenheit einer Dolmetscherin/eines Dolmetschers als nicht geeignet erachtet wird, oder wenn die Gesprächsführung, beispielsweise infolge einer geistigen Behinderung spezifische Kompetenzen erfordert (KOKES, 2017, S. 213; Murphy & Steck, 2016, S. 748).

Das Recht auf Anhörung im Kindesschutzverfahren haben das Kind selbst und aufgrund der starken direkten Betroffenheit auch die Eltern (Fassbind, 2018, S. 177). Die (Partizipations-)Rechte des Kindes und der Eltern werden nachfolgend separat thematisiert (siehe Kap. 2.6 und 2.7).

*Entscheid- und Entscheideröffnungsverfahren:* Die verfahrensleitende Person schlägt nach der Anhörung und aufgrund des Abklärungsberichts und allfälliger weiterer Unterlagen einen Entscheid in Form eines Antrags an die Kammer der KESB vor. Dieses aus mindestens drei Behördenmitgliedern bestehende Gremium fällt im Rahmen einer Kammersitzung den Entscheid (Fassbind, 2018, S. 188f). Der Entscheid der KESB wird unverzüglich per eingeschriebenen Brief an die Eltern und an das für diese Sache als urteilsfähig erachtete Kind zugestellt. Muss ein Entscheid sofort nach der Eröffnung vollstreckt werden, kann eine persönliche Information und Übergabe des Entscheids an die Eltern und das Kind angezeigt sein (Fassbind, 2018, S. 191). Dies kann beispielsweise der Fall sein, wenn ein Kind sofort einer Pflegefamilie oder einer stationären Einrichtung zugeführt werden muss. Fassbind betont, dass jede Entscheideröffnung und unmittelbare Entscheidvollstreckung von der verfahrensleitenden Person der KESB mit vorausschauendem Augenmass so kindeswohlgerecht und so menschlich wie möglich vorzunehmen oder zu organisieren ist (2018, S. 192).

Wenn eine Meldung durch Fachpersonen an die KESB erstattet wurde, werden diese nach Fassbind immer über den Entscheid informiert, je nach Umständen brieflich oder telefonisch. Informiert werden ebenfalls Akteur\*innen, die weiterhin mit dem Kind zu tun haben und die für ihre Aufgabenerfüllung vom Entscheid Kenntnis haben sollten (z.B. Schule, Kita) (Fassbind, 2018, S. 192f). Nicht informiert werden dürfen hingegen in der Regel Privatpersonen, die eine Meldung an die KESB machten.

*Beschwerde- sowie Vollzugs- und Vollstreckungsverfahren:* Sind Betroffene mit dem Entscheid der KESB nicht einverstanden, dann haben sie die Möglichkeit, eine Beschwerde einzureichen. Ab dem Zeitpunkt der Mitteilung des Entscheids besteht eine Frist von 30 Tagen zur Einreichung einer Beschwerde gegen einen Entscheid der KESB. Eine Beschwerde einreichen können die am Verfahren beteiligte Personen sowie diesen nahestehende Personen (KOKES, 2017). Beschwerdeinstanz gegen Entscheide der KESB ist in allen Kantonen ein Gericht.

Sofern ein rechtskräftiger Entscheid der KESB vorliegt, ist dieser vollstreckbar, d.h. eine Beistandsperson kann beispielsweise mit der Auftragserfüllung beginnen (Fassbind, 2018, S. 197). Eine Vollstreckung einer Massnahme unter Zwang, beispielsweise durch eine polizeiliche Zuführung eines Kindes zu einer Pflegefamilie oder in eine stationäre Einrichtung, ist nur ausnahmsweise und nur, wenn Dritte den Schutz vereiteln oder wenn sich die Person ihrem unverzichtbaren Schutz entzieht, legitim (KOKES, 2017, S. 184f).

*Überprüfungsverfahren:* Kindesschutzverfahren erfordern häufig Anpassungen der angeordneten Massnahmen an neue Begebenheiten. Die Überprüfung der bestehenden Massnahme erfolgt mindestens alle zwei Jahre im Rahmen der regelmässigen Berichterstattung durch die Beistandsperson an die KESB. Gelegentlich gelangen auch bei laufenden Kindesschutzmassnahmen während der Umsetzung neue Meldungen an die KESB. Die KESB muss diesen Meldungen nachgehen und unter Umständen ein neues Verfahren eröffnen.

In der folgenden Abbildung werden die Stadien des Kindesschutzverfahrens vor der KESB grafisch dargestellt.

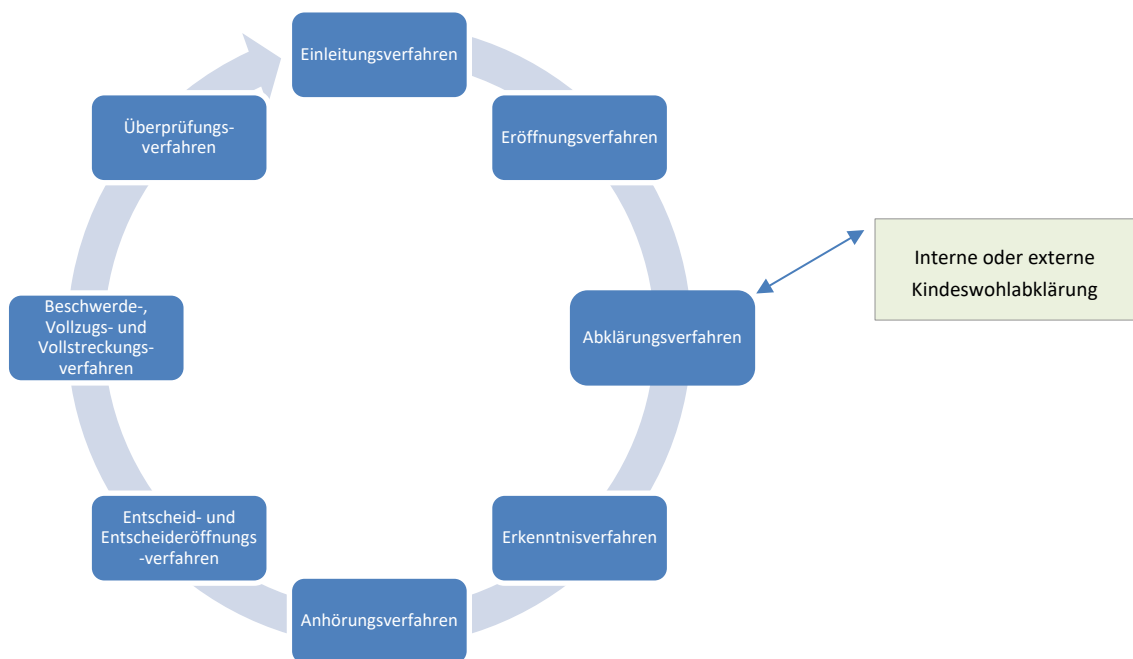


Abbildung 4: Stadien des Kindesschutzverfahrens vor der KESB (vereinfacht und leicht verändert nach Fassbind, 2018, S. 128)

#### *Vorsorgliche Massnahmen bei sofortigem Handlungsbedarf*

In gewissen Situationen besteht sofortiger Handlungsbedarf um ein Kind, das beispielsweise an Leib und Leben bedroht ist, zu schützen. In solchen Fällen kann es unumgänglich sein, dass Massnahmen zum Schutz des Kindes bereits während des Verfahrens angeordnet werden, das heisst, bevor das Verfahren ordentlich durchlaufen und ein ordentlicher Entscheid gefällt werden kann. Dies ist nur

zulässig, wenn eine Massnahme zum Schutz eines Kindes so dringlich ist, dass ein ordentlicher Entscheid der KESB nicht abgewartet werden kann. Als vorsorgliche Massnahmen nach Art. 445 ZGB sind alle zum Schutz des betroffenen Kindes notwendige Vorkehrungen möglich, die entweder auf Antrag einer am Verfahren beteiligten Person oder ohne Antrag durch die KESB «von Amtes wegen» angeordnet werden können (Murphy & Steck, 2016, S. 737f). Die vorsorgliche Massnahme gilt für die Dauer des Verfahrens und muss später durch eine definitive Massnahme im ordentlichen Entscheid ersetzt werden (Murphy & Steck, 2016, S. 737).

Auch bei vorsorglichen Massnahmen sind die Betroffenen vor der Anordnung vorgängig anzuhören (Fassbind, 2018, S. 123). Besteht für die Anordnung vorsorglicher Massnahmen eine besondere Dringlichkeit, so kann die KESB die vorsorgliche Massnahme gemäss Art. 445 Abs. 2 ZGB *superprovisorisch*, d.h. sofort und ohne vorgängige Anhörung des Kindes und der Eltern, anordnen. Die KESB muss die Anhörung der Betroffenen allerdings unverzüglich nachholen, indem sie den Betroffenen gleichzeitig mit der Anordnung der superprovisorischen Massnahme die Gelegenheit gibt, mündlich oder schriftlich Stellung dazu zu nehmen (Murphy & Steck, 2016, S. 739). Die nachfolgende Abbildung stellt die beiden Varianten grafisch dar.



Abbildung 5: Vorsorgliche Massnahmen – zwei Varianten im zeitlichen Ablauf

Da es bei der Anordnung von vorsorglichen Massnahmen, insbesondere bei einer superprovisorischen Anordnung, in der Regel für die verfahrensleitende Person der KESB aufgrund der zeitlichen Dringlichkeit nicht möglich ist, alle Betroffenen vorgängig zu informieren, das Vorgehen abzusprechen und ihre Meinung dazu einzuholen, handelt es sich hier um besonders heikle Eingriffe in die Persönlichkeitsrechte der Betroffenen. Auf die Frage, wie Eltern und Kinder die vorsorglichen Massnahmen wahrnehmen, wird in der Darstellung der Ergebnisse der Befragung von Eltern und Kindern in Kapitel 6 Bezug genommen.

#### Finanzierung des Kindesschutzverfahrens und der Massnahmenkosten

Die Eltern müssen für den Unterhalt ihres Kindes aufkommen, ausser wenn dem Kind zugemutet werden kann, den Unterhalt aus eigenen Mitteln oder einem Erwerbseinkommen zu bezahlen. Die Kosten für die Umsetzung von Kindesschutzmassnahmen gehören zu den Unterhaltskosten. Wenn die Eltern und das Kind nicht in der Lage sind, diese zu tragen, sind die Kosten für die Kindesschutzmassnahmen durch die Sozialhilfe zu finanzieren. Die Sozialhilfekosten haben in erster

Linie die Gemeinden zu tragen und werden in gewissen Kantonen durch Lastenausgleichssysteme zwischen den Gemeinden ausgeglichen. Wenn das Gemeinwesen für den Unterhalt des Kindes aufkommt, hat das Gemeinwesen auch den Unterhaltsanspruch und kann diesen gegenüber den Eltern geltend machen (KOKES, 2017, S. 206). Die KESB ist dafür zuständig, die zum Schutz des Kindes erforderlichen Massnahmen anzuordnen. Als Orientierungsrahmen dienen ihr das Kindeswohl sowie das Verhältnismässigkeitsprinzip, welches sich auch auf finanzielle Belange bezieht. Es ist die Pflicht der KESB, «mit öffentlichen Mitteln sorgsam umzugehen und keine unnötigen Kosten zu verursachen» (KOKES, 2017, S. 207). Die Sozialhilfebehörde der Gemeinde ist aber grundsätzlich an den Entscheid der KESB gebunden (S. 207), d.h. sie kann die Finanzierung von Massnahmenkosten nicht aufgrund einer hohen finanziellen Belastung ablehnen. Die Finanzierung der Kosten für das Verfahren vor der KESB ist nicht auf nationaler Ebene im Bundesrecht, sondern in den einzelnen Kantonen geregelt (Murphy & Steck, 2016). Personen, die nicht über die erforderlichen Mittel verfügen, haben Anspruch auf unentgeltliche Rechtspflege, sofern das Verfahren nicht aussichtslos ist.

## **2.4 Die Verfahrensleitung der KESB im Spannungsverhältnis zwischen Beziehungsorientierung und Rechtmässigkeit**

### *Prozesscharakter der Tätigkeit der KESB und Haltungen in der Verfahrensleitung*

Eine Studie von Rosenboom (2006) in Deutschland zeigte auf, dass die dortigen Familienrichter\*innen sehr individuelle Arbeitsweisen und enorme Unterschiede in der Verfahrensgestaltung und Wahrnehmung der Amtsermittlungspflicht aufweisen. Eine heterogene Gestaltung des Verfahrens durch die Verfahrensleitenden der KESB wurde auch für die Schweiz aufgezeigt (Hitz Quenon & Matthey, 2017; Hitz Quenon, Paulus & Luchetta Myit, 2014) (ausführlicher zum Forschungsstand siehe Kap. 4). Am umfassendsten hat sich Fassbind zur Rolle und den Haltungen der verfahrensleitenden Personen in der Fachliteratur geäussert. Wichtiges Merkmal des Kindesschutzverfahrens vor der KESB ist nach Fassbind, dass der Fokus aus Sicht der KESB weniger auf dem Entscheid selber liegt, sondern der Entscheid, insbesondere wenn dieser angeordnete Kindesschutzmassnahmen beinhaltet, eher ein «taktangebender Generator» ist (Fassbind, 2018, S. 115). Der Entscheid ist, wenn dieser mit der Anordnung von Massnahmen verbunden ist, nach Fassbind der Beginn eines Prozesses, durch den das Kindeswohl positiv beeinflusst werden soll. Diese vom Eheschutz- und Scheidungsgericht abweichende Perspektive ist dem Umstand geschuldet, dass die KESB nicht nur für die *Prüfung und Anordnung* von Kindesschutzmassnahmen zuständig ist, sondern auch für den *Massnahmenvollzug* (siehe Kap. 2.3.1). Die Angelegenheit ist für die KESB mit dem Abschluss des Verfahrens und einem Entscheid oft nicht erledigt, sondern die KESB wird gemachte Entscheidungen im Laufe der Umsetzung von Kindesschutzmassnahmen, insbesondere bei

komplexen Fällen, immer wieder überprüfen und anpassen müssen (Fassbind, 2018, S. 116). «Ein verhältnismässiger, rechtlich korrekter, vernünftiger, massvoller, massgeschneiderter sowie praktikabler Entscheid der KESB ist zwar erfolgsrelevant, kann aber für sich alleine in den meisten Fällen keine dauerhaft tragfähige Lösung herbeiführen.» (Fassbind, 2018, S. 116). Fassbind sieht die KESB deshalb als «Sozial-Krisen-Interventions-Management-Service-Center», das trotz weitreichender Entscheidungskompetenzen «nahe an den betroffenen Personen, lösungsorientiert, pragmatisch, niederschwellig anrufbar, auf Überzeugung und Einbezug der betroffenen Personen ausgerichtet» zu sein hat (2018, S. 116). Fassbind betont den Dienstleistungscharakter der KESB und führt aus, dass dieser eine enge Zusammenarbeit mit den Kindern und Eltern sowie mit den internen oder externen Abklärungsdiensten beinhaltet und mit dem Versuch verbunden ist, auf kooperative Hilfen hinzuwirken. Ebenfalls äussert er die Ansicht, dass die KESB für die erfolgreiche Arbeit elementares *Vertrauen* aufbauen sollte. Als Faktoren, die das Vertrauen begünstigen, nennt er eine pragmatische Herangehensweise durch die verfahrensleitende Person, Flexibilität, die Offenheit für den Prozesscharakter und die Bereitschaft Zwischenschritte oder Umwege in Kauf zu nehmen, Kompromissbereitschaft, Kritik- und Lernbereitschaft, eine offene, ehrliche, klare und überzeugende Kommunikation, der rechtzeitige und situationsadäquate Einbezug der Betroffenen und deren Umfeld; Transparenz, Mut zur Entscheidung und Verantwortungsübernahme, die Fähigkeit, Chancen und Ressourcen zu erkennen, Bescheidenheit und Menschlichkeit (Fassbind, 2018, S. 117ff, betreffend Vertrauen in Behörden siehe auch Kap. 3). Als weitere Hauptaufgabe der KESB nennt Fassbind, Betroffene und Dritte adressat\*innengerecht über das zivilrechtliche Kindesschutzverfahren zu informieren, ihnen die Möglichkeiten und Grenzen aufzuzeigen und überhöhte Erwartungen auszuräumen (2018, S. 119).

Die nach bisherigen Forschungskenntnissen in der Praxis anzunehmenden individuellen Haltungen und Rollenverständnisse der Verfahrensleiter\*innen der KESB sind u.a. auf ein komplexes Zusammenwirken unterschiedlicher Anforderungen zurückzuführen. In Anlehnung an Brenninkmeijer (2006, S. 5) wird hier argumentiert, dass sich die Verfahrensleitung der KESB in einem Spannungsverhältnis zwischen Beziehungsorientierung und Orientierung an der Rechtmässigkeit<sup>14</sup> des Verfahrens bewegt. Die nachfolgende Abbildung stellt dieses Spannungsverhältnis grafisch dar:

---

<sup>14</sup> Mit Rechtmässigkeit ist hier ein Verfahren gemeint, bei dem das materielle Recht sowie die verfahrensrechtlichen Vorgaben korrekt angewendet werden. Dazu gehören u.a. auch die Verhältnismässigkeit, Information über Beschwerdemöglichkeiten, Zugang zu Rechtsvertretung, aber auch die Einhaltung von Vorgaben des Datenschutzes, etc.

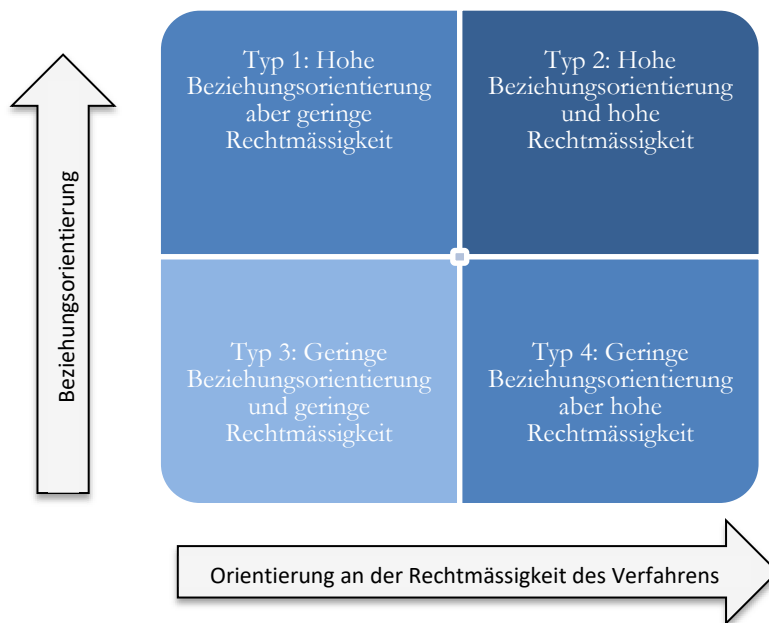


Abbildung 6: Typologie von Kinderschutzfällen im Spannungsverhältnis zwischen Beziehungsorientierung und Orientierung an der Rechtmässigkeit des Verfahrens (eigene Darstellung, in Anlehnung an Brenninkmeijer (2006, S. 5))

Die horizontale Achse bildet die Orientierung an einem rechtmässigen Verfahren ab, während die vertikale Achse die Beziehungsorientierung repräsentiert. Aus der Kombination der horizontalen und der vertikalen Achse ergeben sich vier idealtypische Kategorien. Wenn beide Aspekte in hohem Masse berücksichtigt werden (Typ 2), wird nicht nur ein rechtmässiges Verfahren ideal umgesetzt, sondern der Prozess des Verfahrens wurde genutzt um eine auf Respekt, Vertrauen und Transparenz basierende Beziehung zu den Eltern und zum Kind aufzubauen und somit die Basis für eine konstruktive und kooperative Zusammenarbeit mit den Betroffenen bei der Umsetzung einer allfälligen Massnahme zu legen. Wenn eine verfahrensleitende Person der Rechtmässigkeit des Verfahrens wenig und der Beziehung zu den Betroffenen eine hohe Bedeutung zumisst (Typ 1), kann das beispielsweise dazu führen, dass eine Kindeswohlgefährdung toleriert wird, indem auf die Anordnung von Massnahmen gegen den Willen der Betroffenen verzichtet wird, aus Angst, dass ein solcher Entscheid die Beziehung zu diesen verschlechtern und dadurch die Zusammenarbeit beeinträchtigen würde. Zu diesem Typ 1 würde aber auch ein Verfahren gehören, bei dem auf eine korrekte Anwendung der verfahrensrechtlichen Vorgaben (z.B. Datenschutz, Informationspflichten, Verhältnismässigkeit, etc.) zugunsten von persönlichen Kontakten mit Betroffenen nicht eingehalten werden. Umgekehrt kann eine einseitige Ausrichtung an der Rechtmässigkeit des Verfahrens ohne Berücksichtigung des Beziehungsaspekts (Typ 4) dazu führen, dass eine Entscheidung getroffen wird, ohne Bemühungen, eine Beziehung zu den Eltern und zum Kind aufzubauen, beispielsweise indem eine materiell notwendige Kinderschutzmassnahme gegen den Willen der Betroffenen angeordnet

wird, ohne dass versucht wird, den Eltern und dem Kind den Entscheid nachvollziehbar zu erklären, oder ohne Bemühungen, die Leistungen der Familie für das Wohlergehen des Kindes positiv zu würdigen. Solche Entscheidungen werden von Betroffenen häufig als ungerechtfertigt wahrgenommen und sie fühlen sich unfair behandelt (vgl. auch Brenninkmeijer, 2006; zur Fairnesswahrnehmung siehe Kap. 3). Bei diesem Typ ist mit einem höheren Widerstand oder Misstrauen der Betroffenen zu rechnen als beim Typ 2. Am ungünstigsten ist ein Verfahren, bei dem sowohl eine geringe Beziehungsorientierung als auch eine geringe Gewährleistung der Rechtmässigkeit gegeben ist (Typ 3). In diesem Typ wird weder eine Beziehung aufgebaut, noch erfolgt eine rechtzeitige, fachlich adäquate und gut begründete Entscheidung oder die Beteiligungsrechte der Betroffenen werden nicht respektiert.

## **2.5 Konzepte zur Partizipation von Kindern**

Der Begriff Partizipation wird häufig verwendet und oft ungenau oder sehr breit definiert. Er geht zurück auf verschiedene Theorietraditionen und wird nicht nur für Kinder (beispielsweise Partizipation von Kindern in der Kita, Schule, Freizeitgestaltung oder Erziehung) sondern auch für Erwachsene in verschiedenen Bereichen wie beispielsweise Partizipation in der Unternehmens- und Personalführung oder in der Politik verwendet.

Theoretische Grundlagen des heterogenen Partizipationsverständnisses bilden a) politisch und moralisch orientierte Demokratie- und Sozialismustheorien, b) psychologisch-humanistische sowie pädagogische Theorien von persönlichem Wachstum und der kognitiven, sozialen und moralischen Entwicklung sowie c) ökonomische Theorien der Produktivitätsorientierung (Reichenbach, 2006, S. 48).

Unter Partizipation in einem allgemeinen Verständnis wird Beteiligung, Teilhabe, Teilnahme, Mitwirkung, Mitbestimmung oder Einbeziehung verstanden (Reichenbach, 2006, S. 54). Für die vorliegende Publikation wird der Begriff Partizipation im engeren Sinn als «Einbindung von Individuen in Entscheidungs- und Willensbildungsprozesse» definiert (Reichenbach, 2006, S. 54; vgl. auch Rieker, Mörgen, Schnitzer & Stroezel, 2016, S. 4).

Die Partizipation von Kindern kann unterschiedliche Intensitäten aufweisen. So entwickelte Hart in den 90er Jahren des letzten Jahrhunderts eine *Partizipationsleiter* als Stufenmodell der Partizipation und definierte verschiedene Kategorien und Intensitätsstufen der Partizipation (Hart, 1992). Bei Akten von Manipulation, Dekoration und Scheinpartizipation handelt es sich nach Hart nicht um echte Partizipation. Als unterste Stufe der Partizipation gilt nach diesem Modell die Information. Als nächsthöhere Stufe gelten die Information und gleichzeitige Anhörung des Kindes. Eine noch höhere Stufe der Partizipation bildet eine auf Information und Anhörung aufbauende, von Erwachsenen



initiierte, aber gemeinsam mit dem Kind getroffene Entscheidung. Als zweithöchste Partizipationsstufe beschreibt Hart eine Entscheidung, die vom Kind initiiert und gesteuert wird; und als höchste Stufe definiert er eine Entscheidung, die vom Kind initiiert und gemeinsam mit Erwachsenen getroffen wird (Hart, 1992, S. 10ff).

Die nachfolgende Abbildung stellt das Stufenmodell grafisch dar.

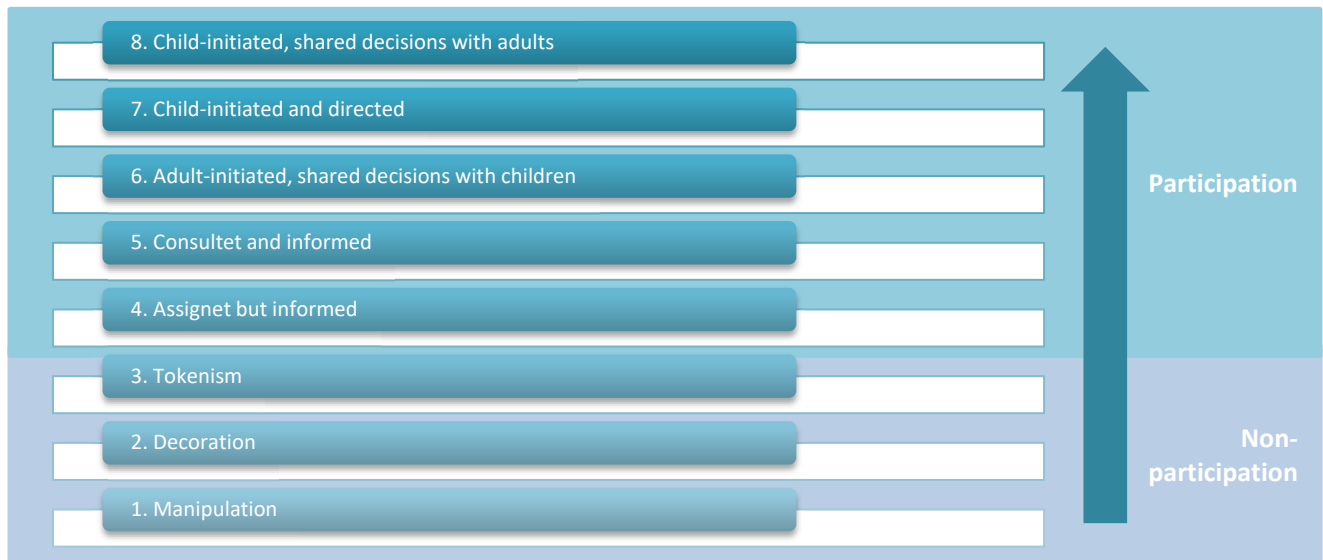


Abbildung 7: Harts Partizipationsleiter (ladder of participation) als Stufenmodell (Hart, 1992, S. 8)

Oser & Biedermann (2006) haben ein alternatives Konzept zur Unterscheidung von Partizipationsaspekten entwickelt. Anhand der nachfolgenden Aspekte lässt sich danach die Partizipation grundsätzlich analysieren (2006, S. 28f):

- **Zuständigkeit:** Wie klar ist vereinbart und akzeptiert, welchen Beitrag das Kind zum Gesamtentscheid beitragen kann?
- **Verantwortlichkeit:** Inwiefern werden die Risiken des Entscheids tatsächlich geteilt. Wer trägt Verantwortung und trägt die negativen Konsequenzen für Fehler, Versagen, Misserfolge?
- **Kompetenzen:** In welchem Ausmass bringt jemand auch die zur anstehenden Handlung notwendigen Voraussetzungen und professionellen Fähigkeiten mit?
- **Hierarchie:** Besteht Gleichrangigkeit oder bestehen Abstufungen im Aktionsspielraum; besteht eine vertikale Ordnung von Freiheiten und Verantwortlichkeiten; gibt es eine variierende Weisungsbefugnis?
- **Rollenverteilung:** Bestehen informelle oder formalisierte Zuständigkeiten; Spezialisierung?
- **Informationsfluss:** Wie viele Informationen werden gegeben? Besteht ein voller oder ein eingeschränkter Informationsfluss?

- Identifikation: Ausmass und Qualität des Zugehörigkeitsgefühls. In welchem Ausmass verstehen sich Akteur\*innen als Teil einer Gemeinschaft?
- Legitimation: In welchen Fällen und auf welche Weise wird die Berechtigung öffentlich gemacht, dass jemand handelnd teilnimmt?
- Initiative: Inwiefern ist die Chance vorhanden, sich selbst durch innovative Anregungen schöpferisch in Szene setzen zu können?

Nach Oser & Biedermann (2006) ist die höchste Partizipation dann gegeben, wenn Mitverantwortung, hohe rechtliche Entscheidungskompetenz und Zuständigkeit, eine Beherrschung des Informationsflusses sowie ein hohes Zugehörigkeitsgefühl, das auf Eigeninitiative fusst und öffentlich legitimiert ist, gegeben ist. Mit abnehmendem Grad an Partizipation reduziert sich der Handlungsrahmen für die Tätigkeit und desto weniger ist eine partizipative Führung vorhanden.

Eine wesentliche Prägung des Partizipationskonzepts in Forschung, Lehre und Praxis des Kinderschutzes erfolgte durch die *UN-Kinderrechtskonvention* (Übereinkommen über die Rechte des Kindes, UN-KRK; SR 0.107). Diese, mit Ausnahme der USA, von allen Staaten der Welt ratifizierte Völkerrechtskonvention definiert die Partizipation als eine von drei Hauptsäulen des Kinderrechtskonzepts (neben den Schutz- und den Förderrechten des Kindes). Das Kind hat demnach das Recht, als Subjekt am Kinderschutzverfahren zu partizipieren und der Staat ist dazu verpflichtet, alles dafür zu tun, damit das Kind dieses Recht umsetzen kann. Partizipation kann deshalb womöglich als rechtlich verankertes *Hypergut* (Reichenbach, 1999, S. 221; Taylor, 1996, S. 124) bezeichnet werden.

In den letzten Jahren wird in der Forschung zunehmend der Begriff *(service) user involvement* verwendet um einerseits den Einbezug von Betroffenen in Organisationsprozesse und um andererseits die Sichtweise von Betroffenen in Bezug auf organisationale Dienstleistungen zu erfassen (Gallagher et al., 2012). Hinter dem Begriff stehen, ähnlich wie bei der Partizipation, heterogene theoretische Konzepte (Chiapparini, 2016, S. 26f).

### *Agency-Konzept*

Aus einer soziologischen Perspektive steht der Begriff der Partizipation in Zusammenhang mit dem Agency-Konzept. Dieses findet seit den 1980er-Jahren weit verbreitete Beachtung (Betz & Eßer, 2016). *Agency of children* (oft übersetzt als «Kinder als Akteure») hat als zentrales Anliegen die Handlungsbefähigung von Kindern und gilt daher als eine zentrale theoretische Prämisse der Kindheitssoziologie (Bollig & Kelle, 2014, S. 264). Als Klassiker gelten die Publikationen von James and Prout (1997) und Qvortrup, Corsaro, Honig, and Valentine (2009). Indem Kinder aktiv an ihrer Umwelt partizipieren, sind sie handelnde Akteur\*innen. Das Agency-Konzept nahm die nicht nur in der Wissenschaft, sondern auch gesamtgesellschaftlich aufgetauchte Kritik an der Position von

Kindern als *minority group* (Betz & Eßer, 2016, S. 303) und als «Noch-nicht-Mitglieder» der Gesellschaft (Bollig & Kelle, 2014, S. 265) auf und postulierte Kinder als kompetente Akteur\*innen der Gegenwart. Es handelt sich beim Agency-Konzept insgesamt weniger um eine ausgearbeitete Theorie als um ein allgemeines, uneindeutig definiertes Konzept (Bollig & Kelle, 2014, S. 265). Das Agency-Konzept ist nicht nur in der Kindheitssoziologie verbreitet, sondern ist ein allgemeines soziologisches Konzept, das von Helfferich (2012, S. 10) als Grundbestandteil aller Konzepte bezeichnet wird, die erforschen, wer oder was über welche Art von *Handlungsmächtigkeit* verfügt oder diese zugeschrieben erhält. Die Sozialtheorie von Giddens (1984) prägte die Agency-Debatte mit den beiden Begriffen *structure* und *agency*, die sich wechselseitig konstituieren. Die Konzeptualisierung von Agency nach Giddens gilt heute jedoch gemäss Bollig and Kelle (2014) als überholt. Sewell (1992, S. 20) betrachtet agency und structure nicht als Gegensätze, sondern definiert agency als konstituierender Bestandteil von structure. Er argumentiert, dass die Fähigkeit für agency allen Menschen inhärent ist in Form von Wünschen, Intentionen und kreativem Handeln, dass diese Fähigkeit jedoch durch spezifische kulturelle Schemata und Ressourcen geformt wird, die im jeweiligen sozialen Milieu einer Person verfügbar sind (S. 20).

#### *Konzept kindgerechtes Verfahren*

Aufgrund von Erkenntnissen aus der Forschung, dass Kinder in Gerichts- und Verwaltungsverfahren, die sie betreffen, nur teilweise als Rechtssubjekte behandelt werden (vgl. z.B. für die Schweiz Cottier, 2006), und im Zuge einer zunehmenden Verbreitung und Verankerung der Kinderrechte, verabschiedete das Ministerkomitee des Europarates im Jahr 2010 Leitlinien für eine kindgerechte Justiz<sup>15</sup>. Diese stellen übergeordnete Standards dar, welche dazu beitragen sollen, dass Kinder in behördlichen und gerichtlichen Verfahren mit Würde, Achtung, Sorgfalt und Fairness behandelt werden, dass die Akteur\*innen der Verfahren für Kinder zugänglich und die Verfahren für sie verständlich sind (Europarat, 2012, S. 8). Eine kindgerechte Justiz soll Kindern zuhören, ihre Ansichten ernst nehmen und sicherstellen, dass auch die Interessen derjenigen geschützt sind, die sich nicht äussern können (wie beispielsweise Babys oder Kinder mit Behinderungen) (S. 8). Mit Gerichts- und Verwaltungsverfahren sind neben den zivilrechtlichen (Kindesschutz-)Verfahren auch Straf-, Schul-, Asyl- und Gesundheitsverfahren gemeint, in die Kinder involviert sind.

Die Leitlinien des Europarats für eine kindgerechte Justiz haben empfehlenden Charakter für die Mitgliedstaaten. Die Mitgliedstaaten sind aufgefordert, auf dieser Basis ihre gerichtlichen und

---

<sup>15</sup> Spezifisch für gerichtliche und behördliche Verfahren in der Schweiz hat Hotz in Anlehnung an die Leitlinien des Europarats ein Konzept für ein kinderfreundliches Verfahren erarbeitet, auf welches hier aber nicht näher eingegangen wird (Hotz, 2020a).

aussergerichtlichen Systeme der Justiz an die spezifischen Bedürfnisse von Kinder anzupassen und die Verbreitung der Leitlinien bei den Behörden sicherzustellen (S. 16).

*Grundprinzipien* eines kindgerechten Verfahrens sind (vgl. Europarat, 2012, S. 18ff):

*Beteiligung:* Die Rechte des Kindes, angemessen über die Verfahren, die sie betreffen, informiert zu werden und angemessene Möglichkeiten zu erhalten, angehört zu werden. Dazu gehört, dass die Meinung des Kindes in angemessener Weise für Entscheidungen berücksichtigt wird.

*Kindeswohl:* Das Wohl des betroffenen Kindes hat oberste Priorität in allen sie berührenden Angelegenheiten. Die Situation jedes an einem Verfahren beteiligten Kindes sollte getrennt eingeschätzt werden.

*Würde:* Kinder sollten mit Aufmerksamkeit, Einfühlungsvermögen, Fairness und Respekt behandelt und ihre seelische und körperliche Integrität sollte gewahrt werden.

*Schutz vor Diskriminierung:* Die Rechte von Kindern sollen sichergestellt werden, unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrer Rasse, ihrer Hautfarbe, ihrer ethnischen Herkunft, ihres Alters, ihrer Sprache, ihrer Religion oder sozialen Herkunft, ihres sozioökonomischen Hintergrund, des Status der Eltern, der Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit, der sexuellen Orientierung, der Geschlechtsidentität.

*Rechtsstaatlichkeit:* Das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit sollte auch bei Kindern angewendet werden. Dazu gehören die Gesetzmässigkeit, Verhältnismässigkeit, Unschuldsvermutung, das Recht auf ein faires Verfahren und auf Rechtsberatung, Zugang zu den Behörden/Gerichten, das Recht auf rechtliche Vertretung und Beschwerdemöglichkeiten.

*Elemente* einer kindgerechten Justiz sind (Europarat, 2012, S. 20ff): Die umfassende Information und Beratung des Kindes; der Schutz des Privat- und Familienlebens in Zusammenhang mit Datenschutz und medialer Berichterstattung; Sicherheit vor Einschüchterung, Vergeltung und sekundärer Viktimisierung; die Schulung der Fachkräfte; eine multidisziplinäre Zusammenarbeit der Fachpersonen sowie die Anordnung von Freiheitentzug als letztes Mittel.

## **2.6 Partizipationsrechte des Kindes im Kindesschutzverfahren vor der KESB**

Die Partizipationsrechte des Kindes werden im internationalen Recht u.a. durch die Kinderrechtskonvention der UNO (KRK) und im nationalen Recht u.a. in der Bundesverfassung (BV), dem Zivilgesetzbuch (ZGB), der Zivilprozessordnung (ZPO) und in den kantonalen Verfahrensbestimmungen definiert. Das Kind hat grundsätzlich das Recht, am zivilrechtlichen Kindesschutzverfahren zu partizipieren. Dabei bestimmt das Kind, ob es eine aktive oder eine passive Rolle im Verfahren einnehmen will. Es darf nicht in eine aktive oder passive Rolle gedrängt werden.

Im zivilrechtlichen Kindesschutzverfahren gilt das Kind gemäss jüngerer Lehre als *eigenständige Partei*, weil das *urteilsfähige* Kind durch sein eigenes Handeln Rechte und Pflichten in Anspruch nehmen und höchstpersönliche Rechte ausüben kann (Kilde, 2020, S. 193; Murphy & Steck, 2016, S. 764f).

*Höchstpersönliche Rechte* beinhalten die physische und psychische Integrität eines Menschen. Dazu gehören das Recht auf Familienleben, auf persönliche Freiheit, auf körperliche Integrität in Zusammenhang mit körperlichen oder psychischen Übergriffen oder ärztlichen Eingriffen, sowie das Recht auf physische oder psychische Integrität in Zusammenhang mit Vernachlässigung durch die Eltern (Murphy & Steck, 2016, S. 764). *Urteilsfähigkeit* wird definiert als die «Fähigkeit, vernunftgemäss zu handeln» (KOKES, 2017, S. 254f). Die Urteilsfähigkeit ist ein *relationales Konzept*, d.h. die Altersgrenze ist nicht strikt definiert, sondern richtet sich nach der Persönlichkeit und dem Entwicklungsstand des Kindes sowie dem Regelungsgegenstand und den situativen Umständen (Murphy & Steck, 2016, S. 764). So sind Kinder im Kindesschutzverfahren vor der KESB in der Schweiz ab ca. 6 Jahren persönlich durch die KESB *anzuhören* und können ab ca. 10 Jahren selbstständig *Beschwerde* gegen einen Entscheid der KESB führen und selbst eine *Kindesvertretung* für das Verfahren mandatieren (Murphy & Steck, 2016, S. 750; 764).

#### *Rechtliches Gehör (inkl. Anhörung)*

Das rechtliche Gehör ist ein Mittel zur Sachaufklärung sowie ein persönlichkeitsbezogenes Mitwirkungsrecht im zivilrechtlichen Kindesschutzverfahren, welches den betroffenen Eltern und - sofern es in seinen höchstpersönlichen Rechten betroffen ist – dem urteilsfähigen Kind zusteht (KOKES, 2017, S. 115; 166). Das rechtliche Gehör besteht aus dem Recht der Betroffenen, sich im Verfahren inhaltlich zu äussern, meist in Form einer mündlichen Anhörung, Akteneinsicht zu nehmen sowie verschiedene Rechte in Bezug auf die Beweisführung (KOKES, 2017, S. 166). Dazu gehört auch die Pflicht der KESB, dass sie den Willen oder die Anliegen des Kindes nicht nur hört, sondern diese auch prüft und in der Entscheidungsfindung berücksichtigt (KOKES, 2017, S. 167). Ebenfalls ist die KESB zur Aktenführung verpflichtet. Bei Gutachten umfasst das rechtliche Gehör auch die Möglichkeit, Anschlussfragen und allenfalls nötige Ergänzungsfragen zu stellen (Fassbind, 2018, S. 173).

Das Recht von Betroffenen, von der KESB persönlich angehört zu werden, ist in Art. 29 der Bundesverfassung festgehalten und diese stützt sich auf das Recht auf ein faires Verfahren nach Art. 6 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) (Murphy & Steck, 2016, S. 747). Gemäss Art. 314a ZGB ist die KESB verpflichtet, Kinder persönlich anzuhören, ausser das Alter oder andere wichtige Gründe sprechen dagegen. Die Kindesanhörung dient dazu, Informationen über die Situation zu erhalten, die Meinung und den Willen des Kindes zu erfahren und als verfahrensleitende Person einen persönlichen Eindruck des Kindes zu erhalten. Das Kind kann eine Vertrauensperson zur Anhörung mitnehmen (Kanton Zürich, 2016).

Für die Kindesanhörung gelten folgende Grundsätze Murphy (Murphy & Steck, 2016, S. 750ff):

- Als oberste Maxime gilt auch für die Anhörung das Kindeswohl.
- Die Kindesanhörung sollte altersgerecht, dem jeweiligen Entwicklungsstand des Kindes angemessen und schonend durchgeführt werden.
- Es gibt zwar keine gesetzlich vorgeschriebene Altersgrenze, aber die Rechtsprechung des Bundesgerichts hielt diesbezüglich fest, dass eine Anhörung grundsätzlich ab dem vollendeten sechsten Altersjahr möglich ist. Eine Anhörung eines jüngeren Kindes kann sich jedoch aufdrängen.
- In Ausnahmefällen kann die KESB die Kindesanhörung an eine geeignete Drittperson delegieren.
- Die Anhörung sollte in der Regel in Abwesenheit der Eltern durchgeführt werden.
- Wiederholte Kindesanhörungen sollten vermieden werden, v.a. wenn keine neuen Erkenntnisse zu erwarten sind.
- Umstritten ist, ob eine Kindesvertreter\*in bei der Kindesanhörung anwesend sein darf. Die Frage ist von Fall zu Fall pragmatisch zu lösen.
- Wenn ein Kind die Mitwirkung verweigert, sollte das durch die KESB respektiert werden, wobei sie überprüfen sollte, ob der Verzicht dem Willen des Kindes entspricht.
- Die Kindesanhörung wird von der KESB protokolliert. Im Protokoll der Anhörung sollten nur die für den Entscheid wesentlichen Ergebnisse festgehalten werden. Das Protokoll der Kindesanhörung sollte durch die verfahrensleitende Person mit dem Kind besprochen werden und wenn es das Kind wünscht, sind seine Aussagen nicht zu protokollieren. Das Kind sollte aber darüber informiert werden, dass der Entscheid der KESB sich nicht auf Aussagen stützen kann, die nicht protokolliert sind.
- Die Eltern und, falls eine durch die Behörde angeordnete Kindesvertretung besteht, auch diese, sind mündlich oder schriftlich über das Ergebnis der Kindesanhörung zu informieren. Sie sollen aber nicht alle Einzelheiten des Gesprächsinhalts erfahren.
- Wird einem Kind nicht die Möglichkeit gegeben, persönlich durch die KESB angehört zu werden, handelt es sich um eine Rechtsverletzung und das urteilsfähige Kind kann eine Beschwerde gegen den Entscheid der KESB anfechten.

Verschiedene Kantone präzisieren in ihren praktischen Leitfäden oder Empfehlungen die wichtigen Gründe zum Verzicht auf eine Kindesanhörung (vgl. beispielsweise Kanton Zürich, 2016; Kantonales Jugendamt, 2017). Der Kanton Bern präzisiert, dass die Gründe für ein Verzicht auf eine Anhörung im Kindeswohl zu liegen haben. Dazu gehören beispielsweise die «Annahme, dass das Kind durch die Anhörung einer starken seelischen Belastung ausgesetzt würde; Dringlichkeit eines Verfahrens; allgemeiner Gesundheitszustand des Kindes; das Kind ist im Zusammenhang mit dem Verfahren

bereits von mehreren Fachpersonen befragt/einbezogen worden; Vorliegen eines aktuellen Gutachtens, welches alle relevanten Fragen schlüssig beantwortet und das Kind gebührend einbezogen hat; Wohnsitz eines Kindes im Ausland» (Kantonales Jugendamt, 2017).

#### *Akteneinsichtsrecht*

Kinder haben, wie auch andere am Verfahren beteiligte Personen, ein Akteneinsichtsrecht. Dieses besteht aber erst in Bezug auf in sich selbst abgeschlossene Akten, z.B. die Meldung an die KESB, der abgeschlossene Abklärungsbericht sowie entscheidrelevante Beilagen, nicht jedoch in Handakten, die keinen Beweischarakter haben und nicht entscheidrelevant sind (Fassbind, 2018, S. 173). Bei überwiegendem öffentlichen oder privaten Interesse, insbesondere zur Wahrung des Schutzes des Kindeswohls, kann die Akteneinsicht beschränkt werden (Murphy & Steck, 2016, S. 774).

#### *Kindesvertretung (Verfahrensbeistandschaft)*

Die KESB hat zu prüfen, ob sie eine Kindesvertretung nach Art. 314a<sup>bis</sup> ZGB einsetzt. Diese Prüfpflicht besteht insbesondere, wenn im Verfahren eine stationäre Unterbringung des Kindes zur Diskussion steht und wenn die Eltern unterschiedliche Anträge zur Regelung der elterlichen Sorge oder zu wichtigen Fragen des persönlichen Verkehrs stellen (Murphy & Steck, 2016, S. 766). Eltern und Kinder ab ca. 10 Jahren können von sich aus einen Antrag auf Einsetzung einer Kindesvertretung bei der KESB stellen und Kinder ab 10 Jahren können auch selbst eine Kindesvertretung beauftragen (Murphy & Steck, 2016, S. 766).

Die Verfahrensbeiständin/der Verfahrensbeistand für das Kind hat die Aufgabe, das Kind während des Verfahrens zu informieren, zu begleiten und zu vertreten. Diese mit der Kindesvertretung beauftragte, unabhängige Fachperson sorgt dafür, dass im Verfahren ein elternunabhängiges Bild der Situation des Kindes aufgenommen wird. Sie vertritt das Kind anwaltschaftlich, d.h. sie sorgt dafür, dass das Kindesinteresse im Verfahren berücksichtigt wird. Dabei steht die Vertretung des Kindeswillens im Zentrum, wobei die objektiven Interessen des Kindes, soweit sie sich nicht mit dem subjektiven Willen decken, ebenfalls im Verfahren dargelegt werden. Falls Konflikte zwischen dem Kindeswohl und dem Kindeswillen bestehen, macht die Kindesverfahrensvertretung darauf aufmerksam (Murphy & Steck, 2016, S. 770). Die Kindesverfahrensvertretung nimmt prozessuale Rechte des Kindes wie Akteneinsicht, Antragsstellung, Rechtsmittelprüfung etc. wahr (KOKES, 2017, S. 229).

#### *Entscheideröffnung*

Die KESB hat das in Bezug auf den Entscheidungsinhalt urteilsfähige Kind schriftlich über ihren Entscheid zu informieren (Fassbind, 2018, S. 191). Diese Altersgrenze von ca. 14 Jahren wird verschiedentlich kritisiert. Die Kritik stützt sich auf die Kinderrechtskonvention der UNO und fordert, dass der Entscheid sowohl dem urteilsfähigen als auch dem urteilsunfähigen, d.h. noch

jüngeren Kind zu eröffnen ist (Kilde, 2020, S. 199). Gemäss Fassbind (2018, S. 192) soll der Entscheid dem urteilsunfähigen Kind, ab einem Alter von ca. drei bis vier Jahren wenn immer möglich kindsgerecht erklärt werden. Insbesondere bei Kindern im Vorschulalter und bei leichten Eingriffen sollte die Information und Erklärung nach Fassbind durch eine Vertrauens- oder Bezugsperson des Kindes vorgenommen werden.

#### *Beschwerderecht*

Zur Beschwerde legitimiert sind die am Verfahren beteiligten Personen. Sobald Kinder urteilsfähig sind, können sie selbstständig Beschwerde einreichen. Andernfalls können ihre gesetzlichen Vertreter\*innen Beschwerde für sie einreichen. Nähere Angaben zu weiteren zur Beschwerde berechtigten Personen siehe KOKES (2017, S. 179ff).

Zum Forschungsstand zur Partizipation von Kindern in Kindesschutzverfahren siehe Kapitel 4.

## **2.7 Partizipationsrechte von Eltern im Kindesschutzverfahren vor der KESB**

Die Partizipationsrechte der Eltern im Kindesschutzverfahren sind ähnlich wie diejenigen der Kinder. Dazu gehört insbesondere das rechtliche Gehör. Das rechtliche Gehör ist grundsätzlich allen Verfahrensbeteiligten zu gewähren. Es beinhaltet folgende Aspekte (Kanton Zürich, 2016):

- Anspruch auf Information und Orientierung
- Akteneinsichtsrecht
- Pflicht der KESB zur Aktenführung
- Anspruch auf Äusserung zum inhaltlichen Gegenstand des Verfahrens, mit dem Vorbehalt der Unverhältnismässigkeit
- Anspruch auf (Rechts)Vertretung
- Anspruch auf Begründung des Entscheids der KESB
- Anspruch auf Eröffnung

Die persönliche Anhörung ist eine in Art. 447 ZGB definierte allgemeine Pflicht der KESB und dient der weitestmöglichen Förderung der Selbstbestimmung der betroffenen Personen (Fassbind, 2018, S. 182; Murphy & Steck, 2016, S. 747f). Falls die Errichtung einer Beistandschaft vorgesehen ist, sollte nach Fassbind als Teil des rechtlichen Gehörs während der Anhörung auch der Erstkontakt zwischen den betroffenen Personen und der Beistandsperson ermöglicht werden. Dadurch kann ein erstes Kennenlernen und die Beurteilung des Matchings zwischen der Beistandsperson und den Eltern erfolgen. Dadurch soll der Aufbau einer Vertrauensbeziehung gefördert werden (Fassbind, 2018, S.



185). Eltern haben die Möglichkeit nach der Anhörung oder nach einer Akteneinsicht schriftlich gegenüber der KESB Stellung zu nehmen (Fassbind, 2018, S. 186).

An der persönlichen Anhörung nehmen die Eltern freiwillig teil. Von der persönlichen Anhörung kann abgesehen werden, wenn diese als unverhältnismässig erscheint, beispielsweise wenn ergänzende Anordnungen zu treffen sind oder eine bestehende Massnahme angepasst werden muss (Fassbind, 2018, S. 180f). Murphy & Steck äussern Bedenken an einer Praxis, wonach die KEB von einer Anhörung absieht, wenn sich die betroffene Person mit der voraussichtlichen Massnahme einverstanden erklärt (Murphy & Steck, 2016, S. 749).

Die Eltern haben das Recht, dass der Entscheid der KESB begründet wird. Sie haben zudem Anspruch auf unentgeltliche Rechtspflege, wenn sie nicht über die nötigen finanziellen Mittel verfügen, um die Verfahrenskosten oder eine allfällige Rechtsvertretung durch eine Anwaltperson zu finanzieren (KOKES, 2017, S. 169).

### 3 Organisationale Gerechtigkeitstheorien

Nachfolgend werden organisationale Gerechtigkeitstheorien vorgestellt. Es erfolgt zuerst ein Überblick über die historische Entwicklung der Theorien und in einem zweiten Teil werden verschiedene integrative Gerechtigkeitstheorien vorgestellt. Die organisationalen Gerechtigkeitstheorien dienen als theoretischen Orientierungsrahmen für die Konstruktion des Interviewleitfadens sowie für die Analyse der empirischen Daten. Gerechtigkeit scheint für die vorliegende Arbeit aus verschiedenen Gründen als theoretischer Orientierungsrahmen geeignet, um die Wahrnehmung des Kinderschutzverfahrens vor der KESB durch Kinder und Eltern zu erheben: In den organisationalen Gerechtigkeitstheorien stellt Gerechtigkeit, wie in der Einleitung bereits erwähnt, ein sozial definiertes Konstrukt dar (Cropanzano & Greenberg, 1997; Maier et al., 2007, S. 97), d.h. es fokussiert auf die subjektive Wahrnehmung und auf die Frage, ob ein Prozess von den Betroffenen als gerecht oder fair wahrgenommen wird und welche Aspekte die Gerechtigkeitswahrnehmung beeinflussen. Die Gerechtigkeitstheorien sind in der Soziologie, aber auch in anderen sozialwissenschaftlichen Disziplinen, fest verankert. Sie sind, im Gegensatz zu philosophischen Gerechtigkeitstheorien, deskriptiv orientiert und fokussieren auf organisationale Prozesse und Verfahren. Zudem beinhalten die integrativen Gerechtigkeitstheorien verschiedene Gerechtigkeitsdimensionen, die geeignet erscheinen, das komplexe Zusammenwirken verschiedener Aspekte des Kinderschutzverfahrens zu erfassen. Dazu gehören die materiellen rechtlichen, sowie die verfahrensrechtlichen Vorgaben, die Partizipationsaspekte, wie auch Aspekte der Interaktion und Kommunikation zwischen Betroffenen und Autoritäten.

#### 3.1 Entwicklung und Ausdifferenzierung der organisationalen Gerechtigkeitstheorien

Die Entwicklung der organisationalen Gerechtigkeitstheorien in den Sozialwissenschaften erfolgte in vier Wellen (Colquitt et al., 2008). Zwischen 1950 und 1970 stand die *distributive* Gerechtigkeit (distributive justice, auch als Verteilungs- oder Ergebnisgerechtigkeit übersetzt) im Fokus. Zwischen 1975 und 1995 entwickelten sich *prozedurale* Gerechtigkeitsansätze (procedural justice, auch als Verfahrensgerechtigkeit übersetzt) (Colquitt et al., 2008, S. 5). Diese befassen sich vor allem mit der Fairness des Entscheidungsprozesses. Seit den 1990er Jahren lag der Fokus auf der Weiterentwicklung von *interaktionalen* sowie *integrativen* Gerechtigkeitsansätzen (Colquitt et al., 2008, S. 7, 12). Die interaktionale Gerechtigkeit fokussiert auf die informellen Aspekte der zwischenmenschlichen Kommunikation und auf die Frage, wie gerecht sich Akteur\*innen in der sozialen Interaktion behandelt fühlen (Bies & Moag, 1986; Bies & Shapiro, 1987). Interaktionale Gerechtigkeit wird begünstigt, wenn Betroffene sich in einem Verfahren höflich und mit Würde und

Respekt behandelt fühlen (Colquitt, 2001; Tyler, 2000). Die integrativen Gerechtigkeitsansätze untersuchen die Effekte von multiplen Gerechtigkeitsdimensionen in Kombination (Colquitt et al., 2008, S. 35).

Die folgende Abbildung zeigt die Entwicklung der verschiedenen Ansätze im zeitlichen Verlauf.

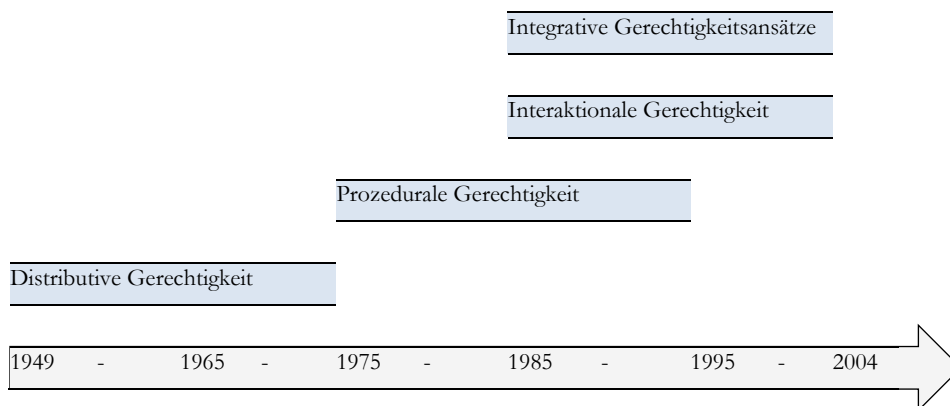


Abbildung 8: Wellen der Gerechtigkeitstheorien und -forschung (vereinfachte Darstellung aus: Colquitt et al. (2008, S. 7))

#### *Distributive Gerechtigkeit*

In einer ersten Welle zwischen 1950 und 1970 kristallisierte sich in der organisationalen Gerechtigkeitsforschung die Frage nach der Verteilungsgerechtigkeit heraus (Adams, 1965; Deutsch, 1975; Homans, 1961; Leventhal, 1976). Diese entwickelte sich prioritär im Bereich der Erwerbsarbeit und ging u.a. der Frage nach, wann die Verteilung von materiellen und immateriellen Ressourcen wie Lohn, Beförderung am Arbeitsplatz und Konfliktlösungen, etc. als gerecht empfunden werden (Colquitt et al., 2008). Distributive Gerechtigkeit wird begünstigt, wenn die Ergebnisse von Verteilungsprozessen mit impliziten Verteilungsnormen wie etwa Gleichheit übereinstimmen (Colquitt, 2001, S. 386).

Zentrales Konzept der distributiven Gerechtigkeit ist die *Equity Theory* (Adams, 1965), welches die Gerechtigkeitsforschung gemäss Colquitt während zweier Jahrzehnte dominierte (2008). Gemäss der Equity Theory wird für die Einschätzung der Gerechtigkeit eines Verteilungsprozesses so vorgegangen, dass das eigene Ergebnis mit demjenigen einer anderen Person verglichen wird. Verglichen wird die Relation zwischen der Investition und dem Ertrag des eigenen Handelns und der Relation zwischen Investition und Ertrag des Handelns einer anderen Person. Der Verteilungsprozess wird dann als gerecht wahrgenommen, wenn die eigene Relation derjenigen anderer Personen entspricht. Dabei ist das Ergebnis abhängig vom gewählten Referenzrahmen. Je nachdem, mit wem verglichen wird, kann jemand einen Verteilungsprozess nicht nur als unfair wahrnehmen, wenn die

Input-Output-Relation besonders ungünstig ausfällt (z.B. Unterbezahlung), sondern auch wenn sie besonders günstig ausfällt (z.B. Überbezahlung) (Colquitt et al., 2008, S. 16). Gemäss Homans (1961) führt Unterbezahlung zu Wut und Überbezahlung zu Schuldgefühlen (Colquitt et al., 2008, S. 16). Als zentraler Aspekt der Equity Theory gilt zudem die Frage, was Personen tun, wenn sie Ungerechtigkeit feststellen. Die Equity Theorie greift auf die Theorie der kognitiven Dissonanz zurück (Festinger, 1957). Das Gefühl von Ungleichheit/Ungerechtigkeit führt zu psychischer Anspannung und Stress und Individuen versuchen die Balance zwischen Input und Output herzustellen. Dafür bestehen gemäss der Equity Theorie folgende Möglichkeiten: Die Person kann das eigene Verhalten ändern, indem sie den eigenen Input oder den Output ändert. Die Person kann sich aus dem Verhältnis zurückziehen oder sie kann eine erneute Bewertung der eigenen und fremden Input/Output-Relationen vornehmen oder den Vergleichsrahmen wechseln (Colquitt et al., 2008). Die Equity Theorie wurde unter anderem dafür kritisiert, dass sie zahlreiche Aspekte unpräzise definiert, dazu gehört beispielsweise die Definitionen von Input und Output sowie eine genaue Beschreibung, wie der Bezugsrahmen für den Vergleich mit anderen Personen gewählt wird (Colquitt et al., 2008, S. 17; Pritchard, 1969). Zudem wurde kritisiert, dass die Theorie kaum getestet werden könne. Trotz Kritik gilt die Equity Theorie als eine der Theorien mittlerer Reichweite mit der höchsten Validität (Miner, 2003). Colquitt vermutet, dass die hohe Aufmerksamkeit, die die Equity Theorie und damit die Gerechtigkeitsforschung erhielt, die prozedurale Gerechtigkeitswelle auslöste (2008, S. 18). Walster, Berscheid & Walster (1973) entwickelten die Equity Theorie weiter im Hinblick auf die Art und Weise, wie Personen versuchen, Gleichheit herzustellen. Leventhal (1976, 1980) und Deutsch (1975) fokussierten in ihren Weiterentwicklungen der distributiven Gerechtigkeitstheorien auf die Verteilungsnormen und -prinzipien. Dabei griff Deutsch (1975) prozedurale Aspekte der Gerechtigkeit auf und Leventhal (1980) bezog sich in seiner Arbeit auf den Ansatz der prozeduralen Gerechtigkeit von Thibaut und Walker (vgl. Colquitt et al., 2008; Thibaut & Walker, 1975). Deutsch (1975) und Leventhal (1976) ergänzen das Equity-Prinzip (Adams) noch um zwei weitere Verteilungsnormen: das *Equality*-Prinzip, nach welchem alle das Gleiche erhalten sollen; und das *Need-Prinzip*, nach welchem jede Person ihren Bedürfnissen entsprechende Erträge erhalten soll. In der Zwischenzeit wurden die Verteilungsprinzipien und -normen noch erweitert und es besteht weitgehend Konsens über die Existenz multipler Verteilungsnormen und -prinzipien (vgl. Colquitt et al., 2008). Die aktuelle Forschung zur distributiven Gerechtigkeit fokussiert u.a. die Fairness von Managerlöhnen (Fong, 2010; Jasso & Meyersson Milgrom, 2008; Rost & Osterloh, 2008; Rost & Weibel, 2013).

### *Prozedurale Gerechtigkeit*

Die Ansätze zur prozeduralen Gerechtigkeit entwickelten sich ab Mitte der 1970er Jahre, zuerst im Bereich von Gerichtsprozessen und Schlichtungsverfahren. Später wurden diese Erkenntnisse auf Organisationsprozesse übertragen und erweitert (Colquitt et al., 2008; Greenberg & Folger, 1983;

Leventhal, 1980). Die Ansätze fokussieren auf die Frage, wie ein Prozess gestaltet werden kann, damit die an einem Verfahren beteiligten Personen diesen als gerecht empfinden (Thibaut & Walker, 1975, 1978).

Einen Grundstein für die prozedurale Gerechtigkeitsentwicklung legten Thibaut & Walker (1975, 1978), sowie Lind & Tyler (1988). Thibaut & Walker fanden heraus, dass Betroffene die Fairness des Ergebnisses, also des *Gerichtsurteils*, und die Fairness des *Gerichtsverfahrens* unterschiedlich einschätzten (Thibaut & Walker, 1975) und dass zwei Aspekte die prozedurale Gerechtigkeitseinschätzung beeinflussen: Kontrolle über die *Entscheidung* (decision control) und Kontrolle über den *Prozess* (process control). Entscheidungskontrolle beinhaltet das Ausmass an Kontrolle über den Entscheid oder das Ergebnis und Prozesskontrolle beinhaltet den Grad an Kontrolle über die Entwicklung und die Auswahl der Informationen, die als Grundlage für eine Entscheidung dienen (Thibaut & Walker, 1978, S. 546). Thibaut und Walker (1978) gingen davon aus, dass bei einem optimalen Schlichtungsprozess die Prozesskontrolle den Parteien zugestanden und die Entscheidungskontrolle einer neutralen Drittpartei überlassen wird (vgl. Colquitt et al., 2008). Forschungsergebnisse belegen gut, dass Betroffene ein Verfahren eher als gerecht empfinden, wenn sie die Behörde als unvoreingenommen wahrnehmen und wenn sie sich am Verfahren beteiligen können, d.h. wenn sie ihre Sichtweise während des Verfahrens ausdrücken können und diese für den Entscheid berücksichtigt wird (Colquitt, 2001; Maier et al., 2007; Tyler, 2000). Zum Zusammenhang zwischen der Einschätzung der Neutralität einer Behörde und der Wahrnehmung der Fairness vgl. Tyler (2006b, S. 174) und van den Bos, Lind, & Wilke (2001). Wird die Behörde grundsätzlich als fair eingeschätzt, entsteht Vertrauen in diese und das Vertrauen wiederum begünstigt die Einschätzung von prozeduraler Gerechtigkeit, weitgehend unabhängig von der Entscheidung der Behörde im konkreten Fall (vgl. nachfolgend).

### *Interaktionale Gerechtigkeitstheorien*

Obwohl prozedurale Gerechtigkeitstheorien auch bereits interaktionale Aspekte berücksichtigten, wie z.B. Leventhal (1980); und Thibaut und Walker (1975), gilt die Analyse der Fairness interpersonalen Kommunikation von Bies und Moag (1986) als Start der interaktionalen Welle (vgl. auch Colquitt et al., 2008). Bies und Moag fragten Stellenbewerbende wie Rekrutierungspersonen die Stellenbewerbende behandeln sollen. Als Antwort kristallisierten sich die folgenden vier Regeln der interpersonalen Verhaltensweisen heraus:

*Truthfulness*: Die Person soll ehrlich und offen sein.

*Justification*: Die Person soll den Entscheid rechtfertigen und Erklärungen geben, wie der Entscheidungsprozesses verlaufen ist.

*Respect*: Die Person soll ihrem Gegenüber mit Würde und Respekt begegnen.

*Propriety*: Die Person soll keine auf Vorurteile beruhende Bemerkungen machen oder Fragen stellen (Geschlecht, Alter, Rasse, Religion) (Bies & Moag, 1986).

In Zusammenhang mit der Auseinandersetzung mit der interaktionalen Gerechtigkeit wurde auch die *informationale* Gerechtigkeitsdimension ausdifferenziert. Diese umfasst die Qualität der vermittelten Informationen, unter anderem im Hinblick auf Umfang, Verständlichkeit und zeitlicher Angemessenheit (Colquitt, 2001). Die informationale Gerechtigkeit wird nur teilweise von der interaktionalen Gerechtigkeit unterschieden und war ursprünglich in der interaktionalen Gerechtigkeit enthalten. Diese wurde dann in interpersonale und informationale Aspekte unterteilt (Colquitt et al., 2008). Zwischen den verschiedenen Gerechtigkeitsdimensionen bestehen hohe Korrelationen (Colquitt & Shaw, 2008, S. 137). Weder durch Bies & Moag noch in anderen Weiterentwicklungen der Theorie wurde explizit geklärt, ob es sich bei der interaktionalen Gerechtigkeit um eine eigenständige Dimension oder um eine Subkategorie der prozeduralen Gerechtigkeit handelt und inwiefern interaktionale Gerechtigkeit in interpersonale und informationale Aspekte geteilt werden sollen (Colquitt et al., 2008, S. 31, 33). Entsprechend waren gemäss Colquitt die Forschungsbefunde auch teilweise inkonsistent, bis diese konzeptionelle Frage geklärt war und zwischen distributiver, prozeduraler, interpersonaler und informationaler Gerechtigkeit unterschieden wurde (2008, S. 31). Greenberg zeigte mit experimentellen Studien, dass die Akzeptanz von Entscheidungen dann am höchsten war, wenn Entscheidungen sowohl interpersonal als auch informational gerecht vermittelt wurden (Greenberg, 1993; Greenberg, 1994). Die weitere theoretische Entwicklung erfolgte weitgehend durch *integrative* Gerechtigkeitstheorien, welche die verschiedenen Gerechtigkeitsdimensionen integrieren und die Wirkung der verschiedenen Gerechtigkeitsdimensionen untereinander untersuchen. Eine Auswahl dieser wird im nachfolgenden Kapitel dargelegt.

### **3.2 Integrative Theorien der organisationalen Gerechtigkeit und Messinstrument**

Für die empirische Erhebung wird in der vorliegenden Studie auf die integrativen Gerechtigkeitstheorien fokussiert. Colquitt, Greenberg & Zapata-Phelan unterteilen die integrativen Ansätze in drei Stränge: *kontrafaktische* Konzeptionen, *gruppenorientierte* Konzeptionen sowie *heuristische* Konzeptionen (Colquitt et al., 2008). Nachfolgend wird ein Überblick über die integrativen Gerechtigkeitstheorien geschaffen. Dies mit dem Ziel, die unterschiedlichen Modelle einordnen und situieren zu können. Dabei werden die heuristischen Konzeptionen ausführlich behandelt, weil sie für die vorliegende Studie besonders bedeutsam erscheinen. Nachdem die Theorien vorgestellt werden, wird ein validiertes vier-faktorielles Messinstrument von Colquitt (2001) zur Erhebung der Gerechtigkeitswahrnehmung in Organisationen vorgestellt, weil dieses Messinstrument für die Konstruktion des Interviewleitfadens als Orientierung dient.

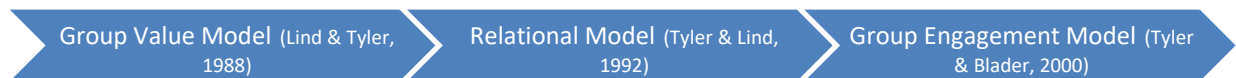
Die Forschungsliteratur verwendet in den letzten Jahren zunehmend den Begriff *organisationale Gerechtigkeit*. Dieser fokussiert auf organisationsinterne Aspekte der Gerechtigkeitswahrnehmung, wie z.B. die Beziehung von Mitarbeitenden gegenüber den Vorgesetzten (Cohen-Charash & Spector, 2001; Colquitt, 2001; Colquitt, Conlon, Wesson, Porter & Ng, 2001). Die Gerechtigkeitsaspekte in Zusammenhang mit der Beziehung zwischen Mitarbeitenden und Kund\*innen, wie sie für die vorliegende Studie von besonderem Interesse sind, wurden insbesondere in Zusammenhang mit dem Service Encounter und dem Reklamationsmanagement untersucht (Aholt, Queißer, Rowe & Vogel, 2008; Goodwin & Ross, 1992; Lingenfelder & Nöcke, 2010; Roschk, 2011; Smith, Bolton & Wagner, 1999).

Die nachfolgende Abbildung stellt die drei theoretischen Traditionen in ihrer zeitlichen Entwicklung und mit ihren inhaltlichen Zusammenhängen grafisch dar.

Heuristische Konzeptionen:



Gruppenorientierte Konzeptionen:



Kontrafaktische Konzeptionen:



Abbildung 9: Übersicht über die integrativen Gerechtigkeitstheorien in der zeitlichen Entwicklung (vereinfacht nach Colquitt et al., 2008, S. 11; 37)

### 3.2.1 Kontrafaktische Konzeptionen

Die kontrafaktische Gerechtigkeitstheorie nahm ihren Ursprung in der *Referent Cognitions Theory* und wurde später zur *Fairnesstheorie* weiterentwickelt. Kontrafaktische Modelle ignorieren bewusst einzelne Phänomene oder Realitäten, um strukturelle Aussagen machen zu können.



Abbildung 10: Kontrafaktische Konzeptionen (Colquitt et al., 2008)

Die *Referent Cognitions Theory* von Folger (Folger, 1986a); Folger (1986b) geht davon aus, dass, wenn eine Person mit dem Ergebnis eines Verfahrens unzufrieden ist, sie als Referenznahmen dasjenige Ergebnis herbeizieht, das aus ihrer Sicht als Ergebnis möglich und wünschenswert gewesen wäre. Die Person wird sich nach dieser Theorie denken: Wäre es nur so herausgekommen, wie es hätte herauskommen sollen. Die Referent Cognitions Theory fokussiert auf Gefühle von Wut und Groll. Diese sind gemäss der Theorie besonders stark, wenn die drei folgenden Bedingungen erfüllt sind: 1) Der Referenzrahmen der betroffenen Person ist hoch, d.h. sie kann sich ein für sie günstigeres Ergebnis einfach vorstellen. 2) Es besteht wenig Aussicht darauf, dass eine Verbesserung, d.h. eine günstigere Entscheidung in Zukunft eintreffen wird. 3) Das Verfahren kann durch die betroffene Person nur schwer gerechtfertigt werden. Die Theorie wurde in Teilen durch verschiedene Studien bestätigt (vgl. Colquitt et al., 2008, S. 38; Cropanzano & Folger, 1989; Folger & Martin, 1986).

Die *Fairnesstheorie* (Folger & Cropanzano, 1998) ist eine Weiterentwicklung der Referent Cognitions Theory von Folger (Folger, 1986a, 1986b). Die Fairnesstheorie versucht anhand eines Modells zu erklären, unter welchen Bedingungen ein Individuum eine Aktion als unfair kategorisiert (Folger, Cropanzano & Goldman, 2008, S. 231). Die Fairnesstheorie geht davon aus, dass eine Aktion als unfair eingeschätzt wird, wenn das Individuum drei Fragen positiv beurteilt (Colquitt et al., 2008, S. 38; Folger et al., 2008, S. 232): 1) *Would*: Würde es mir besser gehen, wenn ein anderes Ergebnis oder ein anderer Prozess erfolgt wären? 2) *Could*: Hätte die Autorität anders handeln/entscheiden können? Hätte es andere Handlungsoptionen gegeben? 3) *Should*: Hätte die Autorität anders handeln sollen? Wurden bei der Handlung moralische oder ethische Standards verletzt? Bei der Fairnesstheorie sind die „if only“-Urteile, also die Einschätzung, dass die Entscheidung/Handlung anders hätte ausfallen können und dass diese nicht gewählte Alternative die bessere gewesen wäre, zentral (Colquitt et al., 2008, S. 38).

Die Fairnesstheorie wurde verschiedentlich in empirischen Studien bestätigt, z.B. Collie, Bradley und Sparks (2002); Colquitt und Chertkoff (2002); Gilliland et al. (2001).

### 3.2.2 Gruppenorientierte Konzeptionen

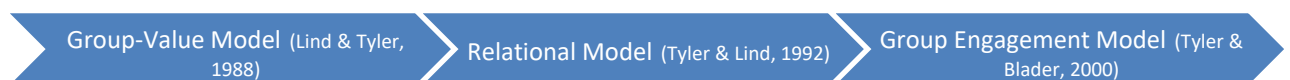


Abbildung 11: Gruppenorientierte Konzeptionen (Colquitt et al., 2008)



*Group-value model of procedural justice (Lind & Tyler, 1988; Tyler, 2006b, S. 173) – Statusbestätigung in der sozialen Gruppe*

Lind und Tyler entwickelten das *group-value model* als Alternative zum von ihnen entwickelten *self-interest model*. Sie gehen davon aus, dass Menschen einen grossen Wert auf ihre Zugehörigkeit zu einer Gruppe legen und dass sie besonders sensibel darauf sind, welchen Status sie in den Augen der anderen Gruppenmitglieder haben und wie sie von diesen behandelt werden. Das Modell geht davon aus, dass Menschen sich fair behandelt fühlen, wenn die Abläufe und Interaktionen in Einklang mit den Werten der Gruppe sind (Colquitt et al., 2008; Lind & Tyler, 1988, S. 40). Prozesskontrolle, Konsistenz, Respekt und Rechtfertigung/Erklärung führen nicht nur zu Fairnesseinschätzungen wegen ihrem Einfluss auf das Endergebnis, sondern auch, weil sie Gruppenwerte bestätigen (Colquitt et al., 2008, S. 40).

Tyler (1989) testete das Modell und hob drei Gerechtigkeitskriterien hervor, die die prozedurale Gerechtigkeitswahrnehmungen beeinflussen: *Neutralität* des Entscheidungsprozesses, *Vertrauen* in eine dritte Partei und die *Statusbestätigung* in der sozialen Gruppe, d.h. Information über das Standing in der sozialen Gruppe.

*Relational model (Tyler & Lind, 1992) - Legitimität*

Das *relational model* ist nur eine leichte Weiterentwicklung des *group-value models* und wurde in der Forschung gemäss Colquitt et al. teilweise mit diesem vermischt (2008, S. 41). Das *relational model* fokussiert mehr auf die *Legitimität* einer Behörde (authority). Legitimität einer Behörde ist ein wesentliches Element, damit die Behörde wirksam funktioniert. Legitimität wird gemäss Tyler und Lind (1992) begünstigt durch die Beachtung der von Tyler (1989) herausgearbeiteten drei Gerechtigkeitskriterien (Neutralität, Vertrauen, Statusbestätigung, siehe oben).

*Group engagement Model (Tyler & Blader, 2000, 2003) – soziale Identität*

Das *group engagement model* von Tyler und Blader (2000, 2003) geht davon aus, dass Kooperation am stärksten durch die Entwicklung und Aufrechterhaltung einer positiven Identität der Betroffenen beeinflusst wird. Ihre *social identity mediation* Hypothese geht davon aus, dass Menschen danach streben, eine positive Identität aufzubauen und aufrechtzuerhalten. Ihr Verhalten, d.h. auch ihre Kooperation, ist im Wesentlichen davon abhängig, ob es gelingt, dass die Individuen in einem Verfahren eine positive Identität aufbauen oder aufrechterhalten können (in Zusammenhang mit dem Kinderschutzverfahren vor der KESB z.B. eine gute Mutter, ein guter Vater zu sein; oder die Einstellung, dass Kinderschutz durch die KESB etwas Positives ist). Im Laufe eines Verfahrens mit Behörden werden den Betroffenen identitätsrelevante Informationen gesendet. Diese Identitätsinformationen resultieren hauptsächlich aus der Einschätzung der prozeduralen Gerechtigkeit, werden aber auch beeinflusst durch die Einschätzung der Gerechtigkeit des

behördlichen Entscheides (distributive Gerechtigkeit) und durch die Einschätzung, wie günstig oder erwünscht das Ergebnis für die Betroffenen ist (Tyler & Blader, 2003, S. 354).

Nach einer Studie von Tyler (2013, S. 76), in dem die Kooperation mit der Polizei untersucht wurde, ist die *soziale Motivation* der Hauptfaktor für die Kooperation mit Behörden im Vergleich zur instrumentellen Motivation<sup>16</sup>. Tyler misst soziale Motivation in seinen Studien anhand von fünf Aspekten (2013, S. 73). Dabei unterscheidet er zwischen Aspekten, die sich direkt auf Regeln, Standards und das konkrete Vorgehen einer Behörde beziehen und solchen, die in der persönlichen Disposition angesiedelt sind (Tyler, 2013, S. 73, 93ff).

Zur *persönlichen Disposition* der Betroffenen gehören nach Tyler: 1) *Attitudes*: Positive oder negative Gefühle und Einstellungen der Betroffenen gegenüber dem Recht und der Behörde. 2) *Values*: Kongruenz zwischen dem Gefühl der Betroffenen, dem Gesetz und den rechtlichen Behörden gegenüber verpflichtet zu sein und dem Grad ihres Eindrucks, das Gesetz reflektiere moralische Wertevorstellungen und die Behörde handle entsprechend der Wertvorstellungen. 3) *Identity*: Der Grad an Identifizierung mit der Behörde, und die Frage, ob Personen den Eindruck haben, die Behörde respektiere sie und ihren Lebensstil.

Zu den *Regeln, Standards und zum konkreten Vorgehen* der Behörde gehören: 4) *Procedural Justice*: Urteile der Betroffenen über die Neutralität, Transparenz und Sachbezogenheit der Behörde, die Beteiligungsmöglichkeiten der Betroffenen und die zwischenmenschliche Behandlung der Betroffenen durch die Behörde. 5) *Motive-based trust*: Vertrauen aufgrund der Motive der Behördenmitarbeitenden: Inwiefern sorgen sich die Mitarbeitenden der Behörde über die Bevölkerung und inwiefern berücksichtigen sie deren Bedürfnisse und Sorgen.

Tyler geht davon aus, dass die Aspekte, die sich auf die Standards und das konkrete Vorgehen beziehen, einen Einfluss auf die Disposition von Betroffenen haben und so kooperatives Verhalten beeinflussen (2013, S. 93).

Bradford (2014) sowie Bradford, Hohl, Jackson und MacQueen (2015) bestätigten in ihren Untersuchungen die Annahme, dass die *soziale Identität* (und nicht die Legitimität) zwischen prozeduraler Gerechtigkeit und der Kooperation (compliance) mit der Polizei vermittelt (Bradford et al., 2015, S. 184). Fühlt sich eine Person beispielsweise durch die Polizei fair behandelt (prozedurale Fairness), begünstigt dies die Identifikation mit der sozialen Gruppe, die die Polizei repräsentiert und diese Identifikation mit der Polizei scheint die Einhaltung von Regeln und Gesetzen zu begünstigen (S. 171).

---

<sup>16</sup> Instrumentelle Motivation misst Tyler (Tyler, 2013, S. 68ff) anhand der Aspekte „Eigeninteresse und distributive Gerechtigkeit“ (werden die Ressourcen gerecht verteilt). Vgl. dazu auch rational choice theory (Tyler, 2013, S. 70).

### *Emotionen, prozedurale Gerechtigkeit und Kooperationsabsichten*

Barkworth und Murphy (2015) sowie Murphy und Tyler (2008) haben das group engagement model dahingehend angepasst, dass sie den Fokus weniger auf die Identitätsaspekte als vielmehr auf die *Emotionen* der Betroffenen legen. Sie gehen davon aus, dass ein als gerecht wahrgenommenes Verfahren zu positiven Emotionen führt und diese wiederum die Kooperationsabsichten positiv beeinflussen. Sie konnten diese Annahmen in Forschungsprojekten zur Tätigkeit der Polizei bestätigen (Barkworth & Murphy, 2015). Demnach beeinflusst die prozedurale Gerechtigkeit der Polizist\*innen die emotionalen Reaktionen und die Kooperationsabsichten der betroffenen Personen aus der Bevölkerung (S. 269). Auch wenn das Ergebnis eines Polizeieinsatzes nicht immer ein für die Betroffenen erwünschtes Ergebnis (z.B. eine Verhaftung) bewirkt, kann die Polizei laut Barkworth und Murphy die Kooperationsbereitschaft und positiven Emotionen begünstigen, wenn sie sich höflich, respektvoll und empathisch verhalten (S. 269). Die Studien zeigten zudem, dass negative Emotionen den Zusammenhang zwischen prozeduraler Gerechtigkeit und den Kooperationsabsichten vermitteln (S. 268).

Barkworth und Murphy (2019) zeigten in einer Studie, dass zwischen der Wahrnehmung prozeduraler Gerechtigkeit durch Gefängnisinsassen und ihrer Regelbefolgung (compliance) starke Zusammenhänge bestehen.

### **3.2.3 Heuristische Konzeptionen**



*Abbildung 12: Heuristische Konzeptionen (Colquitt et al., 2008)*

#### *Fairnessheuristik Theorie (fairness heuristic theory)*

Die Fairnessheuristik Theorie basiert auf dem relationalen Modell (Tyler & Lind, 1992) sowie dem group–value Modell (Lind & Tyler, 1988; Tyler, 2006b). Sie wurde erstmals von Lind, Kulik, Ambrose und Park (1993) in Ansätzen publiziert und durch Lind (2001) sowie van den Bos et al. (2001) erstmals umfassend vorgestellt und in verschiedenen Forschungsprojekten erprobt.

Während andere Theorien aufzeigten, dass Personen oft stärker darauf reagieren, wie gerecht sie sich behandelt fühlten, als wie günstig das Ergebnis für sie selbst ist (Lind & Tyler, 1988; Tyler & Lind, 1992), blieb die Frage in früheren Theorien offen, weshalb dies so ist. Mit der Theorie der

Fairnessheuristik sollte diese Lücke geschlossen und erklärt werden, *weshalb* und *wie* Personen Gerechtigkeitseinschätzungen verwenden und weshalb sie einen so grossen Effekt auf die Einstellungen und das Verhalten in Organisationen und anderen sozialen Kontexten haben (Lind, 2001, S. 56f).

Die Theorie beantwortet die drei nachfolgend aufgeführten Fragen und ordnet diese drei unterschiedlichen Teilen zu, die miteinander interagieren und nicht vollständig voneinander getrennt werden können (Lind, 2001, S. 51; van den Bos et al., 2001)<sup>17</sup>:

1. Weshalb und wann machen Menschen Fairness-Einschätzungen?
2. Wie werden Fairness-Einschätzungen vorgenommen? - Judgmental phase<sup>18</sup>
3. Wie verwenden Menschen Fairness-Einschätzungen? - Use phase<sup>19</sup>

#### *1: Weshalb und wann machen Menschen Fairness-Einschätzungen?*

Die Basis der Fairnessheuristik Theorie bildet ein *fundamentales soziales Dilemma*, welches nach Lind (2001, S. 61) in fast allen sozialen Beziehungen, inklusive derjenigen innerhalb von Organisationen, existiert und mit der menschlichen Natur zusammenhängt – das Dilemma, dass der Mensch sowohl ein individuelles als auch ein soziales Wesen ist. Eine Person kann sich mit einer sozialen oder organisationalen Einheit identifizieren und persönliche Ressourcen dafür einsetzen, ein gemeinsames Ziel zu erreichen und den Nutzen für die Gruppe zu erhöhen. Sie tut dies aber mit dem Risiko, dadurch in ihren persönlichen Aktivitäten eingeschränkt zu werden, von der sozialen Einheit zurückgewiesen oder von dieser ausgenutzt zu werden oder ein Stück der eigenen Identität zu verlieren (S. 61). Andererseits ist ein auf sich selbst und auf die eigenen Interessen fokussierter Weg damit verbunden, dass auf bessere Ergebnisse, eine höhere Leistung und eine verstärkte Identität durch die soziale Einheit verzichtet wird (S. 61). Nach Lind handelt es sich nicht nur um ein Dilemma zwischen den individuellen Interessen und Identitäten und denjenigen einer Gruppe, sondern auch um konkurrierende Anforderungen und Identitäten, die sich durch die Zugehörigkeit zu multiplen Gruppen ergeben (S. 61). Als Beispiel für konkurrierende Anforderungen und Identitäten nennt Lind die Familie und die Erwerbsarbeit. Die meisten erwerbstätigen Menschen müssen sich entscheiden, wie sie ihre Zeit und Energie zwischen Familie und Erwerbsarbeit aufteilen und haben implizit eine Entscheidung darüber getroffen, wie viel sie in die Identität und das Selbstbild als gute Arbeitskraft

---

<sup>17</sup> Obwohl im selben Jahr publiziert, weichen die Strukturierungen der Theorie in den beiden Publikationen aus dem Jahr 2001 voneinander ab. Während van den Bos, Lind & Wilke (2001) ihren Ansatz auch als «three-phase, three-issue approach» («Drei Phasen, drei Themen-Ansatz») bezeichnen, spricht Lind (2001) in seiner von ihm alleine verfassten Publikation nur von zwei Phasen - der «judgmental phase» und der «use phase» (Einschätzungsphase und Anwendungsphase), welche der «formation phase» und der «post-formation phase» entsprechen. Die nachfolgende Darlegung geht von den Begrifflichkeiten von Lind (2001) aus.

<sup>18</sup> «Formation phase» bei van den Bos et al. (2001).

<sup>19</sup> «Post-formation phase» bei van den Bos et al. (2001).

oder als gute Mütter, Väter etc. investieren (S. 62). Lind argumentiert weiter, dass diese Dilemma-Situationen so häufig im Alltag jedes Menschen auftreten, dass es nicht möglich ist, jedes Mal Wahrscheinlichkeiten und subjektive Nutzen zu berechnen (S. 65). Es stellt sich deshalb die Frage, wie Menschen diese Dilemma-Situationen lösen und wie die getroffene Entscheidung die Haltungen und Verhaltensweisen beeinflussen (S. 65).

Gemäss der Theorie der Fairnessheuristik machen Personen Fairness-Einschätzungen, wenn sie von potentiellen Problemen betroffen sind, die mit sozialen Interdependenzen und sozialen Identitätsprozessen zusammenhängen – Problemen, die, wie bereits erwähnt, als fundamentale soziale Dilemmas bezeichnet werden (van den Bos et al., 2001, S. 51). Menschen verwenden insgesamt Einschätzungen darüber, wie gerecht sie behandelt worden sind, stellvertretend für ihre Gefühle von zwischenmenschlichem Vertrauen (Lind, 2001, S. 65). Wenn jemand wenig Informationen über die Vertrauenswürdigkeit einer Organisation oder einer Autorität hat, dann ist sie besonders sensibel und aufmerksam für fairnessrelevante Informationen (S. 67). Personen verwenden Einschätzungen über eine gerechte Behandlung in derselben Weise, wie sie das Vertrauen verwenden würden, um zu entscheiden, wie sie auf die Erwartungen von aussen reagieren (Lind, 2001, S. 65; van den Bos et al., 2001, S. 52). Im Gegensatz dazu ist die Person weniger sensibel auf fairnessrelevante Informationen, wenn sie mit Sicherheit weiss, dass eine Autorität entweder sehr oder überhaupt nicht vertrauenswürdig ist (Lind, 2001, S. 67). Die Theorie der Fairnessheuristik geht davon aus, dass Menschen die Fairness von Autoritäten einschätzen, um daraus die Frage beantworten zu können, ob die Autorität vertrauenswürdig ist oder nicht (van den Bos et al. (2001), S. 52). Fairness fungiert somit als Heuristik, die insbesondere dann zum Tragen kommt, wenn jemand nicht sicher ist, ob er oder sie einer Autorität vertrauen kann. Zwei Studien (eine Felderhebung und eine Szenario-Studie) von van den Bos, Wilke & Lind (1998) bestätigen diese Aussage. Sie zeigen, dass, wenn Menschen nicht wissen, ob sie einer Behörde vertrauen können, ihre Reaktionen stark von der wahrgenommenen prozeduralen Fairness abhängt. Umgekehrt verwendeten die Studienteilnehmenden die Information über die prozedurale Fairness nicht für die Wahl ihrer Reaktion, wenn sie explizit informiert wurden, dass eine Behörde vertrauenswürdig oder nicht vertrauenswürdig sei. Menschen machen Fairnessentscheidungen dann, wenn sie keine expliziten Informationen darüber haben, ob sie der Behörde vertrauen können (van den Bos et al., 2001, S. 52).

## *2: Judgmental Phase - Wie machen Menschen Gerechtigkeitseinschätzungen? - Gerechtigkeit als soziale Heuristik*

Die Theorie der Fairnessheuristik geht, wie bereits erwähnt, davon aus, dass das fundamentale soziale Dilemma dadurch gelöst wird, dass die Person Eindrücke darüber, wie gerecht sie behandelt wird, als *soziale Heuristik* verwendet. Wenn eine Person in einer Situation den Eindruck hat, dass sie fair durch andere behandelt wurde, dient dieser Eindruck als «shortcut decision» um persönliche Bedürfnisse denjenigen der Gruppe, dem Team oder der Organisation unterzuordnen (Lind, 2001, S. 65). Die getroffene Fairness-Einschätzung wird als Orientierung verwendet um die Ergebnisse, den Prozess

und die Forderungen der Autorität zu beurteilen (van den Bos et al., 2001, S. 54). Wer sich fair behandelt fühlt, antwortet auf kooperative und zustimmende Art auf Anforderungen anderer, unabhängig vom materiellen Ergebnis. Andererseits wird diese kooperative Reaktion abgelehnt, wenn sich eine Person ungerecht behandelt fühlt. Die Reaktion darauf ist dann von den materiellen Kosten und Vorteilen verschiedener Vorgehensweisen abhängig (van den Bos et al., 2001, S. 54). So stellt Fairness eine Heuristik dar: Hat das Individuum eine Fairnesseinschätzung getroffen (unabhängig davon, ob es sich auf die prozedurale oder die Ergebnisgerechtigkeit bezieht), so dient diese als Heuristik, welche die weiteren Ereignisse steuert (van den Bos et al., 2001, S. 54).

Durch die Anwendung dieser Fairnessheuristik werden nach Lind (2001) kognitive Kapazitäten freigesetzt, die andernfalls dafür verwendet würden, Berechnungen über die verschiedenen Ergebnisse anzustellen. Dies würde nicht nur die kognitiven Möglichkeiten überfordern, sondern auch die Frage offenlassen, nach welchen Kriterien eine Entscheidung getroffen werden soll (Lind, 2001, S. 66). Wichtig ist, dass es bei der Theorie um die wahrgenommene, subjektiv eingeschätzte gerechte Behandlung geht und nicht um die objektive Realität.

Lind (2001, S. 67) bezeichnet als zentralen Punkt an der Theorie der Fairnessheuristik, dass eine wahrgenommene faire Behandlung zu einem Wechsel vom individuellen Modus auf den Gruppenmodus und dadurch zu einem prosozialem und kooperativen Verhalten führt. Die Fairnesseinschätzung ist dabei die ausschlaggebende Kognition (S. 67). Fairnesswahrnehmung ist gemäss Annahme der Theorie nicht das einzige ausschlaggebende Konstrukt, um den Wechsel vom eigennützigen zum kooperativen Modus zu bewegen. In ähnlicher Weise funktionieren gemäss Lind (2001, S. 68) Vertrauen, Zuneigung und Identifikation.

Verfahren mit Autoritäten in Organisationen bilden eine wichtige Subgruppe sozialer Dilemmata: Weil Macht an eine andere Person abgegeben wird oder werden muss, wächst die Möglichkeit von Ausbeutung und Ausgrenzung. Menschen fühlen sich entsprechend unwohl in ihren Beziehungen zu Autoritäten (Lind, 2001). Ausgangspunkt ist die Frage, ob ein Individuum sich im Verfahren durch die Autorität insgesamt fair behandelt fühlt. Dabei kann zwischen prozeduraler Gerechtigkeit und Ergebnisgerechtigkeit unterschieden werden. Die Theorie geht davon aus, dass einige Aspekte von prozeduraler Gerechtigkeit unter bestimmten Bedingungen einen höheren Einfluss haben als die Ergebnisgerechtigkeit (van den Bos et al., 2001, S. 53). Wie bereits Lind & Tyler (1988) geht auch die Theorie der Fairnessheuristik davon aus, dass die Gerechtigkeitswahrnehmung mit Gefühlen der Zugehörigkeit und dem Standing in einer Gruppe, in einer Organisation oder in der Gesellschaft zusammenhängt. Behörden können Zugehörigkeitsgefühle bei Verfahren begünstigen, indem sie die Betroffenen anhören und ihnen Zugang zu den Entscheidungsträgern verschaffen, indem sie ihnen gegenüber Wertschätzung ausdrücken und sie mit Würde und Respekt behandeln (van den Bos et al., 2001).

Lind präzisiert in seiner Publikation von 2001 (S. 68), dass er davon ausgeht, dass eher eine insgesamt Gerechtigkeits einschätzung als Heuristik dient und dass diese allgemeine Einschätzung sich aus prozeduraler und distributiven Gerechtigkeitsaspekten zusammensetzt (Lind, 2001, S. 68).

Die Theorie geht davon aus, dass häufig keine Information verfügbar ist, wie die Ergebnisse bei anderen Personen ausfallen und deshalb kein Vergleich zu anderen Ergebnissen gemacht werden kann, wie sie die Equity-Theorie (vgl. Kap. 3.1) vorsieht, was die Einschätzung der Ergebnissgerechtigkeit erleichtern würde. Wenn diese Informationen fehlen, greift das Individuum auf Informationen zurück, die verfügbar sind. Dazu gehört die Einschätzung der prozeduralen Gerechtigkeit. Diese Phase, in der eine erste Gerechtigkeits einschätzung getroffen wird, ist relativ kurz, weil Menschen relativ rasch über ihr Verhalten entscheiden müssen (Lind, 2001, S. 69). Ebenfalls ist diese erste Fairnesseinschätzung relativ stabil. Würde diese konstant revidiert und durch neue Informationen ergänzt, würde sie ihre Funktion als Heuristik gar nicht wahrnehmen können (S. 70). Lind argumentiert deshalb, dass, wenn die erste allgemeine Fairnesseinschätzung einmal getroffen ist, diese als treffend angenommen wird und neue Informationen so interpretiert werden, dass sie kongruent sind mit der bereits existierenden allgemeinen Fairnesseinschätzung.

### *Primacy-Effekt*

Da die erste allgemeine Fairnesseinschätzung relativ rasch getroffen werden muss, kann von einem starken *Primacy-Effekt* ausgegangen werden (Lind, 2001, S. 71). Der Primacy-Effekt ist ein in der Sozialpsychologie gut belegter Wahrnehmungseffekt, der aussagt, dass die ersten zur Verfügung stehenden Informationen besser im Gedächtnis bleiben und ein überproportional hohes Gewicht in einer Einschätzung haben. Der Primacy-Effekt hat aber begrenzte Wirkung. Wenn im Verlaufe der Zeit starke fairness- oder unfairnessrelevante Informationen hinzukommen, dann beeinflussen diese die allgemeine Fairnesseinschätzung ebenfalls (S. 73). Als Schlussfolgerung schlägt die Theorie der Fairnessheuristik vor, dass der Beginn der Beziehung einer Person mit einer Organisation der weitaus beste Zeitpunkt ist, um ein kooperatives Verhalten einer Person zu begünstigen (S. 73).

Je nachdem, welche Art von Fairnessinformationen eine Person zuerst zur Verfügung hat, spielt die prozedurale oder distributive Fairnessinformation die wichtigste Rolle für die allgemeine Fairnesseinschätzung. Lind argumentiert jedoch, dass die prozeduralen Fairnessinformationen häufig den stärksten Einfluss haben, weil diese Informationen darüber, wie jemand behandelt wird, in der Regel früher zur Verfügung steht als Informationen zum Ergebnis. Dies ist auch der Grund, weshalb prozedurale Fairnesseinschätzungen einen entscheidenderen Einfluss auf das Verhalten haben als distributive Fairnesseinschätzungen (Lind & Tyler, 1988; Tyler & Lind, 1992).

### 3: Use Phase - Wie verwenden Menschen Fairness-Einschätzungen?

In der Anwendungsphase ändert sich die Art und Weise, wie fairnessrelevante Informationen verarbeitet werden. Die allgemeine Fairnesseinschätzung wird zu einem Anker, um gerechtigkeitsrelevante Erfahrungen und Kognitionen zu verstehen und einzuordnen (Lind, 2001, S. 74). Wenn eine Person in der Einschätzungsphase ein ungünstiges Ergebnis erfährt, dann wird sie dieses als distributive Ungerechtigkeit einschätzen. Dies hat einen erheblich negativen Einfluss auf ihre allgemeine Fairnesseinschätzung und demzufolge wird ihre Kooperation mit Autoritäten stark negativ beeinflusst. Sollte die Person das negative Ergebnis hingegen erst in der Anwendungsphase erleben, wird sie dieses eher rechtfertigen, damit sie ihre allgemeine Fairnesseinschätzung aufrechterhalten kann (S. 74).

Lind beschreibt in diesem Zusammenhang einen Substitutionseffekt (S. 74). Wenn über eine bestimmte Gerechtigkeitsdimension keine Informationen vorhanden sind, wird die Person andere Fairnessdimensionen herbeiziehen, um die allgemeine Fairnesseinschätzung vorzunehmen (S. 74). Die Theorie der Fairnessheuristik erklärt den *fair process effect* (S. 74) mit der Abfolge der Gerechtigkeitseinschätzung: Als erstes wird die prozedurale Fairness eingeschätzt, diese prägt wesentlich die allgemeine Fairnesseinschätzung und diese wiederum prägt die distributive Gerechtigkeitseinschätzung (S. 74). Der *fair process effect* zeigt auf, dass die wahrgenommene distributive Fairness durch verschiedene prozedurale Gerechtigkeitswahrnehmung verstärkt wird. Im Sinne der Austauschbarkeit der Gerechtigkeitsdimensionen sagt die Theorie der Fairnessheuristik nicht nur den *fair process effect* voraus, sondern auch den *fair outcome effect*. Damit ist gemeint, dass frühe Informationen über ein gerechtes Ergebnis auch die Fairnesseinschätzung von später hinzukommenden Gerechtigkeitsaspekten prägen (S. 74). Dieser Effekt wurde in verschiedenen Studien bestätigt (van den Bos, Lind, Vermunt & Wilke, 1997; van den Bos, Wilke, Lind & Vermunt, 1998).

Die nachfolgende Abbildung zeigt den Ablauf der Fairnesseinschätzung in der «judgmental» und der «use phase» auf.



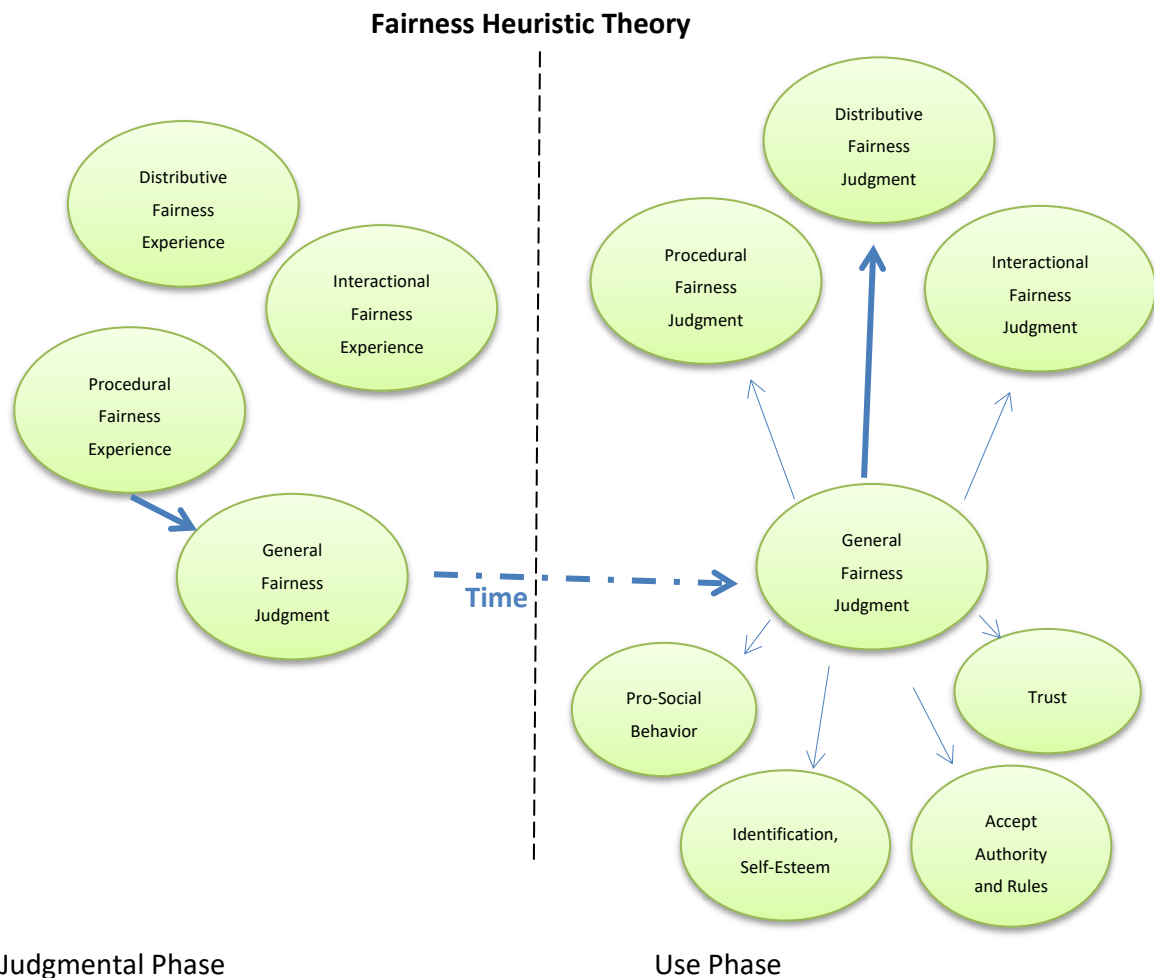


Abbildung 13: Der fair process effect als Substitutionseffekt (Lind, 2001, S. 75)

Die Abbildung zeigt den Weg der Wahrnehmung einer Person, dass sie gerecht behandelt wurde hin zur allgemeinen Fairnesseinschätzung in der «judgmental phase». Weiter zeigt die Abbildung, wie in der «use phase» die allgemeine Fairnesseinschätzung die Einschätzung der anderen Fairnessaspekte beeinflusst. Die nach unten gerichteten Pfeile zeigen auf, dass die allgemeine Fairnesseinschätzung auch andere Aspekte beeinflusst, wie zum Beispiel ein prosoziales Verhalten, Vertrauen, Selbstvertrauen und Identifikation sowie die Akzeptanz von Autorität und Regeln (Lind, 2001, S. 71). Eine ursprüngliche, allgemeine Fairnesseinschätzung, die in der Einschätzungsphase gemacht wurde, wird gemäss der Theorie nicht ständig revidiert. Durch die grundlegende Revision der Fairnesseinschätzung würde die Person von der «use phase» zurück zur «judgmental phase» kehren. Lind nennt zwei Aspekte, die dazu führen, dass eine getroffene allgemeine Fairnesseinschätzung grundlegend revidiert wird.: 1) Anzeichen dafür, dass eine Beziehung zu einer Person oder zu einer/einem Funktionsträger\*in sich wesentlich verändert (z.B. durch einen personellen Wechsel oder durch eine Reorganisation in einer Organisation) und 2) fairnessrelevante Ereignisse oder Informationen, die weit von den Erwartungen entfernt liegen, die aufgrund der allgemeinen

Fairnesseinschätzung gemacht wurden (Lind, 2001, S. 78). Positive oder negative Ergebnisse können demnach dann zu einer Anpassung der allgemeinen Fairnesseinstellung führen, wenn diese wesentlich von den Erwartungen einer Person abweichen (S. 82).

Lind macht darauf aufmerksam, dass den Organisationen durch die aktive Beeinflussung der Fairnesseinschätzungen von Betroffenen ein wirkungsvolles Instrument zur Verfügung steht, um die Kooperationsbereitschaft zu beeinflussen (Lind, 2001). Obwohl die Theorie der Fairnessheuristik in der Organisationsforschung primär auf die Beziehung zwischen Mitarbeitenden und Vorgesetzten fokussiert, lässt sie sich auch auf die Beziehung zwischen Kund\*innen oder Klient\*innen und Mitarbeitende von Organisationen übertragen. So untersuchte beispielsweise Roschk die Gerechtigkeitswahrnehmung von Kund\*innen in Zusammenhang mit dem Beschwerdemanagement von Organisationen anhand von prozeduralen und distributiven Gerechtigkeitsaspekten (Roschk, 2011).

#### *Uncertainty Management Theory*

Die Uncertainty Management Theorie erweitert die durch die fairness heuristic theory definierte Bedeutung von Fairnesseinschätzungen, indem sie aufzeigt, dass Fairnesseinschätzungen helfen, um mit Ungewissheiten umgehen zu können. Van den Bos und Lind (2002) gehen davon aus, dass Fairness dazu verwendet wird, um die eigenen Reaktionen auf Ungewissheiten zu managen. Fairnesseinschätzungen helfen entsprechend Ungewissheiten zu reduzieren, wie beispielsweise Ungewissheit in Bezug auf die Vertrauenswürdigkeit einer Autorität (Colquitt et al., 2008, S. 44-45).

Während in der Theorie der Fairnessheuristik soziale Dilemmata als Ausgangspunkt für die Theorieentwicklung dienten, nimmt in der weiter entwickelten Theorie die *Ungewissheit* (uncertainty) die Rolle als Ausgangspunkt ein. Bei beiden Aspekten handelt es sich um kognitive Aspekte des Individuums. Mit Ungewissheit meinen van den Bos und Lind die Unsicherheit, die auftritt, wenn entweder eine Person mit einer Situation konfrontiert ist, deren Zukunft sie nicht voraussagen kann oder wenn eine Person mit einer Inkonsistenz zwischen zwei verschiedenen Kognitionen, zwischen Kognitionen und Erfahrungen oder zwischen Kognitionen und Verhalten konfrontiert ist (2002, S. 4). Menschen haben nach der Argumentation der uncertainty management Theorie ein fundamentales Bedürfnis, sich über die Welt und ihren Platz darin sicher zu fühlen. Ein zu hohes Ausmass an Unsicherheit oder Ungewissheit kann bedrohlich sein und Menschen wollen die Ungewissheit entweder eliminieren oder einen Weg finden, um diese tolerierbar und kognitiv bewältigbar zu machen (S. 5). Dies auch deshalb, weil Ungewissheit mit einem reduzierten Kontrollgefühl einhergeht. Damit ist nicht gemeint, dass Menschen Ungewissheiten immer reduzieren wollen. In manchen Situationen suchen Menschen explizit nach Ungewissheiten und wollen neue und unsichere Erfahrungen machen (S. 6). Die Autoren argumentieren aber, dass, selbst wenn Ungewissheit gesucht

wird, diese Unsicherheit bis zu einem gewissen Grad gemanagt wird (S. 6). Mit Kontrolle ist ein Gefühl gemeint, dass eine Person Dinge in einer vorhersehbaren Weise beeinflussen kann, d.h., dass sie die Ergebnisse ändern kann, wenn sie dies tun möchte (S. 6). Zuversicht oder Vertrauen (confidence) und Kontrolle begünstigen das Gefühl, aktive\*r Akteur\*in in einem sozialen Kontext zu sein (S. 7).

Van den Bos und Lind revidieren in der uncertainty management theory eine ihrer früheren Annahmen und kommen aufgrund von eigenen Studien (van den Bos, van Schie & Colenberg, 2002; van den Bos, Wilke & Lind, 1998) zum Einfluss von Vertrauen auf die Gerechtigkeitseinschätzung zum Schluss, dass das entscheidende Element weniger die Frage ist, ob man einer Autorität o.ä. vertrauen kann oder nicht (siehe Fairnessheuristik Theorie), sondern, ob man weiss, ob man vertrauen kann oder nicht. Es geht also eher um die Frage der *Genissheit* oder *Ungewissheit* über Vertrauen (known or unknown trust) als um die Frage von positivem oder negativem Vertrauen (Van den Bos & Lind, 2002, S. 13). Für Personen ist Fairness wichtig, wenn sie unsicher sind, ob sie einer Autorität vertrauen können. Fairness spielt weniger eine Rolle, wenn Personen sicher sind über die Vertrauenswürdigkeit einer Autorität. Fairness spielt weniger eine Rolle, wenn eine Person weiss, dass sie der Autorität *vertrauen* kann. Dasselbe gilt auch, wenn sie weiss, dass sie der Autorität *nicht vertrauen* kann (S. 14). Die folgende Abbildung versucht dies grafisch darzustellen. Demnach macht die uncertainty management theory eine Aussage zu den Quadranten 2 und 4. Im zweiten Quadranten besteht eine hohe Unsicherheit und eine hohe (prozedurale) Fairness zu Verfahrensbeginn. Dies führt bei den Betroffenen zur Einschätzung, dass die Behörde vertrauenswürdig ist. Im vierten Quadranten besteht eine hohe Unsicherheit und eine geringe (prozedurale) Fairness zu Verfahrensbeginn und die Betroffenen erachten die Behörde in der Folge als nicht vertrauenswürdig.

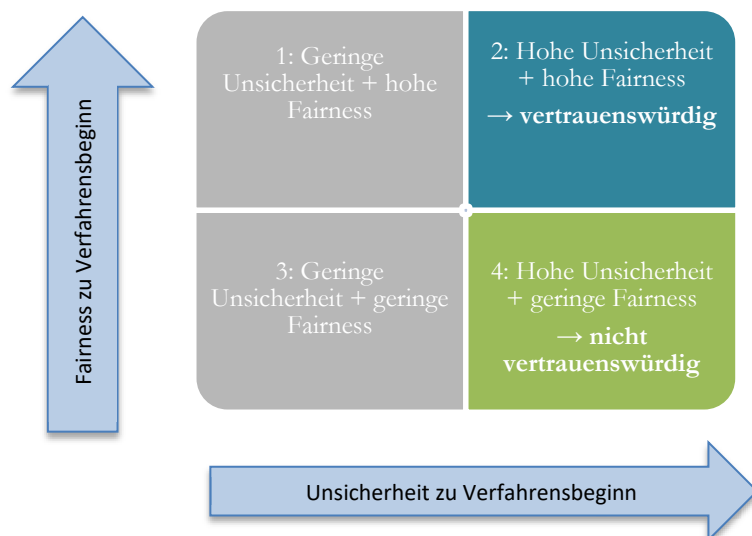


Abbildung 14: Bedeutung der Fairness unter Unsicherheit zu Beginn eines Verfahrens (eigene Darstellung in Anlehnung an die Uncertainty Management Theorie (van den Bos & Lind, 2001))

Die uncertainty management theory bezieht sich nicht nur auf Ungewissheiten in Bezug auf Vertrauen, sondern lässt sich auch in Bezug auf Informationssicherheit oder Unsicherheit in Bezug auf einen Sachverhalt anwenden (Van den Bos & Lind, 2002, S. 20). In einer Studie zu Tageseinrichtungen für Kinderbetreuung untersuchten van den Bos et al. (2002) den Einfluss von elterlicher Wahrnehmung von prozeduraler Gerechtigkeit und die Rolle der Vertrauenswürdigkeit von Organisationen. Sie kamen zum Schluss, dass Menschen sich vor allem auf prozedurale Gerechtigkeitsurteile abstützen, wenn sie unsicher sind über wichtige Aspekte ihres Lebens, wie beispielsweise der Vertrauenswürdigkeit einer Tageseinrichtung für ihre Kinder. In Kapitel 7 werden die Theorie der Fairnessheuristik und die uncertainty management theory wieder aufgenommen und in Zusammenhang mit den Ergebnissen der Befragung diskutiert.

### **3.2.4 Forschungsstand integrative Gerechtigkeitstheorien in Bezug auf Verfahren**

Nachfolgend wird eine Auswahl an aktuellen Forschungsbefunden zur Gerechtigkeitswahrnehmung durch Betroffene in Verfahren vorgestellt. Die Darlegung des Forschungsstandes erfolgt in einem von den Theorien separaten Kapitel, weil die einzelnen Publikationen sich selbst häufig nicht einer der integrativen Gerechtigkeitstheorien zuordnen. Da sich die internationale Gerechtigkeitsforschung bisher kaum der Wahrnehmung von Kindesschutzverfahren gewidmet hat, werden in diesem Kapitel Forschungsergebnisse aus anderen Bereichen wie Polizei, Zivil- und Strafgerichte und Beschwerdebehandlung rezipiert, d.h. Verfahren von Organisationen mit Einzelpersonen oder Familien, im Gegensatz zu primär innerorganisationalen Verfahren. Die wenigen Studien, die die Gerechtigkeitswahrnehmung des Kindesschutzverfahren durch Eltern und Kinder erforschen, werden in Kapitel 4.2 und 4.3 vorgestellt.

Für die Aufnahme von Publikationen über Forschungsprojekte in die Übersicht mussten die Arbeiten einerseits einen klaren thematischen Bezug haben und andererseits möglichst aktuell sein. Ältere Studien, die wegweisende Beiträge zur Theorieentwicklung leisteten, werden unter den jeweiligen theoretischen Ansätzen in Kapitel 3.2 berücksichtigt und hier weggelassen. Zur Identifikation relevanter Literatur wurden die Datenbanken *google scholar* sowie *Web of Science* auf Englisch und Deutsch abgesucht<sup>20</sup>. Von den identifizierten Artikeln wurden viele gestrichen, weil es sich um Duplikate handelte, weil aufgrund des Titels oder des Abstracts keine ausreichende thematische

---

<sup>20</sup> Gesucht wurde nach den folgenden Stichworten und deren Kombinationen, wobei die Studien, die die Gerechtigkeitswahrnehmung des Kindesschutzverfahrens untersuchten, wie bereits erwähnt, in Kap. 4.2 und 4.3 beschrieben werden: Fairness, fairness heuristic, procedural justice, procedural fairness, justice-judgment effects AND authorities OR family OR child protection OR child dependency court OR juvenile dependency court. Gerechtigkeit, Verfahrensgerechtigkeit, organisationale Gerechtigkeit, Prozessgerechtigkeit AND Jugendamt OR Familiengericht OR Kinderschutz OR Kindesschutz.

Relevanz gegeben war oder weil es sich nicht um Forschungsprojekte handelte. Einschlusskriterien waren in Bezug auf die Sprache: Deutsch, Englisch; in Bezug auf den Publikationszeitpunkt: Veröffentlichungen ab 2000, ein längerer Zeitraum wurde für Forschungspublikationen spezifisch zur Gerechtigkeit im Kinderschutzverfahren gewählt; peer-reviewed journals. Ausschlusskriterien waren Fachartikel, die keine Forschungsbefunde enthalten, philosophische Texte, ausschliesslich auf distributive Gerechtigkeit fokussierende Texte.

### *Legitimität und Gerechtigkeitswahrnehmung*

Nach dem bisherigen Forschungsstand kann davon ausgegangen werden, dass die allgemeine Einstellung der Legitimität einer Behörde die Wahrnehmung beeinflusst, ob das Verfahren gerecht ist (Hough, Jackson, Bradford, Myhill & Quinton, 2010; Jackson et al., 2012; Sunshine & Tyler, 2003).

Zudem zeigt die Forschung in den USA ausgeprägte Zusammenhänge zwischen wahrgenommener Gerechtigkeit, Legitimität und Kooperation<sup>21</sup> (compliance und cooperation) (Sunshine & Tyler, 2003; Tyler & Fagan, 2008). Fagan & Tyler (2005) kamen in ihrer Studie zum Schluss, dass Kinder die Legitimität des Rechts geringer einschätzten, wenn sie zuvor unfaire oder harsche Interaktionen mit Akteurinnen und Akteuren des Rechtssystems erlebt hatten. Weiter kamen sie zum Schluss, dass die Legitimitätseinschätzung die Kooperation von Kindern prägen.

Eine britische Studie von Bradford (2014) zeigte, dass die Kooperation von Erwachsenen mit der Polizei davon abhängt, ob die Polizei als legitim eingeschätzt wird. Die oft über Jahre gewachsenen Einstellungen gegenüber einer Behörde können vermutlich nicht durch kurze Interaktionen oder Gespräche während eines Verfahrens beeinflusst werden (vgl. Tyler, 2017). So fand eine randomisierte kontrollierte Studie in Schottland keine signifikante Steigerung der wahrgenommenen Legitimität und des Vertrauens in die Polizei durch gerechte Verfahrensaspekte (MacQueen & Bradford, 2015). Insgesamt zeigen verschiedene Forschungsprojekte, dass die Legitimität einer Behörde aus der Perspektive von Betroffenen einen positiven Einfluss auf deren Kooperationsbereitschaft hat (Bradford et al., 2015; Hough et al., 2010; Jackson et al., 2012; Jackson, Huq, Bradford & Tyler, 2013; Sunshine & Tyler, 2003; Tyler & Jackson, 2014).

---

<sup>21</sup> In der englischsprachigen Forschungsliteratur wird primär der Begriff „compliance“ verwendet und nur teilweise wird von „cooperation“ geschrieben. Für die vorliegende Arbeit wird hingegen der Begriff „Kooperation“ verwendet. Compliance/Komplianz wird im deutschsprachigen Raum häufig in Zusammenhang mit dem Verhalten von Patientinnen und Patienten bei medizinischen Behandlungen verwendet, kann auch als Therapietreue übersetzt werden und fokussiert gemäss Wikipedia auf eine genaue Beachtung der vorgeschriebenen medizinischen Behandlung. Nach meiner Auffassung ist der Begriff Kooperation im deutschsprachigen Raum eine zwar nicht deckungsgleiche, aber am ehesten geeignete Übersetzung des in der englischen Literatur verwendeten Begriffs „compliance“, denn er beinhaltet auch den Aspekt eines gemeinsamen Prozesses und damit eine höhere Eigenaktivität der Betroffenen als bei der Komplianz.

### *Emotionen und Gerechtigkeit*

Einige Studien haben gezeigt, dass es einen Zusammenhang zwischen Emotionen<sup>22</sup> wie Glück, Freude, Wut, Frustration, Schuld und Angst und wahrgenommener Gerechtigkeit oder Ungerechtigkeit gibt (Krehbiel & Cropanzano, 2000; Weiss, Suckow & Cropanzano, 1999), für einen Überblick siehe Cropanzano, Stein, & Nadisic (2011) und Barkworth & Murphy (2015). Einzelne Studien zeigten, dass Emotionen den Effekt zwischen Gerechtigkeitswahrnehmung und darauffolgendem Verhalten vermitteln (Chebat & Slusarczyk, 2005; Gordijn, Yzerbyt, Wigboldus & Dumont, 2006; VanYperen, Hagedoorn, Zweers & Postma, 2000). Noch bescheidener fällt bisher die Forschung aus, wenn spezifisch auf die Kooperation mit juristischen Behörden fokussiert wird (Barkworth & Murphy, 2015; Bradford, 2014; Bradford et al., 2015; Murphy & Tyler, 2008).

### *Emotionen und Kooperationsabsichten*

Tyler zeigte, dass Betroffene, die ein Verfahren als gerecht wahrnehmen, eine positivere Einstellung gegenüber der Massnahme haben als solche, die das Verfahren als ungerecht wahrnehmen (Tyler, 2006a). Maguire (2016) fand in einem Experiment einen Einfluss von Fairnesseinschätzungen auf das Vertrauen in die Polizei und die Kooperationsbereitschaft mit dieser<sup>23</sup>. In Zusammenhang mit Kooperation sind drei grundlegende Interaktionsarten von Bedeutung: Unterwerfung, Widerstand und Kooperation. Kooperation beinhaltet die Bereitschaft, die eigene Meinung einzubringen und einen eigenen Beitrag zur Lösung zu leisten. Barkworth und Murphy (2015) zeigen, dass von einem indirekten Zusammenhang zwischen Gerechtigkeitswahrnehmung und Kooperationsabsichten, vermittelt über Emotionen, ausgegangen werden kann.

### **3.2.5 Vier-faktorielles Messinstrument zur Erfassung organisationaler Gerechtigkeit**

Colquitt (2001) entwickelte und validierte ein vier-faktorielles Messinstrument zur Erfassung der *organisationalen* Gerechtigkeit, um die Erhebungen einheitlicher und vergleichbarer zu machen. Eine deutschsprachige Fassung wurde durch Maier et al. (2007) validiert. Es handelt sich um ein indirektes Messverfahren, weil der Fragebogen nicht direkt nach der Fairnesswahrnehmung fragt, sondern die

---

<sup>22</sup> Emotionen werden als bewusste und unbewusste (unconscious feelings, implicit affect) Gefühle definiert, wobei der Fokus auf bewussten Gefühlen liegt, die gemessen werden können (Cropanzano et al., 2011, S. Pos. 243).

<sup>23</sup> Bei Studien von Bradford (2014; 2015) vermittelt die *soziale Identität* und bei Murphy & Tyler (2008) und Barkworth & Murphy (2015) vermitteln *Emotionen* zwischen Gerechtigkeitswahrnehmung und Kooperationsabsichten (compliance). Die Vermittlung über die soziale Identität entspricht dem group engagement model von Tyler, ist aber eher für organisationsinterne Prozesse überzeugend, Bradford hat demgegenüber die Identität der Bevölkerung mit der Polizei untersucht.

Fairnesskriterien erfasst. Colquitt wählte diese indirekte Messung einerseits aufgrund der Erkenntnis aus Metaanalysen, dass indirekte Aspekte stärker mit Ergebnisvariablen korrelieren als direkte Masse; andererseits ermöglicht es die Erfassung der indirekten Kriterien, Interventionsmöglichkeiten präziser zu identifizieren (Colquitt, 2001; Maier et al., 2007). Im Messinstrument werden die vier Gerechtigkeitsaspekte zwar unterschieden, sie werden jedoch hierarchisch einer latenten übergeordneten Gerechtigkeitswahrnehmung untergeordnet (Colquitt & Shaw, 2008, S. 139-140). Diese vier Gerechtigkeitsdimensionen aufrecht zu erhalten scheint legitim, weil diese theoretisch unterschieden und unabhängig voneinander operationalisiert werden können und weil sie unterschiedliche Ursachen und Effekte haben (für die distributive und prozedurale Gerechtigkeit siehe Ambrose und Arnaud (2005)). Das Messinstrument besteht aus vier Skalen entsprechend der vier Gerechtigkeitsdimensionen distributive, prozedurale, interpersonale und informationale Gerechtigkeit und beinhaltet pro Skala je 4 - 7 Items. Für einen Abdruck des Fragebogens siehe Colquitt (2001) für die englischsprachige Originalvariante und Maier et al. (2007) für die deutschsprachige Fassung. Wie in Kapitel 5 gezeigt wird, diente die deutschsprachige Fassung des Fragebogens als Orientierungsrahmen für die Leitfadenkonstruktion der vorliegenden Studie in Bezug auf die Gerechtigkeitswahrnehmung.

Das Messinstrument von Colquitt wurde in zahlreichen Studien vollständig (Judge & Colquitt, 2004; Maharee-Lawler, Rodwell & Noblet, 2010; Roch & Shanock, 2006), in Teilen (Ambrose & Schminke, 2003; De Cremer, Van Knippenberg, Van Knippenberg, Mullenders & Stinglhamber, 2005) oder in adaptierter Version (z.B. De Cremer & Blader, 2006) eingesetzt (vgl. Maier et al., 2007, S. 98).

Die vier Dimensionen und die entsprechenden Fragen des Messinstruments nach Colquitt et al. (2001) werden nachfolgend kurz beschrieben.

*Distributive Gerechtigkeit:* Die Items für die distributive Gerechtigkeit nach Colquitt beziehen sich auf das Ergebnis und fokussieren auf die Aspekte der Equity-Theorie von Adams (1965). Weitere Verteilungsnormen werden nicht berücksichtigt (Maier et al., 2007, S. 97). Sie werden deshalb, wie in Kapitel 5 zu sehen ist, für die Leitfadenkonstruktion der vorliegenden Erhebung abgeändert, weil für diese primär die Fairness des Entscheids der Behörde relevant ist und es sich nicht um organisationsinterne Leistungen handelt, die gemessen werden sollen.

*Prozedurale Gerechtigkeit:* Die prozeduralen Gerechtigkeitsdimension bezieht sich auf das Vorgehen der Behörde. Entscheidend ist, ob Betroffene das Vorgehen oder das Ergebnis beeinflussen können, ob Regeln konsistent eingehalten werden, ob die Entscheidung unvoreingenommen getroffen wird, ob Betroffene ihre Sichtweise während des Verfahrens ausdrücken konnten, ob Korrekturmöglichkeiten bei Fehlentscheidungen vorgesehen sind und ob ethische Standards eingehalten werden.

*Interpersonale Gerechtigkeit:* Die interpersonale Gerechtigkeit bezieht sich auf die Wahrnehmung der sozialen Interaktion bei der Entscheidungsfindung (Bies, 2008; Bies & Moag, 1986; Bies & Shapiro, 1987).

*Informationale Gerechtigkeit:* Die informationale Gerechtigkeit erfragt, inwiefern zeitnah, gründlich und nachvollziehbar informiert wurde und inwiefern das Informationsverhalten der entscheidenden Person wahrheitsgemäss ist (Maier et al., 2007, S. 99).



## 4 Forschungsstand im Untersuchungsfeld

Nachfolgend werden in drei Unterkapiteln zuerst Ergebnisse verschiedener Studien aus den USA und Europa vorgestellt, die die Gestaltung des Kindesschutzverfahrens durch Fachpersonen in der Praxis (Kap. 4.1), die Wahrnehmung des Verfahrens durch Kinder im Hinblick auf Gerechtigkeit und Belastungserleben durch die Anhörung (Kap. 4.2) und die Wahrnehmung des Verfahrens durch Eltern (Kap. 4.3) untersuchen. In einem abschliessenden Unterkapitel wird der Forschungsstand von Studien zur Praxis des Kindesschutzverfahrens in der Schweiz vorgestellt.

### 4.1 Gestaltung des Kindesschutzverfahrens

Verschiedene Studien in Europa und den USA untersuchen die Praxis der Verfahrensgestaltung im Kindesschutz. Sie deuten alle auf eine heterogene, personen- wie auch institutionsabhängige Ausgestaltung des Kindesschutzverfahrens.

In *Deutschland* untersuchte eine umfangreiche Studie die individuellen und institutionellen Verfahrens- und Handlungsmuster des Jugendamts und des Familiengerichts<sup>24</sup> im Zeitraum zwischen 2014 und 2016 (Münder et al., 2017a). Untersucht wurde zudem, wie Jugendliche und Eltern das Kindesschutzverfahren wahrnehmen und welche quantitative Entwicklungen im Kinderschutz festzustellen sind. Aufgrund der Aktualität und der hohen inhaltlichen Relevanz für diese Forschungsarbeit wird diese Studie an dieser Stelle ausführlich beschrieben. Für die Erfassung der Verfahrensweisen und Handlungsorientierung der institutionellen Akteur\*innen wurden Expert\*inneninterviews durchgeführt und ergänzt mit einem Einschätzungsbogen zum Kindeswohlverfahren (Bindel-Kögel & Hoffmann, 2017a, S. 102f). Die Studie kommt in Bezug auf die Praxis des Familiengerichts zu folgendem Ergebnis: Die Übernahme der Aufgabe als Familienrichter\*in basiert nur zum Teil auf einem persönlichen Wunsch (Bindel-Kögel, Hoffmann & Schone, 2017, S. 274). Die wenigsten fühlen sich auf das Aufgabengebiet vorbereitet. Dies steht bei einem nicht unerheblichen Teil der Familienrichter\*innen in Zusammenhang mit dem Wunsch, nicht in diesem Bereich eingesetzt zu werden (S. 279). Sie eignen sich die notwendigen Fähigkeiten (z.B. Kindesanhörungen) sowie das nichtjuristische psychologische oder pädagogische Fachwissen «on the job» an (S. 280). Bei der Einarbeitung orientieren sich die Familienrichter\*innen an der Praxis von Kolleg\*innen, wodurch sich in den einzelnen Gerichten unterschiedliche Organisations- und Verfahrenskulturen entwickeln und tradieren (S. 280). Häufig sind gemäss Studie auch lokale, eingespielte Kooperationsstrukturen zwischen den verschiedenen professionellen Akteur\*innen,

---

<sup>24</sup> Eine Einführung in die rechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen der Jugendämter und Familiengerichte in Deutschland kann an dieser Stelle nicht erfolgen. Sie würde den Umfang dieser Arbeit sprengen. Für eine Einführung siehe Meysen (2019).

insbesondere zwischen den Fachkräften des Jugendamts und der Familiengerichte zu beobachten (Münder et al., 2017b). Die Autor\*innen der Studie machen darauf aufmerksam, dass diese gute Zusammenarbeit, teilweise verbunden mit informellen Kontakten, einerseits effizient ist und dem Wohl gefährdeter Kinder dient. Sie weisen jedoch darauf hin, dass das eingespielte Zusammenwirken der Akteur\*innen ausreichend reflektiert werden sollte, damit es von den Betroffenen nicht als gegen sie geschmiedete Allianz erlebt wird und damit systematisch unbewusstes Handeln der professionellen Akteur\*innen verhindert wird (S. 444). Die Anhörungs- und Mitwirkungspraxis mit den *Eltern* funktioniert gemäss der Studie gut (S. 278). Beim Einbezug von *Kindern und Jugendlichen* hingegen zeigen sich erhebliche individuelle Unterschiede der Richter\*innen. Dies betrifft sowohl das Alter, ab welchem Kinder angehört werden, als auch die inhaltliche Ausgestaltung der Gespräche. Relativ häufig wird argumentiert, man wolle das Kind schonen und eine Anhörung sei erst sinnvoll, wenn eingriffsintensive Massnahmen abschbar seien (S. 278). Die Studie kommt denn auch zum Schluss, dass das Jugendhilfe- und das familiengerichtliche Verfahren nur eine geringe Beteiligung von Kindern und Jugendlichen aufweist (Münder et al., 2017b, S. 447), ein Befund, der bereits in früheren Untersuchungen festgestellt wurde (Münder, Mutke & Schone, 2000) und der so auch für die Schweiz vermutet wird (siehe Kap. 4.4). Gemäss der Studie wird entgegen der gesetzlichen Pflicht zur Anhörung von Jugendlichen ab 14 Jahren in jedem fünften Fall auf eine persönliche Anhörung durch die/den Richter\*in verzichtet. Bei den drei- bis fünfjährigen Kindern werden 25% der Kinder angehört und bei den sechs- bis neunjährigen Kindern sind es 40% (Münder et al., 2017b, S. 448). Bereits eine frühere Studie von Münder et al. (2000) befasste sich mit der Handlungs- und Verfahrensweise des Familiengerichts bei Kindeswohlverfahren. Diese Studie ortet ebenfalls enorme Unterschiede in der Art der Gestaltung des Kindeswohlverfahrens (vgl. Bindel-Kögel & Hoffmann, 2017b, S. 78; Münder et al., 2000, S. 182, 184). Nach der Studie von Münder et al. (2000) gab es mehrere Jahre keine grösseren Studien zum Thema (vgl. auch Bindel-Kögel & Hoffmann, 2017b, S. 77). Rosenboom (2006) untersuchte das Vorgehen des Familiengerichts bei Kindeswohlverfahren insbesondere in Bezug auf den Entscheidungsprozess bei Gewalt und Vernachlässigung. Sie untersuchte Akten des Familiengerichts in Hamburg. Rosenboom fand grosse Unterschiede in der Art und Weise, wie Familienrichter\*innen das Verfahren gestalteten. Die Praxis ist von individuellen Unterschieden geprägt, die nicht in der Struktur oder Organisation bedingt sind, da nur Fälle aus Hamburg analysiert wurden. Es handelt sich vielmehr um individuelles Handeln nach eigenen Kriterien (Rosenboom, 2006, S. 184).

Karle et al. (2010) führten im Auftrag des Bundesministeriums für Justiz eine umfassende Studie zur Anhörungspraxis der Familiengerichte in Deutschland durch. Sie befragten in einer ersten Phase 1027 Familienrichter\*innen schriftlich zur Praxis und Häufigkeit der Kindesanhörung in Sorge- und Umgangsrechtsverfahren (20ff). Die Befürchtung, dass Kinder durch eine Anhörung zu stark belastet werden, wird von 26.3 % der Familienrichter\*innen als Grund für eine Nichtanhörung geäussert.

Karle et al. vermuten eine Unsicherheit der Richter\*innen im Umgang mit Kindern als Ursache für die Befürchtung, dass die Anhörung für die Kinder eine starke Belastung darstellt (Karle et al., 2010, S. 144). Die Studie zeigte, dass die Teilnahme an Fortbildungen zu einem statistisch bedeutsamen Rückgang dieser Befürchtungen führt und empfehlen, dass das diesbezügliche Fortbildungsangebot intensiviert wird. Kinder werden gemäss der Studie im Vergleich zur Praxis vor 25 Jahre bereits in jüngeren Lebensjahren angehört (überwiegend bereits ab 3 Jahren). Das Einfühlungsvermögen der Richter\*innen in die Kinder ist in den letzten Jahren grösser geworden. Kindesanhörungen werden nach Möglichkeit flexibel und kindgerecht gestaltet (S. 146). Die Anhörung findet in 80% der Fälle im Richter\*innenzimmer statt, in 35% der Fälle im Sitzungssaal und in ca. 30% der Fälle in einem Spielzimmer (Mehrfachnennungen möglich). Das durchschnittliche Alter, bei dem mit Kindesanhörungen begonnen wird, liegt bei 4 Jahren. Die Kindesanhörung dauert im Durchschnitt 25 Minuten (S. 150).

#### *Rollenverhalten von Richter\*innen im Family Court*

Lens (2017) untersuchte das *Rollenverhalten* von Richter\*innen in einem Family Court in den USA. Im Rahmen einer fokussierten ethnografischen Studie beobachtete sie 49 Kindesschutzverfahren innerhalb eines Jahres. Die 94 untersuchten Verhandlungen wurden von 9 verschiedenen Richter\*innen durchgeführt. Die Studie kommt zum Schluss, dass die Richter\*innen ein heterogenes Gesprächsverhalten gegenüber den Eltern haben. An einem Ende des Verhaltensspektrums gehen Richter\*innen kaum oder gar nicht auf Eltern ein und sprechen nur mit deren Rechtsvertreter\*innen. Am anderen Ende des Spektrums führen Richter\*innen informelle Gespräche und einen Entscheidungsfindungsdialog. Eine ähnliche Heterogenität zeigt sich in der Art und Weise, wie Richter\*innen die Eltern zu einem kooperativen Verhalten auffordern. Einige tun dies durch Äusserungen, die die Eltern beschämen und andere versuchen dies durch Lob und Unterstützung. Lens kommt zum Schluss, dass die Kooperation und Zufriedenheit von Eltern im Family Court Verfahren durch informelle und auf die Entscheidungsfindung bezogene Dialoge sowie durch Lob und Unterstützung begünstigt werden können (Lens, 2017)(S. 129).

Eine Studie von Schneider Schneider, Toussaint und Cappenberg (2014) aus Deutschland befragte Familienrichter\*innen und Jugendamtsfachpersonen und kommt zum Schluss, dass die Qualität der *Kindesanhörung* sowie die Fähigkeit die Qualität von Gutachten einzuschätzen von der Aus- und Weiterbildung der Familienrichter\*innen abhängig ist. Die befragten Richter\*innen beschreiben, nur über geringe psychologische und pädagogische Kenntnisse zu verfügen, weshalb ihnen die Gestaltung der Kindsanhörung schwerfalle. Diese Studienergebnisse sind für die Praxis in der Schweiz von Interesse, weil die Zusammensetzung der Behördenmitglieder der KESB interdisziplinär vorgesehen ist (Recht, Soziale Arbeit, Psychologie/Pädagogik), im Gegensatz zu den rein juristischen Besetzungen der Familiengerichte in Deutschland. Durch die interdisziplinäre Zusammensetzung der

der KESB sollten innerhalb eines Spruchkörpers auch nichtjuristische Kompetenzen vorhanden sein (vgl. auch Kap. 2.3).

Verschiedene weitere Studien zeigten, dass Training und Supervision die Kompetenzen der Fachpersonen für die Gesprächsführung mit Kindern deutlich steigern (Kindler, 2012, S. 207; Lamb et al., 2002; Price & Roberts, 2011).

Für Deutschland liegen verschiedene jüngere Studien vor, die sich nicht spezifisch auf die Praxis der Verfahrensleitung des Familiengerichts beziehen, von denen auch eine Relevanz für die Praxis in der Schweiz angenommen werden kann (vgl. z.B. Ackermann, 2017 zur Praxis der Entscheidungsfindung im Jugendamt bei stationären Erziehungshilfen). Auf andere Studien zur Praxis des Kindesschutzes wird hier aufgrund der Fokussierung auf die Verfahrensleitung bei der KESB nicht näher eingegangen.

## **4.2 Wahrnehmung des Kindesschutzverfahrens durch Kinder**

### *Studien zur Gerechtigkeitswahrnehmung durch Kinder*

Aus der Forschung gibt es Hinweise, dass die *Gefährdungsart* einen Einfluss auf die *Gerechtigkeitseinschätzung* hat. So konnten Block et al. (2010) in einer Studie mit 7 - 10-jährigen Kindern zeigen, dass vernachlässigte Kinder das Verfahren als weniger gerecht wahrnehmen als Kinder die körperlich oder sexuell missbraucht wurden. Die Studienautor\*innen vermuten, dass die unterschiedliche Gerechtigkeitseinschätzung dadurch erklärt werden kann, dass Vernachlässigung ein Unterlassen darstellt (z.B. ein Kind nicht ausreichend mit Nahrung versorgen oder unbetreut allein lassen), während körperliche und sexuelle Misshandlung ein aktives Einwirken beinhaltet (z.B. ein Kind verprügeln oder sexuell missbrauchen). Während eine körperliche Misshandlung Verletzungen verursachen kann und auch für ein Kind einfach zu erkennen ist, ist es schwieriger für ein Kind zu erkennen, wenn es vernachlässigt wird. Dies einerseits, weil es oft nur diese Art des Umgangs kennengelernt hat und diesen als normal erachtet, andererseits auch weil die Schwelle zur Vernachlässigung viel schwieriger zu erkennen ist als bei körperlicher oder sexueller Misshandlung. Körperlich misshandelten Kindern fällt es leichter zu erkennen, dass die Misshandlung für sie schädlich ist als vernachlässigte Kinder (Block et al., 2010, S. 661). Es ist anzunehmen, dass körperlich oder sexuell misshandelte Kinder sich vom Kindesschutzverfahren deshalb eher eine Verbesserung ihrer Situation erhoffen und dem Kindesschutzverfahren gegenüber entsprechend auch weniger ablehnend sind als vernachlässigte Kinder (Block et al., 2010). Die Studie von Block et al. fand insgesamt eine weit verbreitete negative Haltung bei Kindern gegenüber dem Verfahren. Die Haltung wurde beeinflusst vom Alter und vom Ausmass der Ängstlichkeit des Kindes, von den

Kenntnissen über das Gerichtsverfahren, von der Gefährdungsart und dem Einleiten eines Strafverfahrens.

Das *Alter* des Kindes hat einen Einfluss auf die *Gerechtigkeitswahrnehmung*. Mit zunehmendem Alter verstehen Kinder das Verfahren besser (Quas et al., 2009, S. 113; Weisz, Wingrove, Beal & Faith-Slaker, 2011, S. 271) und nehmen dieses als gerechter wahr (Block et al., 2010, S. 666). Jüngere Kinder, die längere Zeit in einem Kindesschutzverfahren involviert sind, haben weniger negative Gefühle bei der Anhörung, als wenn sie frisch im Verfahren sind. Bei älteren Kindern sind die Gefühle dem Verfahren gegenüber insgesamt negativer als bei jüngeren Kindern (Quas et al., 2009, S. 110). Zu diesem Schluss kam auch eine Studie von Hobbs et al. (2014).

Das *Wissen* über ein Kindesschutzverfahren im Allgemeinen und insbesondere das Verständnis des eigenen Kindesschutzverfahrens ist abhängig vom Alter des Kindes: Mit zunehmendem Alter verbessert sich das Verständnis des eigenen Falls (Weisz et al., 2011, S. 271) und das Wissen von Kindesschutzverfahren allgemein. Insgesamt versteht jedoch in einer US-Studie (Quas et al., 2009) ein beachtlicher Teil der Jugendlichen das eigene Kindesschutzverfahren und die Entscheide des dependency courts nicht korrekt. Die Studie geht davon aus, dass die Kenntnisse von Jugendlichen durch Fachpersonen systematisch überschätzt werden und die Jugendlichen entsprechend nicht mit den nötigen Informationen über die Abläufe und Ergebnisse des eigenen Kindesschutzfalls versorgt werden (Quas et al., 2009, S. 113). Das Wissen über Kindesschutzverfahren allgemein nahm überraschenderweise mit zunehmender Dauer des Verfahrens bei den Kindern ab (Quas et al., 2009, S. 113). Eine mögliche Erklärung sieht die Studie darin, dass sich die spezifischen Rollen der involvierten Fachpersonen mit zunehmender Dauer des Verfahrens vermischen (Quas et al., 2009, S. 113). Bei Kindern ist der Zusammenhang zwischen Alter und Bildungsstand zu berücksichtigen – mit zunehmendem Alter erhöht sich auch der „Bildungsstand“.

Gemäss einer Studie von Weisz et al. können Kinder den *Entscheid* einer Behörde oder eines Gerichts eher nachvollziehen und nehmen das Verfahren als gerechter wahr, wenn ein persönliches Gespräch mit ihnen über den Entscheid durchgeführt wird (Weisz et al., 2011, S. 271).

#### *Studien zur Belastung von Kindern durch die Beteiligung am Verfahren*

Im Rahmen des in Kapitel 4.1 bereits erwähnten Forschungsprojekts von Münster et. al. (2017) wurden in Deutschland in einer Teilstudie 13 Jugendliche ab 14 Jahren interviewt, wie sie das Kindeswohlverfahren vor dem Familiengericht<sup>25</sup> wahrnehmen (Lampe, 2017). Die Studie kommt zu

---

<sup>25</sup> Bei Verfahren vor dem Familiengericht in Deutschland handelt es sich in den meisten Fällen um Kinder, die bereits stationär untergebracht sind und bei denen der Entzug des Sorgerechts der Eltern verhandelt wird

folgenden Ergebnissen (Lampe, 2017, S. 386ff): Die meisten befragten Jugendlichen haben eine lange Geschichte von Erziehungshilfen, die in der frühen Kindheit begonnen hat. Diese lange Zeitspanne, verbunden mit Abbrüchen des Betreuungssettings und des Lebensorts und wechselnden Helfer\*innen (Personalfluktuations) machen das Verfahren für die Jugendlichen schwer durchschaubar und belasten die Jugendlichen teilweise. Je nach Person und Fallkonstellation fällt es den Jugendlichen schwer, an den Verhandlungen vor dem Familiengericht teilzunehmen. Schwierig ist es für sie insbesondere, wenn sie nicht mit den Eltern konfrontiert werden möchten oder wenn sie nicht einschätzen können, welche Auswirkungen das Verfahren auf ihr Leben haben wird. Die Studie kommt zum Schluss, dass das Verfahren für die Jugendlichen zur diffusen Bedrohung wird, wenn es nicht gelingt, sie adäquat über das Verfahren aufzuklären. «Je klarer den betroffenen Jugendlichen die Rollen der verschiedenen Akteure im familiengerichtlichen Verfahren sind, umso besser können sie sich selbst zu den Inhalten des Verfahrens und zu den Abläufen positionieren.» (Lampe, 2017, S. 387). Bei den meisten Verfahren, von denen die Jugendlichen berichteten, war vom Familiengericht ein Verfahrensbeistand/eine Verfahrensbeiständin für die Jugendlichen eingesetzt worden. Diese werden von den Jugendlichen als Partner\*innen im Verfahren geschätzt, sofern sie hinreichend Interesse an den Jugendlichen mitbringen und ausreichend Zeit haben, um das Erleben, die Wünsche und den Willen der Jugendlichen zu erfassen. Für die Jugendlichen ist es schwierig, wenn Verfahrensbeistand\*innen sowohl den Willen als auch das Wohl der Jugendlichen im Verfahren vertreten und die Jugendlichen die Kriterien dafür nicht nachvollziehen können. Wird nicht transparent gemacht, dass sowohl der Kindeswille als auch das Kindeswohl vertreten wird, kann das von den Jugendlichen als Verrat empfunden werden (S. 388). Die meisten der befragten Jugendlichen ziehen zumindest in der Retrospektive eine positive Bilanz aus dem Verfahren vor dem Familiengericht. Der Sorgerechtsentzug stellt für die meisten eine «Befreiung» aus schädigenden und bedrohenden Lebensumständen dar (S. 388).

Die in Kap. 4.1 bereits erwähnte Studie von Karle et al. (2010) zur Praxis des Gerichts in Deutschland in Zusammenhang mit Sorge- und Umgangsregelungen umfasste in einer zweiten Phase eine Beobachtung und mündliche Befragung von Kindern unter Einbezug ihrer Eltern in ausgewählten Gerichten (20ff). Sie kommt zum Ergebnis, dass sich die Kinder vor der Anhörung im Vergleich zur Situation vier Wochen nach der Anhörung eher unwohl, aufgeregt, ängstlich oder unsicherer fühlten (S. 144ff). Auch die Eltern stufen die Kinder vor der Anhörung als eher belastet ein. Die Belastung der Kinder steigt unmittelbar vor der Anhörung an, sinkt nach der Anhörung rasch wieder und ist vier Wochen nach der Anhörung beim oder unter dem Ausgangsniveau. Die

---

(Rosenboom, 2006, S. 182). Demgegenüber führt die KESB in der Schweiz auch ein Kindesschutzverfahren, wenn geringe Eingriffe in die Elternrechte zur Diskussion stehen. Das Erleben des Verfahrens vor dem Familiengericht in Deutschland kann deshalb nur bedingt mit dem Verfahren vor der KESB in der Schweiz verglichen werden.

Belastung ist bei Jungen signifikant stärker als bei Mädchen. Ältere Kinder, insbesondere solche über 11 Jahren, sind tendenziell stärker belastet als jüngere. Die Studie kommt zum Schluss, dass die Anhörung zwar eine leichte, aber keine wesentliche Belastung für die Kinder darstellt. Sie empfiehlt deshalb eher von *vorübergehenden Anspannungen* anstatt von Belastungen zu sprechen und vergleicht diese Anspannung mit der *Prüfungsangst* (Karle, 2011, S. 662f).

Bei einer Studie in Grossbritannien (Bell, 2011) nahmen Kinder ihre Beteiligungsmöglichkeiten eher nicht wahr oder erlebten die Beteiligung als *negativ*, wenn während des Treffens über eine Kindesschutzmassnahme *entschieden* wurde. Bei Treffen zur Auswertung oder zur Planung von Hilfen war die Beteiligung der Kinder höher und wurde von diesen als positiver empfunden. Bell vermutet, dass es für Kinder in Kindesschutzverfahren teilweise wichtiger ist, ihre Sichtweise durch eine Vertrauensperson repräsentiert zu wissen, als selbst am Gespräch teilzunehmen.

Eine Studie in den USA fand zwar eine *kurzfristige Erhöhung der emotionalen Belastung*, jedoch keine Hinweise, dass die Anhörung dem Kind Schaden zufügen würde, weder zum Zeitpunkt der Anhörung noch eine Woche danach (Weisz et al., 2011, S. 271). Kinder gaben an, dass sie sich während der Anhörung wohl fühlten und dass sie froh waren, daran teilgenommen zu haben. Kinder, die an der Anhörung teilnahmen, befürworteten die Aussage, dass Kinder an der Anhörung teilnehmen können sollten. Als Vorteile der Anhörung zeigte sich, dass die angehörten Kinder mehr Vertrauen in die Richterin/den Richter hatten. Sie empfanden die Entscheidung als fairer, hatten mehr Wissen über das Verfahren und verstanden dieses besser (Weisz et al., 2011, S. 271). Die Art, wie die Anhörung durchgeführt wurde, hatte einen Einfluss auf die Kinder: Direkte Ermutigungen und/oder direkte Fragen der Richterin/des Richters gegenüber dem Kind gingen mit positiven Effekten auf das Kind einher (2011, S. 271). Die Studie geht davon aus, dass Richter\*innen die Erfahrung des Gerichtsverfahrens weniger stressreich und angenehmer für Kinder machen können, wenn sie direkte Interaktionen mit dem Kindern fördern (Weisz et al., 2011, S. 271).

Nathanson und Saywitz (2015) untersuchten die Wirkungen des *Kids' Court School Programms* in den USA in Bezug auf die Stressbelastung vor der Anhörung. Es handelt sich dabei um ein Programm, in welchem Kinder eine bis zwei Wochen vor ihrer Anhörung vor dem Zivil- oder Jugendstraegericht im Rahmen von zwei Gruppensessions auf die Anhörung vorbereitet werden. Sie werden dabei einerseits über den Ablauf des Verfahrens informiert, erhalten Trainings zur Stressreduktion und bereiten sich in einer simulierten Anhörung auf die eigentliche Anhörung vor (Nathanson & Saywitz, 2015, S. 460). Die Studie untersuchte anhand der Court-Related Stress Scale-Revised inwiefern sich die Stressbelastung durch das Programm entwickelte. Die Studie zeigte, dass die Angst der Kinder vor dem Gerichtstermin nach der Teilnahme am Programm signifikant abnahm.

Hobbs et al. (2014) untersuchten in den USA inwiefern sich die Gefühle von Kindern in Zusammenhang mit ihrer Beteiligung in strafrechtlichen (criminal courts) und zivilrechtlichen (child dependency courts) Verfahren unterscheiden und inwiefern die Gefährdungsform eine Rolle dabei spielen. Die Studie kommt zum Schluss, dass Kinder signifikant negativere Gefühle haben, wenn sie a) als Opfer sexueller Gewalt im Rahmen eines Strafverfahrens im Gerichtssaal der angeklagten Person begegneten und b) wenn sie weiblich sind unabhängig von der Art des Verfahrens. Positivere Gefühle hatten Kinder, wenn sie als Opfer körperlicher Gewalt in zivilrechtlichen Verfahren den Beschuldigten (meistens ihren Eltern) begegneten. Je gravierender die Misshandlung und je älter das Kind, desto negativer waren ihre Gefühle in Bezug auf die Beantwortung von Fragen vor Gericht (Hobbs et al., 2014, S. 407). Die in der Studie von Hobbs gefundenen stärkeren negativen Gefühle in Bezug auf ihre Beteiligung am Verfahren bei weiblichen Jugendlichen stehen in Widerspruch zum Befund der Studie von Karle (2011), welche eine höhere Belastung bei männlichen Jugendlichen feststellte (siehe oben). Übereinstimmend sind jedoch die Befunde der beiden Studien, dass das Belastungserleben bei älteren Jugendlichen stärker ist als bei jüngeren.

In Bezug auf Studien zum Belastungserleben von Kindern durch Kindesanhörungen ist zu bedenken, dass viele Forschungsergebnisse sich auf die Kindesanhörung im zivilrechtlichen Trennungs- und Scheidungsverfahren (z.B. Büchler & Simoni, 2009; Karle, 2011; Vis & Fossum, 2013) sowie auf die Kindesbefragung im Strafverfahren in Zusammenhang mit dem Verdacht auf sexuellen Kindesmissbrauch (z.B. Cederborg, Lamb & Laurell, 2007; Davies, Seymour & Read, 2001; Jones et al., 2010; Jones, Cross, Walsh & Simone, 2007) beziehen. Diese können nicht ohne weiteres auf die Praxis des Kindesschutzverfahrens gefährdeter Kinder übertragen werden, da Anlass, Rahmenbedingungen und Inhalt der Anhörung sich unterscheiden (vgl. dazu auch Hobbs et al., 2014; Kindler, 2012). So steht bei der Kindesanhörung bei Trennungs- und Scheidungsverfahren die Beziehungsqualität zum jeweiligen Elternteil, der Aufenthaltsort des Kindes und allenfalls Betreuungsanteile zur Diskussion, während beim zivilrechtlichen Kindesschutzverfahren die Kindeswohlgefährdung durch die Eltern und allfällige Massnahmen, die eine Trennung des Kindes von seinen Eltern zur Folge haben können, zur Diskussion stehen, was für das Kind wesentlich bedrohlicher sein kann (vgl. Kindler, 2012, S. 208). Zudem lassen sich aufgrund unterschiedlicher Justizsysteme die Befunde aus der internationalen Forschung nicht unbedingt miteinander vergleichen und auf die Situation in der Schweiz übertragen. Der Forschungsstand zur Wahrnehmung der Anhörung im zivilrechtlichen Kindesschutzverfahren durch Kinder ist deshalb insgesamt als lückenhaft zu beschreiben.

Zahlreiche weitere Studien in denen die Kinder selbst nicht direkt befragt wurden erforschen die Beteiligung von Kindern in Kindesschutzverfahren (siehe beispielsweise Augsberger, Lens, & Hughes (2016) und Gallagher et al. (2012).



Insgesamt beschäftigen sich viele Forschungsprojekte mit dem Spannungsverhältnis zwischen Kinderrechts- und Partizipationsbestrebungen und der damit verbundenen Forderung, Kinder möglichst stark in das Kindesschutzverfahren einzubeziehen einerseits, und der Sorge andererseits, Kinder könnten durch die Beteiligung belastet werden und ihnen könnte fälschlicherweise zu viel Verantwortung übertragen werden (Kindler, 2012, S. 212; Vis, Strandbu, Holtan & Thomas, 2011). Die meisten Forschungsprojekte kommen zum Schluss, dass die Belastungen für die Kinder durch die Anhörung in zivilrechtlichen Verfahren insgesamt eher gering und von vorübergehender Dauer ist. Karle (2011, S. 663) vergleicht die Belastung beispielsweise mit der Prüfungsangst. Sie wird grundsätzlich nicht als Grund gesehen, um auf die Anhörung zu verzichten, sondern eher als Anregung um die Praxis zu verbessern (Karle, 2011; Karle et al., 2010; Nathanson & Saywitz, 2015).

#### **4.3 Wahrnehmung des Kindesschutzverfahrens durch Eltern**

##### *Gerechtigkeitswahrnehmung durch Eltern*

Cleveland (2017) untersucht in den USA inwiefern Eltern das Kindesschutzverfahren vor dem dependency court verstehen und inwiefern diese mit der Gerechtigkeitswahrnehmung zusammenhängen. Die Ergebnisse zeigen, dass Eltern allgemein und spezifisch Afro-Amerikaner\*innen das Gerichtssystem in den USA wenig kennen, dass sie insgesamt jedoch einigermassen zufrieden damit sind. Eltern mit einem besseren Verständnis des Verfahrens schätzten die *prozedurale Gerechtigkeit* des Verfahrens höher ein, schätzten aber die *Entscheidungsgerechtigkeit* als weniger hoch ein.

Ashford (2006) vergleicht in einer Studie in den USA die Gerechtigkeitswahrnehmung von Eltern mit einer Suchtproblematik bei zwei verschiedenen Interventionsarten im Kindesschutzverfahren. Die Interventionsgruppe wurde in einem family drug court wöchentlich durch den/die Richter\*in vorgeladen und zum Zustand und Drogenkonsum befragt. Die Kontrollgruppe erhielt die übliche Standardbehandlung durch das child welfare system, welches mindestens einmal pro Monat einen persönlichen Kontakt zwischen dem Elternteil und der/dem Case Manager\*in vorsieht. Die Studie zeigte, dass die Eltern in der Interventionsgruppe die Gerechtigkeit der Richter\*innen als höher einschätzten als diejenige der Kontrollgruppe mit einer Standardintervention durch die Sozialarbeiter\*innen des child protection service (CPS). Ashford kommt zum Schluss, dass die *Beziehung* und die *Häufigkeit des Kontakts* eine signifikante Komponente im Kindesschutzprozess darstellen, welche für die Interventionsplanung von Eltern berücksichtigt werden muss. Vermutet wird zudem, dass einerseits der höhere Status der Position als Richter\*in gegenüber der/dem Sozialarbeiter\*in sowie die höhere Interaktionsfrequenz des Interventionsprogramms ausschlaggebend für das Ergebnis waren. Es handelt sich allerdings um eine kleine Untersuchung und

die Richter\*innen hatten einzig Entscheidungsbefugnis in Bezug auf die Suchtmittelbehandlung, nicht jedoch in Bezug auf die Kindesschutzfragen. Die Sozialarbeitenden der Standardbehandlung hatten hingegen eine Doppelfunktion inne: Sie hatten den Auftrag, die Eltern in Bezug auf die Suchtmittelproblematik zu unterstützen und zudem dem child dependency court eine Empfehlung in Bezug auf den Entscheid im Kindesschutzverfahren zu machen.

#### *Erleben des Verfahrens durch Eltern*

Die in den beiden vorangehenden Kapiteln bereits erwähnte Studie von Münder et al. zur Praxis des Familiengerichts in Deutschland zeigte, dass wenn Eltern eine eigene Jugendhilfegeschichte haben, d.h. wenn sie selbst als Kind Kontakt mit der Jugendhilfe oder dem Familiengericht hatten, diese Erfahrungen aus der Kindheit einen massgeblichen Einfluss auf deren Wahrnehmung des Verfahrens haben. Bei positiven Erfahrungen in der Vergangenheit können diese als Türöffner wirken; bei negativen Vorerfahrungen können diese zu massiver Ablehnung und Abschottung von den Fachpersonen der Jugendhilfe führen (Münder et al., 2017b, S. 420). Eine individuelle Passung zwischen den Eltern und der Fachperson des Jugendamts ist Voraussetzung für eine gelingende Kommunikation. Diese Passung ist nach der Studie sehr personenabhängig. Ein Handeln der Fachperson des Jugendamts, das nicht transparent ist, sowie eine mangelnde Information der Eltern über den Ablauf des Verfahrens, verunsicherten die Eltern erheblich. Diese mangelnden Informationen über das Verfahren, der unklare Ausgang des Verfahrens und eine teilweise lange Verfahrensdauer erhöhen die psychische Belastung von Eltern erheblich (S. 420).

#### **4.4 Praxis des zivilrechtlichen Kindesschutzverfahrens in der Schweiz**

Eine Studie des Schweizerischen Kompetenzzentrums für Menschenrechte (SKMR) aus dem Jahr 2017 untersuchte die Umsetzung der Leitlinien des Europarats für eine kindgerechte Justiz (vgl. Kap. 2.5) in den Kantonen Neuenburg, Fribourg und Bern. Die Studie untersuchte in einer ersten Etappe die nationalen und internationalen Rechtsgrundlagen inkl. der Rechtsprechung des Bundesgerichts und befragte verschiedene Fachpersonen in den drei Kantonen zur Praxis der Anhörung bei zivilrechtlichen Platzierungen sowie bei einer Wegweisung eines ausländischen Elternteils im Rahmen des Ausländerrechts (Hitz Quenon & Matthey, 2017). Die Studie kommt zum Schluss, dass das Recht des Kindes auf Gehör und Berücksichtigung seiner Meinung in allen Verfahren, die es direkt oder indirekt betreffen, unterschiedlich umgesetzt wird. Die Unterschiede sind zwischen den zivil- und ausländerrechtlichen Verfahren feststellbar sowie auch zwischen den Kantonen. Bei zivilrechtlichen Kindesschutzverfahren in den drei untersuchten Kantonen werden Kinder ab 6 Jahren gemäss Studie grundsätzlich von der KESB und jüngere Kinder von einem anderen spezialisierten Dienst angehört. (Hitz Quenon & Matthey, 2017, S. 13). Die Studie sieht in verschiedenen Bereichen

Handlungsbedarf: Bei der Ausbildung von Fachpersonen, die Anhörungen in zivilrechtlichen Kindesschutzverfahren durchführen, bei der Information des Kindes über seine Beteiligungsrechte, bei den Rahmenbedingungen der Kindesanhörung, bei der Erläuterung des Entscheids sowie beim Austausch zwischen den verschiedenen kantonalen Akteur\*innen (S. 13). Die Studie empfiehlt die Ausarbeitung von Instrumenten für eine Beteiligung des Kindes beim ganzen Platzierungsverfahren, um eine Vereinheitlichung der Praxis zu begünstigen.

Bereits in einer früheren Studie des SKMR wurde die Praxis der Beteiligung von Kindern im zivilrechtlichen Kindesschutzverfahren in drei Kantonen (Genf, Zürich und Waadt) untersucht (Hitz Quenon et al., 2014). Auch in dieser Studie wurden Fachpersonen der KESB und der Kinder- und Jugendhilfe befragt. Die Studie stellte bereits damals eine unterschiedliche Umsetzung in der Praxis der verschiedenen Kantone im Hinblick auf die Interdisziplinarität, die Kindesanhörung und die Kindesvertretung fest und forderte eine Anpassung der Ausbildung und des Profils der Personen, die Kindesanhörungen durchführen (Hitz Quenon et al., 2014, S. 2).

Im Auftrag des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements untersuchte Fankhauser im Jahr 2019 die Stellung nahestehender Personen im Kindes- und Erwachsenenschutzrecht und die Frage, ob nahestehende Personen eine stärkere Position im Recht erhalten sollten (Fankhauser, 2019). Das Rechtsgutachten stützt sich neben einer Literatur- und Rechtssprechungsanalyse auf Gespräche mit ausgewählten Fachpersonen im Kindes- und Erwachsenenschutz (S. 2). Die Studie kommt zum Ergebnis, dass es im Widerspruch zur Vorrangstellung des Schutzes des Kindes (und der schutzbedürftigen Erwachsenen im Erwachsenenschutz) stehen würde, wenn die Rechtsposition von nahestehenden Personen im Kindes- und Erwachsenenschutz (z.B. Grosseltern) verstärkt würde (S. 36).

Rosch, Jud und Mitrovic (2016) untersuchten in einer Online-Umfrage mit Fallvignetten bei 183 Mitarbeitenden aus KESB unterschiedlicher Regionen der Schweiz die Praxis der KESB u.a. in Bezug auf den Einbezug von verwandten und nicht verwandten Personen bei Platzierungen von Kindern. Die Studie stellt fest, dass im Rahmen der Abklärung wenig zwischen einer formellen rechtlichen Anhörung und anderen informelleren Gesprächen mit dem Kind unterschieden wird und in Bezug auf die rechtliche Anhörung Verbesserungspotenzial besteht (S. 26f).

Weiter stellt die Studie fest, dass die KESB das Abstammungsverhältnis bei Platzierungen von Kindern hoch gewichtet, auch wenn das Kind gar keine faktische Beziehung zu diesen Verwandten hat. Gleichzeitig werden, aus Sicht der Studienautor\*innen zu Recht, Nichtverwandte, die bereits eine Betreuungsbeziehung zum Kind haben, als Pflegepersonen bei Platzierungen stärker gewichtet als Verwandte ohne bisherige Betreuung des Kindes (S. 27).

Im Rahmen des NFP 76 «Fürsorge und Zwang» laufen zurzeit verschiedene Studie zur historischen Aufarbeitung der Praxis des Kindesschutzes sowie der gegenwärtigen Kindesschutzpraxis. Die Ergebnisse liegen zum Zeitpunkt des Verfassens dieses Manuskripts noch nicht vor. Es sind jedoch wichtige Erkenntnisse zu erwarten. Das frühere NFP 52 «Kindheit, Jugend und Generationenbeziehungen im sozialen Wandel» beinhaltete teilweise für den Kindesschutz relevante Projekte (Arnold, Huwiler, Raulf, Tanner & Wicki, 2008; Büchler & Simoni, 2009; Seith, 2013; Voll, Jud, Mey, Häfeli & Stettler, 2008). Da diese sich auf eine Praxis vor der Einführung des neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrechts beziehen, werden sie teilweise nur kurz erwähnt.

Das Projekt Kinder und Scheidung untersuchte u.a. die Praxis der Kindesanhörung im Scheidungsverfahren anhand von Gerichtsakten, Befragungen von Richter\*innen sowie von Kindern und Eltern in drei Kantonen (Büchler & Simoni, 2009). Die Studie kommt zum Schluss, dass etwa ein Drittel der Kinder im Scheidungsverfahren ihrer Eltern vom Scheidungsgericht zu einer Anhörung eingeladen werden und dass von diesen wiederum etwa ein Drittel, also insgesamt nur 10% der Kinder tatsächlich angehört werden (Simoni & Trost-Melchert, 2008, S. 117). Die Anhörungsquote steigt mit zunehmendem Alter. Kinder unter 6 Jahren werden praktisch nie vom Gericht angehört. Die Studie fand zudem keinen Unterschied in Bezug auf das Geschlecht des Kindes oder den sozio-ökonomischen Hintergrund der Eltern in Bezug auf die Anhörungsquote (S. 117). Die Studie kommt zum Schluss, dass Kinder grundsätzlich möchten, dass ihre Sicht gehört und angemessen berücksichtigt wird, und dass Kinder in der Lage zu sein scheinen, zwischen einer Beteiligung als Kind und der Übernahme von Verantwortung durch Erwachsene zu unterscheiden (S. 106). Von 37 in der Studie befragten Kindern erfolgte eine Anhörung nur bei fünf Kindern. Diese Kinder ziehen eine ernüchternde Bilanz über die Anhörung vor dem Scheidungsgericht. Vier der fünf Kinder äusserten sich irritiert über das Gesprächstempo und die Inhalte der Anhörung und beurteilten die Anhörung in Bezug auf die Auswirkungen auf ihr Alltagsleben als gegenstandslos (S. 104). Obwohl die meisten der 37 Kinder das Recht auf Anhörung grundsätzlich als positiv bezeichnen, ist in der Studie fast allen Kindern unklar, was eine Kindesanhörung bedeutet. Die Studienautor\*innen ergänzen, dass Eltern die Kinder nur soweit über ihre Rechte informieren können, wie sie selbst darüber Bescheid wissen (S. 106).

Seith (2013) befragte im Rahmen des NFP 52 u.a. 1400 Schulkinder im Alter zwischen 9 und 17 Jahren im Kanton Zürich zur Thematisierung von häuslicher Gewalt. Die Studie kommt zum Ergebnis, dass 46% der befragten Schulkinder unsicher sind, ob von häuslicher Gewalt betroffene Kinder mit Aussenstehenden über ihre familiäre Situation reden sollten, 14.7% der Kinder sprechen sich eindeutig dagegen aus und nur 40% der Kinder sind der Ansicht, dass sie darüber reden sollten. Am meisten bezeichnen Kinder Geschwister als mögliche Gesprächspartner\*innen. Die Studie fand zudem einen signifikanten Unterschied bei den Geschlechtern. Bei allen Altersgruppen sind deutlich mehr Mädchen als Jungen der Ansicht, dass Kinder mit anderen über ihre familiären Probleme

sprechen sollten. Als Gründe, die Kinder davon abhalten, über die familiäre Situation zu sprechen, nannten die Kinder Zweifel an der vertraulichen Behandlung der Information, Sorge um das Image der Familie und die Vorstellung, dass häusliche Gewalt ein privates Problem sei. Die Studie kommt zum Schluss, dass Kinder komplexe Reflexionsprozesse vornehmen und zwischen individuellen Bedürfnissen und Familien- und Verwandtschaftsinteressen abwägen und dabei auch mögliche Konsequenzen der Thematisierung familiärer Probleme antizipieren.

Die Studie von Voll et al. (2008) im Rahmen des NFP 52 untersuchte anhand von Dossieranalysen und gesamtschweizerischen Umfragen bei Behörden und Sozialdiensten die Praxis des zivilrechtlichen Kindesschutzes. Die Studie kam u.a. zur Erkenntnis, dass in einen Kindesschutzfall je nach Art der Massnahme zwischen 5 und 33 Fachpersonen involviert sind (Jud, 2008), eine Zahl, die möglicherweise auch heute noch ähnlich hoch sein dürfte und für die der Autor Optimierungspotenzial ortet.

Eine Studie von Werner (2019) untersuchte die Sichtweise und das Erleben von Pflegekindern im Kanton Zürich. Interessant in Zusammenhang mit der vorliegenden Studie sind insbesondere die von Werner festgestellten Normalisierungsbemühungen von Pflegekindern (S. 333). Sie zeigten sich u.a. darin, dass die Pflegekinder gleichaltrige Kolleg\*innen eher selten als Ressource nannten im Hinblick auf die pflegekindspezifischen Anforderungen. Pflegekinder wollen sich demnach als «normale Jugendliche» positionieren und ihre besonderen Herausforderungen, die mit ihrer Rolle als Pflegekind zusammenhängen, nicht mit Gleichaltrigen thematisieren (S. 333).

## 5 Forschungsdesign

Die vorliegende empirische Studie beinhaltet eine Befragung von Jugendlichen sowie von Eltern, für die ein Kindesschutzverfahren der KESB durchgeführt wurde. Ziel der Befragung ist zu erfassen, wie Betroffene das Kindesschutzverfahren wahrnehmen, und daraus Empfehlungen für die Praxis abzuleiten. Die Studie geht nicht von der in der qualitativen Sozialforschung weit verbreiteten theoretischen Offenheit aus, die sich traditionell dem Forschungsgegenstand ohne vorab formulierte Theorien, Hypothesen und Konzepte nähert (Lamnek & Krell, 2016, S. 33f). Die vorliegende Studie kann eher als *theorieorientierte* qualitative Forschung (vgl. Hopf, 1993, S. 13) im weiteren Sinne bezeichnet werden, bei der allerdings keine Hypothesen geprüft werden. Die Datenerhebung stützt sich wesentlich auf die Gerechtigkeitstheorien und diese bilden auch den Orientierungsrahmen für die Datenanalyse. Durch die Studie soll unter anderem geklärt werden, ob und inwiefern die Gerechtigkeitstheorien einen Beitrag zur Abbildung und Erklärung der Wahrnehmung des Kindesschutzverfahrens durch die Betroffenen leisten können (vgl. Rädiker & Kuckartz, 2019, S. 100). Die Studie weist in einem zweiten Teil jedoch eine grundsätzliche Offenheit gegenüber dem Forschungsgegenstand auf, wie im nachfolgend beschriebenen Erhebungsinstrument deutlich wird. Die Datenerhebung und -erfassung erfolgte anhand der Methode des *problemzentrierten Interviews* und für die Datenanalyse wurde die Methode der *qualitativen Inhaltsanalyse* nach Kuckartz angewendet. Im nachfolgenden Kapitel werden die Datenerhebung und die Datenanalyse ausführlich beschrieben.

### *Anforderungen an die Forschung mit Betroffenen*

Studien mit belasteten und vulnerablen Betroffenen, wie das Eltern und Kinder als Beteiligte in einem Kindesschutzverfahren vor der KESB in der Regel sind, sollten gut begründet sein. Als Grundanforderungen an eine «gute» Forschung mit Betroffenen nennt Kindler (2016, S. 69) einerseits die *ethische Verantwortbarkeit* und andererseits ihren *wissenschaftlichen Wert*. In Zusammenhang mit der Erforschung von gewaltbetroffenen Kindern geht er so weit, dass er grundsätzlich neben einem zu erwartenden Nutzen auch eine Einbettung der Ergebnisse in kollektive Lernanstrengungen fordert (S. 69). Eine solche Einbettung der Ergebnisse in kollektive Lernanstrengungen kann durch die angestrebten Anregungen für die Praxis der KESB im Rahmen der vorliegenden Studie (siehe Kap. 8.2) sowie durch die Aussicht auf Verbreitung der Erkenntnisse in der Lehre, die ich als Autorin der Studie im Rahmen meiner beruflichen Tätigkeit selbst mitverantwortete, angenommen werden. In der *Kindheitsforschung* bestehen zusätzlich zu den Anforderungen an ethischer Verantwortbarkeit und wissenschaftlichem Wert spezifische Schwierigkeiten, die Zugänge zu den subjektiven Sichtweisen von Kindern zu erforschen, weil es unklar ist, ab welchem Alter das autobiografische Erinnern, Erzählen und Reflektieren möglich ist und es manchmal nötig ist, Hilfen zu schaffen, damit Kinder überhaupt erzählen (Heinzel, 2010). Deshalb wird gefordert, dass der Interviewort, dessen

Dauer und die Gesprächsführung der Interviewenden bewusst zu gestalten sind (Heinzel, 2010). Eine weitere Herausforderung besteht bei der Analyse der Daten. Hier besteht die Gefahr, dass die Analyse durch Bilder der erwachsenen Forschenden über Kinder geprägt ist und damit eine Erwachsenenzentriertheit erfolgt (Heinzel, 2010, S. 709f).

## **5.1 Datenerhebung und -erfassung**

### **5.1.1 Leitfadenkonstruktion**

Die Leitfadenkonstruktion orientiert sich an der Methodik des problemzentrierten Interviews. Der Leitfaden und der dazugehörige Kurzfragebogen stellen zwei von vier Instrumenten des problemzentrierten Interviews dar (Flick, 2004, S. 134f; Lamnek & Krell, 2016, S. 344f; Witzel, 2000) (siehe Kap. 5.1.5).

Für die Eltern und für die Jugendlichen wurden je separate Leitfäden entwickelt, welche in den inhaltlichen Aspekten im Kern identisch sind. Derjenige für Jugendliche ist jedoch deutlich kürzer und die Formulierungen sind alters- und zielgruppenspezifisch angepasst. Der Leitfaden<sup>26</sup> wurde so ausgestaltet, dass sowohl eine klare inhaltliche Strukturierung des Interviews als auch ausreichende narrative Erzählungen begünstigt wurden (Helfferich, 2016, S. 179). Der Leitfaden wurde, wie eingangs des Kapitels bereits erwähnt, anhand theoretischer Konstrukte aufgebaut. Dazu gehörten insbesondere die Gerechtigkeitstheorien. Aber auch Fragen zur Legitimitätseinstellungen der Betroffenen, zu Vertrauen, Kooperationsbereitschaft und Strukturkonsistenz des zivilrechtlichen Kindesschutzes wurden aufgenommen. Der Aufbau des Leitfadens orientierte sich an den vier Gerechtigkeitsdimensionen der informationalen, interaktionellen, prozeduralen und distributiven Gerechtigkeit/Ergebnisgerechtigkeit (Colquitt, 2001; Maier et al., 2007) (vgl. Kap. 3.2).

Die Erhebung der Wahrnehmung des Verfahrens durch die Eltern und Jugendlichen erfolgte demnach anhand der Fragen, inwiefern sie über das Verfahren vor der KESB informiert wurden und dieses verstanden haben (informationale Gerechtigkeit), wie sie die Interaktion mit den Verfahrensleitenden der KESB wahrgenommen haben (interpersonale Gerechtigkeit), wie sie das Vorgehen der KESB und ihren Einbezug in das Verfahren durch die KESB wahrgenommen haben (prozedurale Gerechtigkeit) und wie sie die Entscheidung der KESB wahrgenommen haben (Ergebnisgerechtigkeit/distributive Gerechtigkeit).

---

<sup>26</sup> Die beiden Leitfäden für die Eltern sowie für die Kinder sind im Anhang aufgeführt.

Der Leitfaden wurde in Anlehnung an Helfferich (2016, S. 181) als komplexen Fragekatalog konzipiert, bei dem die Fragen unterschieden wurden nach ihrem *Rang*, d.h. zu jedem Themenkomplex wurde eine öffnende, erzählgenerierende Einstiegsfrage mit untergeordneten spezifischen Nachfragen definiert. Weiter wurde der *Grad der Ausformulierung* festgelegt, d.h. es wurden ausformulierte Fragen mit spezifischen Stichworten kombiniert. Weiter wurde die *Verbindlichkeit* festgelegt, d.h. es wurde definiert, ob die Frage in jedem Fall oder nur unter bestimmten Bedingungen gestellt werden sollte. Und die Fragen wurden nach dem Grad der Steuerung des Interviews differenziert. So wurden Fragen aufgenommen, die das Tempo oder die Aufrechterhaltung der Erzählung beeinflussen sollen, was sich insbesondere bei den Interviews mit den Jugendlichen als wichtig herausstellte.

Die Leitfadenentwicklung orientierte sich am SPSS-Prinzip: 1. Sammeln von Fragen (S); Prüfen, inkl. reduzieren und strukturieren der Fragen (P), Sortieren der verbleibenden Fragen (S) und subsumieren (S), d.h. die Auswahl einer Einstiegsfrage und die Subsumierung dazugehöriger nachgelagerter spezifischer Fragen (Helfferich, 2016, S. 182ff).

Der Leitfaden enthält zuerst die allgemeine Einstiegsfrage dazu, wie es überhaupt zu einem Verfahren vor der KESB gekommen ist. Anschliessend sind Fragen zu den verschiedenen Gerechtigkeitsdimensionen und die Kooperationsbereitschaft für eine zukünftige Zusammenarbeit aufgeführt. Die Strukturkonsistenz<sup>27</sup> des zivilrechtlichen Kindesschutzes mit der Aufgabendelegation an den Abklärungs- und Mandatsdiensten und die Zusammenarbeit mit diesen wurde anschliessend erfasst. Der Leitfaden enthält weiter Fragen danach, inwiefern die Eltern und die Jugendlichen ihr soziales Netzwerk über das KESB-Verfahren informierten, Fragen nach ihrer Befindlichkeit und der Entwicklung dieser im Laufe des Verfahrens. Ebenfalls wurde, wie bereits erwähnt, die Einstellung zur Legitimität der Existenz der KESB allgemein erfragt. Immer wieder waren Fragen eingeschoben, was aus Sicht der Interviewten getan werden kann, damit das KESB-Verfahren für die Betroffenen positiver wahrgenommen wird. Ebenfalls wurde in einer allgemeinen Frage gefragt, ob die Interviewten noch zusätzliche Aspekte in Zusammenhang mit dem Verfahren vor der KESB oder der Interviewsituation erzählen wollten. Am Ende erfolge ein *Kurzfragebogen*, der ergänzend biografische und demografische Eckdaten enthielt, die ich mündlich erfragte und deren Antworten ich stichwortartig festhielt. Als Abschluss des Elterninterviews wurde die Möglichkeit eines Interviews mit ihrem Kind thematisiert und das konkrete Vorgehen abgesprochen.

---

<sup>27</sup> Mit Strukturkonsistenz (pattern-consistence) ist hier der innere Zusammenhang und die daraus resultierende Regelmäßigkeit und Stabilität verschiedener Elemente einer Struktur gemeint, die sich wechselseitig beeinflussen (Fuchs-Heinritz, Lautmann, Rammstedt & Wienold, 1995, S. 653).



Die Reihenfolge der Fragen war bei der Einstiegsfrage klar festgelegt, anschliessend konnte je nach Erzählfluss variiert werden. Die Einstiegsfrage war jeweils ausformuliert, die untergeordneten Nachfragen waren teilweise ausformuliert, teilweise stichwortartig aufgeführt. Der Leitfaden enthielt zwei Skalierungsfragen, eine zur gesamthaften Gerechtigkeitswahrnehmung des Verfahrens und eine zur psychischen Befindlichkeit der Interviewten.

Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über die übergeordneten Themen und die dazugehörigen Aspekte des Leitfadens.

Themen	Aspekte
Anlass und Verfahrenseröffnung KESB	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Anlass Meldung KESB, Meldende Person/Stelle*<sup>28</sup></li> <li>- Wie wurde Interviewpartner*in über Meldung informiert</li> <li>- Gefühle, Gedanken, Wahrnehmung zur Meldung und zur Verfahrenseröffnung</li> <li>- Erste Kontaktaufnahme KESB*</li> <li>- Verbesserungsvorschläge</li> </ul>
Informationale Gerechtigkeit	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Wer hat über Verfahren KESB informiert</li> <li>- Wie gut waren Informationen verständlich</li> <li>- Verbesserungsvorschläge</li> </ul>
Interpersonale Gerechtigkeit	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Wahrnehmung der Gespräche, der Telefonate, schriftlichen Kontakte mit Verfahrensleiter*in KESB</li> <li>- Inwiefern verstanden, ernstgenommen gefühlt</li> <li>- Wirkung der KESB-Räumlichkeiten*/**<sup>29</sup></li> </ul>
Prozedurale Gerechtigkeit	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Nachvollziehbarkeit und Transparenz des Vorgehens der KESB</li> <li>- Einbezug in das Verfahren</li> <li>- Anzahl Gespräche, Kontakte mit Verfahrensleiter*in</li> <li>- Verbesserungsvorschläge</li> <li>- Dauer des Verfahrens*/**</li> </ul>
Ergebnisgerechtigkeit (distributive Gerechtigkeit)	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Wahrnehmung der Art und Weise, wie der Entscheid mitgeteilt wurde</li> <li>- Meinung Interviewpartner*in zur Angemessenheit des Entscheids</li> <li>- Verbesserungsvorschläge</li> <li>- Elternbeiträge/ finanzielle Aspekte des Verfahrens*/**</li> </ul>
Gesamthafte Gerechtigkeit	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Inwiefern wird KESB-Verfahren rückwirkend als gerecht wahrgenommen</li> <li>- Skalierungsfrage (0=sehr ungerecht, 10 = extrem gerecht)</li> </ul>
Strukturkonsistenz des institutionalisierten Kinderschutzes*	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Wahrnehmung der Aufgabenteilung zwischen KESB und externem Abklärungsdienst*</li> </ul>
Information soziales Netzwerk	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Wurde jemand ausserhalb der engsten Familie über KESB-Verfahren informiert?</li> <li>- Überlegungen und Reaktionen</li> </ul>
Zukünftige Kooperationsbereitschaft	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Höhe der Bereitschaft und Motivation für zukünftige Zusammenarbeit mit KESB</li> </ul>
Positive Überraschungen	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Hat etwas im KESB-Verfahren positiv überrascht?</li> </ul>
Legitimität	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Inwiefern ist Eingriffsmacht der KESB in Elternrechte gerechtfertigt</li> </ul>
Vertrauen*	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Inwiefern kann man der KESB im Allgemeinen vertrauen*</li> </ul>

<sup>28</sup> Mit einem Stern (\*) markierte Aspekte wurden nur im Elterninterview erfragt.

<sup>29</sup> Mit zwei Sternen (\*\*) markierte Aspekte wurden im Laufe der Datenerhebung aufgrund wiederholter Äusserungen zum Thema in Interviews dem Leitfaden hinzugefügt.

Psychische Befindlichkeit	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Beschreibung der psychischen Befindlichkeit</li> <li>- Skalierungsfrage (0=sehr schlecht, 10 = extrem gut)</li> <li>- Tiefpunkt/Entwicklung der Befindlichkeit im Laufe des Verfahrens*</li> </ul>
Allgemeine Anliegen und Verbesserungsvorschläge	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Spezifische Anliegen und Verbesserungsvorschläge zum KESB-Verfahren</li> <li>- Was könnte anderen Kindern/Eltern helfen</li> <li>- Was soll man Kinder/Jugendliche im Interview nicht fragen***<sup>30</sup></li> </ul>
Kurzfragebogen demografische und biografische Angaben*	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Anzahl, Alter Kinder*</li> <li>- Zeitpunkt Meldung und Entscheid KESB*</li> <li>- Eltern zusammen oder getrennt lebend*</li> <li>- Beruf und Erwerbssituation Interviewpartner*in*</li> </ul>

*Tabelle 1: Themen und Aspekte des Interviewleitfadens*

### 5.1.2 Feldzugang

Der Feldzugang erfolgte durch vier KESB-Standorte des Kantons Bern, die hier zur Gewährleistung der Anonymität der interviewten Jugendlichen und Eltern sowie der Verfahrensleitenden nicht genannt werden. Von den KESB-Standorten waren sowohl solche mit einem eher städtischen als auch solche mit einem eher ländlichen Einzugsgebiet und einer Zuständigkeit von bis zu 50 Gemeinden pro Standort vertreten.

Die jeweilige KESB fragte die Eltern und je nach Alter und Situation auch direkt die Jugendlichen an, ob sie bereit waren, an der Studie teilzunehmen. Eine Familie wurde direkt über einen interviewten Elternteil vermittelt (siehe Beschreibung und Einschätzung des Sample).

### 5.1.3 Sampling

Eine Zufallsauswahl, wie sie bei der quantitativen Forschung gefordert ist, war für diese qualitative Studie nicht möglich. Das Sampling erfolgte grundsätzlich anhand des theoretical sampling, d.h. es wurde eine möglichst vollständige Abdeckung von typischen Fällen angestrebt (Lamnek & Krell, 2016, S. 363). Diese Abdeckung von typischen Fällen wurde in einer ersten Phase nicht durch mich, sondern durch die verfahrensleitenden Personen der jeweiligen KESB, gesteuert.

Die Auswahlkriterien waren in einer ersten Phase die folgenden:

- Das Kindesschutzverfahren vor der KESB war zum Zeitpunkt des Interviews abgeschlossen, ev. bestand eine laufende Kindesschutzmassnahme.
- Berücksichtigt wurden Familien, für die in den Jahren 2018 oder 2019 ein Verfahren vor der KESB lief. Es musste sich nicht um das erste Verfahren der Familie vor der KESB handeln.
- Interviews mit Jugendlichen kamen ab einem Alter von 10 Jahren in Frage.

---

<sup>30</sup> Mit drei Sternchen (\*\*\*) gekennzeichnete Aspekte wurden nur in Kinderinterviews gestellt.

- Berücksichtigt wurden für die Elterninterviews auch Familien mit jüngeren Kindern, da sich die Form von Kindeswohlgefährdungen und die Rahmenbedingungen je nach Alter unterscheiden.
- Die Mutter oder der Vater waren bereit für ein Interview. Die Bereitschaft des Kindes mitzumachen wurde in den meisten Fällen nach dem Elterninterview und nach erfolgter mündlicher Zustimmung der Eltern geklärt.
- Die Interviewpartner\*innen verfügen über ein gutes Hörverständnis auf Deutsch und gute sprachliche Ausdrucksfähigkeiten auf Deutsch, Französisch oder Englisch.
- Durch die Auswahl der Familien wurde eine möglichst vollständige Abdeckung von Fallkategorien angestrebt.

#### 5.1.4 Beschreibung und Einschätzung des Sample

Alle von den vier KESB-Standorten vermittelten Familienmitglieder wurden kontaktiert. Bei allen Familien wurde mit mindestens einem Familienmitglied ein Interview geführt. Für die Studie wurden 21 Interviews mit Mitgliedern von 10 Familien durchgeführt. Insgesamt handelte es sich um Kindesschutzverfahren für 14 Kinder, da pro Familie teilweise Verfahren für mehrere Kinder durchgeführt wurden.

Von den 21 Interviews wurden 13 mit Eltern (acht Mütter und fünf Väter) und acht mit Jugendlichen (fünf männlich und drei weiblich) durchgeführt, die zum Zeitpunkt des Interviews zwischen 13 und 17 Jahre alt waren. Bei vier Familien wurden sowohl die Mutter als auch der Vater interviewt. Die Jugendlichen waren vom Alter und den kognitiven Fähigkeiten her alle in der Lage, die Fragestellung und das Ziel des Forschungsprojekts zu verstehen. Die Interviews mit den Jugendlichen erfolgten sowohl mit Zustimmung der Eltern als auch der Jugendlichen selbst. Es wurde sowohl bei den Eltern als auch bei den Jugendlichen auf die Information geachtet, dass die Angaben in den Interviews in keiner Weise direkt an die Verfahrensleitenden der KESB weitergeleitet werden. Dies ist wichtig, weil viele der Familien aufgrund von laufenden Kindesschutzmassnahmen in Zukunft erneut mit der KESB zu tun haben werden.

Die nachfolgende Tabelle zeigt eine Übersicht über die Interviewpartner\*innen:

Interviewpartner*innen	Mütter	Väter	Weibliche Jugendliche	Männliche Jugendliche
Total Anzahl: 21	8	5	3	5

*Tabelle 2: Übersicht Interviewpartner\*innen*

Bei der näheren Beschreibung des Sample sowie bei der anschliessenden Ergebnisdarstellung wird zur besseren Gewährleistung der Anonymität mit wenigen Ausnahmen absichtlich das Geschlecht der Jugendlichen und der Eltern nicht genannt.

Die Verfahren vor der KESB waren in allen Fällen abgeschlossen, d.h. die KESB hatte in allen Fällen bereits mehrere Monate vor dem Interview eine Entscheidung zum Abschluss des Verfahrens getroffen. Bei drei der 14 Kinder, für die ein Verfahren durchgeführt wurde (z.T. mehrere Kinder pro Familie), schloss die KESB das Verfahren ohne Kindesschutzmassnahme ab. Für die anderen elf Kinder ordnete die KESB eine Massnahme an oder passte eine bereits bestehende Massnahme an. Mit einer Ausnahme handelte es sich bei allen Kindern mit Massnahmen zum Zeitpunkt des Interviews um eine Beistandschaft gemäss Art. 308 ZGB für das Kind (und in zwei Fällen für zwei Kinder derselben Familie). Bei einem Fall war der Entzug der elterlichen Sorge nach Art. 311 oder 312 ZGB angeordnet und in der Folge ein\*e Vormund\*in für das Kind eingesetzt worden. Die Massnahme war jedoch aufgrund der Volljährigkeit des Kindes zum Zeitpunkt des Interviews mit dem Elternteil bereits aufgehoben. Bei drei Familien hatte die KESB für insgesamt vier Kinder zusätzlich eine Aufhebung des Aufenthaltsbestimmungsrechts nach Art. 310 ZGB angeordnet. Von diesen war diese Massnahme zum Zeitpunkt des Interviews bei einer jugendlichen Person bereits wieder aufgehoben und eine andere inzwischen durch eine jugendstrafrechtliche Massnahme ersetzt worden. In drei Fällen berichteten die Eltern zusätzlich zur Beistandschaft von Weisungen nach Art. 307 ZGB. Hier muss jedoch davon ausgegangen werden, dass die Angaben der Eltern unvollständig sind und möglicherweise in weiteren Fällen Weisungen nach Art. 307 ZGB angeordnet wurden. Grundsätzlich muss erwähnt werden, dass ich die Angaben der Eltern über die errichteten Massnahmen nicht geprüft habe. Die Angaben der Eltern können deshalb von den effektiv errichteten Massnahmen im Einzelfall abweichen. In einzelnen Interviews zeigten mir die Interviewpartner\*innen von sich aus Entscheide der KESB, aus denen die tatsächlich errichteten Massnahmen entnommen werden konnten.

Die nachfolgende Tabelle zeigt den Massnahmeentscheid der KESB gemäss Informationen der interviewten Eltern<sup>31</sup> (Mehrfachnennungen möglich):

---

<sup>31</sup> Die Informationen wurden nicht geprüft und können deshalb von den tatsächlichen Massnahmen abweichen.

Entscheid KESB	Keine Massnahme	Ermahnung, Weisung, Aufsicht (Art. 307 ZGB)	Beistandschaft (Art. 308 ZGB)	Aufhebung Aufenthaltsbestimmungsrecht (Art. 310 ZGB)	Entziehung Elterliche Sorge (Art. 311/312 ZGB)
Anzahl Fälle <sup>32</sup> (Total 14)	3	3	10	5 (3) <sup>33</sup>	1

Tabelle 3: Übersicht über Entscheid der KESB gemäss Informationen der Eltern (Mehrfachnennungen möglich)

Die Interviewpartner\*innen weisen folgende Merkmale auf:

Von den interviewten Jugendlichen waren drei Personen 13, eine 15, zwei 16 und zwei 17 Jahre alt. Sechs absolvierten eine Schule, davon drei das Gymnasium, eine jugendliche Person absolvierte ein Berufspraktikum und eine jugendliche Person war zum Zeitpunkt des Interviews ohne feste Tagesstruktur.

Von den interviewten Eltern waren vier ohne Erwerbstätigkeit, die anderen waren voll- oder teilzeiterwerbstätig.

Die interviewten Eltern hatten insgesamt 22 Kinder. Für 14 dieser Kinder gab es ein Verfahren vor der KESB. Dabei handelte es sich in einem Fall um ein Kindesschutzverfahren für ein inzwischen volljähriges Kind, für das die Kindesschutzmassnahme in der Zwischenzeit aufgrund der Erreichung der Volljährigkeit aufgehoben wurde und für das aufgrund des Schwächezustandes und der Schutzbedürftigkeit eine erwachsenenschutzrechtliche Massnahme errichtet wurde. Für die anderen acht Kinder gab es kein Verfahren, entweder weil die Kinder bereits volljährig sind (3), weil sie andere Elternkonstellationen haben und ihre Lebenssituationen ganz anders sind (3) oder weil sie sonst eine andere Situation haben (2).

Bei den Familien erfolgte die Meldung an die KESB durch folgende Personen oder Institutionen:

Meldung erfolgt durch	Schule/ Schulkommission	Selbstmeldung Elternteil	Selbstmeldung Kind	Familienangehörige	Polizei	Kinder- und Jugendpsychiater*in	Spital	Unbekannt
Anzahl Fälle (Total: 14)	4	2	1	2	2	1	1	1

Tabelle 4: Übersicht über die Melder\*innen

<sup>32</sup> Pro Kind wurde ein Fall gezählt.

<sup>33</sup> Von den insgesamt 5 bestanden noch 3 zum Interviewzeitpunkt.

Hauptanlass für die Meldung an die KESB waren in fünf Fällen Vernachlässigung<sup>34</sup> (davon in einem Fall in Kombination mit vermuteter körperlicher Gewalt und in zwei Fällen in Form von Nichterfüllen emotionaler Bedürfnisse des Kindes infolge häuslicher Gewalt unter den Eltern). In vier Fällen war der Hauptanlass für die Meldung ein Schulausschluss oder Timeout durch die Schule, in zwei Fällen elterliche Konflikte bei der Ausübung des Besuchsrechts, in einem Fall Erziehungskonflikte zwischen einem Elternteil und dem Kind und in einem Fall ein Suizidversuch eines Kindes.

Hauptanlass Meldung KESB	Vernach- lässigung	Schulau- schluss/ Timeout	Besuchs- rechtsprobleme	Erziehungs- konflikte Elternteil- Kind	Suizidversuch Kind	Unbekannt
Anzahl Fälle (Total: 14)	5	4	2	1	1	1

*Tabelle 5: Übersicht über den Hauptanlass für die Meldungen an die KESB*

Insgesamt lebten 8 Kinder aus 7 Familien zum Zeitpunkt des Interviews mindestens unter der Woche nicht bei den Eltern. Von diesen absolvierten drei Jugendliche ohne behördliche Anordnung und auf Initiative der Eltern ein Internat, teilweise infolge eines Ausschlusses von der öffentlichen Schule. Zwei Jugendliche lebten bei einer Pflegefamilie (in einem Fall mit und in einem ohne behördliche Anordnung), eine jugendliche Person war auf Anordnung der KESB bei Verwandten, eine jugendliche Person war in einer betreuten Wohngemeinschaft platziert. Eine jugendliche Person wurde früher durch die KESB und inzwischen auf Anordnung des Jugendgerichts im Rahmen einer jugendstrafrechtlichen Massnahme in eine geschlossene Einrichtung eingewiesen. Als weitere Hilfe, die im Sample am häufigsten durch die KESB angeordnet wurde, ist die Sozialpädagogische Familienbegleitung (SPF) zu nennen. Sie wurde gemäss Informationen aus den Interviews mit den Eltern bei 3 Fällen angeordnet und in einem Fall einvernehmlich, d.h. ohne Anordnung durch die Behörde, durchgeführt. Bei den einvernehmlichen Hilfen wurden von den Eltern die Beratung und Therapie für das Kind, aber auch für einen Elternteil genannt. Die nachfolgende Tabelle zeigt die Hilfen getrennt nach den Kategorien angeordnet/einvernehmlich auf. Hier ist zu bemerken, dass diese Angaben nicht gesichert sind und Lücken aufweisen können, da die Eltern teilweise nicht genau sagen konnten, welche Hilfen durch die KESB angeordnet wurden und die Angaben nicht anhand der Akten überprüft werden konnten.

---

<sup>34</sup> Vernachlässigung wird hier definiert als das Nichterfüllen emotionaler und/oder körperlicher Bedürfnisse sowie das Nichtermöglichen von Entwicklungschancen des Kindes. Zu den Definitionen der verschiedenen Gefährdungsformen siehe Kap. 2.1.

Ambulant					Stationär			
Erfolgte Hilfen <sup>35</sup>	SPF	Begleitete Besuche	Beratung/ Therapie Elternteil	Beratung/ Therapie Kind	Heim/ Internat	Pflege- familie	Unterbringung Verwandte	Unterbringung betreute WG
Anzahl Fam. einvernehmlich	1	0	3	2	3	1	0	0
Anzahl Fam. angeordnet	3	1	0	0	1	1	1	1

*Tabelle 6: Übersicht über die erfolgten Hilfen*

Die Erwerbssituation und der Bildungsabschluss der Eltern wurde im Kurzfragebogen erhoben, die Angaben waren teilweise jedoch ungenau. Von den 13 interviewten Eltern waren acht erwerbstätig, davon eine in leitender Position, zwei Eltern waren selbstständig erwerbend, drei Eltern bezogen Arbeitslosentaggelder, Sozialhilfe oder eine IV-Rente und eine Person bezeichnete sich als Hausmann/Hausfrau. Vermutlich neun der interviewten Eltern verfügten über einen Lehrabschluss, zwei vermutlich über einen Abschluss einer höheren Fachschule oder einer Hochschule. Vermutlich zwei Personen verfügten nicht über eine abgeschlossene Ausbildung.

#### *Einschätzung des Sample*

Die KESB-Standorte und deren Verfahrensleitende wurden nicht durch Zufall ausgesucht. Vielmehr erfolgte eine Anfrage durch mich an eine zentrale Koordinationsstelle und diese fragte alle KESB-Standorte des Kantons an, welche Verfahrensleitende bereit wären, mitzuhelfen, Studienteilnehmende zu rekrutieren. Die Verfahrensleitenden verschiedener KESB-Standorte meldeten sich also freiwillig, wodurch eine erste Selbstselektion erfolgte. Die Verfahrensleitenden trafen anschliessend eine Vorauswahl, d.h., sie wählten Familien aus, deren Verfahren sie geleitet hatten und die den Kriterien entsprachen, und fragten diese an, ob sie an der Studie teilnehmen würden. Durch diese Vorauswahl kann insgesamt von einer positiven Verzerrung ausgegangen werden, das heisst, dass möglicherweise eher Familien angefragt wurden, von denen die Verfahrensleitenden ausgehen konnten, dass die Wahrnehmung des Verfahrens eher positiv war.

Ausnahme bildete eine der zehn Familien, welche direkt durch die Vermittlung einer Interviewpartnerin in die Studie aufgenommen wurde. Dieser Fall wurde durch die Vermittlungsperson als besonders negatives Beispiel des Handelns der KESB beschrieben. Bei ihr gelten die Vorbehalte der positiven Verzerrung nicht. Es konnten in der Wahrnehmung des Verfahrens durch die Interviewpartnerin dieser Familie insgesamt keine grundlegenden Unterschiede

---

<sup>35</sup> Mehrfachnennungen möglich.

zu den anderen Interviewpartner\*innen festgestellt werden. Die Eltern und Jugendlichen haben sich alle freiwillig für das Interview zur Verfügung gestellt, was ebenfalls einer Selbstselektion entspricht.

Die Erfahrung mit diesem und anderen Forschungsprojekten, in denen Betroffene von Kindesschutzverfahren befragt wurden, zeigt, dass die Bereitschaft von Eltern und Jugendlichen, in Zusammenhang mit Kindesschutzverfahren an einer Befragung teilzunehmen, gering ist. Aus diesem Grund sind solche Verzerrungen bei der Befragung von Betroffenen von Kindesschutzverfahren meiner Ansicht nach kaum zu vermeiden.

Insgesamt gibt es im Sample eine leichte Übervertretung von männlichen Jugendlichen: fünf von acht interviewten Jugendlichen waren männlich.

Drei der 10 Familien weisen einen Migrationshintergrund auf, d.h. mindestens ein Elternteil ist im Ausland geboren und aufgewachsen. Von den Interviewpartner\*innen ist eine erwachsene und eine jugendliche Person nicht in der Schweiz aufgewachsen. Sie lebten beide seit weniger als 10 Jahren in der Schweiz. Die Interviews wurden alle auf Deutsch geführt. In einem Fall antwortete die interviewte Person teilweise auf Englisch.

Im Sample sind die häufigsten zivilrechtlichen Kindesschutzmassnahmen angemessen vertreten (Beistandschaft nach Art. 308 ZGB, Weisung nach 307 ZGB und Entzug Aufenthaltsbestimmungsrecht nach Art. 310 ZGB). Leicht untervertreten sind Fälle, die ohne eine Anordnung von Kindesschutzmassnahmen durch die KESB abgeschlossen wurden<sup>36</sup>.

Ambulante und stationäre Hilfen sind beide im Sample vertreten, sowohl von der KESB als Kindesschutzmassnahme angeordnete, als auch einvernehmliche. Insgesamt sind stationäre Hilfen leicht übervertreten. Mit Ausnahme von sexueller Gewalt sind alle Gefährdungsformen vertreten. In Bezug auf die Legitimitätseinstellungen ist aufgrund von Medienberichten davon auszugehen, dass grundsätzlich ein Typ von Betroffenen existiert, der der KESB die Legitimität ihrer Existenz und ihrer Eingriffsrechte gänzlich abspricht. Dieser Typ war, sofern es ihn tatsächlich gibt, im Sample nicht anzutreffen (vgl. Legitimitätseinstellungen der Interviewpartner\*innen Kap. 6.4).

### **5.1.5 Durchführung der Interviews**

Für die Befragung der Eltern und Jugendlichen wurden teilstandardisierte Leitfadeninterviews durchgeführt. Die Interviewform lehnte sich an das problemzentrierte Interview an, welches auf

---

<sup>36</sup> Schätzungen gehen von einer Quote von ca. 44% der Kindesschutzverfahren aus, die ohne Anordnung einer Massnahme durch die KESB abgeschlossen werden (Interface, 2016; KOKES, 2019a).



Witzel (1982, 1985; 2000) zurückgeht. Es versucht, durch ein induktiv-deduktives Wechselspiel den Gegensatz zwischen Theoriegeleitetheit und Offenheit aufzuweichen, indem ein bereits bestehendes theoretisches Konzept durch die Äusserungen der Befragten geprüft und allenfalls modifiziert wird (Lamnek & Krell, 2016, S. 345, 348). Da es zudem auf die Erfassung individueller Handlungen und subjektiver Wahrnehmungen und Verarbeitungsweisen fokussiert (Witzel, 2000), scheint es für die Realisierung des Forschungsprojekts geeignet.

Das problemzentrierte Interview beruht auf den drei Grundpositionen der Problemzentrierung, Gegenstandsorientierung und Prozessorientierung (Flick, 2004; Witzel, 2000). Problemzentrierung bedeutet, dass sich das Interview an einer gesellschaftlich relevanten Problemstellung orientiert, vorgängige Kenntnis von Handlungskontexten nutzt und versucht, die Sichtweise der Interviewten zu rekonstruieren (Friebertshäuser & Langer, 2013, S. 442). Mit Gegenstandsorientierung ist gemeint, dass sich die Forschungsmethode flexibel an den unterschiedlichen Anforderungen des untersuchten Gegenstands orientieren soll und auch in einer Methodenkombination, in welcher das Interview das wichtigste Instrument darstellt, angewendet werden kann (Witzel, 2000). Prozessorientierung meint die Förderung eines offenen Vertrauensverhältnisses im Interview, welches die Erinnerungsfähigkeit und Selbstreflexion der Befragten fördert und Redundanzen aufzeigt, welche interpretationsrelevante Neuformulierungen beinhalten und durch Widersprüchlichkeiten bestehende Ambivalenzen ausdrücken kann (Witzel, 2000). Berücksichtigt wurden die vier Instrumente des problemzentrierten Interviews (Flick, 2004, S. 134f; Lamnek & Krell, 2016, S. 344f; Witzel, 2000). Dazu gehörten der Interviewleitfaden (siehe Kap. 5.1.1), ein Kurzfragebogen in welchem am Ende des Interviews ergänzende biografische und demografische Eckdaten erhoben wurden, die Tonaufnahme und das Postskript, in welchem der Interviewablauf und spontane Eindrücke nach jedem Interview festgehalten wurden (Lamnek & Krell, 2016, S. 345ff).

Die Interviews wurden alle durch mich vorbereitet, organisiert und durchgeführt. Es handelte sich um Einzelinterviews mit einem weichen bis neutralen Kommunikationsstil (Lamnek & Krell, 2016, S. 325, 376). Sie fanden im Zeitraum zwischen Oktober 2019 und April 2020, entweder bei einem persönlichen Gespräch am Ort der Wahl der Interviewpartner\*innen, per Telefon oder per Videokonferenz statt. Fünf Interviews fanden in der Wohnung/im Haus der Interviewpartner\*innen oder der Pflegefamilie statt. Fünf Interviews fanden in einem Besprechungsraum einer Hochschule und ein Interview im Restaurant eines Shoppingzentrums statt. Sieben Interviews wurden telefonisch durchgeführt. Eine Person war nicht bereit für ein Interview und beantwortete die Fragen schriftlich. Zwei Interviews mit Jugendlichen wurden Mitte April 2020 als Videokonferenz durchgeführt, rund ein Monat nach der Schliessung der Schulen in Zusammenhang mit der Corona-Pandemie, die Mitte März 2020 erfolgte. Die restlichen Interviews wurden vor der Ausbreitung des Corona-Virus in der Schweiz durchgeführt.

Für die Befragung wurden die datenschutzrechtlichen Vorgaben berücksichtigt. Personenbezogene Daten wurden separat von den Tonaufnahmen und von den Transkripten aufbewahrt.

Personenbezogene Daten wurden nicht auf Cloud-Datenspeichern aufbewahrt. In den Transkripten wurden alle personenbezogenen Daten und Namen von Institutionen und Ortschaften anonymisiert.

Die Interviewpartner\*innen wurden durch ein Merkblatt, welches ihnen im Vorfeld des Interviews meistens bereits durch die Verfahrensleitenden der KESB zugestellt wurde, adressat\*innengerecht über die Studie informiert (siehe Anhang). Ihnen wurde zudem eine Einverständniserklärung zugestellt, welche sie vor oder zu Beginn des Interviews unterzeichneten (siehe Anhang). Bei einzelnen telefonischen Interviews wurde die Zustimmung mündlich gegeben und auf Tonträger aufgenommen. Die Interviewpartner\*innen wurden mündlich zu Beginn des Interviews noch einmal über die Studie informiert und allfällige offene Fragen wurden geklärt. Sie wurden insbesondere noch einmal darauf aufmerksam gemacht, dass sie das Interview jederzeit unter-, oder abbrechen oder Fragen unbeantwortet lassen können. Da die psychische Befindlichkeit der Interviewten Gegenstand des Interviewleitfadens war, bestand hier die Möglichkeit, ihnen im Bedarfsfall eine Beratung oder Psychotherapie zu vermitteln, falls das Interview eine zu hohe psychische Belastung dargestellt hätte. Diese Möglichkeit wurde jedoch von keiner interviewten Person in Anspruch genommen. Die Interviews mit den Eltern dauerten zwischen 40 Minuten und 2 ¾ Stunden. Das längste Interview musste aufgrund eines bevorstehenden Termins unterbrochen werden und wurde zwei Tage später fortgeführt. Die Interviews mit den Jugendlichen dauerten zwischen 20 und 60 Minuten. Die Interviews wurden zuerst mit einem Elternteil durchgeführt, so dass die Eltern wussten, welche Art von Fragen ich ihren Kindern im Interview stellen würde. Dieser Grundsatz wurde in einem Fall nicht eingehalten. Die Mutter gab dabei jedoch ausdrücklich ihre Zustimmung, dass ich zuerst ihr Kind interviewe.

Obwohl auch die befragten Jugendlichen alle informiert waren, dass sie freiwillig an der Studie teilnahmen und dass sie das Interview jederzeit unter- oder abbrechen könnten, waren sie vor dem Interview zum Teil nervös. Nach dem Interview sagten alle, dass das Interview gut gelaufen und nicht schlimm gewesen sei. Aufgrund der Terminvereinbarungen mit den Kindern hatte ich teilweise erneuten Kontakt mit den bereits befragten Eltern und die Gelegenheit sie zu fragen, wie das Interview sich im Nachhinein auf ihre Befindlichkeit ausgewirkt hatte. Die meisten Eltern sagten, sie hätten nicht zum ersten Mal über das Verfahren geredet und das Interview hätte keine längerfristige negative Auswirkungen auf ihre Befindlichkeit gehabt, selbst wenn das Interview sie emotional aufgewühlt habe.

### 5.1.6 Datenaufbereitung

Die Interviews wurden auf Tonträger aufgenommen und anhand des semantisch-inhaltlichen Transkriptionssystem nach Kuckartz et al. (Kuckartz, Dresing, Rädiker & Stefer, 2008), unter Berücksichtigung der erweiterten semantisch-inhaltlichen Transkriptionsregeln nach Dresing und Pehl (2018) vollständig durch mich transkribiert. Die durch dieses Transkriptionssystem erfolgte Glättung der Sprache schien mir im Hinblick auf die geplante Auswertungsmethode angemessen. Für die Transkription wurde die Software MAXQDA verwendet.

### 5.2 Datenanalyse

Die Datenanalyse erfolgte anhand der Methode der qualitativen Inhaltsanalyse nach Kuckartz (2018), mittels der Software MAXQDA. Kategorien haben einen zentralen Stellenwert für die qualitative Inhaltsanalyse Kuckartz (2018, S. 26). Entsprechend gilt die kategorienbasierte Auswertung als ein Kernelement der qualitativen Inhaltsanalyse (S. 39). Zudem basiert die Analyse auf einem systematischen Vorgehen mit klar festgelegten Regeln, bei dem das gesamte Datenmaterial klassifiziert und kategorisiert wird und nicht nur ein Teil davon (S. 26). Kuckartz unterscheidet drei Methoden innerhalb der qualitativen Inhaltsanalyse: die inhaltlich strukturierende, die evaluative und die typenbildende qualitative Inhaltsanalyse (Kuckartz, 2018, S. 48). Für die vorliegende Arbeit wurde die *inhaltlich strukturierende qualitative Inhaltsanalyse* angewendet. Ziel dieser ist, durch eine inhaltliche Strukturierung und Komprimierung des Datenmaterials die Inhalte herauszuarbeiten, die typisch sind für das Material. Die Kategorienbildung kann grundsätzlich entweder konzeptorientiert (a-priori, deduktiv, concept-driven) erfolgen, d.h. die Kategorien werden vorab definiert; oder sie kann datengesteuert (induktiv, data-driven) sein, d.h., es wird gänzlich auf vorab definierte Kategorien verzichtet (Rädiker & Kuckartz, 2019, S. 98). Sowohl eine rein konzeptorientierte als auch eine rein datengesteuerte Kategorienbildung ist in der Forschungspraxis selten (Schreier, 2012, S. 89). In der Regel werden Mischformen angewendet (Kuckartz, 2018, S. 95). Die Kategorienbildung im vorliegenden Forschungsprojekt erfolgte *deduktiv-induktiv*, d.h., die Kategorienbildung war primär *theorie- oder konzeptorientiert* (deduktiv). Wie bereits an früheren Stellen beschrieben, bildeten die Gerechtigkeitstheorien und insbesondere die vier Dimensionen informationale, interpersonale, prozedurale und distributive Gerechtigkeit für das Forschungsprojekt die a-priori definierten Hauptkategorien. Diese relativ allgemeinen Kategorien wurden direkt am Material zusätzlich induktiv, d.h. aus dem Datenmaterial heraus, präzisiert, ergänzt und wo sinnvoll modifiziert. Die Codierung<sup>37</sup> erfolgte in einem mehrstufigen Verfahren. Dieses wird nachfolgend beschrieben.

---

<sup>37</sup> Die Begriffe «Codierung» und «Kategorisierung», sowie «Code» und «Kategorie» werden in der vorliegenden Arbeit in Anlehnung an Kuckartz (2018) synonym verwendet.

Die Datenanalyse begann in einer ersten Phase mit der *initiiierenden Textarbeit* (Kuckartz, 2018, S. 101; Rädiker & Kuckartz, 2019, S. 54f). Da ich alle Interviews selbst geführt und selbst transkribiert habe, war mir der Inhalt des verschriftlichten Datenmaterials bereits gut bekannt und die Textarbeit hatte weniger einen initiiierenden Charakter, diente jedoch der Markierung besonders wichtiger Textpassagen und dem Verfassen erster Memos. In Memos wurden Anmerkungen, Fragen, Hypothesen etc. vermerkt (Rädiker & Kuckartz, 2019). Zudem wurde für jede Familie eine thematische Zusammenfassung mit den wichtigsten Eckdaten des Verfahrens und der Familienmitglieder erstellt<sup>38</sup>.

In der zweiten Phase der Datenanalyse wurden die *thematischen Hauptkategorien* gebildet und ein Teil des Materials entlang dieser Hauptkategorien codiert (Kuckartz, S. 97). Dabei zeigten sich relativ rasch erste Subkategorien sowie zusätzliche Hauptkategorien. Ebenfalls wurden die Kategorien präzise definiert. Die Kategoriendefinitionen bildeten die Grundlage für den *Codierleitfaden*. Dieser besteht aus einer inhaltlichen Beschreibung der jeweiligen Kategorie und enthält Anweisungen dazu, wann die Kategorie angewendet wird sowie Beispiele für die Anwendung der jeweiligen Kategorie und, wo sinnvoll, Hinweise zur Abgrenzung zu anderen Kategorien (S. 40). Anschliessend wurde in einer dritten Phase das gesamte zu diesem Zeitpunkt vorhandene Datenmaterial anhand der Hauptkategorien codiert. Die vierte Analysephase bestand darin, die codierten Textstellen der jeweiligen Kategorien zusammenzustellen und daraus in einer fünften Phase induktiv neue Subkategorien zu bilden (Kuckartz, 2018, S. 106). Das Kategoriensystem wurde gründlich überprüft, modifiziert und in Bezug auf Hierarchien und Gruppierungen geordnet und schliesslich definitiv festgelegt. In einer sechsten Phase wurde das gesamte Datenmaterial erneut codiert (Kuckartz, 2018, S. 110).

In der siebten Phase erfolgte die *eigentliche Analyse* des codierten Materials. Die inhaltlich strukturierende Inhaltsanalyse nach Kuckartz unterscheidet sechs verschiedene Möglichkeiten der Auswertung. Dazu gehören die kategorienbasierte Auswertung der Hauptkategorien, das Analysieren von Zusammenhängen der Subkategorien innerhalb einer Hauptkategorie, das Analysieren von Zusammenhängen zwischen Hauptkategorien, qualitative und quantitative Kreuztabellen, das Identifizieren von Konfigurationen von Kategorien sowie die Visualisierung von Zusammenhängen (2018, S. 118ff).

---

<sup>38</sup> Diese Zusammenfassungen der familienbezogenen Eckdaten des Verfahrens und der Familienmitglieder entsprechen nicht den fallbezogenen thematischen Zusammenfassungen nach Kuckartz (2018, S. 11ff).

## 6 Ergebnisse

Die Darstellung der Studienergebnisse erfolgt getrennt nach Eltern und Jugendlichen. Zur Gewährleistung der Anonymität wurden sämtliche Personen- und Ortsnamen anonymisiert. Zudem wurde auch auf das Nennen des Geschlechts der verfahrensleitenden Person sowie der Eltern und Jugendlichen in der Analyse und in den Zitaten verzichtet<sup>39</sup>. Dadurch soll die Anonymität erhöht und die Möglichkeit reduziert werden, allfällige Rückschlüsse auf bestimmte Personen zu ziehen.

Äusserungen von Betroffenen, die auf einen Migrationshintergrund hindeuten, wurden aus demselben Grund im Text korrigiert.

Grundsätzlich wurden entgegen der gängigen Faustregel relativ viele Zitate, insbesondere aus den Interviews mit den Jugendlichen, im Text eingefügt. Dies um die Aussagen auch in der Sprache der Jugendlichen aufzeigen zu können und der Gefahr der Erwachsenenzentriertheit der Analyse (vgl. Kap. 5.1) ein Stück weit entgegenzuwirken (Heinzel, 2010, S. 709).

### 6.1 Wahrnehmung der Meldung und der Verfahrenseröffnung durch Jugendliche und Eltern

Zu Beginn des Interviews wurden die Personen gebeten zu erzählen, wann und wie es zu einem Verfahren vor der KESB kam, wer dieses durch eine Meldung initiierte und wie sie dieses Geschehen wahrnahmen. Durch diese offene Erzählaufforderung konnten nicht nur die wichtigsten Informationen für das Verständnis des Verfahrens, sondern auch Hinweise auf die anfängliche Bedeutung und das subjektive Erleben der Rahmenbedingungen und des Einstiegs in das Verfahren erfasst werden.

#### *Jugendliche Wahrnehmung der Meldung und Verfahrenseröffnung*

Die interviewten Jugendlichen nahmen die Tatsache, dass eine Meldung an die KESB ging und diese ein Verfahren eröffnete, unterschiedlich wahr. Die Unterschiede in der Wahrnehmung der Tatsache einer Verfahrenseröffnung zeigen sich bei den Jugendlichen grundsätzlich entlang von zwei Aspekten: Melder\*in sowie Stand der Vorkenntnisse über die KESB.

---

<sup>39</sup> Um den Sprachfluss zu vereinfachen, wurden etwas monoton die geschlechtsneutralen Bezeichnungen «verfahrensleitende Person», «interviewte Person», «jugendliche Person», etc. verwendet. Namen oder Ortsangaben wurden in eckigen Klammern ersetzt durch Begriffe wie [Kind] [verfahrensleitende Person], etc. Bei weiteren Sätzen desselben Zitats wurde bei Personalpronomen auf eine Kenntlichmachung der grammatikalischen Anpassung durch mich in eckigen Klammern verzichtet. Das nachfolgende Beispiel zeigt dies im dritten Satz beim Personalpronomen «sie». Das «sie» wurde durch mich ohne Kennzeichnung angepasst an den im ersten Satz eingefügten Begriff «verfahrensleitende Person»:

I: Inwiefern hatten Sie das Gefühl [die verfahrensleitende Person] nimmt Sie ernst?

B: Ja, klar, auf jeden Fall.

I: Inwiefern hatten Sie den Eindruck, dass sie interessiert ist?

In Bezug auf die meldende Person zeigen sich Unterschiede einerseits zwischen Fällen, in denen die Jugendlichen eine direkte oder indirekte Selbstmeldung an die KESB machten und Fällen, bei denen die Meldung nicht durch die Jugendlichen selbst initiiert wurden. Zu letzteren gehören Fremdmeldungen sowie Selbstmeldungen der Eltern. Mit Fremdmeldungen sind Meldungen an die KESB gemeint, die durch aussenstehende Personen oder Institutionen, wie beispielsweise der Schule, erfolgten. Direkte Selbstmeldungen sind Meldungen, bei denen sich die Jugendlichen direkt an die KESB wendeten, und als indirekte Selbstmeldungen wurden Situationen definiert, bei denen sich eine jugendliche Person mit der Bitte um Hilfe an Dritte wendete, z.B. an die Lehrperson oder an Verwandte, und diese sich anschliessend mit einer Meldung an die KESB wendeten. In den Interviews konnten die folgenden drei Reaktionsweisen unterschieden werden: Schock (a), neutrale Reaktion (b), Hoffnung auf Hilfe (c).

*Schock (a):* Für eine jugendliche Person war die Tatsache der Verfahrenseröffnung durch die KESB ein Schock, weil sie zuvor Negatives über die KESB gehört hatte und sie mit der Involvierung der KESB assoziierte, dass mit ihrer Familie etwas negativ oder schlimm sei, wie das nachfolgende Zitat zeigt:

*«B: Also für mich war das ein Schock; WAS, die KESB, wegen dem und dem. [...] Es war schwierig, weil die KESB ist halt, ja. Das war früher so ein Wort, das uns nicht passt und so.*

*I: Hast du schon etwas gehört davon?*

*B: Ja.*

*I: Also den Begriff hast du schon gehört zuvor?*

*B: Ja. Und das war ein Schock: WAS!*

*I: Und dann hast du eher gedacht das ist etwas Schlimmes.*

*B: Ja, schlimm, ich konnte es fast nicht glauben, dass wir mit dem zu tun haben.» (Interview 1.3, Pos. 5-13)*

*Neutrale Reaktion (b):* Die Hälfte der interviewten Jugendlichen (4) nahm die Information über die Verfahrenseröffnung, teilweise im Gegensatz zu einer erheblichen Besorgnis ihrer Eltern, neutral und gelassen auf und fand die Tatsache, dass die KESB ein Verfahren für Sie eröffnete nicht so wichtig und nicht schlimm. Dies war häufig der Fall, wenn sie keine oder kaum Vorkenntnisse über die KESB hatten. Nicht zu wissen, was ein KESB-Verfahren genau bedeutet, löste bei den Jugendlichen vereinzelt eine leichte Verunsicherung aus. Teilweise realisierten die Jugendlichen erst im Nachhinein, welche Entscheidungsmacht über ihr Leben die KESB hatte und wie massgeblich die Entscheidung der KESB ihr Leben, beispielsweise durch eine ausserfamiliäre Platzierung, hätte verändern können.

*«Ja, also, ich einfach von der Schule nach Hause gekommen und dann hat Mami das gerade gesagt so. Und erklärt, was das heisst. Ja und also, ich fand das nicht allzu schlimm, weil ich dachte, ich habe dann halt nicht so richtig überlegt, weil, wenn ich so denke, es wäre schlimm herausgekommen, wenn ich irgendwo hin hätte gehen müssen. Ja, und dann habe ich halt einfach nicht überlegt und fand es irgendwie nicht allzu schlimm.» (Interview 2.2, Pos. 10)*

*Hoffnung auf Hilfe (c):* Drei der befragten Jugendlichen begrüßten, zumindest zu Beginn, die Tatsache einer Meldung und Verfahrenseröffnung der KESB. Sie verbanden damit eine Hoffnung auf Hilfe und auf eine effektive Verbesserung ihrer Situation. Erst mit der Zeit realisierten diese Jugendlichen, was ein Verfahren vor der KESB bedeutet und dass dieses nicht nur mit Hilfegesprächen verbunden ist, sondern die Behörde im Rahmen des Verfahrens Entscheide fällt, die verbindlich sind, und nicht nach eigenem Ermessen der Jugendlichen wieder aufgehoben werden können. Jugendliche, die durch ihre Bitte um Hilfe an andere (Fach-)Personen indirekt eine Meldung an die KESB initiierten, wurden direkt durch die (Fach-)Personen über die Meldung informiert und standen dieser mit einer Hoffnung auf Hilfe gegenüber.

Insgesamt waren die Reaktionen der Jugendlichen weniger ausgeprägt als bei den Eltern. Viele waren sich im Gegensatz zu den meisten Eltern zu Beginn nicht bewusst, welche Entscheidungsmacht die KESB hat und welche direkten Auswirkungen der Ausgang des Verfahrens auf ihr Leben haben kann.

#### *Eltern Wahrnehmung der Meldung und Verfahrenseröffnung*

Da die Meldung an die KESB durch unterschiedliche Personen oder Institutionen erfolgte, waren auch die Art und Weise, wie die interviewten Eltern davon erfuhren und darauf reagierten unterschiedlich. Häufig wurden die Eltern bereits durch die meldende Person über die bevorstehende Meldung informiert. Manchmal erfolgte dieser Schritt nach einem längeren Prozess zwischen einer Institution und der Familie und manchmal erfolgte die Meldung für die Eltern unerwartet. Bei einigen Fällen erfuhren die Eltern durch die KESB von der Tatsache einer Meldung. Wie bei den Jugendlichen lassen sich auch bei den Eltern Unterschiede in der Reaktion auf Grund der meldenden Person/Institution und des Grads des Vorwissens über das Verfahren vor der KESB feststellen. Es lassen sich ebenfalls drei Typen von Reaktionen unterscheiden: Schock (a), neutrale Reaktion (b) und Hoffnung auf Hilfe (c). Bei einzelnen Eltern kam im Vergleich zu den Jugendlichen jedoch ein zusätzlicher Aspekt hinzu: Vorerfahrungen, die sie als Kind selbst mit der früheren Vormundschaftsbehörde gemacht hatten.

*Schock (a):* Bei den Fremdmeldungen, d.h. bei den Verfahren, bei denen eine Person ausserhalb der Kernfamilie oder eine Stelle eine Meldung an die KESB gemacht hat, wird die Tatsache der Meldung und der Verfahrenseröffnung von vielen (6) Eltern als Verunsicherung, Schock oder Horror beschrieben – als Ereignis, das das ganze Familiensystem belastet und schwächt. Die Verunsicherung steht bei vielen Eltern in Zusammenhang mit der Ungewissheit, wie das Verfahren ablaufen wird oder mit einer negativen Konnotation der Institution KESB (zum Aspekt der Verunsicherung vgl. auch Kap. 6.2.1). Auch haben einige Eltern Angst und fühlen sich in ihrer Erziehungsfähigkeit in Frage gestellt. Einige Eltern sprechen in diesem Zusammenhang von grossem Selbstzweifel und vom Gefühl, angeklagt zu sein. Diese deutlich negative Wahrnehmung der Information über die Meldung und Verfahrenseröffnung kommt bei den befragten Eltern am häufigsten vor. Das nachfolgende Zitat veranschaulicht die negative Reaktion:

*«Äh, überschrecklich, weil, es fuhr gleich mit voller Wucht ein.» (Interview 1.1, Pos. 5)*

Am stärksten war der Schock über die Verfahrenseröffnung bei zwei Elternteilen, die als Kind selbst durch die frühere Vormundschaftsbehörde ausserfamiliär platziert worden waren. Bei ihnen weckte das Verfahren vor der KESB für ihr eigenes Kind negative oder gar traumatische Kindheitserinnerungen. Diese Eltern brachten eine starke emotionale Belastung zum Ausdruck, die ihre Kindheitserfahrungen für sie bedeuteten. Bei einer Person überschattete die ausserfamiliäre Platzierung, die sie als Kind selbst erlebte hatte, nicht nur den Beginn, sondern den ganzen Prozess des Verfahrens, wie später noch näher aufgezeigt wird.

*«B: Weil ich in der Kindheit schon mit der KESB zu tun hatte, also ich war in einer Pflegefamilie. Ich bin selbst in einem Heim gewesen und wenn ich jetzt so zurückschaue, hätte es sicher bessere Möglichkeiten gegeben als eine Pflegefamilie, die du nicht kennst. Und ein Heim, in dem du niemanden kennst. Es hätte andere Möglichkeiten gegeben für uns dann in der Kindheit, uns wegzunehmen von der Mutter. [...] Für mich war es ein Schock.*

*I: Weshalb ein Schock, was war schockierend für Sie?*

*B: Weil ich weiss, dass die KESB alles kann. Wenn sie etwas will, können sie das erreichen. Wenn sie dir das Kind wegnehmen wollen, können sie es dir nehmen. Und ich vertraue allgemein den Behörden nicht.» (Interview 6.1, Pos. 5-10; 17-22)*

*«B: Es war für mich recht der Horror. Ja.*

*I: Wollen Sie schildern, warum?*

*B: Ich habe selbst als Kind schon mit der KESB zu tun gehabt. Das heisst, ich bin als Kind schon fremdplatziert worden und das hat bei mir so einen Schock ausgelöst. Ja. Jetzt wiederholt sich das bei meinem Kind schon wieder. So ein bisschen ohnmächtig. Ich werde die nicht los.*



*I: Und dann haben Sie, wollen Sie noch mehr schildern. Hatten Sie das Gefühl, die Geschichte wiederholt sich sozusagen?*

*B: Ja genau. Ich hatte das Gefühl, die Geschichte wiederholt sich. Jetzt bin ich da draussen und jetzt wiederholt sich, oder fängt das bei meinem [Kind] quasi aufs Neue an.» (Interview 8.1, Pos. 6-11)*

Diese stark negativen Reaktionen betreffen das erste Mal, dass eine Meldung an die KESB erfolgte. Gab es zu einem späteren Zeitpunkt erneut ein Verfahren vor der KESB für ein Kind der Familie, waren die Reaktionen deutlich milder und eher als neutral zu bezeichnen.

*Neutrale Reaktion (b):* Bei einzelnen der interviewten Eltern (3) war die erste Reaktion auf die Meldung nur leicht negativ oder neutral. Eine befragte Person relativierte die Bedeutung der Meldung und empfand die Tatsache, dass es ihrem Kind psychisch schlecht ging, als viel belastender. Diese eher neutrale Reaktion zeigten Eltern, bei denen eine Fremdmeldung erfolgte oder wenn es sich nicht um das erste Verfahren vor der KESB handelte.

*Hoffnung auf Hilfe (c):* Bei vier der interviewten Eltern war die Meldung mit der Hoffnung auf Hilfe verbunden. Dazu gehörten zwei Personen, die sich selbst direkt bei der KESB meldeten und zwei Personen, bei denen mit ihrem Einverständnis von einer nahestehenden Familienangehörigen eine Meldung an die KESB gemacht wurde. Eine interviewte Person fand im Nachhinein, dass sie bereits ein halbes Jahr früher eine Meldung hätte initiieren sollen, dass sie jedoch auch Angst hatte vor diesem Schritt und den Folgen. Sie erwähnte die Verantwortung, die sie für das Kind hat und dass es ein Risiko war, so spät eine Meldung zu veranlassen, weil das Kind neben der erlittenen emotionalen Vernachlässigung durch die damalige Betreuungssituation erheblichen Unfallgefahren durch herumliegende Waffen ausgesetzt war.

## **6.2 Gerechtigkeitswahrnehmung**

### **6.2.1 Informationale Gerechtigkeit**

Unter informationaler Gerechtigkeit wird beschrieben, wie die Betroffenen die Information über das Verfahren vor der KESB wahrnahmen. Dazu gehört die Frage, wann, durch wen und durch welches Medium die Betroffenen über das Verfahren informiert wurden, inwiefern sie über ihre Rechte als Betroffene sowie über Abläufe, Zuständigkeiten und Kompetenzen innerhalb der KESB und in der Zusammenarbeit mit anderen Stellen informiert wurden. Zudem wird beschrieben, inwiefern die Betroffenen diese Information verstanden und als ausreichend wahrnahmen.

### *Informationale Gerechtigkeit Jugendliche*

Die interviewten Jugendlichen wurden mit einer Ausnahme erstmals durch ihre Mutter oder durch ihren Vater darüber informiert, dass die KESB ein Verfahren eröffnete und was das bedeutet. Die Ausnahme bildete eine jugendliche Person, die bei ihrer Lehrperson um Hilfe bat und bei der die Schule eine Meldung an die KESB machte (indirekte Selbstmeldung). Diese jugendliche Person wurde aufgrund einer Sofortintervention<sup>40</sup> direkt durch die verfahrensleitende Person der KESB und zu einem späteren Zeitpunkt durch andere Fachpersonen im Rahmen eines stationären Settings über das Verfahren informiert.

Die meisten der befragten Jugendlichen berichteten, von der KESB keinen an sie adressierten Brief zur Verfahrenseröffnung oder zum Verfahrensabschluss/Entscheid erhalten zu haben, wobei sie teilweise nicht sicher waren, ob allenfalls die Eltern Briefe für sie geöffnet hatten oder ob sie vergessen hatten, dass ein Schreiben direkt an sie adressiert gewesen war.

Zwei Geschwister (13 Jahre alt und älter) berichteten jedoch, von der KESB als Vorbereitung auf die Anhörung einen direkt an sie adressierten Brief zusammen mit einer Informationsbroschüre<sup>41</sup> zur Anhörung vor der KESB erhalten zu haben. Insbesondere für das ältere der Geschwister war diese Broschüre sehr bedeutsam und klärend. Die jugendliche Person entnahm daraus wichtige Informationen zur Anhörung und war daraufhin in der Lage, sich gemeinsam mit den Eltern ausgiebig Gedanken zu machen, welche Bedürfnisse sie für die Anhörung hatte. In der Anhörung konnten diese Anliegen später umgesetzt werden. Dazu gehörte die Anwesenheit einer Vertrauensperson bei der Anhörung und die Anhörung der beiden Geschwister zusammen. Die Eltern dieser Jugendlichen erwähnten diese Broschüre ebenfalls positiv. Auch sie entnahmen daraus wichtige Informationen für ihre eigene Anhörung und konnten das jüngere der beiden Kinder anhand der Broschüre gut vorbereiten. Sie machten zudem darauf aufmerksam, dass sie sich eine solche Broschüre für die Anhörung der Eltern gewünscht hätten. In den Interviews mit diesen beiden Geschwistern wurde auch die Rolle einer Kinder- und Jugendpsychologin, die als bereits seit längerer Zeit bestehende Vertrauensperson, die die Anhörung mit den Jugendlichen durch ein Einzelgespräch vorbereitete und bei der Anhörung dabei war, positiv erwähnt.

---

<sup>40</sup> Es handelte sich hier vermutlich um eine vorsorgliche Massnahme nach Art. 445 ZGB, allenfalls sogar um eine superprovisorische Massnahme nach Art. 445 Abs. 2 ZGB. Der rechtliche Rahmen wurde in der Studie jedoch nicht durch Akten geprüft, weshalb dazu keine verbindliche Aussage gemacht werden kann. Aus diesem Grund wird im vorliegenden Text insbesondere bei behördlichen Interventionen mit zeitlicher Dringlichkeit von «Sofortintervention» gesprochen, welche den rechtlichen Rahmen offen lassen.

<sup>41</sup> Es handelte sich um die Broschüren «Die Kindesanhörung. Es geht um dich - deine Meinung ist gefragt», für Kinder ab 9 Jahren und für Jugendliche ab 13 Jahren, herausgegeben vom Marie Meierhofer Institut für das Kind und Unicef (MMI & Unicef, 2014b, 2014c).

Eine jugendliche Person schilderte, dass sie nach einer Anhörung bei der KESB ein Anhörungsprotokoll ausgehändigt erhielt. Erst durch das schriftliche Dokument hat sie verstanden, dass es sich beim Gespräch um eine Anhörung handelte:

*«Ja, nein, das hat sie mir eigentlich nicht wirklich gesagt. Ich wollte es dann einfach schwarz auf weiss, damit ich es mir noch einmal durchlesen kann, was ich gesagt habe und so. Und dann stand eigentlich wirklich das Wort "Anhörung" drauf. Ich meinte, es sei einfach so, einfach noch einmal wie ein Repassieren des Konflikts, aber dann war es schlussendlich eine Anhörung.» (Interview 5.3, Pos. 34-39)*

Die meisten Jugendlichen verstanden nur teilweise oder gar nicht, was das Wort KESB bedeutet und welche Aufgabe die KESB genau hat.

Auch wussten viele Jugendliche nicht, wer im Kindesschutzverfahren welche Entscheidungen trifft. Ebenso verstanden viele Jugendliche die Aufgabenteilung zwischen der KESB und dem externen Abklärungsdienst nicht und vermischten diese teilweise bei den Schilderungen.

Mehrere Jugendlichen äusserten ein bedingtes Interesse am Kindesschutzverfahren der KESB:

*«Ich habe eigentlich nie danach gefragt, was das genau ist. Ich habe mich nicht für das interessiert. [...] Für mich war das, was ich gewusst habe, genug.» (Interview 2.3, Pos. 8-9; 17)*

Auf die Frage, ob sie sich mehr Informationen durch die KESB über das Verfahren und über ihre Rechte gewünscht hätten, beispielsweise durch eine Broschüre oder durch mündliche Informationen, sagten viele Jugendlichen, dass das nicht nötig sei und ihnen die Informationen gereicht hätten, wie das nachfolgende Zitat aufzeigt:

*«B: Ich bin halt nervös, aber es wurde mir gut erklärt und so und das hat mir halt geholfen. Also, meine Eltern haben mir erklärt, wie es ablaufen würde und so. Das hat mir dann schon geholfen.*

*I: Hättest du gerne einen Brief gekriegt?*

*B: Also von der KESB?*

*I: Ja, genau, oder ein Büchlein, es gibt zum Teil ja auch so Heftlein, in denen man nachlesen kann, was genau das Verfahren ist.*

*B: Nein.» (Interview 1.3, Pos. 58-73)*

Nur eine jugendliche Person sagt, dass sie es begrüsst hätte, wenn sie durch die KESB besser informiert worden wäre.

Mit drei Ausnahmen hatten die Jugendlichen keine Kontaktangaben der Verfahrensleitenden der KESB. Sie wären also kaum in der Lage gewesen, sich bei Fragen direkt an diese zu wenden. Einzelne Jugendlichen brachten im Interview die Namen der verschiedenen Fachpersonen der KESB, des Abklärungs- und Mandatsdienstes, der Erziehungsberatung, des schulpsychologischen Dienstes etc. durcheinander. Eine jugendliche Person verwechselte auch eine schulpsychologische Abklärung mit einer Abklärung im Auftrag der KESB.

Nur eine jugendliche Person berichtete, sie habe selbst im Internet über die KESB recherchiert.

Insgesamt kann festgehalten werden, dass die interviewten Jugendlichen primär durch ihre Eltern über das Verfahren vor der KESB informiert wurden. Ihre Kenntnisse über die Bedeutung des Verfahrens, über den Ablauf und ihre Rechte sind grundsätzlich gering. Viele der befragten Jugendlichen konnten sich nicht daran erinnern, ob sie von der KESB direkt angeschrieben und schriftlich informiert wurden. Dabei bildete ein Verfahren mit zwei Jugendlichen eine auffallende Ausnahme. Diese Jugendlichen wurden vor der Anhörung von der KESB direkt angeschrieben und durch altersadäquates Informationsmaterial auf die Anhörung vorbereitet. Diese Informationsbroschüren bildeten, die Grundlage dafür, dass sie, unterstützt durch die Eltern, direkten Einfluss auf das Setting der Anhörung nehmen konnten und ihre Bedürfnisse in Bezug auf die Anhörung äussern konnten.

Die anderen Jugendlichen fühlten sich von der KESB kaum direkt als Subjekte des Verfahrens angesprochen. Sie waren nur geringfügig informiert über das Verfahren, über ihre Rechte und über die Anhörung. Einige der befragten Jugendlichen erwecken den Eindruck, dass sie sich im Verfahren eher in einer passiven Nebenrolle sahen.

Anders als die Eltern, welche häufig aktiv nach Informationen suchen, sei es direkt bei der KESB, über Informationen im Internet oder über Informationen aus dem Bekanntenkreis, äussern viele der befragten Jugendlichen gar keinen Bedarf, sich über das Verfahren zu informieren, bei dem sie eigentlich im Zentrum stehen und dessen Ausgang sie mitbeeinflussen könnten. Dies ist umso erstaunlicher, als dass nur Jugendliche zwischen 13 und 17 Jahren interviewt wurden und darunter auch mehrere mit einem hohen Bildungsstand (Gymnasium).

### *Informationale Gerechtigkeit Eltern*

Die Eltern erhielten zu Beginn ein Schreiben der KESB, das über die Eröffnung des Verfahrens informierte und einige Hinweise zu diesem enthielt. Einige Eltern berichteten, dass im Brief beispielsweise darüber informiert wurde, dass die Kindeswohlabklärung an einen externen

Abklärungsdienst delegiert wurde. Diese ersten schriftlichen Informationen lösten bei den meisten Eltern viele Fragen und Unsicherheiten aus. Mit wenigen Ausnahmen nehmen Eltern die Informationen über die konkreten Schritte des Verfahrens als unzureichend wahr. Diese Aussage wird auch von Eltern gemacht, die grundsätzlich über die KESB und deren Zuständigkeit informiert sind. Genannt wurden neben den zu wenig umfassenden Informationen über den konkreten Ablauf des Verfahrens auch unzureichende Informationen über ihre Rechte als Betroffene im Verfahren, wie beispielsweise das Recht auf Akteneinsicht oder das Recht durch eine Person zur Anhörung der KESB begleitet zu werden. Ob die Informationen über die Betroffenenrechte tatsächlich weitgehend fehlten oder ob sie vorhanden waren, aber von den Betroffenen nicht wahrgenommen oder verstanden wurden, wurde durch die Befragung nicht geklärt.

Eltern fanden verschiedene Wege, um mehr Informationen über das Verfahren zu erhalten: Es gibt Eltern, die sich direkt mit der KESB in Verbindung setzten und sich entweder telefonisch oder bei einem persönlichen Gespräch näher zum Ablauf und zur Bedeutung des Verfahrens informierten. Diese mündlichen Informationen erhielten die befragten Eltern fast durchwegs durch die zuständige Verfahrensleiterin oder den zuständigen Verfahrensleiter persönlich. Sie wurden als verständlich und klärend beschrieben. Positiv wurde von Eltern auch erwähnt, dass die verfahrensleitende Person ihnen teilweise praktische Verhaltenstipps für ein günstiges Vorgehen sowie rechtliche Informationen gaben, die über das konkrete Verfahren hinausgingen. Ein Elternteil nannte als Beispiel, dass die verfahrensleitende Person sie informiert habe über das rechtliche Vorgehen zur Erlangung der alleinigen elterlichen Sorge und dass sie gleichzeitig vorgeschlagen habe, einen solchen Prozess nicht anzustreben, weil dieser aus ihrer Sicht kaum Aussicht auf Erfolg habe und zudem die Beziehung zwischen den Eltern beeinträchtigen würde. Das Verfahren und das Vorgehen der KESB sei ihnen Schritt für Schritt erklärt worden. In der gesamten Befragung wurde von keinem Elternteil ein Hinweis gemacht, dass die Verfahrensleiterin/der Verfahrensleiter der KESB nicht oder nur schwer telefonisch erreichbar gewesen sei. Im Gegenteil wurde mehrfach explizit erwähnt, dass die verfahrensleitende Person immer verfügbar war oder zeitnah zurückrief, wenn sie ein Telefonat nicht entgegennehmen konnte.

Andere Eltern informieren sich im Internet über das Verfahren, wobei sie die dort gefundenen Informationen teilweise als unbefriedigend bezeichneten. Dies gilt insbesondere in Bezug auf die Verfügbarkeit der Informationen in verschiedenen Sprachen. Als hilfreich für sie als Eltern wurden eine Anhörungsbroschüre, die sich an Kinder richtet, Informationen auf der Webseite des Beobachters und verschiedene Informationen auf der Webseite der KESCHA<sup>42</sup> genannt.

---

<sup>42</sup> KESCHA: Die nationale Anlaufstelle Kindes- und Erwachsenenschutz (KESCHA) ist ein privates Informations- und Beratungsangebot für Personen, die in Kindes- und Erwachsenenschutzverfahren involviert oder von entsprechenden Massnahmen betroffen sind.

Verschiedene Elternteile äusserten den Wunsch nach einer Broschüre für die Anhörung der Eltern. Mehrere Eltern schilderten, dass sie von Fachpersonen im privaten Bekanntenkreis Informationen zum Verfahren und ihren Rechten erhielten. Eine Mutter und ein Vater derselben Familie liessen sich durch die KESCHA persönlich beraten und empfanden diese Informationen als hilfreich.

Für die interviewten Eltern waren die schriftlichen Informationen der KESB unterschiedlich verständlich. Einige Eltern bezeichneten die Schreiben der KESB als verständlich und klar. Eine interviewte Person schilderte, dass die schriftliche Kommunikation bis heute jeweils durch die KESB erfolge und sie sich diese schriftlichen Informationen jeweils von der Beistandsperson mündlich erklären lasse. Ein Vater äusserte sich kritisch zu den schriftlichen Dokumenten der KESB; diese seien für durchschnittlich gebildete Personen nicht verständlich:

*«Eh, da muss ich gerade ehrlich sagen, wenn man die Artikel liest und die nach Artikel so und so. Das habe ich einfach manchmal übertrieben gefunden. Aber ich glaube, das ist normal, wissen Sie, wenn Sie/ oder ich sage es noch einmal: Ich bin ein normaler Bürger mit einem normalen Menschenverstand, der den direkten Weg sucht. Und wir können uns die Hand geben und sind einig für etwas und dann ist es ok. Und hier gibt es einen Entscheid, es gibt eine Verfügung, es gibt ein Einspracherecht, Rechtsmittelbelehrung. Ist alles gut und recht, das kann ich nicht ändern. Aber dort ist es manchmal schon ein bisschen nicht so verständlich gewesen für jemand der normal tickt.» (Interview 5.2, Pos. 68-69)*

Verschiedene Eltern berichteten, dass die schriftlichen Dokumente, inkl. der Entscheid der KESB, für sie eine geringe Bedeutung hatten, wenn sie vorgängig ein mündliches Gespräch mit der Verfahrensleiterin/dem Verfahrensleiter hatten. In diesen Fällen stützten sie sich auf die Inhalte des Gesprächs ab und nahmen den Inhalt der schriftlichen Dokumente anschliessend nur teilweise zur Kenntnis. Vereinzelt berichten Eltern auch, dass sie Schreiben der KESB nicht oder nur verspätet öffneten.

*«Mit dem Gespräch haben sie uns ja gesagt, es gibt danach noch so eine Sitzung, wo eine Kommission irgendwie zusammensitzt. Aber sie haben uns gesagt, dass das so herauskommen werde. Und darum war der Brief für mich einfach noch formell. Jetzt, wo ich mich vorbereitet habe auf das Gespräch, habe ich ihn wieder gefunden. Ja, aber immer noch nicht aufgetan.» (Interview 2.1, Pos. 161-163)*

Fehlende Informationen über den konkreten Ablauf des Verfahrens oder ein fehlendes Verständnis der Informationen verunsicherten die interviewten Eltern teilweise erheblich. So berichtete eine interviewte Person über folgendes Verhalten nach Erhalt des Briefes der KESB über die Verfahrenseröffnung:

*„Ich habe den [Kindern] gesagt: passt auf, ihr wisst nie ob jemand ums Haus herumsteht und runterschaut. Macht immer die Fensterläden zu und so. Also fast schon Verfolgungswahn, weil ich keine Ahnung hatte, was passiert jetzt. Meine Einstellung war sicher auch negativ. Eine GEFÄHRDUNGSMELDUNG. [...] Es ist ja nicht die KESB, die mir das Gefühl gegeben hat, das ist ja ihre Aufgabe das zu tun, aber einfach das Ganze, der Brief, man steht so hilflos da. Was passiert jetzt da? Wie geht das vor?“ (Interview 2.1, Pos. 17; 49-59)*

Bei mehreren Eltern gab es bereits zu einem früheren Zeitpunkt ein Verfahren vor der KESB. Diese Eltern nahmen das zweite Verfahren als weniger verunsichern wahr, da sie aus dem ersten Verfahren bereits wussten, wie das Verfahren abläuft.

*«Bei der Zweiten wusste ich ja schon ganz genau was auf uns zukommt und das war dann weder bedrohlich noch sonst etwas. Dort wusste ich einfach das und das und das. Diese Schritte passieren jetzt.» (Interview 2.1, Pos. 63)*

Insgesamt lässt sich feststellen, dass die interviewten Eltern durchwegs äusserten, dass sie weniger gestresst und belastet waren, sobald sie nähere Informationen über das Verfahren und den konkreten Ablauf hatten. Dies gelang insbesondere, wenn den Betroffenen nach der Verfahrenseröffnung die Möglichkeit gegeben wurde, sich persönlich oder telefonisch bei Fragen an die verfahrensleitende Person zu wenden. Das Denken und Handeln der KESB wurde für sie nachvollziehbar, voraussehbar und konnte die Gefühle von Stress, Bedrohung und Ausgeliefertsein reduzieren.

### **6.2.2 Interpersonale Gerechtigkeit**

Unter der Kategorie der interpersonalen Gerechtigkeit wird beschrieben, wie die Betroffenen die direkte Interaktion mit der verfahrensleitenden Person wahrnahmen. Aspekte davon sind inwiefern sie die verfahrensleitende Person als freundlich und unvoreingenommen wahrnahmen, inwiefern sie den Eindruck hatten, verstanden und ernst genommen und mit Respekt und Würde behandelt zu werden. Im Laufe der Befragungsphase wurde nach verschiedenen Aussagen in den Interviews zusätzlich, als induktive Unterkategorie aufgenommen, wie die Räumlichkeiten der KESB auf die Betroffenen wirkten. Es handelt sich bei diesem Aspekt nicht um einen direkten Aspekt der Interaktion, aber es zeigte sich, dass die Räume der KESB ein bedeutsamer Aspekt für einige Betroffene darstellten und diese einen Einfluss auf die Interaktionswahrnehmung hatten.

### *Jugendliche Interaktion Verfahrensleitende KESB*

Die befragten Jugendlichen erinnerten sich teilweise nicht an ein Gespräch oder eine Interaktion mit der verfahrensleitenden Person der KESB. Die Jugendlichen, die sich an ein Gespräch erinnern konnten, äusserten sich alle positiv über die Interaktion. Sie berichteten von einer angenehmen Atmosphäre, dass sie sich ernstgenommen und freundlich behandelt fühlten. Dies galt auch für einige Jugendliche, die sagten, dass es für sie allgemein schwierig sei, sich bei einem ersten Gespräch mit einer fremden Person zu öffnen und über persönliche Angelegenheiten mit dieser zu sprechen. Die Interaktion wurde auch von Jugendlichen als grundsätzlich positiv bezeichnet, welche die Inhalte der Anhörung insgesamt als belastend empfanden (vgl. ausführlich zur Belastung weiter unten). Auch bezeichneten die befragten Jugendlichen es teilweise als schwierig, die Fragen der KESB zu beantworten.

*«B: Es ist halt ein Gefühl und weil es ja dort fremde Menschen sind, die man nie im Leben gesehen hat und man muss irgendwie offen sein mit diesen Menschen, mit dieser Situation und es ist halt ein bisschen komisch. [...]*

*I: Und wie war das Gespräch. Hatten Sie das Gefühl [die verfahrensleitende Person] nimmt Sie ernst?*

*B: Ja, klar, auf jeden Fall.*

*I: War sie interessiert?*

*B: Ja, sehr sogar.*

*I: Hatten Sie Angst beim Gespräch?*

*B: Nein, weil mein erster Eindruck der [verfahrensleitenden Person] war eigentlich, dass das eine ganz gute Person ist. Weil eine nette Person und ja.» (Interview 4.2, Pos. 100-101; 128-139)*

Als besonders positiv beschrieb eine interviewte Person, dass die verfahrensleitende Person bei allen Gesprächen immer eine gute Stimmung habe und diese auch bei schwierigen Gesprächsinhalten nicht verliere:

*«B: Sie gingen auf alle Fälle recht freundlich mit mir um. Das muss ich sagen. Aber es war halt einfach wieder eine neue Erfahrung. Schon gerade ein bisschen schwierig gewesen, aber doch, im Nachhinein ist eigentlich gut.*

*I: Was war denn schwierig?*

*B: Ja einfach so auf die Fragen zu antworten, die sie mir sagten und so. Und eben einfach neue Menschen. Ich bin nicht so der, der direkt ins Gespräch kommt mit neuen Menschen.» [...]*

*I: Gibt es etwas, das Sie im Verfahren oder im Kontakt mit der KESB positiv überrascht hat?*

*B: Ja, also irgendwie so die Stimmung [der verfahrensleitenden Person der KESB], die wird nie schlechter. Egal was passiert. Sie ist immer mega freundlich. Genau. Das überrascht mich jedes Mal ein bisschen. (Interview 5.3, Pos. 26-33; 162-163)*



Eine jugendliche Person sagte, dass für sie die Anwesenheit ihrer Psychotherapeutin bei der Anhörung wichtig war und das Wissen um deren Anwesenheit auch die Angst im Vorfeld der Anhörung reduzierte. Ebenfalls positiv bewertet wurde die Möglichkeit, das Anhörungsprotokoll gegenzulesen und zu sagen, wenn die interviewten Jugendlichen gewisse Inhalte nicht im Protokoll erwähnt haben wollten.

Eine jugendliche Person berichtete, dass die KESB mit den Eltern offenbar über eine ausserfamiliäre Platzierung geredet hatte, was sie sehr beunruhigte. Für sie war es sehr wichtig und eine grosse Erleichterung, dass sie während der Anhörung die Frage stellen konnte, ob die KESB sie gegen ihren Willen ausserfamiliär platzieren könne und ihr die verfahrensleitende Person eine klare und verständliche verneinende Antwort darauf gab.

Drei jugendliche Personen äusserten, dass es ihnen nach der Anhörung schlecht ging, weil das Gespräch sie *emotional belastete*. Trotz einer guten Vorbereitung und der aktiven Mitgestaltung des Anhörungssettings, schilderte eine dieser jugendlichen Personen, dass die Anhörung sie emotional sehr mitgenommen und «überrumpelt» habe, weil die Probleme so direkt angesprochen worden seien. Auch fand die jugendliche Person, dass die Aussagen, die sie im Rahmen der Abklärung gegenüber der Abklärungsperson gemacht hatte, im Abklärungsbericht auf unzulässige Art verallgemeinert worden seien. Dies führte bei der jugendlichen Person zum Gefühl, bei der Abklärung nicht richtig verstanden worden zu sein. Für sie war es deshalb wichtig, dies während der Anhörung vor der KESB zu berichtigen und ihre wirkliche Befindlichkeit und ihren Willen auszudrücken.

*«B: Also ich habe es sehr happig in Erinnerung. Es hat mich sehr mitgenommen dann. Weil es vielleicht auch das erste Mal gewesen ist, dass jemand wirklich sehr direkt geredet hat. Und das hat mich sehr überrumpelt. [...]*

*I: Hattest du das Gefühl, die haben dich verstanden?*

*B: Ja, also, eben bei diesem Bericht [gemeint ist der Abklärungsbericht, Anm. d. Autorin] habe ich mich wie gesagt nicht so verstanden gefühlt. Aber nachher im Gespräch mit der KESB eigentlich schon noch. Also, es gab sicher Punkte, die ich nicht so gesehen habe. Und die ich eben noch nicht so angeschaut hatte. Und dann hatte ich mich manchmal nicht so verstanden gefühlt. Oft habe ich mich so gefühlt, also ob über mich wie so entschieden wird, was ja auch ein bisschen gemacht wurde. Aber ja. Ein bisschen das Gefühl von, ja, ich habe das ausgesagt in dem Gespräch da und die wollen mir jetzt helfen, aber ich meine es eigentlich gar nicht so, sondern ich meine es eigentlich anders.»*

*(Interview 9.3, Pos. 30; Pos. 43-44)*

### *Eltern Interaktion Verfahrensleitende KESB*

Die grosse Mehrheit (9) der interviewten Eltern nahmen die mündlichen Interaktionen mit den Verfahrensleitenden der KESB positiv wahr. Sie fühlten sich verstanden, ernstgenommen, wahrgenommen, höflich behandelt und wertgeschätzt. Die verfahrensleitende Person wurde in ihrer Rolle als Behördenvertreter\*in wahrgenommen, deren Verhalten auch mit einer professionellen «Coolness» bezeichnet wurde. Die folgenden Zitate veranschaulichen diese Einschätzungen:

*«Ja, also [...] ich habe mich wahrgenommen und ernstgenommen gefühlt. Ich hatte auch das Gefühl oder den Eindruck, dass sie sich bemühen oder auch auf einen eingehen wollen und erklären, wie das läuft.» (Interview 1.1, Pos. 39)*

*«Ich habe [die verfahrensleitende Person] positiv wahrgenommen. Das gebe ich weiter. Wenn jemand über sie ausruft, das ist halt einfach [eine Person ihres] Amtes. Das ist nicht ein böser Mensch. Das ist die Situation aus diesen Verfahren, die halt sehr unangenehm sein können. [Sie] macht einfach einen Job.» (Interview 1.2, Pos. 104)*

*«Sehr gut. Also [die verfahrensleitende Person] ist ganz eine liebe [Person]. Ich habe das Gefühl, sie hat auch das Herz am richtigen Fleck. Sie ist nicht aufdringlich, sie ist auch nicht vorwurfsvoll.» (Interview 5.1, Pos. 38-41)*

Eine interviewte Person schilderte, dass sie mit vielen Organisationen Kontakt hatte und dass sie sich von der KESB am meisten ernstgenommen fühlte:

*«Also die KESB ist die Stelle, die uns am meisten ernst genommen hat von allen zusammen, sei es Schule oder so.» (Interview 2.1, Pos. 229-231)*

Verschiedene Eltern wiesen darauf hin, wie wichtig es ist, dass die verfahrensleitende Person auch die Leistungen der Eltern für die Erziehung und das Wohlergehen der Kinder anerkennt und würdigt. Dies, weil die Tatsache, dass eine Meldung an die KESB gemacht wurde und diese ein Verfahren eröffnete, bei den Eltern teilweise das Gefühl auslöste, sie hätten versagt. Einige Eltern sagten, dass anerkennende und wertschätzende Äusserungen der Verfahrensleitenden im Gespräch eine negative und ablehnende Haltung von Eltern aufweichen können. Eine befragte Person machte darauf aufmerksam, dass Eltern durch die Belastung des Verfahrens auch Suizid begehen könnten und eine zuversichtliche, wohlwollende Haltung im Gespräch eine wichtige Rolle bei der Abfederung spielt.

*«B: Also das war sehr wohltuend. Das sagte ich mir nachher als Mutter auch, so falsch habe ich es eben doch nicht gemacht. Die Selbstzweifel werden auch gross, man kann, also ich denke, dass man jemanden auch dazu bringen kann, dass es wirklich schlecht herauskommt zu Hause. Anstatt Ermutigung immer wieder jemandem sagen, du bist*

*überfordert, du kannst das nicht. Genau, das wäre vielleicht auch etwas. Dass die KESB vielleicht auch noch Ermutigung ausspricht. Wir arbeiten zusammen, Sie schaffen das. [...] Als [die verfahrensleitende Person] mir sagte, dass sie wisse, was ich als [Mutter/Vater] alles leiste, dass sie das anerkenne.*

*I: Das war für Sie, das hat bei Ihnen etwas ausgelöst.*

*B: Das hat das Eis gebrochen. Ich habe es ihnen zuerst noch nicht geglaubt. Sie haben es ein paar Mal gesagt. Zuerst habe ich das wie gar nicht/ ich hatte es gehört, aber überhört. Gedacht, die erzählen mir eh einen Mist. Ja. Aber danach hat das doch noch geholfen. Und ich habe halt gemerkt, wie angriffig ich bin, wie giftig ich bin, oder, man kommt schon geladen dort hinein. Was kommt jetzt da auf einen zu. Man gibt Ihnen auch fast keine Chance neutral anzufangen. Und [...] das war danach wirklich gut gegangen.» (Interview 2.1, Pos. 107; 216-219)*

Mehrere Male erwähnten Eltern die Bedeutung des ersten Eindrucks und der Sympathie oder Antipathie, welche sowohl bei der verfahrensleitenden Person eine Wirkung auf das Gespräch haben kann, umgekehrt aber auch bei den Eltern die Wahrnehmung der Interaktion beeinflusst.

*«Ja, also ich habe von dem her eigentlich kein Problem gehabt, weil, wie will man sagen, man ist verstanden worden dort. Man wusste, man ist nicht dort, weil man versagt hat, sondern einfach, weil man Hilfe braucht. Also ich habe eigentlich damit kein Problem, weil die Leute sind sympathisch rübergekommen.» (Interview 3.1, Pos. 95-97)*

Es erstaunt nicht, dass Eltern, die die Interaktion mit der verfahrensleitenden Person der KESB positiv wahrgenommen haben, mehrheitlich Verfahren erlebt haben, in denen die KESB einen Entscheid entweder einvernehmlich mit ihnen zusammen erarbeitete oder keine einschneidende Massnahmen gegen den Willen der Eltern ergriff und die Eltern mit dem Entscheid inhaltlich entsprechend mehrheitlich einverstanden waren. Eine Ausnahme bildete eine interviewte Person, die das Vorgehen und den Entscheid der KESB überhaupt nicht nachvollziehen konnte und die Interaktion mit der verfahrensleitenden Person dennoch grundsätzlich positiv wahrnahm. Als entscheidender Faktor nannte diese Person, dass ihr die Gründe für den Entscheid ausführlich erklärt wurden.

Vier interviewte Eltern nahmen die Interaktion mit der verfahrensleitenden Person der KESB primär *negativ* wahr, obwohl sie diese gleichzeitig als höflich und professionell bezeichneten. Davon haben zwei Personen selbst als Kind negative Erfahrungen mit der damaligen Vormundschaftsbehörde oder mit der KESB gemacht. Sie fühlten sich vorverurteilt und hatten das Gefühl, man glaube ihnen nicht, wie das folgende Zitat aufzeigt:

*«Also diese zwei Gespräche zum Beispiel, das war für mich, wie soll ich sagen, ich bin nicht ernst genommen worden. Man hat mich, wie gesagt, auf die Vergangenheit zurückgedrückt. Und weil meine Mutter mir ein schlechtes Leben*

*bereitet hat, ist es eigentlich so, dass ich das eigentlich so gar nicht anders hinbringen könnte.» (Interview 6.1, Pos. 45-50)*

Die anderen beiden Personen, die die Interaktion mit der verfahrensleitenden Person grundsätzlich negativ wahrnahmen, bezeichneten die Interaktion als belehrend, von oben herab und teilweise nicht wertschätzend. Sie beschrieben, während der Interaktion starke Ohnmachtsgefühle gehabt zu haben. Sie nahmen Informationen während des Gesprächs über die Entscheidungskompetenzen der KESB als Machtdemonstrationen und Drohgebärden wahr. Auch hatte eine dieser Personen teilweise den Eindruck, ihre Anliegen seien nur bedingt aufgenommen worden und die Situation sei durch die KESB verkürzt erfasst worden. Dabei hatten Äusserungen verschiedener Mitarbeitenden der KESB während der Anhörung eine ganz unterschiedliche Wirkung auf sie. Als emotional entlastend nannten sie, wenn Fachpersonen während der Anhörung auch Fragen nach positiven Aspekten des Familienlebens an sie richteten. Ein Elternteil fühlte sich besonders verletzt, als die KESB die Eltern mit erfolglosen Problembewältigungsversuchen in der Vergangenheit konfrontierte:

*«Das war wirklich dermassen verletzend. Das war schlimm gewesen, als [die verfahrensleitende Person] das gesagt hat. Unsere Bemühungen und dass wir auch über so viele Jahre gekommen sind, immer wieder halt uns über Wasser gehalten haben damit, das hat sie wie zunichte gemacht.» (Interview 9.2, Pos. 250-251)*

Bei beiden dieser Personen wurde für das Kind eine Kindesschutzmassnahme errichtet, die ohne Einschränkung der elterlichen Rechte einherging.

#### *Wirkung der Räumlichkeiten auf die Betroffenen während des Gesprächs*

Viele Interviewpartner\*innen, vor allem die Erwachsenen, sagten, dass die Räumlichkeiten der KESB eine grosse Wirkung auf sie hatten. Insbesondere Panzerglas beim Eingangsbereich machte sie auf die Macht der KESB und auf die Ernsthaftigkeit des Verfahrens aufmerksam. So berichteten verschiedene Personen, dass sie beim Betreten des Gebäudes der KESB Herzklopfen bekamen:

*«Bei der KESB ja, das ist spannend, durch eine Schleuse hindurch, man sieht, es sind Beamte da, man hat eine Sitzung, dann ist eine Juristin dort, wir sind immer noch ein bisschen unter Beobachtung, eben, es ist Panzerglas. Also, es hat mich fasziniert, so etwas habe ich nicht erwartet. Ja, durch Panzerglas geht man hinein. Einfach, ich habe das noch nicht erlebt. Kann es verstehen, es gibt ja so Emotionen von vielen Leuten, die wahnsinnig schlimm sein müssen, was da abgeht, gerade wenn es um Kinder geht und um Gewalt. Meine Güte, ich verstehe es. Mich hat es - won, wo bin ich hier gelandet. Manchmal hatte ich wie das Gefühl, erst dort habe ich bewusst, bin ich mir richtig bewusst gewesen, mit welcher Institution ich es eigentlich zu tun habe.*

*I: Was hatten Sie das Gefühl, wie hat es denn gewirkt, das Räumliche?*

*B: Also das Räumliche war sicher schon, die Ernsthaftigkeit der Situation wurde mir bewusst. Ich hatte plötzlich ein bisschen Herzklopfen. Ich bin mir plötzlich wirklich doch wie eine Angeklagte vorgekommen. Was ich bis zu diesem Zeitpunkt irgendwie noch nicht war.» (Interview 1.2, Pos. 53-57)*

Wenn die KESB ihre Räumlichkeiten in historischen Gebäuden hat, werden die Räume von Eltern teilweise als schwer, als düster und als Symbol der Staatsmacht bezeichnet.

#### *Wahrnehmung der Interaktion mit der abklärenden Person des Abklärungsdienstes*

In Zusammenhang mit den Interaktionserfahrungen mit der KESB sprachen manche Befragten auch die Interaktionen mit der abklärenden Person des externen Abklärungsdienstes an. Die Schilderungen von Eltern waren mehrheitlich positiv. Viele Eltern fühlten sich auch von der abklärenden Person ernstgenommen. Sie schätzten insbesondere, wenn die abklärende Person sie über ihre Empfehlungen an die KESB vorgängig informierten und ihnen den Abklärungsbericht vor dem Versenden an die KESB zustellten und diesen mit ihnen besprach.

Vereinzelt schilderten Eltern, dass sie sich von der abklärenden Person nicht ernstgenommen oder nicht verstanden fühlten und sie mit der Empfehlung, die aus der Abklärung resultierte, nicht einverstanden waren. Als unangenehme Machtdemonstration wurde von einer Person genannt, dass sie lange im Wartebereich des Abklärungsdienstes durch die Fachperson am Schalter ignoriert und warten gelassen worden war.

Wenn Jugendliche sich über Interaktionen mit der abklärenden Person äusserten, dann berichteten sie mit einer Ausnahme positiv oder neutral darüber.

### **6.2.3 Prozedurale Gerechtigkeit**

Unter der Kategorie der prozeduralen Gerechtigkeit wird beschrieben, wie die Betroffenen das konkrete Handeln der KESB wahrnehmen im Hinblick auf Transparenz und Nachvollziehbarkeit. Zudem wird beschrieben, inwiefern die KESB sich nach Ansicht der Betroffenen auf korrekte Informationen stützt und alle relevanten Informationen berücksichtigt.

Eine Unterkategorie der prozeduralen Gerechtigkeit stellt die Wahrnehmung der Partizipation dar. Konkret wird die Häufigkeit und die Art des persönlichen Kontakts thematisiert und inwiefern die Meinung der Betroffenen von der KESB erfasst und berücksichtigt wurde. Bei den Eltern stellte sich zudem eine klare Ansprechperson bei der KESB und die personelle Konstanz der verfahrensleitenden Person über mehrere Verfahren hinweg als relevante Unterkategorien heraus, die in den Gerechtigkeitstheorien so jedoch nicht explizit auftauchen.

### *Jugendliche prozedurale Gerechtigkeit*

Die meisten der befragten Jugendlichen wurden von der KESB *angehört*. Die Anhörung erfolgte jedoch gemäss ihren Aussagen meistens zusammen mit einem Elternteil und manchmal waren auch noch zusätzliche Fachpersonen, beispielsweise des Abklärungs- oder Mandatsdienstes, anwesend, zu denen sie keine engere Beziehung hatten oder die sie bei der Anhörung zum ersten Mal sahen. Auch wenn eine Anhörung ohne Elternteil stattfand, war ausser in zwei Fällen gemäss Schilderungen der Jugendlichen noch eine andere Fachperson ausserhalb der KESB dabei. Eine jugendliche Person äusserte, dass für sie zu viele Personen an der Anhörung dabei waren, die sie nicht zu den persönlichen Vertrauenspersonen zählten, sei es die Beistandsperson oder die Abklärungsperson. Insbesondere wenn die Beziehung eines Kindes zu seiner Beistandsperson beeinträchtigt ist, stösst die Anwesenheit dieser bei Gesprächen mit der KESB auf Widerstand und löst Wut gegenüber der KESB aus.

*«Einfach [...], weil halt einfach die KESB da war, war nicht das Schlimme, sondern einfach viele Personen, [meine Beistandsperson], die noch da war, meine Eltern und die ganze Zeit einfach durcheinandergeredet worden und es wurde mir ein bisschen zu viel. [...] Also, ich habe das Gespräch durchgehalten. Es ging mir dann einfach dementsprechend nach dem Gespräch schlecht.» (Interview 5.3, Pos. 40-57)*

Nur in zwei Fällen gestalteten die Jugendlichen die Rahmenbedingungen der Anhörung, wie bei der Kategorie der interpersonalen Gerechtigkeit bereits beschrieben, aktiv und bewusst nach ihren Bedürfnissen. So sorgten sie mit Unterstützung der Eltern dafür, dass eine vertraute Psychologin anwesend war und die Geschwister zusammen angehört wurden.

Als wichtiges Element der Anhörung wird von einzelnen Jugendlichen genannt, dass ihnen zu Beginn des Anhörungsgesprächs Informationen über das Verfahren und den Ablauf der Anhörung gegeben wurden.

Einige Jugendliche fanden, dass ihre Meinung während der Anhörung verstanden wurde und dass zumindest versucht wurde, ihre Anliegen zu berücksichtigen, auch wenn nicht umfassend, wie das folgende Zitat zeigt:

*«I: Und wie war das Gespräch für Sie?*

*B: Nicht so einfach, weil dann ist halt entschieden worden, wie geht es weiter. [...]*

*I: Und konnten Sie auch sagen, was Sie dazu denken?*

*B: Ja schon.*

*I: Und hatten Sie das Gefühl, man hat Sie verstanden?*

*B: Ja, so halb.*

*I: Weil man es nicht wissen wollte oder weil man es nicht berücksichtigt hat bei der Entscheidung?*

*B: Man hat es schon ein bisschen berücksichtigt, aber nicht so extrem.» (Interview 3.2, Pos. 53-63)*

Eine jugendliche Person äusserte den Eindruck, die Kinder und Jugendlichen würden durch die KESB ausreichend einbezogen. Sie habe das Gefühl, die Kinder und Jugendlichen würden wahrgenommen und ihnen würde zugehört. Gleichzeitig wurde in Zusammenhang mit der Umsetzung von ambulanten Massnahmen bemerkt, dass die effektive Arbeit der Fachpersonen auf die Eltern fokussiert sei und sich die Kinder aktiv melden müssten, wenn sie der Fachperson etwas mitteilen möchten.

*«Ich habe das Gefühl, man nimmt uns wahr und man hört uns auch zu, aber ich kann es auch verstehen, dass man eben das Gefühl hat, also, sie arbeiten jetzt ja mehr mit den Eltern. Also jetzt von meiner Position aus finde ich das nicht schlecht, oder was ich auch verstehe. [Mein Geschwister] sagt auch immer, [sie/er] möge einfach nicht mehr immer erzählen und machen gehen und nochmals hier und nochmals da. [Sie/er] ist einfach froh, wenn man [sie/ihn] einfach weglässt und [ihr/ihm] Ruhe gibt. Aber sonst habe ich das Gefühl, ja, man arbeitet mehr mit den Eltern, aber man hört uns auch zu. Aber ich kann es auch verstehen, das ist wie, wenn wir etwas sagen möchten, dann müssten wir einen Schritt auf sie zumachen. Vielleicht könnte man auch uns fragen, für ein Gespräch [...]. Aber für mich stimmt es jetzt so.» (Interview 9.4, Pos. 82-85)*

Der häufige Fokus auf die Arbeit mit den Eltern bei ambulanten Massnahmen kommt einigen Jugendlichen zumindest vordergründig entgegen, weil sie teilweise froh sind, möglichst wenig mit der KESB und mit anderen Fachpersonen wie der Abklärungs- oder Beistandsperson zu tun zu haben. So verneinten die meisten der befragten Jugendlichen die Frage, ob sie sich zusätzliche Gespräche mit der KESB wünschten. Als Gründe nennen sie, dass sie, wie bereits erwähnt, möglichst wenig mit der KESB zu tun haben wollen, weil das «langweilig» sei, weil es sie nicht interessiere oder weil es sie emotional belaste. Viele äusserten auch den Eindruck, es sei nicht so wichtig, dass die KESB mit dem Kind spreche. Dies erstaunt umso mehr, weil einzelne Jugendliche gleichzeitig von ernsthaften Sorgen über die Entscheidung der KESB berichteten. Diese Widersprüche konnten in den Interviews nicht geklärt werden. Die Jugendlichen schilderten die Gespräche mit der KESB teilweise als schwierig und belastend. Dies gilt umso mehr, wenn im Gespräch eine Entscheidung getroffen wurde. Eine befragte Person äusserte ihre Enttäuschung, weil sie in der Anhörung einen spezifischen Wunsch für die Umsetzung der Kindesschutzmassnahme deponierte und dieser trotz ernsthafter Versuche durch die KESB und durch die Beistandsperson schlussendlich nicht realisiert werden konnte. Die meisten Jugendlichen hatten verstanden, was die KESB am Ende entschieden hatte, sei es, weil ihnen der Entscheid im Rahmen der Anhörung antizipierend erklärt wurde, oder weil sie durch die Eltern informiert wurden. Sie konnten den Entscheid nachvollziehen, auch wenn sie selbst

vielleicht etwas anderes gewünscht hätten und der Entscheid für sie deshalb schwierig war. Für Jugendliche, die seit einer längeren Zeit regelmässig zu einer/m Kinder- und Jugendpsycholog\*in oder -psychiater\*in gehen, ist diese Person manchmal eine wichtige Stütze und ein Sprachrohr für die Kommunikation ihrer Bedürfnisse und ihres Willens. Von keiner jugendlichen Personen wurde über Erfahrungen mit einer Verfahrensbeistandschaft berichtet.

Die *Aufgabenteilung* zwischen der KESB und dem Abklärungsdienst wurde von einigen Jugendlichen oft nicht wirklich verstanden und die Gespräche mit der KESB vereinzelt mit solchem mit dem Abklärungsdienst verwechselt. Bei den Gesprächen mit dem Abklärungsdienst haben sich die Jugendlichen ernstgenommen und verstanden gefühlt. Jugendliche waren teilweise nervös vor einem Gespräch mit der abklärenden Person. Eine befragte Person überflog den Abklärungsbericht und war entsprechend informiert, wie die Empfehlung der abklärenden Person an die KESB war.

Eine jugendliche Person war im Verfahren positiv überrascht, dass so rasch eine Lösung gefunden wurde. Eine jugendliche Person machte sich während des Verfahrens grosse Sorgen, dass ein Geschwister ausserfamiliär platziert würde. Sie sagte im Interview, dass es wichtig wäre, dass die verfahrensleitende Person den Kindern sagt, dass sie sich keine Sorgen über den Ausgang des Verfahrens zu machen brauchen.

#### *Prozedurale Gerechtigkeit Eltern - Sofortinterventionen der KESB*

In vier Verfahren ergriff die KESB sofortige Massnahmen. Nur eine der befragten Personen empfand diese Sofortintervention der KESB als hilfreich und entlastend, weil sie selbst zu diesem Zeitpunkt überfordert gewesen sei. Sie befürwortete die Machtausübung der KESB und die Beschränkung ihrer Elternrechte und empfand sie als Entlastung in ihrer Elternverantwortung.

Für die interviewten Eltern der drei anderen Verfahren war die Sofortintervention völlig unerwartet und bewirkte einen grossen Schock. Zwei dieser drei Eltern berichteten von einem Polizeieinsatz, bei dem ein Elternteil selbst oder das Kind völlig unerwartet abgeführt wurden. Eine dieser Interventionen wurde von den Eltern auf eine Falschmeldung zurückgeführt, bei der zwar der korrekte Inhalt einer Aussage durch eine externe Person an die KESB weitergeleitet wurde, diese jedoch viel früher gemacht worden war, als dass eine Sofortintervention gerechtfertigt gewesen wäre. Die befragte Person war der Ansicht, dass die KESB in diesem Fall instrumentalisiert wurde.

In einem anderen Verfahren sprachen die Beistandsperson, der befragte Elternteil und die KESB eine Platzierung des Kindes ab. Obwohl der Elternteil mit der Platzierung einverstanden war, wurde das Kind anschliessend durch einen, gegenüber der interviewten Person nicht angekündigten, Polizeieinsatz frühmorgens zu Hause abgeholt und dem Platzierungsort zugeführt. Dieses Vorgehen



war für die befragte Person auch im Nachhinein nicht nachvollziehbar, und nach ihrer Aussage retraumatisierend, da sie selbst als Kind durch die Polizei im Rahmen eines Kindesschutzverfahrens abgeführt und platziert worden war:

*«Wieso und wie, dass sie das genau aus diesem Grund, das habe ich bis heute nicht beantwortet erhalten. Es war ja nicht so, dass ich nicht so/, dass ich nicht mit der KESB mitgearbeitet habe. Es war ja sogar auf meiner Idee beruht, dass [diese Platzierung erfolgt]. Aber dass man mir dann so in den Rücken fällt, dass man mir am Freitag nicht sagen kann, dass [mein Kind] am Montag abgeholt wird, am Montagmorgen hier wir aus dem Bett gerissen werden mit Polizeieinsatz und Grossaufgebot. Da war bei mir dann fertig. Da haben sie bei mir quasi verspielt. Da hat sich, wie sich das für mich bestätigt, dass man der KESB nicht vertrauen kann. [...] Das war für mich wirklich, ich hatte einen Nervenzusammenbruch, ich habe sonst schon psychische Probleme. Ich bin seit 10 Jahren in Behandlung und das war für mich eigentlich, ja, nervlich fast nicht zu ertragen. Ich hatte hier einen Wutausbruch, ich habe Sachen kurz und klein gehauen in meiner Wohnung, die ich eigentlich brauche. Also völlig aus dem Konzept herausgerissen worden durch diesen Einsatz, oder wie man dem sagen kann. Das war für mich sehr schwer zu ertragen. Das hat auch rechte Wunden aufgerissen von früher. Es sind wirklich, als müsste ich das jetzt wirklich noch einmal erleben, was mit mir passiert ist. Ich habe das auch schon als Kind mit der Polizei erleben müssen, so weggerissen worden von den Eltern. Und ja, das ist mir recht schlecht gegangen dabei.» (Interview 8.1, Pos. 59-67; 80-81)*

Eine andere befragte Person erfuhr nach einem einzigen Gespräch mit der abklärenden Person beim anschliessenden ersten Gespräch mit der verfahrensleitenden Person der KESB, dass diese eine superprovisorische Platzierung ihrer Kinder angeordnet hatte und die Kinder während des Gesprächs zu Hause ihre Sachen packten. Die befragte Person war durch das Vorgehen der KESB schockiert. Aus ihrer Sicht machten die Kinder Aussagen, die nicht der Wahrheit entsprechen. Sie hätte sich eine gemeinsame Klärung der divergierenden Aussagen und eine einvernehmliche Lösung gewünscht. Bei allen vier Fällen mit Sofortintervention ging es den befragten Personen danach so schlecht, dass sie mindestens vorübergehend (zusätzliche) psychotherapeutische oder psychiatrische Unterstützung benötigten und bei einer Person ein mehrmonatiger stationärer Aufenthalt in einer psychiatrischen Klinik folgte.

Ein behördliches Handeln mit Sofortinterventionen (vorsorglichen Massnahmen) der KESB bedeutete für die Betroffenen in den Interviews ein plötzlicher, unerwarteter Eingriff, der nicht nur mit einer Einschränkung ihrer Rechte verbunden war, sondern oft die ganze Lebenssituation der Familie unmittelbar und erheblich veränderte, weil das Kind meistens ausserfamiliär platziert wurde. Für die betroffenen Eltern stellte dies ein Kontrollverlust dar, der von den meisten betroffenen Eltern als traumatisierend beschrieben wurde. Wenn dieser Einsatz von einem Polizeieinsatz begleitet wurde, war die Wirkung oft noch stärker. Bei Eltern, die als Kind Traumatisierungen durch

Sofortinterventionen der Vormundschaftsbehörden erlitten hatten, bewirkte die Sofortintervention, dass die traumatischen Kindheitserlebnisse in Erinnerung gerufen und ihr Zustand dadurch erheblich beeinträchtigt wurde.

Für die befragten Eltern wäre es wichtig gewesen, dass weniger schnell gehandelt worden wäre und die Notwendigkeit der Sofortmassnahme durch die KESB mit ihnen besprochen und besser geprüft worden wären. Die in einem Interview geschilderte Sofortintervention, über die der befragte Elternteil vorgängig informiert wurde und die für diese Person nachvollziehbar war, wirkte nicht traumatisierend. Leider konnten mit einer Ausnahme keine Jugendlichen interviewt werden, wie sie die Sofortintervention erlebten. Die jugendliche Person wollte im Interview nicht über die Sofortintervention reden, sagte einzig, dass sie bei der Sofortintervention, die mit einer Platzierung verbunden war, nicht nach ihrer Meinung gefragt wurde.

#### *Eltern prozedurale Gerechtigkeit allgemein*

Die Mehrheit der befragten Eltern, insbesondere diejenigen, bei denen keine Sofortinterventionen erfolgten, findet, sie seien gut in das Verfahren einbezogen worden. Die Anzahl Kontakte mit der verfahrensleitenden Person der KESB war je nach Art des Verfahrens sehr unterschiedlich und variierte von einem bis vier persönliche Gespräche, keinem bis mehrere Telefonate, und je nachdem auch mehrere E-Mails. Die meisten Eltern erhielten nach Meldungseingang einen Brief von der KESB, in welchem sie informiert wurden, dass der externe Abklärungsdienst mit einer Abklärung beauftragt wurde. Das erste Gespräch mit der verfahrensleitenden Person erfolgt bei vielen Verfahren nach Abschluss der Abklärung, im Rahmen der Anhörung, d.h. oft einige Monate nach der Verfahrenseröffnung. Mehrere der befragten Personen gaben an, dass bei ihnen keine Abklärung durch eine externe Stelle durchgeführt wurde und sie nur den Kontakt mit der verfahrensleitenden Person der KESB hatten, bevor die KESB eine Entscheidung traf und das Verfahren abschloss. In diesen Fällen erfolgte der persönliche Kontakt mit der verfahrensleitenden Person bereits zu einem früheren Zeitpunkt im Verfahren.

Das Vorgehen der verfahrensleitenden Person der KESB wird mit wenigen Ausnahmen als gut nachvollziehbar, unkompliziert, partizipativ und in einem Fall als unkonventionell beschrieben. Mehrere Eltern äusserten, dass die KESB entweder gar nicht entschieden hätten (obwohl im Interview geklärt werden konnte, dass sie das nachweislich taten) oder dass die KESB das entschieden hätten, was sie als Eltern selbst wollten. Viele Eltern beschrieben, dass die Zusammenarbeit mit der KESB Hand in Hand erfolgte. Eltern beschrieben ebenfalls mehrheitlich, dass die verfahrensleitende Person der KESB über die wichtigen und korrekten Informationen verfügte und diese für den Entscheid berücksichtigte.

Es gab aber auch negative Äusserungen von Eltern. So bemängelten einzelne Eltern, dass sie das Vorgehen und die vorgeschlagenen Massnahmen der KESB schlecht nachvollziehen konnten, was sie erheblich belastete (siehe vorgängig zu Sofortinterventionen). Das behördliche Verfahren wird vereinzelt als «Mühle» oder «Rattenschwanz» bezeichnet, welches zu kompliziert und zu bürokratisch sei. Eine interviewte Person äusserte, dass sie sich gewünscht hätte, dass die KESB mehr Druck auf das eigene Kind ausgeübt hätte.

Bemängelt wurde von einer Person ebenfalls, dass während des Verfahrens nie ein Hausbesuch gemacht wurde, weder durch die KESB noch durch die spätere Beistandsperson (eine externe Abklärung gab es nicht). Erst eine Familienbegleitperson machte zu einem späteren Zeitpunkt einmal einen Hausbesuch im Rahmen der Umsetzung einer Kindesschutzmassnahme für das Kind im Vorschulalter. Die interviewte Person gab zu bedenken, dass das Kind vor der elterlichen Trennung erheblichen Unfallgefahren ausgesetzt war, sie als Hauptbetreuungsperson bis vor einigen Jahren heroinabhängig war und das Heroin zum Zeitpunkt des Interviews durch Methadon substituierte. Diese interviewte Person fand, dass sie selbst damit Risiken für eine Kindeswohlgefährdung aufweise und es aus diesem Grund bevorzugt hätte, wenn ein Hausbesuch stattgefunden hätte. Die befragte Person forderte eine Regel, dass immer ein Hausbesuch gemacht werden müsse, bevor die KESB eine Entscheidung trifft.

*Personelle Konstanz und Single Point of Contact bei der KESB:* Es fällt auf, dass die befragten Eltern, auch bei mehreren Verfahren vor der KESB, praktisch durchwegs dieselbe Verfahrensleiterin/denselben Verfahrensleiter und damit immer eine konstante Ansprechperson hatten. Dies steht im Gegensatz zu Erzählungen von einigen interviewten Eltern, dass die Abklärungs- und Beistandspersonen bei mehreren Verfahren oder bei einer längeren Massnahmendauer oft wechselten. Ob die Konstanz bei den verfahrensleitenden Personen auf eine grundsätzlich hohe personelle Konstanz innerhalb der KESB hindeutet, oder ob sie Ausdruck einer im Sample begründeten Verzerrung ist, weil sich möglicherweise eher Verfahrensleitende für die Vermittlung von Interviewpartner\*innen zur Verfügung gestellt hatten, die diese Tätigkeit seit mehreren Jahren ausüben, kann hier nicht beantwortet werden. Neben der persönlichen Konstanz der verfahrensleitenden Person äusserten die befragten Eltern, dass für sie immer eine spezifische *Ansprechperson* bei der KESB definiert war (Single Point of Contact (SPOC)). Zudem äusserten sie, dass sie einen direkten Zugang zur verfahrensleitenden Person hatten (z.B. direkte Telefonnummern), also zu derjenigen Person, die den Verlauf und Ausgang des Verfahrens massgeblich prägte.

*Abklärung und Mandatsführung:* In Bezug auf das Vorgehen durch die abklärende Person wurde insbesondere die Möglichkeit, den Abklärungsbericht zu lesen und mündlich zu besprechen, bevor er

der KESB zugestellt wird, von den Eltern als sehr wichtig bezeichnet. Dadurch konnten inhaltliche Fehler, wie z.B. nachweislich falsche Zusammenfassungen von Sachverhalten oder falsche personenbezogene Daten, korrigiert und Fragen geklärt werden. Die Möglichkeit der Fehlerkorrektur war den Eltern umso wichtiger, weil im Entscheid der KESB viele Textpassagen aus dem Abklärungsbericht fast wörtlich übernommen wurden. Als weiteren Vorzug nannten die Eltern, dass man den Inhalt vor der Anhörung bei der KESB bereits psychisch verarbeiten könne. Eltern schätzten es auch, wenn sie nach ihrer Meinung zu den Empfehlungen im Abklärungsbericht gefragt wurden.

Bemängelt wurde von einzelnen Eltern, dass Absprachen über die Informationsweitergabe an Drittpersonen durch die abklärende Person nicht eingehalten wurden.

Ebenfalls bemängelt wurde von einer interviewten Person, dass sie nur ungenügend in die Mandatsführung einbezogen und bei der Vereinbarung von Gesprächsterminen teilweise nicht auf ihre Möglichkeiten Rücksicht genommen wurde.

In zwei Fällen berichten Eltern darüber, dass die KESB ihnen gegenüber indirekt kommunizierte, dass sie mit der Qualität der Abklärung und des Abklärungsberichts nicht zufrieden war und weitere Abklärungen teilweise in der Folge selbst machte.

*«B: [Die verfahrensleitende Person] hat mittlerweile auch verstanden, wie ich ticke und dass diese Wahrnehmung wirklich auseinander geht und dass da Fehler gemacht worden sind.*

*I: Hat die [verfahrensleitende Person] das Wort «Fehler» auch in den Mund genommen oder interpretieren Sie das so, oder ist das ein Begriff, der auch von der KESB so geäußert worden ist?*

*B: Ja, einfach so in einem persönlichen Gespräch, nicht in einem offiziellen Gespräch. Es steht nirgends in einem Protokoll drinnen und ganz sicher ist es auch meine Interpretation. Aber es sind wirklich gewisse Sachen zugestanden worden, die nicht optimal gelaufen sind, sagen wir es einmal so.*

*I: Können Sie mir das noch sagen, was hat die KESB geäußert, wo sie das Gefühl hatte, würde sie heute vielleicht anders machen?*

*B: Also, sie haben auch aufgrund meiner Reaktion, als mir der Entscheid mitgeteilt wurde, haben sie gesehen, dass [der Abklärungsdienst] eigentlich ganz ein anderes Bild von mir gezeichnet hat, als ich mich dort bei diesem Entscheid verhalten habe. Und aufgrund dessen hat die KESB dann weitere Abklärungen selbst in die Hand genommen und nicht mehr Sachen [an den Abklärungsdienst] gegeben. Und das ist deutlich genug und da hat [die verfahrensleitende Person] auch ganz klar gesagt, dass das für Sie eine Diskrepanz war, dass sie fand, sie wolle das Weitere selbst in die Finger nehmen und wirklich wissen, was Sache ist. (Interview 10.1, Pos. 110-119)*

### *Jugendliche und Eltern - Dauer des Verfahrens*

Von den jugendlichen Befragten nannte nur eine Person, dass es für sie belastend war, dass sie lange auf den Entscheid der KESB warten musste. Die anderen Jugendlichen äusserten sich nicht negativ zur Dauer des Verfahrens.

Einige der befragten Eltern bezeichneten die Dauer des Verfahrens als zu lange. Sie bezogen sich teilweise aber auf frühere Verfahren, die auf die Anfänge der KESB zurückgehen und bei denen eine starke Überlastung der KESB und der Abklärungsdienste bestand. Einige der Verzögerungen waren insbesondere einer langen Dauer der externen Abklärung zuzuschreiben. Trotzdem wurde der zeitliche Faktor als wichtig bezeichnet: Die Zeit bis eine Entscheidung der KESB vorliegt wird von den Eltern als grosse Belastungen wahrgenommen. Ebenfalls wurde von mehreren befragten Personen geschildert, dass die Installierung von Hilfen zum Schutz des Kindes nach einem Entscheid der KESB, beispielsweise im Rahmen einer Beistandschaft, teilweise viele Monate, in einem Fall bis zu einem Jahr, dauerte.

Von wenigen Eltern wurde hingegen gelobt, dass die KESB rasch entschieden habe.

### **6.2.4 Ergebnisgerechtigkeit**

Unter der Kategorie Ergebnisgerechtigkeit wird beschrieben, wie der Entscheid für die Betroffenen war, wie sie die Eingriffsstärke und die erfolgten Hilfen einschätzen, inwiefern sie den Entscheid nachvollziehen konnten und inwiefern sie mit diesem einverstanden waren. Aus den Aussagen einiger Eltern ging hervor, dass die finanziellen Aspekte des Verfahrens ein wichtiges Thema für sie ist. Aus diesem Grund wurde es im Laufe der Erhebungsphase als zusätzliche Kategorie aufgenommen.

### *Jugendliche Ergebnisgerechtigkeit*

Der definitive Entscheid der KESB wurde den befragten Jugendlichen meistens durch die Eltern mitgeteilt. Die meisten Jugendlichen waren einverstanden mit dem Entscheid oder akzeptierten diesen zumindest, auch wenn er direkte Auswirkungen auf ihr Leben hatte, weil er beispielsweise mit einer ausserfamiliären Platzierung verbunden war.

*«Ja, ich kann [den Entscheid der KESB] schon auch nachvollziehen, aber es ist halt einfach manchmal ein bisschen schwierig.» (Interview 5.3, Pos. 162-171)*

Einige Jugendliche waren insbesondere erleichtert, wenn keine ausserfamiliäre Platzierung erfolgte. Gleichzeitig stellt die Tatsache, dass eine angeordnete Massnahmen der KESB mit einem gewissen Zwang verbunden ist und diese nicht einfach nach eigenem Willen wieder aufgehoben werden kann,

auch eine gewisse Belastung für die Jugendlichen war. Diese Wahrnehmung trat vor allem bei Jugendlichen auf, bei denen die Eltern sich durch die angeordnete Kinderschutzmassnahme gestresst fühlten.

Einige Entscheidungen der KESB und auch einvernehmlich vereinbarte Hilfen ohne behördliche Anordnung hatten erhebliche Auswirkungen auf das Leben der Jugendlichen. Eine jugendliche Person äusserte Traurigkeit, dass sie die Schule wechseln musste, eine andere Person sagte, dass sie aufgrund der ausserfamiliären Platzierung zwei Zuhause hätte. Oft waren die Jugendlichen aufgrund der Schutzmassnahmen diejenigen, die eine komplette Veränderung ihrer Lebensumstände in Kauf nehmen mussten und damit die grössten Folgen zu tragen hatten:

*«Ja. Zuerst halt traurig so. Ich war zuerst traurig. Ja, weil es halt eine Veränderung hat von der Schule und so. [...] Ich war froh, dass es vorbei war. Am schlimmsten, ja und jetzt bin ich froh, dass ich in dieser Schule bin.» (Interview 1.3, Pos. 72-79)*

Bei ausserfamiliären Platzierungen nannten die interviewten Jugendlichen neben der Distanz zu den Herkunftseltern auch Haustiere, die sie vermissten und gerne im Alltag bei sich hätten. Eine jugendliche Person bezeichnete die Tatsache, dass sie ihr Haustier nicht an den Platzierungsort mitnehmen konnte, als das Schlimmste in Zusammenhang mit dem Verfahren vor der KESB. Diesbezüglich ergänzte sie, dass die KESB sich aus ihrer Sicht ernsthaft bemühte, dieses Anliegen zu berücksichtigen, dieses jedoch bei der Umsetzung schlussendlich nicht gelang. Eine jugendliche Person schilderte den Eindruck, dass die Situation für sie durch das Verfahren vor der KESB noch schlimmer geworden sei, und in diesem Sinne nicht wirklich ihrem Wohl gedient habe, weil die Eltern seit der Verfahrenseröffnung und der anschliessend angeordneten ambulanten Massnahme emotional noch mehr gestresst seien.

Es gab auch Jugendliche, die im Interview zum Ausdruck brachten, dass der Entscheid für eine Beistandschaft für sie geringe Bedeutung habe und sie im Alltag davon nicht viel merkten. Sie hätten die Beistandsperson kaum gesehen und würden teilweise auch nicht wirklich verstehen, welche Aufgabe die Beistandsperson genau hat.

Für die meisten Jugendlichen war der Entscheid schlussendlich nicht überraschend. Er wurde bereits in Gesprächen angetönt und die Jugendlichen hatten vom angedachten Entscheid erfahren, sei es durch eine Anhörung bei der KESB oder durch die Eltern oder durch andere Fachpersonen.

Gewisse Jugendliche äusserten, dass sie sich zum damaligen Zeitpunkt einen anderen Entscheid gewünscht hätten. Eine jugendliche Person reagierte während der Anhörung nach eigenen Angaben

mit Zittern, weil der Entscheid über die Massnahme bevorstand. Die meisten akzeptierten den Entscheid, weil sie dachten, dass dieser die bessere Lösung für sie darstellte:

*«Ich wollte ja nicht, aber ich habe schon gewusst, dass es so besser wird, aber diese Beziehung zwischen mir und [Elternteil]. Ich wusste das schon und obwohl es schwierig war zum Akzeptieren. Ich musste ja halt.» (Interview 4.2, Pos. 134-147)*

Eine jugendliche Person äusserte, dass sie im Moment selbst mit den Entscheiden der KESB oft nicht einverstanden gewesen sei, im Nachhinein aber froh sei, dass die KESB so entschieden habe, denn die Entscheidungen hätten sie auch weitergebracht. Sie äusserte auch, dass sie froh sei, dass die KESB die Verfahren weiterführte oder bei Bedarf wieder aufnahm, auch wenn Massnahmen wiederholt gescheitert waren und sie sich zum damaligen Zeitpunkt unkooperativ verhalten hatte.

#### *Eltern Ergebnisgerechtigkeit*

Der Entscheid der KESB wurde von den meisten der befragten Eltern gutgeheissen oder zumindest akzeptiert. Einzelne der befragten Eltern äusserten Erleichterung über die Massnahmen der KESB. Sie empfanden diese als Entlastung und Erleichterung, auch wenn sie mit direkten, teilweise auch negativen, Auswirkungen auf das Familienleben verbunden waren.

*«B: Aber man ist erleichtert, dass man nicht mehr allein dasteht, handkehrum hat es rechte Auswirkungen trotzdem auf das Familienleben und so. [...]*

*I: Wollen Sie das noch beschreiben diese Auswirkungen auf die Familie?*

*B: Die Auswirkungen auf die Familie ist mittlerweile, wir haben bis im [Monatsangabe] alle zusammengewohnt, mittlerweile wohnen wir alle getrennt. Das ist für mich sehr hart. Ich meine ja es sind trotzdem meine Kinder.» (Interview 3.1, Pos. 47-49)*

Eltern berichteten von grosser Angst vor dem Entscheid, wenn im Abklärungsbericht eine Empfehlung für eine Massnahme gemacht wurde, die sie selbst nicht guthiessen, oder wenn eine ausserfamiliäre Platzierung im Raum stand. Das persönliche Gespräch im Rahmen der Anhörung der Eltern vor der KESB brachte hier meistens bereits eine Klärung und für viele Eltern eine Entlastung, auch wenn der definitive Entscheid erst später gefällt und schriftlich kommuniziert wurde. Vereinzelt nahmen die Eltern den Entscheid der KESB, keine Massnahme anzuordnen, auch als Freispruch wahr, weil sie sich zuvor als «Angeklagte» gefühlt hatten. Der schriftliche Entscheid hat für viele Eltern schlussendlich nur noch formalen Charakter und ist kaum von Bedeutung. So wird er manchmal von den Betroffenen auch gar nicht gelesen.

Mehrere Eltern fanden das Verfahren mit der KESB und den Entscheid schwierig und sagten trotzdem, dass der Entscheid insgesamt angemessen war und dass er der Situation der Familie gerecht werde. Die Komplexität der Situation sei von der KESB erkannt und berücksichtigt worden und der Entscheid hätte die Kinder gestützt.

Eine befragte Person fand, die Informationen der Kinder seien einseitig und zu stark berücksichtigt worden. Verschiedene Familien äusserten den Eindruck, dass insbesondere bei der Abklärung persönliche Werte und Normen sowie auch biografische Erfahrungen der Abklärungspersonen in die Einschätzung der familiären Situation einfließen. Eltern fühlten sich dadurch teilweise kategorisiert oder vorverurteilt:

*«Ich habe eine Frage am Schluss, eine grosse Frage gestellt, auch dieser Abklärungsperson: Warum so viele Menschen denken, sie können den anderen überstülpen, was jetzt richtig und was falsch ist im Leben. Ich bin da sehr offen. Jeder darf so leben, wie er will, innerhalb eines Rahmens, ohne dass es Verletzte gibt oder Beschädigungen. Oder, wer sagt mir, was ist richtig in der Kindererziehung? Das ist ganz schwierig. Das sind nachher so Normen, die nicht einmal vielleicht sachlich begründet sind, sondern sehr viel hängt mit der Person zusammen, die darin steckt. Sie hat auch einen Rucksack, den sie mitnimmt, der ganz sicher auch wirkt - ja, die brauchen Hilfe, nein, die schaffen das. Also dort vielleicht ein bisschen mehr Sachlichkeit. Einfach die emotionale Ebene ein bisschen weglassen vor einem selbst, vor den eigenen Schicksalen.» (Interview 2.1, Pos. 266-269)*

Obwohl viele der befragten Eltern die angeordnete Massnahme der KESB grundsätzlich akzeptierten, würden es einige von ihnen bevorzugen, dass es keine Massnahme gäbe. Eine Beistandschaft stellt für viele Eltern eine dauerhafte Bedrohung dar, eine Einmischung in das Familienleben. Die befragten Eltern hatten teilweise auch den Eindruck, im Rahmen der Beistandschaft ständig beurteilt zu werden. Die beiden folgenden Zitate verdeutlichen dies:

*«Also einfach diese Rechenschaftspflicht, dass jemand uns da weiss wie hineinschaut und urteilt ständig. Und wir da so ein bisschen, so wie ein Seiltanz ist. Also es ist auch ganz klar ein Zeigefinger, es darf nichts mehr vorkommen, es darf nichts. Oder. Die Angst, dass [Kind] fremdplatziert würde, war gross.» (Interview 9.2, Pos. 109)*

*«Und die KESB stellt halt immer eine Bedrohung dar. Das ist jemand, der einem ins Leben hineinredet. Wo man denkt, haben Sie das Recht dazu überhaupt?» (Interview 2.1, Pos. 266-269)*

Einzelne Eltern äusserten aber auch den Wunsch, dass die KESB in ihrem Fall stärkere Massnahmen angeordnet hätte. So schilderte eine interviewte Person, dass sie bei der KESB den Antrag um Entzug



des Sorgerechts einreichte, weil sie mit dem Kind überfordert war und die Verantwortung nicht mehr tragen wollte. Sie äusserte sich enttäuscht darüber, dass die KESB diesen Antrag ablehnte und sie weiterhin das Sorgerecht innehatte:

*«Also ich habe, als ich hörte, es wird über die KESB noch laufen, habe ich ein bisschen Angst gekriegt, weil man hört ja viel Schlechtes über die KESB. Aber ich habe eigentlich nichts Schlechtes über die KESB. Weil, sie waren wirklich einfach nur beratend in dieser Zeit. Das Einzige, das mich gestört hat, damals, war, dass sie mir das Sorgerecht nicht - ich bin dann ein bisschen ausgeflippt - dass sie mir das Sorgerecht nicht weggenommen haben damals. Weil, es war mein Wunsch. Und ist es noch heute, ich wäre wahrscheinlich wohler. Und da bin ich ein bisschen ausgeflippt und habe ihnen gesagt, ja muss ich zuerst irgendein Burnout oder in eine Psychiatrie eingeliefert werden, bevor irgendetwas passiert? Weil ich einfach, ich war am Boden gewesen. Ich konnte nicht mehr. Ich hatte das Gefühl, schaut ihr jetzt, ich kann gar nicht mehr.» (Interview 5.1, Pos. 68-69)*

Eine andere befragte Person hatte den Eindruck, die KESB prüfe die Subsidiarität genau und versuche möglichst keine Massnahmen zu errichten, teilweise aus finanziellen Gründen. Eine Beistandschaft sei in ihrem Fall nur errichtet worden, weil sie das verlangt habe. Und die Weiterführung der zu Beginn angeordneten ambulanten Hilfe sei abgelehnt worden, weil sie aus Sicht der KESB nicht mehr dringend nötig war. Die Hilfe müsse jetzt durch den Sozialdienst als «freiwillige Massnahme» laufen. In diesem Zusammenhang wurde auch ein finanzieller Druck der KESB vermutet, der dazu führe, dass die KESB möglichst wenig Massnahmen anordnet:

*«B: Was ich zum Teil jetzt noch nicht verstehe, man merkt immer wieder es geht ums Geld. Das merkt man schon. Also, ich glaube, wenn so wie ein Fall wie jetzt, wo, wie soll ich sagen, wo es eigentlich dem Kind gut geht und trotzdem halt viel passiert ist und Sicherheit und eben nicht sicher war, habe ich eher das Gefühl, sie versuchen dort alles, dass sie, also, dass man es anders lösen kann, ohne KESB. Das ist ein Gefühl, das mich täuschen kann. Ich bin, ich habe sonst sehr positive Erfahrungen mit der KESB allgemein. Aber dort dünkt es mich manchmal, sie tun dort eben jetzt, es ist jetzt, bei uns wäre es noch um eine Verlängerung gegangen, dass man [die sozialpädagogische Familienbegleitung] noch länger behalten könnte und dann fanden sie, es reiche jetzt, also uns gebe es gut und so. Und also das Sozialamt bezahlt das jetzt, weil sie es einfach auch gut finden. [...]*

*I: Also haben Sie das Gefühl die KESB ist unter Spardruck oder will Geld sparen?*

*B: Ja, das Gefühl habe ich sehr. Ja, das Gefühl habe ich schon.» (Interview 6.2, Pos. 19-23)*

Einzelne Eltern hatten den Eindruck, die KESB sei instrumentalisiert worden und die Gemeinde hätte durch einen Schulausschluss die Verantwortung und die Finanzierung des heilpädagogischen Zusatzunterrichts für ihr Kind abgeben wollen.

Positiv gelobt wurde in diesem Zusammenhang von den Eltern, dass die KESB in ihrem Fall nicht die billigste, sondern die beste Lösung für das Kind anstrebte und sich dafür einsetzte, dass diese finanziert werden konnte. Der Wechsel in eine Privatschule blieb jedoch eine finanzielle Mehrbelastung für die Eltern, obwohl sie staatliche finanzielle Hilfe erhielten. Ein Elternteil beschreibt seine Wahrnehmung wie folgt:

*«Mit der Meldung an die KESB ist es eigentlich darum gegangen, dass [unser Kind] weggeht von der Schule und dass aber die Schule selbst nicht die Kosten übernehmen muss für eine neue Schullösung. [...] Und wir, die das System kennen oder so irgendwie, eigentlich ist es wieder ein Abschieben von Verantwortung, die an einem anderen Ort liegen würde, auch die finanzielle, in einen anderen Topf. Und das ist das, was den Groll bei mir persönlich auslöst vom System.» (Interview 1.1, Pos. 45)*

#### *Finanzielle Belastung durch Elternbeiträge*

Einer der grössten Kritikpunkte für einige befragte Eltern in Zusammenhang mit Ergebnissgerechtigkeit waren die Elternbeiträge, die die KESB ihnen zur Mitfinanzierung der Massnahmenkosten in Rechnung stellt. Die Bemessung der Elternbeiträge ist einkommensabhängig und betrifft deshalb primär erwerbstätige Eltern. Eltern bemängelten in den Interviews mehrfach, dass sie während des Verfahrens vor der KESB nie darüber informiert wurden, dass sie Elternbeiträge zu entrichten hätten und dass auch die Höhe der Beiträge nicht kommuniziert worden sei. Die Höhe der Elternbeiträge stellt eine erhebliche finanzielle Belastung für einige der befragten Eltern dar und ist ein Grund für eine grosse Unzufriedenheit und negative Äusserungen über die KESB. Gewisse Eltern schildern zudem, dass der Prozess der Berechnung der Elternbeiträge für sie Fragen aufwirft. So schilderte eine Familie, dass sie nach der ersten Berechnung monatliche Elternbeiträge von über CHF 1'000.- hätte bezahlen müssen, und dass diese nach mehrfachen Telefonaten, Gesprächen und der zusätzlichen Belegung der finanziellen Ausgaben auf etwas mehr als hundert Franken reduziert wurden. Auch wurde von einer Person kritisiert, dass ihnen rückwirkend für mehrere Monate Elternbeiträge in Rechnung gestellt wurden, obwohl die Leistungen, für die eine Rechnung gestellt wurde, noch gar nicht effektiv erbracht worden waren. Mehrere Eltern beschrieben, dass sie ihren Lebensstandard durch die Kindesschutzmassnahme massiv einschränken mussten und sich insbesondere bei ausserfamiliären Platzierungen als doppelte Verlierer\*innen fühlten – die Kinder lebten nicht mehr bei ihnen und gleichzeitig mussten sie ihren Lebensstandard aufgrund hoher Elternbeiträge einschränken.

Die Unzufriedenheit der Eltern über hohe Elternbeiträge und den Prozess der Kostenberechnung zeigen die beiden folgenden Zitate beispielhaft:

«Finanzieller Einbruch, ja. Finanziell ist man am Arsch auf Deutsch gesagt. [...] Und dort bin ich jetzt im Moment halt schon ein bisschen am Kämpfen. Weil, jetzt geht es mir ans Lebendige und das sehe ich irgendwie nicht so ein. Weil, ich arbeite recht streng, oder. Wenn ich mein Fleisch, oder mein Auto nicht mehr zahlen kann, dann hört es bei mir auf.» (Interview 3.1, Pos. 47-49)

«Ganz schwierig und unfair empfinde ich den Prozess dieser Kostenberechnung. [...] Und dann wurde diese Berechnung gemacht und es war einfach so ein Hammer, weil die Zahl so unglaublich hoch war.» (Interview 9.1, T. II, Pos. 13-15)

### 6.2.5 Gesamthafte Gerechtigkeitswahrnehmung

Obwohl im ersten Teil der Interviews die vier Gerechtigkeitsaspekte thematisiert wurden, wurden die Begriffe *Gerechtigkeit* und *Fairness* erst für eine gesamthafte Gerechtigkeitseinschätzung explizit in der Frageformulierung verwendet. Gefragt wurden die Interviewpartner\*innen, inwiefern sie das Verfahren vor der KESB insgesamt als fair oder gerecht empfanden. In den Interviews wurde eine Skalierungsfrage (0 - 10) gestellt mit der Möglichkeit, sich ausführlich dazu zu äussern. Ich nahm bei der Datenanalyse die folgende Einteilung in drei Gruppen *ungerecht* (Werte von 0 – 4 auf der Skala), *ambivalent* (Werte von 5 – 7 auf der Skala) und *gerecht* (Werte von 8 – 10 auf der Skala) vor. Die nachfolgende Tabelle stellt das Ergebnis als Übersicht dar.

Insgesamte Gerechtigkeitswahrnehmung	Ungerecht (0-4)	Ambivalent (5-7)	Gerecht (8-10)
Jugendliche	0	6	2
Eltern	2	4	7
Total	2	10	9

Tabelle 7: Übersicht über die *insgesamte Gerechtigkeitswahrnehmung* durch Jugendliche und Eltern

#### *Jugendliche insgesamt Gerechtigkeitswahrnehmung*

Wie die Tabelle oben zeigt, waren die befragten Jugendlichen bei der Einschätzung der Gerechtigkeit des Verfahrens vor der KESB mit zwei Ausnahmen alle *ambivalent*. Die Jugendlichen begründeten dies damit, dass sie diejenigen waren, die die Konsequenzen tragen mussten, beispielsweise durch einen Schulwechsel oder einen stationären Aufenthalt in einem Heim, Internat oder einer Pflegefamilie; oder dass sie beispielsweise das Haustier nicht an den Platzierungsort mitnehmen konnten. Bei einigen Antworten konnten die Jugendlichen nicht sagen, was der Grund für die Einschätzung war. Einige konnten auch nicht benennen, was hätte getan werden können, damit sie das Verfahren als gerechter eingeschätzt hätten. Andere Jugendliche begründeten die

Gerechtigkeitseinschätzung damit, dass die KESB eine Entscheidung traf, die sie eigentlich im Moment nicht wollten und sie im Nachhinein jedoch finden, dass diese ihnen auch geholfen hat, wie die beiden folgenden Zitate zeigen:

*«Nein, weil, ich hätte es lieber, wenn ich in der Schule geblieben wäre. Also in diesem Moment dann. Dass sie vielleicht eine andere Lösung gefunden hätten, damit ich hier hätte bleiben können in der Schule. Aber das habe ich dann auch eingesehen, dass es eben nicht geht. Und darum war es dann/ Also jetzt bin ich froh, dass es so war. Aber dann, zu diesem Zeitpunkt hatte ich das Gefühl, ach, wie ungerecht.» (Interview 1.3, Pos. 96-107)*

*«Also, ich denke, das hatte schon seine Gründe. Aber so, dass ich in eine [Familie] geben musste, irgendwie war es schon nötig, aber irgendwie auch nicht.» (Interview 4.2, Pos. 209-215)*

Eine jugendliche Person äusserte, dass sie es nicht gerecht fand, dass sie während der ausserfamiliären Platzierung nicht Ferien mit den Herkunftseltern machen durfte.

Die Aussagen der Jugendlichen bringen vielschichtige Ambivalenzen zum Vorschein. Durch das Verfahren und den Zwang der behördlichen Intervention gab es gewisse Aspekte im Leben der Jugendlichen, die sich verbesserten. Gleichzeitig stellten die Folgen der Massnahmen oft auch neue Belastungen dar. Wenn die Gründe für das Einschalten der KESB im familiären Alltag lagen, dann begrüsst es mehrere Jugendliche, wenn die Abklärungsperson oder die KESB gegenüber ihren Eltern deutlich Stellung bezog, inwiefern das elterliche Verhalten die Kinder gefährdete. Dies galt insbesondere dann, wenn damit auch klare Verhaltenserwartungen an die Eltern kommuniziert wurden, wie beispielsweise, dass die Eltern bei Anwesenheit der Kinder nicht streiten. Gleichzeitig äusserten gewisse Jugendliche, dass ihnen die behördliche Intervention zu viel sei, sie keine Gespräche mit Fachpersonen mehr haben möchten, und das Verfahren und die Kinderschutzmassnahme bisher nicht wirklich zu einer merklichen Verbesserung der familiären Situation geführt habe. Wenn die KESB ambulante Massnahmen angeordnet hatte, nannten die befragten Jugendlichen als Begründung für ihre Ambivalenz vereinzelt auch, dass sie den Stress der Eltern wahrnahmen, sei es in Zusammenhang mit finanziellen Belastungen durch Elternbeiträge oder durch die Pflicht, einer Beistandsperson oder einer anderen Fachperson Einblick in die familiären Schwierigkeiten zu geben und sich ein Stückweit kontrollieren zu lassen. Möglicherweise hängt die häufigste Einschätzung des Verfahrens als *ambivalent* auch damit zusammen, dass einzelne jugendliche Personen keine ausgeprägte Meinung zur Frage hatten und sich deshalb nicht klar positionieren wollten.

Das Verfahren wurde von keiner jugendlichen Person als ungerecht bezeichnet. Es gab keine jugendliche Person, die in den Interviews äusserte, dass man ihre Meinung oder ihren Willen gar nicht berücksichtigt habe oder dass ihr Wille gar nicht erhoben worden sei.

Die beiden Jugendlichen, die das Verfahren insgesamt als *gerecht* einschätzten, wiesen unterschiedliche Konstellationen auf. Eine der jugendlichen Personen war im Verfahren kaum involviert und dieses endete ohne angeordnete Massnahme der KESB. Die zweite jugendliche Person wirkte stark am Verfahren mit und die KESB ordnete eine ambulante Massnahme an. Da die Person jedoch unter der Woche bereits vor dem Verfahren nicht bei der Familie lebte, war sie von den familiären Problemen und den Auswirkungen der ambulanten Kindesschutzmassnahmen auf den Familienalltag nur beschränkt betroffen.

#### *Eltern insgesamt Gerechtigkeitswahrnehmung*

Von den befragten Eltern nahmen zwei das Verfahren vor der KESB insgesamt als *ungerecht* wahr. Bei beiden erfolgte durch die KESB eine Sofortintervention. Eine dieser beiden Personen war als Kind selbst durch die Vormundschaftsbehörde ausserfamiliär platziert worden und das Verfahren für ihr eigenes Kind reaktivierte negative Gefühle gegenüber der KESB und eine Sofortintervention mit Polizeieinsatz bewirkte, wie bereits in Kapitel 6.2.3 beschrieben, eine Reaktivierung traumatischer Kindheitserfahrungen. Bei der zweiten Person war eine aus ihrer Sicht einseitige Gewichtung von Aussagen der Kinder und die darauffolgende Sofortintervention der KESB ohne vorgängiges Gespräch mit ihr ausschlaggebend für die negative Gerechtigkeitseinschätzung. Beide Elternteile betonten, dass sie kooperativ mit der KESB zusammengearbeitet hätten und ihnen diese einvernehmliche, transparente Zusammenarbeit wichtig gewesen wäre und dass sie gerade deswegen die Intervention der KESB als unfair erachten. Obwohl die Eltern die KESB oft von anderen involvierten Stellen und Personen unterscheiden können, beeinflusst das Handeln beispielsweise der Abklärungs- und Beistandspersonen manchmal die Art und Weise, wie Eltern das Handeln der KESB wahrnehmen. Es kann so zu einer Vermischung der Wahrnehmung des Handelns verschiedener Stellen kommen. Dabei erzählen Eltern mehrheitlich von der *Institution* KESB und bei der Beistandsperson mehr von der *Person* und weniger von der Organisation, bei der diese angestellt ist. Das nachfolgende Beispiel zeigt exemplarisch, wie das Handeln der Beistandsperson in der Erzählung mit demjenigen der verfahrensleitenden Person der KESB zusammen gesehen wird:

*«Ich war ja bereit mit der KESB zusammen zu arbeiten, um für eine Lösung zu schauen was [mein Kind] betrifft. Und dass sie hinter meinem Rücken quasi diesen Entscheid gefällt hatten und mein Kind so bei mir zu Hause abholen kamen, trotz dem Wissen. Ich habe mich [der Beistandsperson meines Kindes] dann recht geöffnet und habe ihr erklärt,*

*dass ich Mühe habe mit der KESB. Ich habe ihr die Gründe erklärt und sie hat sich sehr verständnisvoll gezeigt. Hat mir gesagt, dass sie meine Geschichte kenne. Sie kenne [den Vater/ die Mutter], sie wisse, wie das abgelaufen war und sich/. Irgendwie kam es mir danach vor wie das Vertrauen erschleichen, für dass ich nachher ein Messer in den Rücken bekomme, und das mag ich gar nicht ertragen. Das ist etwas vom Schlimmsten, was man mir antun kann. Ja. Ich habe sehr Mühe mit Vertrauen und wenn man das einmal so zerstört, dann ist es fast unmöglich, dass ich mich noch einmal darauf einlassen kann.» (Interview 8.1, Pos. 119-121)*

Vier der befragten Eltern hatten eine *ambivalente* Einschätzung der Gerechtigkeit des Verfahrens. Diese Eltern nannten spezifische Aspekte, die die Wahrnehmung des Verfahrens insgesamt trübten. Dazu gehörten der grosse emotionale Stress, den das Verfahren bei den Eltern auslöste, finanzielle Belastungen, eine aus ihrer Sicht einseitige Problemeinschätzung und eine unangenehme Interaktion mit der verfahrensleitenden Person. Gleichzeitig nannten die Eltern auch positive Aspekte des Verfahrens, die schlussendlich die Ambivalenz bewirkten. So brachten mehrere Eltern trotz negativer Aspekte des Verfahrens auch Dankbarkeit zum Ausdruck und waren der Ansicht, dass die verfahrensleitende Person der KESB ihnen und ihrem Kind geholfen hat. Eine Person beschrieb eine deutliche Veränderung der Gerechtigkeitswahrnehmung im zeitlichen Verlauf des Verfahrens von anfänglich sehr ungerecht zu sehr gerecht.

Etwas mehr als die Hälfte (7 der 13) der Eltern empfand das Kinderschutzverfahren als *gerecht*, d.h. sie nannten Zahlen zwischen 8 und 10 auf einer Skala von 0 bis 10. Dazu gehörte auch eine Person, die als Kind selbst durch die frühere Vormundschaftsbehörde ausserfamiliär platziert worden war. Für diese Person bewirkte die Verfahrenseröffnung eine enorme Belastung und Reaktivierung von negativen Gefühlen aus der Kindheit und sie fühlte sich in Gesprächen mit der KESB vorverurteilt. Dass sie das Verfahren dennoch als gerecht einstufte, schrieb sie dem Umstand zu, dass die KESB Entscheidungen *kooperativ* fällte und ihr gegenüber *nachvollziehbar* begründete.

Als weitere Gründe, die die gesamthafte Gerechtigkeitswahrnehmung des Kinderschutzverfahrens *positiv* beeinflussten, nannten die Eltern, dass die KESB darauf verzichtete, eine Massnahme anzuordnen, dass die KESB die Lösungsvorschläge der Eltern unterstützte, dass die Einschätzung der KESB die Komplexität der Situation insgesamt erfasste und dass die KESB mindestens indirekt eigene «Fehler» im Vorgehen eingestand.

*Negativ* beeinflussten die Gerechtigkeitswahrnehmung aus Sicht der Eltern die hohe emotionale Belastung und Bedrohung, die das Verfahren auslöste, die hohen Kosten der Elternbeiträge, die Tatsache, dass die Massnahme der KESB, trotz intensiven Bemühungen, die Situation bei

Besuchsrechtsproblemen nicht massgeblich verbesserte und das Fehlen von Zugeständnissen von «Fehlern» im Handeln der KESB.

#### *Gesamthafte Gerechtigkeitswahrnehmung innerhalb der einzelnen Familien*

Es stellt sich nach der separaten Auswertung der gesamthaften Gerechtigkeitswahrnehmung der Jugendlichen und der Eltern die Frage, wie die insgesamt Gerechtigkeit innerhalb derselben Familie von verschiedenen Familienmitgliedern wahrgenommen wird. Von den 10 Familien konnte bei vier Familien nur ein Familienmitglied interviewt werden. Bei den anderen sechs Familien zeigen sich innerhalb der Familie sowohl unter den Erwachsenen als auch unter Geschwistern ähnliche, aber nicht vollständig übereinstimmende, gesamthafte Gerechtigkeitswahrnehmungen: Alle interviewten Mitglieder dieser Familien schätzten das Verfahren insgesamt entweder als gerecht oder ambivalent ein. Bei den beiden Eltern, die das Verfahren insgesamt als ungerecht einschätzten, konnte kein weiteres Familienmitglied, auch keines der Kinder interviewt werden.

Interessanterweise nennen die Familienmitglieder trotz ähnlicher insgesamt Gerechtigkeitseinschätzung innerhalb einer Familie jeweils unterschiedliche Aspekte als ausschlaggebend für die gesamthafte Gerechtigkeitseinschätzung.

### **6.3 Weitere Aspekte der Wahrnehmung des Kindesschutzverfahrens durch Jugendliche und Eltern**

#### **6.3.1 Information des sozialen Umfeldes über das Kindesschutzverfahren vor der KESB**

Unter dieser Kategorie wird beschrieben, inwiefern die Eltern und Jugendlichen mit anderen Personen ausserhalb der Kernfamilie darüber sprachen, dass eine Meldung an die KESB ging und die KESB ein Verfahren eröffnete.

#### *Jugendliche - Information des sozialen Umfelds*

Drei der fünf interviewten männlichen Jugendlichen, sprachen mit niemandem ausser ihren Eltern darüber, dass es ein Verfahren für sie vor der KESB gab. Einzig ein männlicher Jugendlicher berichtete, dass er mit einem guten Freund darüber sprach. Beim fünften männlichen Jugendlichen wurde die Frage nicht gestellt. Als Gründe für das Nicht-Reden über das Verfahren im privaten Umfeld ausserhalb der engsten Familie nannten die männlichen Jugendlichen, dass sie nicht wollten, dass danach Gerüchte über sie verbreitet würden. Das folgende Zitat zeigt dies beispielhaft auf:

*«I: Hast du mit jemandem ausserhalb deiner Mutter, deinem Vater oder deinem Bruder darüber gesprochen, was mit der KESB, dass diese Abklärungen laufen?*

*B: Nein.*

*I: Hast du das für dich behalten.*

*B: Ja.*

*I: Wieso hast du das für dich behalten?*

*B: Weil ich weiss, dass danach schnell herumgezählt wird.*

*I: Was wäre denn erzählt worden?*

*B: Dass ich ganz weit wegkomme.*

*I: Ah.*

*B: Das weiss ich, das hätte jemand herumgezählt.» (Interview 2.2, Pos. 147-157)*

Ein anderer männlicher Jugendlicher sagte, wenn man mit der KESB zu tun habe, sei man ein Problemfall und er hätte gegen aussen nicht zeigen wollen, dass er ein Problemfall sei; er habe als normal angeschaut werden wollen. Er habe aber mit dem Psychiater darüber geredet.

*«I: Mich nimmt es Wunder, haben Sie mit jemandem [...] darüber geredet, dass Sie mit der KESB zu tun haben und was das Ganze für Sie bedeutet?*

*B: Nein, das behalte ich eigentlich so ein bisschen für mich.*

*I: Warum?*

*B: Einfach, weil einem die KESB so ein bisschen zeigt, dass es Problem gibt in der Familie und so. Genau. Darum.*

*Ich möchte das eigentlich nicht so, möchte eigentlich quasi so als normal angeschaut werden in Anführungs- und Schlusszeichen. Die KESB braucht es ja, wenn man zum Beispiel ein Problemkind ist, wie für mich, aber ich will es halt nicht zeigen.*

*I: Ah, ok. Das ist Ihnen unangenehm, wenn andere Leute davon erfahren.*

*B: Ja.» (Interview 5.3, Pos. 122-127)*

Die drei befragten weiblichen Jugendlichen haben entweder mit Kolleginnen, mit der Lehrperson oder mit Verwandten über das Verfahren vor der KESB gesprochen. Auch die weiblichen Jugendlichen äusserten teilweise Zurückhaltung. So berichtete eine weibliche Jugendliche, dass sie zu Beginn ihren Freundinnen nichts erzählt habe. Erst als sie für die Anhörung einen Tag in der Schule fehlen musste, informierte sie diese.

Sowohl männliche als auch weibliche Jugendliche nannten die Tatsache eines Kindesschutzverfahrens vor der KESB als etwas so Persönliches, dass man nicht wolle, dass ein grösserer Personenkreis davon wisse. Die Tatsache, dass ein Verfahren vor der KESB laufe, deute darauf hin, dass zu Hause



etwas nicht gut laufe und das sollen, wenn überhaupt, nur die engsten Vertrauenspersonen erfahren. Zudem sei es unangenehm, darüber zu reden. Es könne auch Mitleid hervorrufen, was unangenehm sei. Die Jugendlichen zeigten sehr grosses Verständnis dafür, wenn andere Jugendliche das Kindesschutzverfahren für sich behalten.

*«I: Kannst du dir das vorstellen, dass die anderen gedacht haben, sie möchten mit niemandem darüber reden?»*

*B: Mega, mega, das kann ich so gut verstehen. Weil eigentlich ist es ein Thema, das du eigentlich gar nicht an dich heranlassen willst. Es geht sehr nahe, sicher weil du merkst, hey, jetzt kommt jemand helfen, weil es anders nicht geht. So eben und auch es kostet sicher mega Überwindung jemandem das zu erzählen und wenn man halt jemand ist, der nicht gerne redet, nicht gerne erzählt, dann ist das sicher ein mega no go. Weil es eben etwas sehr Persönliches ist, wo es einfach auch um die Situation zu Hause geht und oft ist es ja das Zuhause, etwas, über das man eh nicht gerne redet und wenn man so die Stellung einnimmt, hey meine Eltern, die sind so verzweifelt, die sind so in einem Loch drinnen, dass jemand von aussen ihnen helfen kommen muss, weil es anders nicht geht. Also.*

*I: Schämt man sich denn dafür. Also hast du das Gefühl, die anderen haben sich dafür geschämt, oder ist es ihnen peinlich? Oder dass man schlecht über sie redet, oder dass man schlecht über die Familie denkt?*

*B: Ja, also die Vorurteile machen sicher Angst. Ja, halt, es gibt sehr viel Redestoff, würde ich jetzt sagen und ja, dass man vielleicht schlecht über sie denkt oder über die Familie denkt und dass du nachher als Person wie das Mitleid kriegst. So, das denke ich ist vielleicht auch noch ein Punkt. Weil ich persönlich bin eine Person, ich möchte kein Mitleid haben, also, das ist etwas, das mich auch wütend macht. Und das könnte auch ein Punkt sein. Aber was ich halt so am meisten verstehen würde, dass es dir einfach sehr unangenehm ist und es auch sehr schwierig ist, dich so jemandem zu öffnen. Weil es halt wirklich sehr ein privates Thema ist.» (Interview 9.3, Pos. 72-78)*

#### *Eltern - Information des sozialen Umfelds*

Alle befragten Eltern haben mit Personen aus dem sozialen Umfeld über die Tatsache geredet, dass die KESB ein Kindesschutzverfahren für ihr Kind eröffnete. Eine befragte Person nannte nur Fachpersonen, mit der sie über das Verfahren sprach. Alle anderen Eltern äusserten explizit, dass sie auch mit Privatpersonen darüber sprachen. Für einige Eltern war das Erzählen über das KESB-Verfahren selbstverständlich. Andere hingegen berichteten, dass sie starke Schamgefühle überwinden mussten und Angst hatten, dass in der Gemeinde schlecht über die Familie geredet werde oder dass das Kind in der Schule aufgrund des Verfahrens ausgegrenzt würde. Eine befragte Person berichtete, dass der Postbote in ihrer Wohngemeinde ein Verwandter sei und dass dieser realisiert habe, dass sie verschiedene amtliche Briefe der KESB erhielt. Dies Person sprach von Scham und von der Angst, dass im Dorf aufgrund des KESB-Verfahrens negativ über die Familie geredet wird:

*«Also, das war sehr fest mit Scham verbunden. Auch mit der Angst, dass es weiter getragen wird im Dorf. So ein Umstand war beispielsweise, dass mein Schwager bei der Post arbeitet; wobei gegen Schluss haben sie dann auch gemusst, was jetzt läuft. Vor allem als es um die Fremdplatzierung ging, dann wussten sie es. Aber eben, wie vorher, eben, mein Schwager arbeitet bei der Post, einfach dieses Bringen halt dieser amtlichen Briefe, von diesen eingeschriebenen Sachen oder zum Teil, als wir nicht da waren, diese nachher im Dorflädeli abholen zu müssen.»*  
(Interview 9.1, Pos. 88-89)

Bei den Erwachsenen scheint es eher die Norm zu sein, dass sie mit einem ausgewählten Personenkreis aus dem privaten sozialen Umfeld oder mit Fachpersonen über die Tatsache sprechen, dass sie in ein Verfahren vor der KESB involviert sind. Die Eltern brachten in den Interviews jedoch, ähnlich wie die Jugendlichen, die Angst zum Ausdruck, dass am Wohnort schlecht über sie geredet werden könnte. In diesem Zusammenhang erwähnte eine interviewte Person auch Angst, dass das Auftauchen der Polizei am Wohnort sich negativ auf sie auswirken könnte.

### **6.3.2 Psychische Befindlichkeit**

Die Betroffenen wurden im Interview gefragt, wie es ihnen psychisch geht und wie sich das Kindeschutzverfahren auf ihre psychische Befindlichkeit auswirkte.

#### *Jugendliche psychische Störungen*

Wie in der Beschreibung des Samples in Kapitel 5.1.4 bereits dargelegt, haben die befragten Eltern insgesamt 20 Kinder, und für 14 dieser Kinder gab es in der Vergangenheit ein Verfahren vor der KESB. Die befragten Eltern berichteten, dass acht dieser 14 Kinder, also mehr als die Hälfte, zum Zeitpunkt der Befragung oder in den Jahren zuvor an einer psychischen Störung litten. Zu den genannten Störungsbildern gehörten bei drei Kindern ADHS, bei zwei Kindern ein Asperger Syndrom und in zwei anderen Fällen wurden die Störungsbilder von den Eltern nicht benannt, sie waren aber so ausgeprägt, dass eine dieser jugendlichen Personen für mehr als ein Jahr in einer psychiatrischen Klinik untergebracht werden musste und die zweite jugendliche Person nach einem Suizidversuch ebenfalls psychiatrische Unterstützung benötigte. Bei zwei der Kinder wurde eine Hochbegabung festgestellt, was zwar keine «Krankheit» ist, aber häufig mit emotionalen Problemen in der Kindheit und Jugend verbunden ist.

### *Jugendliche aktuelle psychische Befindlichkeit*

Gefragt nach ihrer psychischen Befindlichkeit zum Zeitpunkt des Interviews, äusserten fast alle der befragten Jugendlichen, dass es ihnen zurzeit gut oder sehr gut gehe. Sie berichteten aber auch, dass das in der Vergangenheit nicht immer so war und es ihnen phasenweise, meistens zum Zeitpunkt der Verfahrenseröffnung oder auch in der Anfangsphase von stationären Aufenthalten, nicht so gut ging. Zwei Jugendliche berichteten von starken Schwankungen in der emotionalen Befindlichkeit, die abhängig seien vom familiären Klima und dem Konfliktniveau unter den Eltern.

Eine jugendliche Person schilderte, dass sie sich nach der stationären Struktur unter der Woche jeweils an das Familienleben an den Wochenenden und während der Ferien gewöhnen müsse. Nur eine jugendliche Person berichtete, dass es ihr zum Zeitpunkt des Interviews sehr schlecht gehe. Gefragt, ob sie Hilfe habe und was sie benötige, berichtete sie von einem Psychiater, bei dem ein Termin vereinbart sei und von dem sie sich Hilfe erhoffe. Eine jugendliche Person berichtete von Sorgen, aufgrund der bevorstehenden Volljährigkeit, wegen der Verantwortung, die sie als Erwachsene zu tragen habe und dass sie Angst habe, «den falschen Weg» im Leben zu wählen. Auch eine konflikthafte Beziehung zur Beistandsperson wirkte sich negativ auf die Befindlichkeit einer jugendlichen Person aus.

### *Psychische Störungen Eltern*

Zwei Drittel der interviewten Eltern (9 von 13) berichteten, dass sie selbst zum Zeitpunkt des Interviews oder in den Jahren zuvor an einer psychischen Störung litten. Mehrere der Eltern benötigten seit mehreren Jahren umfassende ambulante und aufsuchende psychiatrische Unterstützung, die sich mit Phasen von stationären Klinikaufenthalten abwechseln. Andere Eltern berichteten von Burnouts oder Depressionen (in einem Fall verbunden mit einer Anpassungsstörung), die sie durch eine ambulante Psychotherapie und teilweise stationären psychiatrischen Klinikaufenthalten behandeln liessen. Zu den von den Eltern selbst genannten Störungsbildern gehörten neben den beschriebenen Depressionen und Burnouts auch Suchtabhängigkeit und posttraumatische Belastungsstörungen. Eine für die Kinderbetreuung hauptverantwortliche Person ist ehemalige Heroinkonsumentin und substituiert das Heroin heute durch Methadon. Ein anderer Elternteil berichtete von Alkoholismus in der Vergangenheit. Die mildeste Störungsform war bei einem interviewten Elternteil ein ADHS. Die Eltern wurden nicht nach Störungsbildern gefragt, sondern diese wurden von den Eltern selbst genannt. Deshalb wurden andere, vermutlich komplexere Störungsbilder, in den Interviews nicht erfasst und die Korrektheit der Diagnosen nicht überprüft.

### *Eltern aktuelle psychische Befindlichkeit*

Die Eltern wurden gebeten, ihre Befindlichkeit auf einer Skala von 0 (extrem schlecht) bis 10 (extrem gut) einzuschätzen. Ich bildete aus den Antworten drei Gruppen: Gut (Werte von 8 - 10); mittel (Werte von 5 - 7) und schlecht (Werte von 0 - 4). Von den 13 Eltern schätzten je ein Drittel der befragten Eltern ihre eigene psychische Befindlichkeit zum Zeitpunkt des Interviews als gut, als mittel oder schlecht ein<sup>43</sup>. Der Drittel der Eltern mit einer *guten* Befindlichkeit lebte mehrheitlich in einer Partnerschaft oder erhielt eine umfassende aufsuchende therapeutische Unterstützung zu Hause und lebte mit einer Ausnahme mit mehreren eigenen Kindern im selben Haushalt. Beim Drittel der Eltern, die ihre Befindlichkeit als *schlecht* einstufen, war die Mehrheit alleinlebend und bei keinem dieser Elternteile lebte eines ihrer Kinder mit ihnen zusammen im Haushalt. Beim Drittel der Eltern mit einer *mittleren* Befindlichkeit konnten keine typischen Merkmale identifiziert werden.

Auf die Frage, wann für Sie der emotionale Tiefpunkt in den vergangenen Jahren war, nannten die Eltern unterschiedliche Momente: Die Sofortintervention der KESB wurde von drei Elternteilen genannt und zwei Elternteile nannten das eigene Ausziehen aus der Familienwohnung infolge Elternstreitigkeiten/Trennung. Je ein Elternteil nannte als Tiefpunkt im psychischen Befinden: die Tatsache, dass eine Meldung an die KESB gemacht wurde, die Ungewissheit bis eine Entscheidung der KESB gefallen war, die Sorgen um das Wohlergehen des Kindes, die Information über die Höhe der Elternbeiträge zur Mitfinanzierung der Massnahmenkosten und das Erkranken an einer Erschöpfungsdepression infolge einer Mehrfachbelastung durch Erwerbs-, Haus- und Erziehungsarbeit als Alleinerziehende\*r. Die grosse Sorge um das Wohlergehen des Kindes und die Notwendigkeit, sich selbst emotional zu schützen, zeigt das folgende Zitat:

*«I: Wie sehr beschäftigt oder besorgt Sie die Entwicklung Ihres [Kindes]?*

*B: Sehr.*

*I: Sehr, ja.*

*B: Sehr, aber ich musste mir einen Schutz aufbauen mir gegenüber. Weil sonst gehen Sie einfach fast drauf, wenn Sie/ Ich glaube, ich habe das geschafft, ich habe eine Distanz zu dieser Entwicklung von [Kind], also die emotionale Distanz habe ich aufbauen können. Aber das Herz ist natürlich, es ist mein [Kind], ich liebe [dieses Kind] über alles. Ich wünsche ihm wirklich das Beste. Es ist mein Fleisch und Blut. Ich [...] glaube heute auch, [mein Kind] muss wahrscheinlich diesen Weg selbst gehen, damit es merkt, wie das Leben funktioniert. Wissen Sie, wie ich meine? Und das ist noch schwierig, das so sagen zu müssen. (Interview 5.2, Pos. 134-141)*

---

<sup>43</sup> Bei zwei Elternteilen fehlte die Selbsteinschätzung durch die Eltern in Form einer Zahl und die Zuteilung zu den drei Gruppen wurde durch mich aufgrund der Äusserungen im Interview vorgenommen.

### 6.3.3 Kooperationsabsichten der Betroffenen mit der Kindesschutzbehörde in Zukunft

Die Betroffenen wurden im Interview gefragt, wie ihre Bereitschaft und ihre Motivation seien, in Zukunft wieder mit der KESB zusammen zu arbeiten.

#### *Jugendliche zukünftige Kooperationsabsichten mit der KESB*

Wenn es sein muss, sind die meisten der befragten Jugendlichen auch im Falle von zukünftigen Verfahren bereit, wieder mit der KESB zusammenzuarbeiten. Eine jugendliche Person äussert es klar: Sie möchte so wenig wie möglich mit der KESB zu tun haben. Eine jugendliche Person äusserte, dass sie eine ausserfamiliäre Platzierung nicht mehr akzeptieren würde, obwohl ihr eine von der KESB angeordnete ausserfamiliäre Platzierung in der Vergangenheit geholfen habe:

*«Also, eine ganz schwierige Frage, weil, ich kann mir nicht mehr vorstellen, dass das zwischen mir und [Elternteil] wieder passiert. Aber dass ich wieder in eine [Familie] gehen muss, das möchte ich nicht mehr akzeptieren. Das wäre schon anders.*

*I: Also, habe ich das richtig verstanden. Sie möchten das nicht mehr akzeptieren. Sie möchten das nicht mehr, dass Sie in eine [Familie] gehen?*

*B: Ja genau. Aber mit der KESB also war alles gut. Also auch die [Familie] war ganz toll. Ganz nette Leute. Also, die waren immer nett zu mir. Aber es ist nicht wie zuhause. Klar.*

*I: Finden Sie insgesamt, die KESB hat Ihnen geholfen? Damals?*

*B: Ja.*

*I: Also es ging Ihnen besser.*

*B: Ja, viel besser.» (Interview 4.2, Pos. 192-201)*

Eine jugendliche Person macht darauf aufmerksam, dass sie vermutlich mit dem Erreichen der Volljährigkeit eine erwachsenenschutzrechtliche Massnahme haben werde und somit weiterhin eine Beistandsperson. Das bedeutet, dass die jugendliche Person auch in den kommenden Monaten und vermutlich Jahren mit der KESB und mit der Beistandsperson zu tun haben wird. Dabei stört es die jugendliche Person, dass bei Gesprächen mit der verfahrensleitenden Person der KESB jeweils auch die Beistandsperson dabei ist:

*«Ja, über was rege ich mich auf? Ja, sagen wir es so, jedes Mal, wo ich bis jetzt bei der KESB war, war auch [meine Beistandsperson] dabei. Und darum. Das stört mich. Wenn ich jetzt allein mit [der verfahrensleitenden Person] reden könnte, zum Beispiel, an einem Gespräch, dann wäre das auch schon mal etwas.» (Interview 5.3, Pos. 128-134)*

### *Eltern zukünftige Kooperationsabsichten mit der KESB*

Die meisten der interviewten Eltern sind grundsätzlich bereit, auch in Zukunft kooperativ mit der KESB zusammenzuarbeiten – es bleibt ihnen gemäss eigenen Aussagen nichts anderes übrig.

Mehrfach wird der Wunsch geäussert, die Massnahmen der KESB wieder loszuwerden. Zwei befragte Eltern fanden hingegen, dass sie sich in Zukunft bei Problemen sogar noch rascher selbst direkt an die KESB wenden würden. Obwohl das Verfahren vor der KESB abgeschlossen war und keine Massnahme errichtet wurde, wendete sich eine der befragten Personen wenige Tage vor dem Interview von sich aus bei der verfahrensleitenden Person der KESB und bat diese um ein beratendes Gespräch, weil sie zu dieser Person das nötige Vertrauen habe.

Zwei Eltern äusserten, dass sie in Zukunft nicht mehr bereit seien, mit der KESB zusammen zu arbeiten oder zumindest nicht mehr bereit seien, an gemeinsamen Gesprächen mit der KESB dabei zu sein. Diese Äusserungen stehen in Zusammenhang mit negativen Kindheitserinnerungen mit der früheren Vormundschaftsbehörde und dem Gefühl, im Gespräch mit der verfahrensleitenden Person vorverurteilt worden zu sein. Die Aussagen stehen in einem Fall in einem gewissen Widerspruch zur allgemeinen Einschätzung der Gerechtigkeit des Vorgehens der KESB – die Person fand das Verfahren gerecht und äusserte, dass die KESB ihr nichts angetan und keine Massnahmen gegen ihren Willen angeordnet habe. Die folgenden Aussagen veranschaulichen das Erleben einer der beiden Personen:

*«B: Ganz ehrlich würde ich ihnen dieses Mal sagen, dass ich nicht mehr bereit bin, mit Ihnen zusammen zu arbeiten. [...] Ich würde nicht mehr bereit sein, mit ihnen zusammen zu arbeiten. Ich würde das wie nicht wahrnehmen.*

*I: Und der Grund?*

*B: Ich kann nicht mehr. Ich ertrage es nicht mehr. Es macht mich psychisch so fertig, dass ich nachher wieder so viel Energie brauche, für mich selbst auf die Beine zu stellen, damit ich meinen Alltag einigermaßen erträglich gestalten kann, dass ich das einfach, es geht nicht mehr.*

*I: Also, ist es die Erinnerung an das Ereignis mit dem Polizeieinsatz oder ist es so das Wissen von, das ist die Institution, die hat so viel Macht und die kann ganz vieles entscheiden oder was belastet so sehr?*

*B: Es ist beides. Erstens, man fühlt sich ohnmächtig. Also David gegen Goliath. Es ist für mich irgendwie wie ein aussichtsloser Kampf. Ich ziehe so oder so den Kürzeren. Und es ist mit ganz viel ja von meiner Geschichte, also, es ist ja nicht das erste Mal, dass ich mit der KESB zu tun habe. Es ist irgendwie ein Leben lang. Also, ich hatte sie von 4-jährig bis 18 gehabt für mich. Und es ist für mich irgendwie kein Entrinnen. Sie verfolgen mich durch mein Leben und ich ertrage das nicht mehr. Es ist mit [zu] viel psychischem Stress an Erinnerungen von früher verbunden, für das ich das jetzt noch einmal durchbeissen könnte.» (Interview 8.1, Pos. 112-117)*

Andere Eltern sind bereit, in Zukunft kooperativ mit der KESB zusammenzuarbeiten, auch wenn die KESB in der Vergangenheit Massnahmen gegen ihren Willen anordnete und die Person das Verfahren insgesamt als ungerecht wahrnahm:

*«Ja, es ist schwierig. Das ist einfach die Art, wie ich funktioniere. Wie ich lebe. Das ist meine Philosophie, man muss miteinander. Ich muss weiterhin mit der KESB, wir haben noch gewisse Berührungspunkte. Das ist jetzt alles am Laufen und da kann ich noch so verrückt sein oder traurig, verletzt, was bringt es mir? Es ist eben, sie haben aufgrund der vorliegenden Aussagen haben sie entschieden. Ja. Wie gesagt, dumm gelaufen.» (Interview 10.1, Pos. 159)*

#### **6.3.4 Strukturkonsistenz des zivilrechtlichen Kindesschutzes und der interinstitutionellen Aufgabenteilung**

In diesem Kapitel wird dargestellt, wie Betroffene die Konsistenz der Organisationsstruktur und der interinstitutionellen Aufgabenteilung zwischen der KESB, der externen Abklärungsstelle und dem externen Mandatsdienst wahrnehmen.

Mehrere Eltern äusserten sich erleichtert über die kantonale Zuständigkeit der KESB in ihrem Kanton, weil eine zu grosse Nähe der Entscheidungsträger\*innen (z.B. der Schulkommission und der KESB) innerhalb der Gemeinde aus ihrer Sicht nachteilig für betroffene Familien ist.

Die meisten Eltern realisierten erst im Laufe des Verfahrens, dass die KESB routinemässig eine Abklärung an eine externe Stelle delegiert und waren sich dessen vor der Verfahrenseröffnung nicht bewusst. Fast alle interviewten Eltern erachten die Aufgabenteilung zwischen KESB und externem Abklärungsdienst als nachvollziehbar. Sie wurde von den Eltern jedoch auch unterschiedlich beschrieben: Im Verständnis der meisten Eltern delegiert die KESB die Abklärung an einen externen Abklärungsdienst, trifft die Entscheide und der Mandatsdienst führt sie aus. Ein Elternteil fand die KESB sei mehr beratend tätig gewesen und habe eine beiläufige Rolle im ganzen

Kindesschutzgeschehen. Nur vereinzelt verwechselten Eltern Personen der KESB und der Abklärungs- oder Mandatsdiensten. Eine befragte Person nahm die Zusammenarbeit und Aufgabenteilung zwischen der KESB und dem Abklärungs- und Mandatsdienst nach der Gesetzesrevision 2013 zu Beginn als angespannt und teilweise unklar geregelt wahr. Diese Unstimmigkeiten empfand die Person als störend. In den letzten Jahren hätte sich die Zusammenarbeit aber verbessert und es seien keine Konflikte mehr spürbar.

Einzelne Eltern nannten als negative Folge der Aufgabenteilung zwischen der KESB und den externen Abklärungs- und Mandatsdiensten, dass dadurch die Anzahl der Termine erhöht werde, was insbesondere bei erwerbstätigen Eltern zu einer zusätzlichen Belastung führt. Ebenfalls bezeichneten einzelne Eltern die Anzahl involvierter Fachpersonen als eher viel und äusserten, dass sie möchten,

dass keine zusätzlichen Fachpersonen involviert werden. Ebenfalls wurde als negativer Aspekt der Aufgabenteilung von mehreren Eltern genannt, dass dadurch die Bürokratie erhöht und der Prozess verlangsamt werde. So habe es im Fall einer interviewten Person fast ein Jahr gedauert, bis die angeordnete Hilfe tatsächlich installiert war – zu einem Zeitpunkt, als sich der Hilfebedarf bereits verändert hatte. So kam die Person dann zum Schluss, sie hätten schneller und günstiger dieselbe Hilfe erhalten, wenn sie diese von Anfang an selbst organisiert hätte.

Eine Person beschrieb die aus ihrer Sicht klare Zuständigkeit der verschiedenen Fachpersonen und Institutionen und ihre diesbezüglichen Anliegen wie folgt:

*«Aber dadurch, dass ich die KESB, also mit der KESB haben wir eigentlich ja wie nichts zu tun. Das Verfahren ist eigentlich wie abgeschlossen. Es wird nur noch geprüft und alle zwei Jahre kriegen sie einen Bericht. [...] Und [die Beistandsperson] ist eigentlich auch so im Rücken. Also, eigentlich haben wir nur mit [der Person, die die Familienbegleitung macht] regelmässig Kontakt. Sie leitet es [der Beistandsperson] weiter. Und [die Beistandsperson] ist dann dazu da, also wahrscheinlich sind diese Treffen auch nur dazu da, weil sie nachher Berichte machen muss. Darum finde ich es gar nicht so schlimm. Ich würde es schlimm finden, wenn alle drei erwarten würden, wenn man vorbeikommen müsste oder dass sie vorbeikommen würden. Aber sie haben sich so wie zusammengetan und es ist für mich so ein bisschen klar: [Die Person, die die Familienbegleitung macht] ist die Person, die mit uns zusammenarbeitet, und sagt es nachher den anderen und dann einmal oder zwei-, dreimal pro Jahr geben wir dorthin, sprechen das aus und neue Ziele. Das geht also, da habe ich eigentlich gar keine Mühe. Das ist für mich eigentlich gut gelöst, so wie es gelöst ist.» (Interview 6.2, Pos. 76-83)*

### **6.3.5 Vertrauen und allgemeine Einstellungen gegenüber der KESB**

Die Mehrheit der befragten Eltern sagte, dass sie der für sie zuständigen KESB vertrauen. Das Vertrauen hängt mit konkreten Erfahrungen in der Vergangenheit zusammen, das ihnen gezeigt hat, dass die KESB nicht einfach so handelt, sondern Entscheide und das Vorgehen in der Regel mit den Eltern abspricht und zurückhaltend ist bei der Anordnung von Massnahmen. Das folgende Beispiel veranschaulicht dies:

*«Weil das Vertrauen jetzt da ist. Ich weiss, es passiert nicht irgendwie gleich etwas. Ich kann dort Fragen geben. Es wird mir aufgezeigt was es für Auswirkungen hat, was macht denn eben der Beistand genau. Das Vertrauen ist da.» (Interview 2.1, Pos. 236-241)*

Nur zwei Eltern äusserten, dass sie kein Vertrauen in die KESB hätten. Davon bezieht sich eine befragte Person ausdrücklich auf die KESB allgemein und nicht auf die für sie zuständige KESB.



Die Hälfte der befragten Eltern finden, dass sie selbst positive Erfahrungen mit der KESB machten und dass sie mit ihrem Fall oder mit «ihrer» KESB Glück hatten. Sie ergänzen, dass sie demgegenüber von Bekannten viel Negatives über andere KESB in der Schweiz gehört hätten, wie die folgenden Beispiele zeigen:

*«Und wir haben erst im Nachhinein realisieren müssen, welche gute Ausgangslage wir hatten. Das hätte ganz anders sein können. Wir, ich weiss im Nachhinein, [Name der verfahrensleitenden Person] ist ein Mensch, der viel Leid anderen Familien in Anführungszeichen zugefügt hat. Viele Mütter oder Alleinerziehende oder so, [Name verfahrensleitende Person] ist ein Schreckwort hier in der Region. Sie haben [diese Person] nicht gern. [Diese Person] ist [Beamtin/Beamte], ich habe sie so erlebt. Es ist halt auch schwierig. Es gibt immer zwei Medallenseiten. Also ich hatte das Gefühl ok, ich bin halt auf dieser Seite, auf der ich das Gefühl hatte, [die verfahrensleitende Person] ist auch auf unserer Seite vom Recht. Es ist korrekt.» (Interview 1.2, Pos. 59)*

*«Denen vertraue ich allgemein nicht, aber nicht wegen meinem Fall, sondern wegen dem Fall der Kollegin. Ich habe den miterlebt und da muss ich wirklich sagen, es ist nicht menschenwürdig. (Interview 6.1, Pos. 143-144)*

*«Ich finde, sie behandelten mich viel besser als andere Kollegen, mit denen ich gesprochen habe.» (Interview 7.1, Pos. 212)*

## 6.4 Einstellung von Jugendlichen und Eltern zur Legitimität der KESB

### *Jugendliche Legitimität der KESB*

Die befragten Jugendlichen finden es fast durchwegs gut, dass es die KESB als Institution in der Schweiz gibt. Die KESB habe ihnen persönlich geholfen und die KESB hilft nach Aussagen der Jugendlichen vielen Kindern, wenn sie misshandelt werden.

*«Ja, also ich finde es gut so, weil vielen Leuten, also vielen Familien hilft die auch, die KESB. Und/. Ja es bringt eigentlich schon viel, also, es bringt schon etwas. Ich finde es eigentlich positiv. Ein bisschen Angst, ein bisschen komisch, weil ich finde, es ist halt für solche Familien, die halt riesige Probleme haben und nicht für uns, die schon Probleme hatten und so, aber jetzt nicht. Ich bin eher der Meinung, dass die KESB uns geholfen hat mit dieser Schule. Ja. Also ich finde es eigentlich, dass es die KESB gibt, finde ich gut, ja.» (Interview 1.3, Pos. 117)*

*I: Findest du es gut, dass es so eine KESB gibt?*

*B: Schon noch, ja.*

*I: Eigentlich schon.*

*B: Also, so kann man auch den Kindern helfen, die es schwer haben zu Hause und die vielleicht misshandelt werden von den Eltern oder so.» (Interview 2.2, Pos. 193-196)*

Gefragt, ob sie einer Kollegin raten würde, sich bei Problemen an die KESB zu wenden, sagte eine jugendliche Person, dass sie das empfehlen würde, sofern die Kollegin das Problem nicht mit ihren Eltern lösen könne. Eine jugendliche Person äusserte keine Meinung zur Frage, ob es gerechtfertigt sei, dass es die KESB gibt.

#### *Eltern Legitimität der KESB*

Alle der befragten Eltern sind der Meinung, dass es legitim ist, dass es die KESB gibt und dass diese mit Pflichten und Entscheidungskompetenzen ausgestattet ist, damit sie in gewissen Fällen auch gegen den Willen von Eltern und Kinder intervenieren und deren Rechte einschränken kann. Zwei Eltern äusserten deutlich, wie wichtig es war, dass die KESB professionalisiert und nicht mehr auf Gemeindeebene, sondern auf kantonaler Ebene organisiert ist.

*«Grundsätzlich habe ich eine ganz gute Meinung der KESB. Ich bin froh, dass es diesen Wechsel gab. Weg von Leuten aus der Gemeinde, die danach die Sachen übernehmen oder eine Meinung bilden. Ich stehe dahinter. (Interview 2.1, Pos. 111)*

*«Ich finde das gut. Also, es ist gerechtfertigt. Aber an den richtigen Orten. Also von mir aus gesehen, müssen sie mehr in die Familie hineinschauen, als sie es tun.» (Interview 5.1, Pos. 75)*

## **6.5 Verbesserungsvorschläge von Eltern**

Den Studienteilnehmenden wurde die Möglichkeit gegeben, in den Interviews ihre Ideen und Vorschläge zu nennen, was am Kindesschutzverfahren verbessert werden könnte. Die Vorschläge stammen primär von den Eltern und werden nachfolgend unkommentiert aufgeführt. Es handelt sich um Vorschläge, die die Personen von sich aus nannten und nicht um vorab formulierte Ideen, denen sie zustimmen oder die sie ablehnen konnten. Die Zahlen in den Klammern zeigen an, wie häufig der Vorschlag geäußert wurde. Auf einen Vorschlag wird am Ende des Kapitels ausführlicher eingegangen.

- Eltern zeitnah und besser informieren über den Ablauf des Verfahrens und die Abklärung und ein Gespräch für Fragen anbieten (4x).

- Die Dauer des Verfahrens verkürzen und/oder die Dauer verkürzen, bis Hilfen/Massnahmen installiert sind (4).
- Die Bedürfnisse der Kinder besser erfassen und die Anliegen der Kinder stärker berücksichtigen (3x).
- Den Prozess der Berechnung der Elternbeiträge überprüfen und die Höhe der Elternbeiträge reduzieren (3x).
- Gute Soft Skills der verfahrensleitenden der KESB, der Abklärungs- und Mandatspersonen sicherstellen (z.B. Gesprächsführungskompetenzen, Empathie, Berufs- und Lebenserfahrung) damit Eltern sich bei den Interaktionen mit den Verfahrensleitenden weniger wie in einer Gerichtsverhandlung fühlen und Eltern mehr emotional abgeholt werden (3x).
- Bessere Prüfung der Notwendigkeit einer Sofortintervention (3x?).
- Das Verfahren (inkl. schriftlicher Verkehr) weniger kompliziert machen (2x).
- Eine Entschuldigung/Eingeständnis, wenn Fehler passiert sind (2x).
- Besser darauf achten, bei den *richtigen* Fällen zu intervenieren; dafür müsste es der KESB gelingen, näher an die Realität der Familien heranzukommen (2x).
- Den Eltern die positiven Aspekte einer angeordneten Massnahme durch die KESB besser aufzeigen und «verkaufen» (1x).
- Der Kleidungsstil soll nicht zu formell sein, um nicht noch mehr Distanz zu schaffen (1x).
- Die Elternmeinung besser erfassen und mehr berücksichtigen (1x).
- Im Falle einer Platzierung sicherstellen, dass sich das Kind dort wohlfühlt und falls nicht, umplatzieren (1x).
- Die Folgen von Entscheidung besser antizipieren (1x).
- Im Schreiben der KESB über die Verfahrenseröffnung den Hinweis machen, dass sich die Betroffenen bei Fragen telefonisch oder persönlich bei der Verfahrensleiterin/beim Verfahrensleiter melden können (1x).

### *Peerberatung*

Ein Vorschlag wurde zwar nur von einer befragten Person gemacht. Er wurde aber einerseits ausführlicher gemacht als andere, andererseits ist er inhaltlich auch überraschender als andere und wird an dieser Stelle deshalb ausführlicher erwähnt: Ein Elternteil schlug vor, dass gewisse Eltern, die Erfahrungen mit der KESB und mit Kinderschutzverfahren haben, als ehemalige Betroffene eingesetzt werden, um für andere Familien Brücken zu den Behörden zu bauen. Die Idee kam der Person aufgrund eines persönlichen Erlebnisses mit einem Kollegen, welcher ihr während sechs Monaten nicht sagte, dass sein Kind stationär in der Kinder- und Jugendpsychiatrischen Klinik war. Erst als die befragte Person ihm erzählte, dass ihr eigenes Kind jetzt in die Kinder- und

Jugendpsychiatrische Klinik eingewiesen werde, begann er davon zu erzählen und konnte dem befragten Elternteil viele wertvolle Informationen geben und von gemachten Erfahrungen berichten. Diese Schilderung von einer Person mit Erfahrung war ein Schlüsselereignis für den betroffenen Elternteil. Dadurch wurden viele Ängste abgebaut und Vertrauen aufgebaut und eine gute Kooperation mit den Behörden zur Unterstützung des Kindes begünstigt. Die interviewte Person schildert ihren Vorschlag wie folgt:

*«Dass man sich überlegt, gewisse Familien halt auch zu bestimmen und zu wählen und zu sagen, schaut, wenn es irgendwo brennt, können wir dich einsetzen, dass du dort mit uns zusammen vermittelst. Oder, das muss nicht jemand sein, der ein Büro hat, der ein grosser Lohn hat, der studiert hat. Also, ich glaube nicht, dass man das kann oder noch mehr aufblasen sollte. Aber dass man vielleicht sagen könnte, ja, dass man gewisse Familien halt auch einsetzen könnte für Brücken zu bauen zu dieser Behörde. [...]*

*Und das war für mich ganz ein eindrücklicher Moment gewesen, als ich ihm, meinem Kollegen, sagte, jetzt wird [mein Kind] wahrscheinlich in eine Klinik eingewiesen. Dann schaut er mich an und sagt. Der [Name des Kindes des Freundes] ist jetzt seit 6 Monaten dort. [...] Und dann, ich kann Ihnen sagen, wir haben nächtelang diskutiert. Der hat mich dort so herunterholen können. Ich fiel so in ein Loch hinein, als man wusste, jetzt muss [mein Kind] dorthin. Das ist eine KINDERPSYCHIATRIE. Und ich habe ihm das gesagt, in einem ganz tiefen Moment, als ich tief war [...]. Und dann ging es los, dann hat er mir erklärt, was ist das, wie läuft das, warum, wieso, wie erlebt er das seit einem halben Jahr. Also besser geht es nicht. Der hat mir wie richtig den Wind aus den Segeln, also Ding nehmen und richtig sagen, hey, tiptop, musst schauen.» (Interview 5.2, Pos. 123-125)*

Dieser Vorschlag wird in den nächsten Kapiteln noch einmal aufgegriffen und diskutiert.

## 7 Diskussion

Das vorliegende Forschungsprojekt geht der Frage nach, wie Jugendliche und Eltern das Kindesschutzverfahren vor der KESB wahrnehmen. Dafür wurde das theoretische Konstrukt der Gerechtigkeit verwendet, sowohl als Orientierung für die empirische Erhebung als auch für die Analyse. Die Ergebnisse werden nachfolgend im Hinblick auf die Gerechtigkeitstheorien und anhand des aktuellen Forschungsstands zur Gerechtigkeitswahrnehmung diskutiert. In einem zweiten Teil der Diskussion werden weitere Aspekte der Wahrnehmung des Kindesschutzverfahrens diskutiert, die keinen direkten Zusammenhang mit den Gerechtigkeitstheorien haben, und die induktiv, aus dem Material heraus entstanden sind. Abschliessend erfolgen Überlegungen zur Frage, inwiefern Gerechtigkeit als deskriptives theoretisches Konstrukt geeignet ist, um die Wahrnehmung des Kindesschutzverfahrens durch Jugendliche und Eltern umfassend zu erheben.

### 7.1 Gerechtigkeitswahrnehmung des Kindesschutzverfahrens durch Jugendliche und Eltern

Die nachfolgende Abbildung stellt die vier Dimensionen informationale, interpersonale, prozedurale Gerechtigkeit und Ergebnisergebnisgerechtigkeit als Aspekte einer gesamthaften Gerechtigkeit grafisch dar, wie sie bereits in Kapitel 3 ausführlich thematisiert wurden (Colquitt, 2001; Maier et al., 2007). Die Diskussion orientiert sich an diesen Dimensionen, thematisiert jedoch auch Verflechtungen zwischen diesen.



Abbildung 15: Gerechtigkeitsdimensionen

#### 7.1.1 Jugendliche

##### *Information von Jugendlichen über das Verfahren (informationale Gerechtigkeit)*

Die in der vorliegenden Studie befragten Jugendlichen im Alter zwischen 13 und 17 Jahren wissen insgesamt schlecht über das Kindesschutzverfahren Bescheid. Sie wurden gemäss ihren Angaben primär von den Eltern darüber informiert. Die Informationsqualität der Jugendlichen ist abhängig vom Informationsstand der Eltern. Die meisten der befragten Jugendlichen berichteten, dass sie von

der KESB keine schriftlichen Schreiben oder Broschüren erhielten, oder dass sie sich nicht mehr daran erinnern konnten. Diese Jugendlichen nahmen im Kindesschutzverfahren vor der KESB eine eher passive Rolle ein. Sie schenken dem Verfahren wenig Bedeutung und realisierten teilweise erst im Nachhinein, welche weitreichende Folgen der Entscheid der KESB für sie hatte oder hätte haben können. Sie informierten sich während des Verfahrens auch nicht aktiv (beispielsweise im Internet) darüber. Interessant scheint, dass diese eher schlechte Information und passive Rolle teilweise auch bei Jugendlichen mit einem hohen Bildungsniveau (Gymnasium) zu beobachten war. Diese Ergebnisse knüpfen an die Studie von Hitz Quenon und Matthey (2017) an, die das Verfahren der Platzierung von Kindern untersuchte und in diesem Zusammenhang Handlungsbedarf bei der Information von Kindern in Kindesschutzverfahren und bei den Rahmenbedingungen der Anhörung sieht und die Ausarbeitung von Instrumenten für eine Partizipation des Kindes beim ganzen Verfahren empfiehlt (vgl. Kap. 4.4). Die vorliegende Studie zeigt, dass es mit entsprechenden Bemühungen gelingen kann, Kinder zu aktiv handelnden Subjekten im Verfahren zu befähigen, so dass sie insbesondere die Rahmenbedingungen der Anhörung aktiv mitgestalten, ihren Willen äussern und Fragen direkt mit der verfahrensleitenden Person klären können. Die Studie zeigt, dass schriftliche Informationen über den Ablauf einer Anhörung und die Rechte des Kindes im Verfahren einen wertvollen Beitrag leisten, dass jedoch mit der Information erst die unterste Partizipationsstufe erreicht wird (Hart, 1992, vgl. Kap. 2.5) und zusätzliche Voraussetzungen bestehen müssen, damit sie sich aktiver am Verfahren beteiligen können. Zu diesen Voraussetzungen gehört eine Unterstützung des Kindes bei der Vorbereitung auf die Anhörung. Diese kann, wie in der vorliegenden Studie gezeigt, durch die Eltern in Absprache mit der KESB erfolgen. Denkbar und möglicherweise in einigen Fällen geeigneter sind aber auch andere Vertrauenspersonen aus dem privaten oder professionellen Umfeld des Kindes (Pate/Patin, Psychotherapeut\*in, etc.), oder allenfalls auch die KESB selbst, die jedoch bis zu diesem Zeitpunkt noch kein Vertrauensverhältnis zum Kind aufgebaut hat. Die Eltern sind je nach Situation nicht geeignet, um die Wünsche des Kindes für die Gestaltung der Anhörung zu erfassen und das Kind bei der Umsetzung zu unterstützen, weil sie möglicherweise emotional durch das Kindesschutzverfahren sehr belastet sind und allenfalls eigene Interessen im Verfahren haben, die sich nicht mit denjenigen ihres Kindes decken. Denkbar wäre grundsätzlich auch ein standardisiertes Programm als Vorbereitung auf die Kindesanhörung, wie beispielsweise das Kids' Court School Programm in den USA (Nathanson & Saywitz, 2015, vgl. Kap. 4.2).

#### *Aktive Mitwirkung der Jugendlichen bei der Anhörung und Berücksichtigung des Kindeswillens durch die KESB (prozedurale Gerechtigkeit)*

Die befragten Jugendlichen, die das Anhörungssetting aktiv vorbereiteten und gestalteten, betonten, wie wichtig für sie war, dass die KESB ihre Anliegen für die Gestaltung des Settings berücksichtigte.

Hier zeigen sich Verflechtungen zwischen den Gerechtigkeitsdimensionen: Eine gute Information über das Verfahren bildet die Grundlage, um Anliegen zum Rahmen der Anhörung aktiv zu kommunizieren. Wurden diese Anliegen der Jugendlichen von der verfahrensleitenden Person der KESB berücksichtigt, führte dies eher dazu, dass die Jugendlichen das Setting der Anhörung während der Anhörung (interaktionale Gerechtigkeit) als positiv wahrnahmen. Die Jugendlichen konnten so ihre Sichtweise aktiv im Verfahren einbringen und ihre *Partizipationsrechte* wahrnehmen (prozedurale Gerechtigkeit). Gleichzeitig nutzten sie die Gelegenheit der Anhörung, um Fragen zum Verfahren zu stellen und erhöhten somit ihren Informationsstand (informationale Gerechtigkeit).

Das Setting der Anhörung prägt die Wahrnehmung der Anhörung durch die Jugendlichen. Die von einigen Jugendlichen geschilderte Praxis, dass sie zusammen mit den Eltern und teilweise zusätzlich zusammen mit anderen Fachpersonen ausserhalb der KESB angehört wurden (Abklärungs-, Mandatsperson, Betreuungsperson von Platzierungsorganisationen), stellte für gewisse Jugendliche eine Überforderung dar, sowohl hinsichtlich der Anzahl von anwesenden erwachsenen Personen, als auch hinsichtlich der direkten Thematisierung bestehender Probleme und möglicher Konsequenzen. Diese Anhörungspraxis stellt unter Umständen nicht immer ein förderliches Setting für das Kind dar, um seinen Willen zu äussern. Einige der befragten Jugendlichen waren sich nicht bewusst, dass es sich beim Gespräch um eine rechtliche Anhörung handelte, was dem Befund von Rosch et al. (2016) entspricht. Die Studie von Rosch et al. (2016) kommt zum Schluss, dass Kinder wenig zwischen formellen rechtlichen Anhörungen und anderen, informellen Gesprächen mit der KESB unterscheiden können (vgl. Kap. 4.4). Wenn Kinder ihre Rechte im Verfahren wahrnehmen wollen, ist eine Voraussetzung, dass sie wissen, dass es sich bei einem Gespräch um eine formelle Anhörung handelt.

Anders als in der Studie von Büchler und Simoni (2009) in Bezug auf die Kindesanhörung vor dem Scheidungsgericht, empfanden die Jugendlichen in der vorliegenden Studie die Interaktion mit der verfahrensleitenden Person während der Anhörung praktisch durchgängig als positiv. Sie berichteten von einer angenehmen Atmosphäre, fühlten sich wertgeschätzt und ernst genommen. Drei dieser befragten Jugendlichen (davon eine der Personen, die das Anhörungssetting aktiv mitgestaltete), berichteten, dass die Anhörung trotz dieser positiven interaktionalen Aspekte eine *emotionale Belastung* darstellte und es ihnen während und auch nach der Anhörung schlecht ging. Als belastend stellte sich vor allem das direkte Sprechen über die familiären Probleme heraus, bei Jugendlichen, die zuvor mit niemandem darüber gesprochen hatten oder es nicht gewohnt waren, über familiäre Probleme zu sprechen. Die Tatsache, dass eine dieser drei jugendlichen Personen das Anhörungssetting aktiv mitgestaltete und dieses auch im Nachhinein positiv beurteilte und auch die verfahrensleitende Person als freundlich, interessiert und wertschätzend empfand, deutet darauf hin, dass auch bei einem günstigem Setting und einer positiven Gesprächsführung, die Inhalte der Anhörung eine Belastung darstellen können. Die Studie von Bell (2011) zeigte, dass Kinder ihre Beteiligung am

Kindesschutzverfahren eher als negativ wahrnehmen, wenn bei Gesprächen über eine Kindesschutzmassnahme entschieden wird, als wenn es sich um ein Gespräch zur Hilfeplanung geht. Die Dauer der Belastung für das jeweilige Kind durch die Anhörung wurde in der vorliegenden Studie nicht durchwegs erfasst. Zwei Jugendliche berichteten von mehreren Tagen, an denen es ihnen nach der Anhörung schlecht ging. Bei der Anhörung wird zwar nicht formell entschieden, dennoch ist, insbesondere bei Jugendlichen, der mögliche Entscheid in der Regel bei der Anhörung Thema (vgl. Kap. 2). Ähnlich zeigte sich dies in verschiedenen Studien (vgl. Kap. 4.2). So beispielsweise in der Studie von Weisz et al. (2011), bei der eine kurzfristige Erhöhung der emotionalen Belastung beobachtet wurde, jedoch keine Hinweise, dass die Anhörung dem Kind Schaden zufügen würde, weder zum Zeitpunkt der Anhörung noch eine Woche danach. Es herrscht in der Forschungsliteratur weitgehend Konsens, dass ein mögliches Belastungserleben von Kindern nicht generell als Grund für einen Verzicht auf Kindesanhörungen verwendet werden sollte, sondern die Forschung vielmehr zusätzliche Erkenntnisse darüber gewinnen sollte, wie Belastungen durch die Anhörung reduziert werden können.

Die Ergebnisse dieser Studie zeigen, dass, wenn Jugendliche eine aktive Rolle einnehmen und sie ihren Willen im Verfahren äussern, die KESB diese erfasst und berücksichtigt (prozedurale Gerechtigkeit) und bei der Entscheidungsfindung hoch gewichtet (Ergebnisgerechtigkeit). Diesbezüglich scheint in der Praxis der KESB eine Sensibilität auf die hohe Bedeutung des Kindeswillens und auf das Recht des Kindes, dass dieser im Verfahren berücksichtigt wird, vorzuherrschen. Die Aussagen der Jugendlichen lassen darauf schliessen, dass die Herausforderung in der Praxis weniger darin liegt, dass der Kindeswille im Verfahren *berücksichtigt* wird, sondern eher, dass dieser überhaupt erst *erfasst* wird. Es stellt sich die Frage, welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, damit Kinder befähigt werden, eine aktive Rolle im Verfahren einzunehmen und sich in der Lage fühlen, ihren Willen zu äussern (vgl. dazu Anregungen für die Praxis im Kap. 8.2).

#### *Gesamthafte Gerechtigkeitswahrnehmung*

Die Mehrheit der Jugendlichen schätzten die Gerechtigkeit des Verfahrens als ambivalent ein (6 von 8 Kindern). Keine/s der Jugendlichen empfand das Verfahren insgesamt als ungerecht und 2 nahmen es als gerecht war. Als Aspekte des Verfahrens, die die Gerechtigkeit beeinträchtigten, nannten die Jugendlichen u.a., dass sie die Folgen des Verfahrens zu tragen hatten (z.B. infolge Schulwechsel). Bei den Jugendlichen ist eine Tendenz zur Wahl einer «neutralen» Antwort zu beobachten. Dies könnte darauf zurückzuführen sein, dass sich viele Jugendliche im Verfahren vor der KESB eher in einer passiven Nebenrolle sahen und sich zur Gerechtigkeit des Verfahrens nur bedingt positionieren können.



### 7.1.2 Eltern

#### *Informationale Gerechtigkeit*

Die Verfahrenseröffnung löste bei Eltern einen Schock und eine hohe Unsicherheit aus in Bezug auf den konkreten Ablauf des Verfahrens. Eltern fühlten sich zu Beginn schlecht informiert und waren teilweise misstrauisch gegenüber der Behörde. Sie meldeten sich deshalb teilweise direkt bei der verfahrensleitenden Person der KESB, um Fragen am Telefon oder bei einem Gespräch klären zu können. Dieser persönliche erste Eindruck der verfahrensleitenden Person bot ihnen Sicherheit. Überraschend häufig nannten die Eltern in der Studie, dass sie einen zusätzlichen Informationsbedarf hatten in Bezug auf ihre Rechte im Verfahren (Akteneinsichtsrecht, Datenschutzfragen, etc.), in Bezug auf die Gestaltung des Verfahrens durch die verfahrensleitende Person oder in Bezug auf die verschiedenen Kindesschutzmassnahmen und Voraussetzungen für die Anordnung dieser. Der *Informationsbedarf* akzentuierte sich bei Eltern, die die Landessprachen nicht verstehen, noch zusätzlich. Die Aussagen der Eltern lassen aber vermuten, dass es sich nicht nur um einen Bedarf an zusätzlichen schriftlichen Informationen handelt, sondern dass Eltern *zu Beginn* des Verfahrens ganz spezifische Fragen zu ihrem individuellen Fall haben und wissen möchten, wer die Person ist, die das Verfahren leitet und welche Haltungen sie vertritt. Viele Eltern haben zu Beginn des Verfahrens Ängste und Selbstzweifel. Anhand der *Uncertainty Management Theorie* (vgl. Kap. 3.2.3) kann erklärt werden, weshalb die ersten Erfahrungen mit der KESB bei den Eltern einen grossen Stellenwert haben. Die Theorie sagt, dass bei Unsicherheit, z.B. in Bezug auf die Vertrauenswürdigkeit einer Organisation (im vorliegenden Fall die KESB), die ersten Fairnesserfahrungen der Eltern mit der KESB als Heuristik dienen. Bei positiven ersten Erfahrungen schätzen die Eltern die KESB gemäss dieser Theorie eher als vertrauenswürdig ein (vgl. Primacy-Effekt Kap. 3.2.3). Die *ersten Fairnesserfahrungen* haben demnach einen entscheidenden Stellenwert, um bei Betroffenen den Aufbau von Vertrauen zu begünstigen. Diese empirisch gut belegte Tatsache birgt Potenzial für die KESB, das Vertrauen und die Kooperationsbereitschaft bei Betroffenen durch einen transparenten, zeitnahen und persönlichen Kontakt mit den Eltern *zu Beginn* des Verfahrens zu begünstigen, auch wenn dies erst einmal mit einem Mehraufwand verbunden ist<sup>44</sup>. Wenn es gelingt, dass Betroffene eine positive erste Fairnesseinschätzung machen und im Laufe des Verfahrens noch negative Gerechtigkeitserfahrungen hinzukommen, z.B. Unzufriedenheit mit dem Entscheid der KESB, so besagt der fair process effect, dass Betroffene diese negative Gerechtigkeitserfahrung eher legitimieren, als dass sie ihre zuvor getroffene Gerechtigkeitseinschätzung revidieren würden (Lind, 2001).

---

<sup>44</sup> Als positives Beispiel, wie dieses Potenzial genutzt wird, kann die Praxis einer KESB in der Deutschschweiz erwähnt werden, die die Eltern in der Regel bei Verfahrenseröffnung zu einem persönlichen Gespräch einlädt um über den Inhalt der Meldung, den Ablauf des Verfahrens zu informieren und Fragen der Betroffenen zu beantworten.

### *Interpersonale Gerechtigkeit*

Eltern nehmen die *Interaktionen* mit den verfahrensleitenden Personen der KESB grossmehrheitlich positiv wahr. Insbesondere wertschätzende Äusserungen der verfahrensleitenden Person, die ihre elterlichen Bemühungen um das Kindeswohl anerkennen, werden von den Eltern als Schlüsselerlebnis für den Aufbau von Vertrauen und Kooperationsbereitschaft bezeichnet.

Interessanterweise sprachen viele Eltern in den Interviews von sich aus die *Räumlichkeiten* der KESB an. Diese wirken stark auf sie. Die Eltern nehmen historische Gebäude und Sicherheitsvorkehrungen mit gepanzertem Glas als Symbol der Staatsmacht wahr, die ihnen die Ernsthaftigkeit des Verfahrens und ihre Abhängigkeit vom Entscheid der KESB verdeutlicht und sie teilweise ängstigt. Die Räumlichkeiten beeinflussen vermutlich auch die Wahrnehmung der Interaktion mit der verfahrensleitenden Person der KESB. Die Bedeutung der Räumlichkeiten und deren symbolische Wirkung auf die Interaktion mit der verfahrensleitenden Person sowie insgesamt auf die Gerechtigkeitswahrnehmung von Verfahren mit Behörden ist bisher in den Gerechtigkeitstheorien und den diesbezüglichen Forschungen kaum aufgenommen worden.

### *Prozedurale Gerechtigkeit*

In Bezug auf die *prozeduralen* Aspekte des Verfahrens zeigt die vorliegende Studie, dass die meisten der interviewten Eltern der Ansicht sind, die KESB habe die Komplexität der Situation erfasst, sie habe ihre Meinung angemessen berücksichtigt und in vielen Fällen ein kooperatives Vorgehen gewählt, was sie schätzten. Die an der Studie beteiligten Eltern haben in der verfahrensleitenden Person einen Single Point of Contact bei der KESB, der für sie gut direkt telefonisch erreichbar ist. Eltern schätzten, dass die Zuständigkeit der verfahrensleitenden Person auch über verschiedene Verfahren hinweg überwiegend konstant blieb. Unterschiede zeigen sich darin, wie Eltern die *Verfahrensdauer*, oder die Zeitspanne, bis Massnahmen und Hilfen effektiv erfolgten, beurteilen. Wenn die Verfahrensdauer bemängelt wird, steht das teilweise in Zusammenhang mit der Dauer einer externen Abklärung oder der Zeit, bis eine Beistandsperson nach einem Entscheid ihre Tätigkeit aufnimmt und spezifische Hilfen organisiert sind. Andere Eltern lobten eine rasch erfolgte Hilfe durch die KESB. Wichtiger Aspekt im Verlaufe des Verfahrens vor der KESB ist für einige der befragten Eltern, dass sie den *Abklärungsbericht*, den eine externe Abklärungsperson als Ergebnis der Abklärung verfasste, vor der Zustellung an die auftraggebende KESB lesen und mit der Abklärungsperson besprechen konnten. Mehrfach berichteten Eltern, dass sie dadurch Fehler korrigieren konnten (z.B. falsch zitierte Polizei- oder Schulberichte oder nachweislich inkorrekte Beschreibung von Gegebenheiten). Werden diese Fehler im Abklärungsbericht nicht korrigiert, dann stören sich Eltern erheblich über fehlerhafte Inhalte, die in den Akten und schriftlichen Dokumenten der KESB dokumentiert bleiben, auch wenn sie nachträglich durch ergänzende Dokumente berichtigt werden können. Dass eine

korrekte Informationserfassung für Betroffene im Hinblick auf ihre Fairnesseinschätzung wichtig ist, zeigten bereits Thibaut und Walker (1975, 1978) bei Untersuchungen der prozeduralen Gerechtigkeit (vgl. Kap. 3). Dass der Abklärungsbericht vor der Zustellung an die KESB mit den Eltern besprochen wird, ist eine in der Lehre und Praxis bereits verbreitete Empfehlung (vgl. Kap. 2.3.2). Die vorliegende Studie bestätigt jedoch die Wichtigkeit dieser Praxis für die Betroffenen.

#### *Ergebnisgerechtigkeit - Höhe und Berechnungspraxis von finanziellen Beiträgen zur Finanzierung von Massnahmenkosten*

In Bezug auf die *Ergebnisgerechtigkeit* spielte der schriftliche *Entscheid* der KESB eine untergeordnete Rolle für Eltern. Eltern stützten sich primär auf die Informationen aus der Anhörung und lasen den *Entscheid* manchmal nicht einmal. Als besonderes Problem, stellte sich jedoch für Eltern die Höhe und der Prozess zur Festlegung der *Elternbeiträge* für die Massnahmenkosten heraus. Diese Elternbeiträge sind einkommensabhängig und nur ein kleiner Teil der Eltern ab einer bestimmten Einkommenshöhe muss schlussendlich Elternbeiträge bezahlen. Diese Eltern wurden nach ihren Angaben während des laufenden Verfahrens nicht über ihre Pflicht zur (Mit-)Finanzierung der Verfahrens- und Massnahmenkosten informiert. Selbst wenn sie davon erfuhren, war die effektive Höhe zum Zeitpunkt des Verfahrens noch nicht bekannt. Die Eltern wussten deshalb in der Regel auch zum Anhörungszeitpunkt nicht, welche finanziellen Auswirkungen beispielsweise eine ausserfamiliäre Platzierung ihres Kindes auf sie haben wird. Mehrfach berichteten erwerbstätige Eltern, dass die Elternbeiträge so hoch festgelegt wurden (in einem Beispiel über CHF 1000.- /Monat), dass sie ihren Lebensstandard aufgrund der Höhe der Elternbeiträge massiv einschränken mussten (z.B. Fleischkonsum, Auto, Ferien), und dass dies ihre Befindlichkeit und ihre Kooperationsbereitschaft mit den Akteur\*innen des Kindesschutzes erheblich beeinträchtigte. Bei einer Familie schilderten die interviewten Eltern, dass die erste Berechnung der Elternbeiträge ihre finanziellen Möglichkeiten bei weitem überstiegen und sie durch mehrmaliges Nachhaken und mit zusätzlichen Belegen bei der zuständigen Person beim Sozialdienst eine Reduktion um ca. 85% der ursprünglichen Summe erreichen konnten. Auch wenn unklar ist, ob es sich um einen Einzelfall handelt, lässt er aufhorchen. Dies insbesondere, weil davon ausgegangen werden muss, dass gewisse Eltern aufgrund von sprachlichen, kognitiven oder psychischen Beeinträchtigungen nicht in der Lage sind, die Berechnung zu überprüfen und sich bei allfälligen Berechnungsfehlern zu melden. Aus Sicht der betroffenen Eltern verspielt sich die KESB mit hohen Elternbeiträgen viel Wohlwollen und Motivation, die Massnahme mitzutragen. Dieser Aspekt fällt auf die KESB zurück, obwohl die Berechnung in der Praxis des Erhebungskantons gar nicht durch die KESB selbst vorgenommen wird, sondern an den Sozialdienst der Gemeinde delegiert ist. Es ist meiner Ansicht nach kaum im Interesse des Kindes und des Kindesschutzsystems, dass Eltern als Folge von

Kindesschutzmassnahmen in finanzielle Engpässe gelangen, zumal solche finanzielle Engpässe<sup>45</sup> in der Forschung ein gut belegter Risikofaktor für eine Kindeswohlgefährdung darstellen (vgl. z.B. Black, Smith Slep & Heyman, 2001; Schumacher, Slep & Heyman, 2001). Bei der finanziellen Beteiligung der Eltern an den Massnahmenkosten spielen sowohl Aspekte der informationalen und der prozeduralen als auch der distributiven Gerechtigkeit eine Rolle und sie beeinflussen die insgesamt Gerechtigkeitswahrnehmung massgeblich (siehe nachfolgend).

### *Legitimität und Kooperationsabsichten*

In Anbetracht der öffentlichen und politischen Debatte, bei der die Legitimität der KESB teilweise in Frage gestellt wird<sup>46</sup>, erstaunt, dass die interviewten Eltern die Legitimität der Institution KESB nicht anzweifeln. Die Eltern, und meistens auch die Jugendlichen, sind durchgängig der Meinung, dass es eine Institution wie die KESB braucht, die in gewissen Fällen auch Elternrechte beschränken kann, um Kinder zu schützen. Teilweise äusserten Eltern sogar, dass sie der Ansicht sind, die KESB greife eher zu wenig ein als zu viel. Dass die allgemeine Legitimitätseinstellung von Betroffenen einen Einfluss auf ihre Gerechtigkeitswahrnehmung hat, zeigten verschiedene Studien (Hough et al., 2010; Sunshine & Tyler, 2003). Den Zusammenhang zwischen der Einstellung der Legitimität einer Institution und den Kooperationsabsichten zeigte Bradford am Beispiel der Polizei (2014). Tyler und Lind (1992) zeigten in Zusammenhang mit dem relational model, dass die Legitimität einer Behörde durch Vertrauen, Neutralität und Statusbestätigung begünstigt wird (vgl. Kap. 3.2.2). Diese Zusammenhänge wurden in der vorliegenden empirischen Erhebung nicht erfasst.

### *Insgesamte Gerechtigkeitswahrnehmung durch Eltern*

Eltern äussern sich sehr differenziert über die verschiedenen Aspekte des Verfahrens. In Kapitel 6.2.5 wurde berichtet, dass mehr als die Hälfte der Eltern (7 von 13) das Verfahren insgesamt als gerecht, mehr als ein Drittel (4 von 13) die Gerechtigkeit des Verfahrens als ambivalent und eine Minderheit der Eltern (2 von 14) das Verfahren als ungerecht einschätzten.

Die Ergebnisse der vorliegenden Studien scheinen in Einklang mit den Erkenntnissen aus der Gerechtigkeitsforschung zu stehen, dass ein Vorgehen die Gerechtigkeitswahrnehmung erhöht, das von Betroffenen als transparent, wertschätzend und kooperativ wahrgenommen wird (vgl. Kap. 3). Am häufigsten nannten die Eltern einen hohen Grad an Einbezug ins Verfahren und eine kooperative Vorgehensweise als Gründe für eine hohe Gerechtigkeit. Positiv erwähnt wurde aber

---

<sup>45</sup> Dabei ist die subjektiv wahrgenommene finanzielle Belastung der eigentliche Risikofaktor und weniger die effektiven finanziellen Verhältnisse.

<sup>46</sup> Ein Beispiel für die Infragestellung der Legitimität der KESB ist die geplante und inzwischen nicht zustande gekommene Volksinitiative «Kindes- und Erwachsenenschutzinitiative», die die Entscheidungskompetenz über Beschränkung von Betroffenenrechte nicht mehr bei der KESB, sondern grundsätzlich beim Gericht ansiedeln wollte.

auch, dass die KESB die Komplexität der Situation erfasste, die Interaktion wertschätzend und freundlich war, rasch Hilfe erfolgte und indirekt Fehler in der Vorgehensweise eingestanden wurden. Nicht erstaunlich ist, dass als Grund für eine positive Gerechtigkeitswahrnehmung auch genannt wurde, dass die KESB keine Massnahme anordnete. Die Studie zeigte aber auch, dass Eltern das Verfahren insgesamt als gerecht oder zumindest als neutral einschätzen können, wenn sie mit dem Entscheid der KESB nicht einverstanden sind. Dies steht in Einklang mit der Forschung, dass Betroffene eher bereit sind Entscheide von Autoritäten zu akzeptieren, wenn sie sich im Verfahren gerecht behandelt fühlten (vgl. Kap. 3.1). In den Interviews zeigte sich auch, dass Betroffene zwischen der Gerechtigkeit des Verfahrens (prozedurale Gerechtigkeit) und der Gerechtigkeit des Urteils (Ergebnisgerechtigkeit) unterscheiden (Thibaut & Walker, 1975) und dass, wenn das Vorgehen der KESB für Eltern nachvollziehbar ist und sie darauf auch ein Stück weit Einfluss nehmen konnten, dies ihre Gerechtigkeitswahrnehmung positiv beeinflusst (vgl. Kap. 3.1).

Die Ergebnisse dieser Studie stehen ebenfalls in Einklang mit der bisherigen Forschung, wonach die Gerechtigkeitswahrnehmung wesentlich aus den vier Aspekten Qualität der Information (informationale), konkrete Interaktion (interpersonale), Prozessgestaltung (prozedurale) und Ergebnis des Verfahrens (Ergebnisgerechtigkeit) besteht. Demnach wird das Verfahren als gerecht wahrgenommen, wenn das Vorgehen in hohem Masse durch Transparenz und Nachvollziehbarkeit gekennzeichnet ist, die Betroffenen in hohem Masse im Verfahren und bei der Entscheidungsfindung einbezogen werden, die Betroffenen gut informiert sind, sie die Interaktion mit den Autoritäten als positiv und wertschätzend wahrnehmen und wenn sie den Entscheid inhaltlich als angemessen beurteilen (vgl. Kap. 3). Beeinträchtigt wird die Gerechtigkeitswahrnehmung in der vorliegenden Studie am stärksten durch *Sofortinterventionen*, die von Eltern als besonders gravierend bis hin zu traumatisierend beschrieben werden. Sofortinterventionen weisen grundsätzlich viele Aspekte auf, die die Gerechtigkeitswahrnehmung gemäss der Theorie beeinträchtigen, da sie nicht vorhersehbar sind und die Betroffenen oft nicht einbezogen werden (können) in den Entscheid, zum Schutz des Kindes sofort zu handeln. Bei den beiden als ungerecht eingeschätzte Verfahren kann die Fairnesstheorie (Folger & Cropanzano, 1998, S., vgl. auch Kap. 3.2) als Erklärung beigezogen werden. Gemäss der Fairnesstheorie wird ein Prozess als unfair wahrgenommen, wenn die betroffene Person findet, 1) dass es ihr besser gehen würde, wenn der Prozess anders verlaufen oder das Ergebnis anders herausgekommen wäre, 2) wenn die betroffene Person der Ansicht ist, die Autorität hätte anders handeln oder entscheiden können und 3) wenn sie zudem findet, dass die Autorität anders hätte handeln oder entscheiden sollen. Diese drei Bedingungen der Fairnesstheorie scheinen bei den beiden interviewten Eltern in Bezug auf die Sofortintervention vorhanden zu sein. Sie schilderten, dass es ihnen aufgrund der Intervention sehr schlecht ging, dass sie diese auch im Nachhinein als falsch betrachteten und die KESB ihrer Meinung nach ihr Ziel auch durch andere Handlungen hätte erreichen können. Auch kann bei den beiden von Eltern als ungerecht eingeschätzte Verfahren die

Fairnessheuristik Theorie (vgl. Kap. 3.2.3) beigezogen werden, die sagt, dass eine einmal getroffene Fairnesseinschätzung relativ konstant bleibt, diese jedoch allenfalls dann revidiert wird und der Primacy-Effekt damit seine Wirkung weitgehend verliert, wenn ein als besonders ungerecht eingestuftes Ereignis hinzukommt (Lind, 2001, S. 73).

Durch das Kindesschutzverfahren können, insbesondere bei Sofortinterventionen, traumatische Kindheitserfahrungen der Eltern reaktiviert werden, d.h. dass traumatische Erfahrungen, die sie als Kind mit der damaligen Vormundschaftsbehörde gemacht haben, wiedererlebt werden. Bei den in den Interviews geschilderten Fällen handelte es sich um als Kind erfahrene ausserfamiliäre Platzierungen. In der vorliegenden Studie beeinflussten die als Kind gemachten Erfahrungen mit der damaligen Vormundschaftsbehörde die Wahrnehmung des Verfahrens der heutigen Eltern deutlich stärker als andere Aspekte des Verfahrens. Auch wirkte die Wahrnehmung dieser interviewten Eltern stärker von Emotionen geprägt als bei anderen Eltern. Die beiden interviewten Eltern, die bereits als Kind ausserfamiliär platziert worden waren und diese Erfahrung als traumatisierend bezeichneten, fühlten sich stigmatisiert durch die KESB und hatten in einem Fall den Eindruck, sich auch als Erwachsene nicht aus dem System des zivilrechtlichen Kindesschutzsystems befreien zu können. Dieses Ergebnis steht in Einklang mit der Studie aus Deutschland von Mündler et al., die zeigte, dass eine eigene Jugendhilfeschichte von Eltern einen massgeblichen Einfluss auf deren Wahrnehmung hat und dass negative Vorerfahrungen zu einer massiven Ablehnung und Abschottung gegenüber dem Jugendamt und dem Familiengericht führen kann (Lampe, 2017, S. 420, vgl. Kap. 4.3).

Interessant in diesem Zusammenhang ist das Thema der transgenerationalen Transmission von Traumata und die Frage, wie Kinder traumatisierter Eltern mit den Traumata der Eltern umgehen und die Transmission an die nächste Generation durchbrechen können<sup>47</sup>. Zu diesem Thema sind in den kommenden Jahren interessante Ergebnisse aus dem Forschungsprojekt von Abraham «Von Generation zur Generation: Familiennarrative im Kontext von Fürsorge und Zwang» zu erwarten, welches im Rahmen des NFP 76 die transgenerationalen Auswirkungen der administrativen Versorgung analysiert (Abraham & Gautschi, 2020).

Ebenfalls einen ausgeprägt negativen Einfluss auf die insgesamt Gerechtigkeitswahrnehmung hatte in der vorliegenden Studie die Höhe der Elternbeiträge als Bestandteil der Ergebnisgerechtigkeit. Die Eltern nannten weitere Aspekte, die ihre Wahrnehmung des Kindesschutzverfahrens beeinflussten und die nur indirekt oder nicht den vier Gerechtigkeitsdimensionen zugeordnet werden

---

<sup>47</sup> Traumatisierungen können sowohl durch die Gefährdung, die eine Person als Kind in ihrem Elternhaus erlebte (z.B. Misshandlung oder Vernachlässigung) als auch durch anschliessende Interventionen der früheren Vormundschaftsbehörde erfolgt sein. Wenn für die Kinder dieser heutigen Eltern wiederum Kindesschutzmassnahmen angeordnet werden, deutet dies auf Gefährdungen dieser Kinder hin. Wiederum können Traumatisierungen dieser Kinder sowohl durch die Gefährdung als auch durch anschliessende Interventionen der KESB erfolgen.

können. Begünstigt wurde eine positive Wahrnehmung des Kindesschutzverfahrens bei Eltern durch einen Single Point of Contact bei der KESB und eine gute telefonische Erreichbarkeit dieser Person. In allen Fällen war die verfahrensleitende Person der KESB diese direkte Ansprechperson. Weitere Aspekte, die die Wahrnehmung des Kindesschutzverfahrens beeinflussten, waren die Sympathie, der erste persönliche Eindruck und die Wirkung der Ausstrahlung der verfahrensleitenden Person auf die Eltern. Die Eltern nannten auch das Alter und die damit assoziierte Berufserfahrung (lieber älter und erfahrener als jünger und mit mutmasslich geringer Berufserfahrung), vereinzelt die Kleidung (lieber nicht allzu formell als sehr formell) und vereinzelt die Disziplin (Jurist\*in wird eher mit Bürokratie assoziiert) als Aspekte, die ihre Wahrnehmung beeinflussen.

## **7.2 Weitere Aspekte**

### *Jugendliche Information des sozialen Umfelds*

Während alle der befragten weiblichen Jugendlichen mit Personen aus ihrem privaten sozialen Umfeld über das Verfahren vor der KESB sprachen, berichtete nur einer der fünf männlichen Jugendlichen, mit jemandem aus dem privaten Umfeld darüber geredet zu haben. Die anderen männlichen Jugendlichen sprachen bewusst nicht darüber. Die Jugendlichen zeigten durchgängig ein hohes Ausmass an Verständnis, dass andere Jugendliche nicht darüber reden wollen. Als Gründe, weshalb sie oder andere nicht über das Kindesschutzverfahren redeten, wurden die Angst vor dem Verbreiten von Gerüchten über sie und ihre Familie, die Angst vor einer Verurteilung als Problemfall und das hohe Mass an Privatheit des Themas genannt. Da die Jugendlichen das Verfahren teilweise auch als belastend bezeichneten, weckten insbesondere die männlichen Jugendlichen den Eindruck, dass sie im Verfahren mit ihren Fragen, Sorgen und Ängsten weitgehend allein waren. Dieser Befund steht in Einklang mit der in Kapitel 4.4 erwähnten Studie von Seith (2013), die zum Ergebnis kommt, dass 46% der befragten Schulkinder im Kanton Zürich unsicher sind, ob von häuslicher Gewalt betroffene Kinder mit Aussenstehenden über ihre familiäre Situation reden sollten und sich 14.7% der Kinder eindeutig dagegen aussprechen (S. 85). Die Studie von Seith fand zudem einen signifikanten Unterschied bei den Geschlechtern, welcher sich auch in der vorliegenden Erhebung zeigt. Gemäss Seith sind deutlich mehr Mädchen als Jungen der Ansicht, dass Kinder über ihre familiären Probleme mit anderen sprechen sollten. Als Gründe, die Kinder davon abhalten, über die familiäre Situation zu sprechen, nannten die Kinder in der Studie von Seith Zweifel an der vertraulichen Behandlung der Information, Sorge um das Image der Familie und die Vorstellung, dass häusliche Gewalt ein privates Problem sei. Die Studie kommt zum Schluss, dass Kinder komplexe Reflexionsprozesse vornehmen und zwischen individuellen Bedürfnissen und Familien- und Verwandtschaftsinteressen abwägen und dabei auch mögliche Konsequenzen der Thematisierung familiärer Probleme antizipieren (S. 93). Die Ergebnisse der vorliegenden Studie knüpfen an die

Ergebnisse von Seith an. Insgesamt zeigt sich in der vorliegenden Studie ein deutlicher Unterschied zwischen den Eltern und den Jugendlichen. Während die Eltern in der vorliegenden Studie praktisch durchgängig mit Personen aus ihrem privaten Umfeld oder mit Fachpersonen über das Kindesschutzverfahren sprachen, äusserten die Jugendlichen diesbezüglich Vorbehalte und vor allem männliche Jugendliche behielten das Kindesschutzverfahren und allfällige Massnahmen lieber für sich.

#### *Unterschiedliche Sichtweisen von Jugendlichen und ihren Eltern*

Grundsätzlich zeigt sich in der vorliegenden Studie, dass die Jugendlichen eine deutlich *unterschiedliche und eigenständige Wahrnehmung* des Verfahrens vor der KESB haben als ihre Eltern. Für sie hat das Verfahren eine andere Bedeutung, für sie sind andere Aspekte relevant und sie haben eine eigene Sichtweise, die, so wurde in der vorangehenden Diskussion gezeigt, im Kindesschutzverfahren nicht immer erfasst wird. Diese eigenständige und sich von den Eltern teilweise unterscheidende Sichtweise von Kindern zu erfassen und Kinder als eigenständig handelnde Akteur\*innen zu sehen, entspricht dem Rechtsanspruch des Kindes (vgl. Kap. 2.6) und stellt ein zentrales Anliegen des in Kapitel 2.5 beschriebenen Agency Konzepts dar.

#### *Positive Wahrnehmung der «eigenen» KESB durch Eltern*

Die Hälfte der befragten Eltern findet, dass sie selbst positive Erfahrungen mit der KESB machten und dass sie mit «ihrer KESB» Glück hatten. Sie erzählen, dass sie von Bekannten viel Negatives über andere KESB gehört hätten. Diese Wahrnehmung ist möglicherweise auch beeinflusst durch negative Berichte in den Medien und in den sozialen Netzwerken. Ein ähnliches Phänomen ist allgemein bei Vorurteilen gegenüber bestimmten Personengruppen, wie z.B. Migrant\*innen bekannt und wird mit der *intergroup contact hypothesis*<sup>48</sup> (Kontakthypothese) von Allport (1954, zitiert nach Pettigrew & Tropp, 2005) erklärt: Es besteht ein negativ konnotiertes Fremdbild einer bestimmten Gruppe von Personen, aber denjenigen Menschen dieser Gruppe, die man persönlich kennt, werden diese negativen Eigenschaften nicht zugeschrieben, sondern sie werde beispielsweise als nett beschrieben. Die intergroup contact hypothesis besagt, dass, wenn jemand persönlich positive Erfahrungen mit Menschen einer spezifischen Gruppe hat, dies die negativen Einstellungen reduziert. Was persönlich bekannt ist, ist weniger bedrohlich, als wenn man von einer anonymen Gruppe oder Institution hört. Dieses Ergebnis bekräftigt die Bedeutung des persönlichen Kontakts der verfahrensleitenden Person mit den betroffenen Eltern, die in der Diskussion bereits zuvor v.a. in Bezug auf den Verfahrensbeginn festgestellt wurde.

---

<sup>48</sup> Die Kontakthypothese bezieht sich allerdings auf die Reduktion von Vorurteilen unter Gruppen und nicht zwischen Individuen und Institutionen.



### *Psychische Störungen von betroffenen Jugendlichen und Eltern*

Acht der 14 Kinder, für die die KESB im Rahmen der vorliegenden Studie ein Verfahren eröffnete, weisen gemäss Angaben der Eltern eine psychische Störung auf; am häufigsten ein Asperger Syndrom oder ADHS. Neun der 13 befragten Eltern schilderten, selbst an einer psychischen Störung zu leiden, teilweise mit längeren stationären Aufenthalten in einer psychiatrischen Klinik. Dieser hohe Anteil an psychischen Störungen ist in der Forschungsliteratur in Zusammenhang mit Kindeswohlgefährdungen gut belegt: Psychische Störungen von Eltern sind einerseits als Risikofaktoren für eine Kindeswohlgefährdung bekannt (Black, Heyman & Smith Slep, 2001; Black, Smith Slep, et al., 2001; Kindler, 2009; Schumacher et al., 2001; Stith et al., 2009), andererseits stellen Kinder mit psychischen Störungen oft besondere Anforderungen an die elterlichen Erziehungskompetenzen und stellen ebenfalls einen Risikofaktor für Kindeswohlgefährdungen dar (Kindler, 2009, S. 772).

### *Peer Mentoring für Eltern*

Eine interviewte Person erzählte von einer wegweisenden Erfahrung, die sie mit einem anderen Elternteil machte, dessen Kind ebenfalls stationär in einer kinderpsychiatrischen Klinik untergebracht werden musste (vgl. Kap. 6.5). Da diese Erfahrung sehr prägend war, schlug die Person vor, dass im Kinderschutz Eltern, die bereits Erfahrung mit dem Verfahren vor der KESB haben, anderen Eltern von ihren Erfahrungen berichten und ihnen Informationen vermitteln und allenfalls auch Empfehlungen geben. Der Vorschlag zielt in Richtung *Peerarbeit*, die in der Psychiatrie in Zusammenhang mit dem Recovery-Konzept seit den 1980-er Jahren existiert. Als Peer wirkt in der Psychiatrie eine (erwachsene) Person, die selbst Erfahrungen als Patient\*in in der stationären Psychiatrie gemacht hat und für die Peerarbeit eigens weitergebildet wird<sup>49</sup>. Ihre Aufgabe besteht darin, andere Patient\*innen sozial und emotional im Sinne eines *experienced involvement* (Kozel, Winter & Abderhalden, 2010, S. 324) zu unterstützen. Obwohl das Konzept in der Umsetzung anspruchsvoll ist, zeigt die Peerarbeit in der Psychiatrie positive Resultate für die betroffenen Patient\*innen (Kozel et al., 2010, S. 326). Der Vorschlag des interviewten Elternteils oben zielt in eine ähnliche Richtung. Es handelt sich jedoch bei diesem Vorschlag um eine Beratung von Eltern, die bereits Erfahrungen mit dem Kinderschutzverfahren vor der KESB gemacht haben, und die ihre Erfahrungen mit Eltern teilen würden, die sich aktuell in einem Kinderschutzverfahren befinden. Die Problemkonstellation und die Rolle der Eltern im zivilrechtlichen Kinderschutzverfahren sind deutlich anders als bei Patient\*innen der Psychiatrie, die selbst von einer Krankheit betroffen sind und selbst im Zentrum

---

<sup>49</sup> Pro Mente Sana sowie der Verein EX-IN Bern bieten beispielsweise solche Weiterbildungen für Peer-Arbeit in der Psychiatrie an.

eines Behandlungssettings stehen. In den USA sind unter der Bezeichnung *peer mentorship* Ansätze im Kinderschutz bekannt, bei denen Eltern, deren Kind früher ausserfamiliär platziert wurde, und die es erfolgreich geschafft haben, ihre Erziehungskompetenzen soweit zu verbessern, dass die Kinder inzwischen wieder bei ihnen leben, als Mentor\*innen für Eltern aktiv sind, deren Kind aktuell ausserfamiliär platziert ist (Berrick, Young, Cohen & Anthony, 2011). Für den deutschsprachigen Raum sind mir keine solchen Peer Mentoring Programme für Eltern bekannt.

#### *Beitrag der Gerechtigkeitstheorien zur Abbildung und Erklärung der Wahrnehmung des Kinderschutzverfahrens durch betroffene Jugendliche und ihrer Eltern*

Es stellt sich die Frage, inwiefern die Gerechtigkeitstheorien geeignet sind, um die Wahrnehmung des Verfahrens durch Betroffene in einem qualitativen Forschungsdesign zu erfassen und zu erklären. Insgesamt haben sich die integrativen Gerechtigkeitstheorien meiner Ansicht nach bewährt, um die Wahrnehmung des Kinderschutzverfahrens in der vorliegenden Studie zu erfassen. Zudem konnten spezifische Gerechtigkeitstheorien nutzbar gemacht werden, um die Ergebnisse der Befragung zu erklären. So wurde gezeigt, dass die Fairnesstheorie beispielsweise zur Erklärung der Reaktionen von Betroffenen auf Sofortinterventionen dient und dass die Uncertainty Management Theorie einen Beitrag zur Erklärung der Bedeutung des Verfahrensbeginns leistet.

Die vier Gerechtigkeitsdimensionen stellen meiner Ansicht nach ein geeignetes theoretisches Konzept dar, um die Wahrnehmung des Verfahrens durch betroffene Jugendliche und Eltern umfassend zu erheben. Die Befragung förderte zwar weitere Aspekte zu Tage, die die Wahrnehmung der Betroffenen beeinflussen und die aufzeigen, dass Betroffene das Kinderschutzverfahren nicht nur im Hinblick auf die vier Gerechtigkeitsaspekte beurteilen. Zudem kann kritisiert werden, dass die vier Aspekte Information, Interaktion, Prozessgestaltung und Ergebnis auch unabhängig vom Konzept der Gerechtigkeit relevant sind für die Analyse und Beurteilung von Prozessen. Die Interviews wurden so durchgeführt, dass die Begriffe Fairness und Gerechtigkeit bei den Fragen erst gegen Ende des Interviews genannt wurden (in Zusammenhang mit der Frage nach der gesamthaften Gerechtigkeitswahrnehmung). Beim Erwähnen des Begriffs war bei einzelnen Befragten ein kurzes Innehalten zu beobachten. Das Innehalten kann dahingehend interpretiert werden, dass die Interviewpartner\*innen die zuvor gestellten Fragen nicht mit Gerechtigkeit oder Fairness in Verbindung brachten. Die Interviewpartner\*innen brachten bei der offenen Frage nach weiteren Aspekten, die ihre Wahrnehmung des Kinderschutzverfahrens beeinflussten, mit wenigen Ausnahmen kaum noch wesentlich neue Themen zur Sprache. Nach meiner Einschätzung erachteten auch die Eltern und Jugendlichen die Fragen zu den vier Gerechtigkeitsdimensionen als passend, um zu schildern, wie sie das Verfahren vor der KESB wahrgenommen haben.

#### *Kritische Reflexion der Ergebnisse*

Die Ergebnisse der Studie lassen sich aufgrund des qualitativen Designs nicht verallgemeinern. Die qualitativen Ergebnisse zeigen vielmehr auf, welche Phänomene und Mechanismen es gibt, die die Wahrnehmung des Kindesschutzverfahrens durch Jugendliche und Eltern prägen. Die Beschränkung der Erhebung auf einen Kanton weist Vor- und Nachteile auf. Vorteil ist, dass es sich bei den KESB-Standorten um Organisationen handelt, die dieselben gesetzlichen, politischen und organisatorischen Rahmenbedingungen haben. Nachteil ist, dass die Praxis der KESB im Erhebungskanton möglicherweise durch diese gleichen Rahmenbedingungen relativ homogen ist und es nicht ausgeschlossen ist, dass sich in einem anderen Kanton eine andere Wahrnehmung des Kindesschutzverfahrens durch Betroffene zeigen würde. Eine weitere Einschränkung der Bedeutung der Ergebnisse kann in der einseitigen Betroffenenperspektive gesehen werden. Die Aussagen der interviewten Jugendlichen und Eltern deuten beispielsweise darauf hin, dass die meisten Verfahrensleiter\*innen der KESB in ihrer Tätigkeit sowohl Wert auf ein rechtmässiges Verfahren als auch auf den Aufbau einer guten Beziehung zu den Betroffenen legen (vgl. Kap. 2.4). Aufgrund der Ausrichtung auf die Betroffenenwahrnehmung können durch die vorliegende Studie jedoch keine Aussagen über die effektiven Intentionen der Verfahrensleiter\*innen gemacht werden. Diese Perspektive ergänzend zu erheben, beispielsweise durch Expert\*inneninterviews mit Verfahrensleiter\*innen der KESB, durch teilnehmende Beobachtungen oder durch Aktenanalysen, wäre Gegenstand weiterer Forschungsprojekte. Deren Ergebnisse würden die vorliegenden Erkenntnisse über das Verfahren vor der KESB wertvoll erweitern. Die Erfassung der Sichtweise der Fachpersonen birgt aber auch die Gefahr, dass dadurch die Aussagen der Betroffenen relativiert und in deren Bedeutung abgeschwächt werden. Durch die ausschliessliche Berücksichtigung der Betroffenenwahrnehmung wird der Blick der Betroffenen auf das Handeln professioneller Akteur\*innen im zivilrechtlichen Kindesschutz unverfälscht ausgedrückt. Die Ergebnisse zeigen, dass sich daraus wertvolle Erkenntnisse gewinnen und Anregungen ableiten lassen (siehe nachfolgend). Dadurch wird auch das durch die mediale Berichterstattung erzeugte einseitige Bild in der Öffentlichkeit relativiert, dass Personen, die in Kindesschutzverfahren vor der KESB involviert sind, das Handeln der KESB durchgängig sehr negativ beurteilen. Positiv zu werten ist zudem, dass es überhaupt gelungen ist, die Interviews mit Eltern und insbesondere auch mit Jugendlichen zu führen. Die Stimme der Kinder fehlt in der öffentlichen Debatte praktisch gänzlich, obwohl Kinder im Zentrum der Kindesschutzverfahren vor der KESB stehen. Die inhaltlichen Aussagen in den Interviews waren meiner Einschätzung nach vielschichtig, offen und ehrlich und deshalb von hoher Qualität. Sie zeigen, dass Betroffene von Kindesschutzverfahren komplexe Reflexionsprozesse vornehmen und die Verfahren und das Handeln der Verfahrensleiter\*innen differenziert wahrnehmen.

## 8 Zusammenfassung und Anregungen für die Praxis

### 8.1 Zusammenfassung der Ergebnisse und Schlussfolgerungen

Insgesamt zeigen Eltern und Jugendliche eine differenzierte Wahrnehmung des Kindesschutzverfahrens vor der KESB. Diese ist geprägt von verschiedenen Einflussfaktoren und vielschichtigen Ambivalenzen.

Die in der Studie befragten Jugendlichen nahmen die Information, dass die KESB ein Verfahren für sie eröffnet hat, unterschiedlich wahr. Es lassen sich drei Grundtypen identifizieren: 1) Jugendliche, die sich direkt oder indirekt, z.B. durch die Bitte um Hilfe bei einer anderen Fachperson (z.B. der Schule) melden. Sie verbinden die Verfahrenseröffnung durch die KESB mit der Hoffnung auf Hilfe, unabhängig davon, wie viel Vorkenntnisse sie über die KESB haben. 2) Ein zweiter Typ von Jugendlichen zeigt eine neutrale Reaktion. Dieser Typ kam vor allem bei Fremdmeldungen an die KESB vor und bei Jugendlichen, die über geringe Vorkenntnisse über die KESB verfügen. 3) Ein dritter Typ von Jugendlichen ist schockiert über die Verfahrenseröffnung durch die KESB. Diese Reaktion ist vor allem bei Fremdmeldungen zu beobachten und wenn der/die Jugendliche negative Vorkenntnisse über die KESB hat.

Die vorliegende Studie kommt zum Schluss, dass die befragten Jugendlichen insgesamt geringe Kenntnisse über das Kindesschutzverfahren haben und oft erst im Nachhinein realisieren, welche weitreichende Folgen das Verfahren für sie hätte haben können. Wenn Jugendliche jedoch befähigt werden, sich ein Bild über die Bedeutung des Verfahrens und ihre Rechte zu machen, so können sie sich aktiv am Verfahren beteiligen und ihre Sichtweise einbringen. Damit dies gelingt, brauchen Jugendliche jedoch neben schriftlichen Informationen eine Unterstützung bei der Vorbereitung auf die Anhörung durch Eltern, durch andere Vertrauenspersonen (vgl. Kap. 8.2).

Die meisten der befragten Jugendlichen wurden von der KESB angehört. Oft jedoch, ohne dass sie wussten, dass es sich um eine formelle Anhörung handelt und oft auch ohne ihre Rechte in Bezug auf die Anhörung zu kennen. Häufig fand die Anhörung im Beisein anderer Personen (Eltern, Abklärungs- oder Beistandsperson, Vertreter\*in einer stationären Einrichtung) statt, was von einzelnen Jugendlichen als Überforderung bezeichnet wurde. Das direkte Sprechen über familiäre Probleme während der Anhörung wurde mindestens vorübergehend von einzelnen Jugendlichen als emotionale Belastung wahrgenommen, auch wenn sie die Interaktion mit der verfahrensleitenden Person als positiv beurteilten.

Viele der interviewten Jugendlichen stehen dem Ausgang des Verfahrens ambivalent gegenüber. Sie sehen teilweise positive Aspekte des Entscheids und erachten die Massnahmen teilweise als effektive Hilfe. Einige Jugendliche bedauern jedoch auch, wenn sie von den Folgen des Entscheids am stärksten betroffen sind. Dies ist insbesondere bei ausserfamiliären Platzierungen der Fall, bei denen sie einen Wechsel des Wohnorts, der Schule und des sozialen Umfelds zu bewältigen haben.

Der Verfahrensbeginn stellt für die interviewten Eltern mehrheitlich einen Schock und eine grosse Verunsicherung dar. Die Eltern haben Angst und Selbstzweifel und fühlen sich in ihrer Erziehungsfähigkeit in Frage gestellt. Sie äussern einen Bedarf nach zusätzlichen Informationen über ihre Rechte im Verfahren und über den Ablauf des Verfahrens in ihrem konkreten Fall. Anhand der Uncertainty Management Theorie wurde gezeigt, dass der Verfahrensbeginn für die KESB ein grosses Potenzial birgt, um Vertrauen und Kooperationsbereitschaft zu begünstigen. Das Ermöglichen von Telefonaten oder persönlichen Gesprächen mit der verfahrensleitenden Person der KESB ganz zu Beginn des Verfahrens oder eine telefonische Kontaktaufnahme mit den Eltern durch die verfahrensleitende Person, kann zu einer Entspannung führen und einen Vertrauensaufbau bei den Eltern begünstigen (vgl. Kap. 8.2). Einige Eltern stehen der Verfahrenseröffnung neutral oder mit der Hoffnung auf Hilfe gegenüber.

Während die Eltern in der vorliegenden Studie praktisch durchgängig mit Personen aus ihrem privaten Umfeld oder mit Fachpersonen über das Kindesschutzverfahren sprachen, äusserten die Jugendlichen diesbezüglich Vorbehalte, und vor allem männliche Jugendliche behielten das Kindesschutzverfahren und allfällige Massnahmen lieber für sich. Insbesondere die männlichen Jugendlichen erweckten den Eindruck, mit den Sorgen und Belastungen des Kindesschutzverfahrens allein zu sein.

Sowohl die Jugendlichen als auch die Eltern, die sich an der Studie beteiligten, nehmen die Interaktion mit der verfahrensleitenden Person mit wenigen Ausnahmen als positiv, wertschätzend und transparent wahr. Nur in Ausnahmefällen wird die Interaktion mit der verfahrensleitenden Person der KESB von Eltern als wenig wertschätzend und als herablassend wahrgenommen.

Viele interviewte Eltern nehmen historische Gebäude der KESB und Sicherheitsvorkehrungen mit gepanzertem Glas als Symbol der Macht wahr, die ihnen die Ernsthaftigkeit des Verfahrens und ihre Abhängigkeit vom Entscheid der KESB verdeutlicht und sie teilweise ängstigt.

Eltern fühlen sich grösstenteils gut ins Verfahren vor der KESB einbezogen und nehmen das Vorgehen der KESB als transparent und nachvollziehbar wahr. Als positiv bezeichnen Eltern

durchwegs die klare Zuständigkeit sowie eine gute direkte und persönliche Erreichbarkeit der verfahrensleitenden Person der KESB. Auch die Tatsache, dass das Verfahren bei der KESB auch über mehrere Verfahren hinweg durch dieselbe Person geleitet wurde, wird von Eltern positiv gewertet. Dadurch wird die Unsicherheit über den Verfahrensablauf reduziert und ein Vertrauensaufbau begünstigt.

Das Kindesschutzverfahren vor der KESB stellt für viele der befragten Eltern eine enorme psychische Belastung dar, sei es durch die Information über die Verfahrenseröffnung, die Sorge um das Kind, Selbstzweifel, Sofortinterventionen, Elternbeiträge oder ein Scheitern von Massnahmen zum Schutz des Kindes. Diese Belastung durch das Kindesschutzverfahren trifft Eltern, die zu einem grossen Teil bereits vor dem Verfahren an psychischen Störungen litten. So schilderten zwei Drittel der interviewten Eltern, dass sie selbst an psychischen Störungen leiden.

Die Eltern, die in der Studie interviewt wurden, nehmen die Organisationsstruktur der KESB und die Delegation der Abklärung an einen externen Dienst mehrheitlich als konsistent wahr. Sie können die Zuständigkeiten der jeweiligen Fachpersonen in der Retrospektive nachvollziehen und kennen ihre Ansprechpersonen bei den jeweiligen Institutionen. Positiv wird von einigen Eltern die kantonale Organisation der KESB und die Abkehr von der Zuständigkeit der Gemeinde betont. Eltern haben vereinzelt den Eindruck, die KESB stehe unter Spardruck und wolle deswegen so wenig Massnahmen wie möglich anordnen. Bemängelt wird von einigen Eltern eine zu lange Verfahrensdauer. Sie sehen die Gründe dafür mehrheitlich in der Delegation der Abklärung an einen externen Dienst. Durch diese Delegation wird aus Sicht einzelner Eltern auch die Bürokratie erhöht.

Sowohl Eltern als auch Jugendliche schreiben der Institution KESB allgemein eine hohe Legitimität zu. Sie sind häufig der Ansicht, dass sie mit der für sie zuständigen KESB Glück hatten und schreiben anderen KESB negativere Eigenschaften zu.

Die befragten Eltern nehmen das Kindesschutzverfahren vor der KESB grösstenteils als gerecht oder als ambivalent wahr. Die meisten Eltern sehen sowohl negative als auch positive Aspekte des Verfahrens. Einige Eltern sind den Verfahrensleitenden der KESB auch dankbar für Ihre Arbeit und betrachten die Intervention der KESB als Hilfe. Selten nehmen die Eltern das Verfahren gesamthaft als ungerecht wahr und wenn, dann stand das in der vorliegenden Studie in Zusammenhang mit Sofortmassnahmen, die die KESB angeordnet hat.

Durch das Kindesschutzverfahren können, insbesondere bei Sofortinterventionen, traumatische Kindheitserfahrungen der Eltern reaktiviert werden, d.h. Eltern erleben erneut traumatische

Erfahrungen, die sie als Kind mit der Kindesschutzbehörde gemacht haben. Wenn dies geschieht, dann beeinflusst das ihre Wahrnehmung des Kindesschutzverfahrens deutlich stärker als andere Aspekte des Verfahrens.

Die interviewten Jugendlichen und Eltern haben je eine eigenständige Wahrnehmung des Verfahrens. Für sie sind andere Aspekte des Verfahrens wichtig und sie haben unterschiedliche Anliegen an dieses.

Obwohl nur wenige Eltern davon betroffen sind, stellen die Informationspraxis, die Höhe und der Prozess der Berechnung von Elternbeiträgen für die Mitfinanzierung von Massnahmenkosten für die betroffenen Eltern einen besonders ungerechten Aspekt des Verfahrens dar. Dieser beeinträchtigt ihre Kooperationsbereitschaft und zwingt sie unter Umständen zu einer erheblichen Einschränkung ihres Lebensstandards.

### *Schlussfolgerungen*

Die Resultate der vorliegenden Studie stehen weitgehend in Einklang mit der internationalen Gerechtigkeitsforschung. Die Studie zeigt exemplarisch, dass eine gute Information über die Rechte der Betroffenen, eine wertschätzende Interaktion und ein transparentes und kooperatives Vorgehen eine positive Wahrnehmung des zivilrechtlichen Kindesschutzverfahrens durch Jugendliche und Eltern begünstigt. Einzelne, als besonders ungerecht wahrgenommene Aspekte des Verfahrens, können die gesamthafte Gerechtigkeitswahrnehmung von Betroffenen jedoch dominieren und andere als gerecht wahrgenommene Aspekte überschatten. Dazu gehören in der Studie vor allem Sofortinterventionen der KESB sowie die Bemessung der Elternbeiträge zur Mitfinanzierung von Massnahmenkosten.

Die Studie zeigt, dass Jugendliche und ihre Eltern das Verfahren unterschiedlich wahrnehmen und für sie jeweils andere Aspekte bedeutsam sind. Die Ergebnisse zur Partizipation von Jugendlichen im Verfahren machen deutlich, dass es sich um ein komplexes Thema handelt und dass die Informations- und Anhörungspraxis im Kindesschutzverfahren mit grosser Sorgfalt und für jedes Kind einzeln betrachtet werden sollte, damit Belastungen und Überforderungen möglichst minimiert werden und Kinder ihre Mitwirkungsrechte tatsächlich wahrnehmen können.

Ziel des zivilrechtlichen Kindesschutzes ist der effektive Schutz gefährdeter Kinder. Eine hohe Gerechtigkeitswahrnehmung des Verfahrens und eine hohe Kooperationsbereitschaft durch Betroffene stellen allein nicht den Schutz des Kindes sicher. Durch ein hohes Mass an wahrgenommener Gerechtigkeit des Verfahrens durch Betroffene kann die Kooperationsbereitschaft der Betroffenen jedoch erhöht und dadurch der Schutz des Kindes begünstigt werden. Hier stehen der Politik, den KESB und den in deren Auftrag arbeitenden Organisationen Möglichkeiten zur

Verfügung, um die Gerechtigkeitswahrnehmung und damit die Kooperationsbereitschaft der Betroffenen durch institutionelle Massnahmen und persönliche Handlungsweisen positiv zu beeinflussen.

## 8.2 Anregungen für die Praxis

Aus den Ergebnissen des Forschungsprojekts lassen sich nachfolgende Anregungen für die Praxis ableiten.

### *Systematische Information und Begleitung der Kinder bei der Anhörung*

Eine systematische Information und Begleitung der Kinder bei der Vorbereitung, Umsetzung und Nachbereitung der Anhörung, ist möglicherweise unterstützend, wenn das Ziel verfolgt wird, dass Kinder aktiv am Verfahren mitwirken, die Bedeutung des Verfahrens sowie ihre Rechte kennen und ihre Bedürfnisse und ihren Willen im Verfahren einbringen können. Die nachfolgende grafische Darstellung stellt die Handlungen der KESB während des Anhörungsverfahrens dar: (1) Systematische Aushändigung von Informationsmaterial<sup>50</sup> und Einladung zur Anhörung sowie (2) Durchführung und Protokollierung der Anhörung und Rückmeldung zur Kindesanhörung an die Eltern.

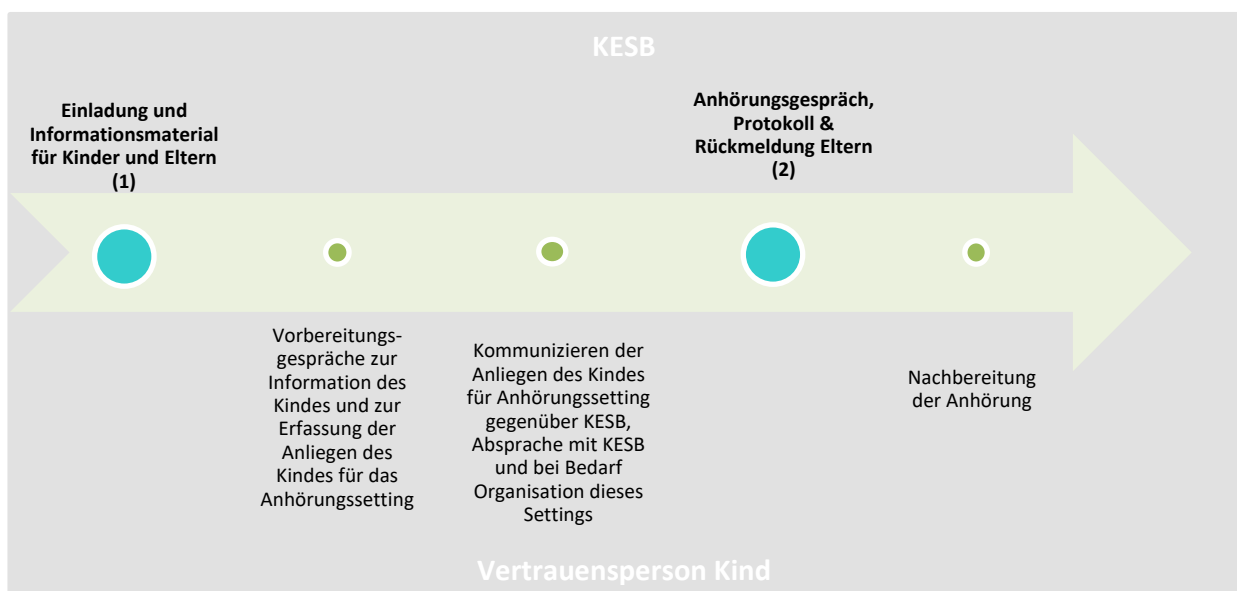


Abbildung 16: Umfassende Information und Begleitung des Kindes bei der Anhörung (eigene Darstellung)

<sup>50</sup> Beispiele für bereits vorhandenes Informationsmaterial für Kinder sind (MMI & Unicef, 2014a, 2014b, 2014c, 2014d; Spring & Fassbind, 2018).



Zwischen diesen beiden Handlungsschritten kann das Kind durch eine geeignete Vertrauensperson begleitet werden, um die Informationen zum Verfahren und die Rechte des Kindes in Bezug auf die Anhörung zu besprechen und die Anliegen des Kindes zum Anhörungssetting aufzunehmen. Zudem braucht es eine geeignete Person, die diese Anliegen für das Anhörungssetting mit der verfahrensleitenden Person bespricht und allenfalls mithilft, dieses zu organisieren (Anfrage an Drittperson machen, etc.). Empfehlenswert scheint auch eine Überprüfung der Anwesenheit von Eltern sowie von Abklärungs- oder Mandatspersonen während der Anhörung vor der KESB. Aufgrund der von den Jugendlichen teilweise geäußerten emotionalen Belastung kann die Anhörung bei Bedarf mit einer geeigneten Person nachbereitet werden. Eine umfassende Information und Begleitung von Kindern bei der Anhörung wäre insgesamt vermutlich mit einem deutlichen Mehraufwand für die Anhörung verbunden.

### *Sofortinterventionen*

Geprüft werden könnte angesichts der nachhaltig negativen Auswirkungen der meisten Sofortinterventionen, inwiefern im Einzelfall ein Minimum an Einbezug der Betroffenen erreicht werden und zeitgleich der Schutz des Kindes sichergestellt werden kann. Denkbar wäre ein Vorgehen, bei dem sich eine oder mehrere Fachpersonen Zeit nehmen um *während* der Sofortintervention den Eltern (und separat dem Kind) zu erklären, welche Massnahme zum Schutz des Kindes jetzt gleich ergriffen wird und die diesbezüglichen Anliegen des Kindes und der Eltern minimal zu erfassen. Hilfreich könnte diesbezüglich auch eine Förderung des informellen Austausches im Sinne einer kollegialen Beratung oder Intervision innerhalb der einzelnen KESB in Bezug auf Sofortinterventionen sei. Allenfalls könnten Fachpersonen der KESB, Abklärungs- und Mandatspersonen sowie der Polizei auch durch Schulungen auf Sofortinterventionen sensibilisiert werden. Bei Sofortinterventionen handelt es sich allerdings um Dilemmata, bei denen es oft darum geht, die für das Kind und auch für die Eltern am wenigsten schädliche Handlungsalternative zu wählen.

### *Informationsmaterial für Eltern und Portraits von anderen Betroffenen für Eltern und Kinder*

Eltern könnten durch zusätzliches, mehrsprachiges Informationsmaterial besser auf das Verfahren und insbesondere auf ihre Rechte im Verfahren informiert werden. Neben schriftlichen Informationen sind hier auch Audio- oder Videomaterialien denkbar. Auch könnten Video-Portraits mit Erfahrungsberichten von anderen betroffenen Eltern Sicherheit geben und dadurch kooperationsfördernd wirken. Solche Video-Portraits könnten auch über junge Erwachsene erstellt werden, die ihre Erfahrungen mit dem Kindesschutzverfahren vor der KESB als Kinder schildern. Video-Portraits können Betroffenen zusätzlich zu den Informationsmaterialien einen persönlichen Eindruck geben und ihre Identifikation mit der KESB fördern und bieten eine Ergänzung zu schriftlichen Informationsmaterialien.

### *Persönliche Kontaktaufnahme zu Beginn des Verfahrens*

Eine Möglichkeit, um die Unsicherheit von Eltern zu Beginn des Verfahrens und damit deren Stress zu reduzieren, wäre die systematische persönliche Kontaktaufnahme durch die verfahrensleitende Person mit den Eltern zu Beginn des Verfahrens. Eine solche könnte in Form eines Telefonats durch die verfahrensleitende Person vor dem Eintreffen der schriftlichen Information über die Verfahrenseröffnung, am selben Tag oder an den Tagen danach erfolgen. Denkbar, aber deutlich zeitaufwändiger, wäre die Praxis, dass Eltern nach einer telefonischen Kontaktaufnahme zu Beginn des Verfahrens ein persönliches Gespräch angeboten wird und ihnen das Verfahren und die Betroffenenrechte in diesem Rahmen zeitnah erklärt und Fragen beantwortet werden könnten.

### *Peer Mentoring für Eltern*

Die von einem interviewten Elternteil stammende Idee eines Peer Mentorings für Eltern im Kindesschutzverfahren vor der KESB (vgl. Kap. 6.5) scheint mir eine anspruchsvolle, jedoch grundsätzlich prüfenswerte Option. Wenn es gelingen sollte, geeignete Eltern zu finden und weiterzubilden, die sich durch eine hohe Reflexions- und Kommunikationsfähigkeit auszeichnen, die genügend emotionale Distanz zum Kindesschutzverfahren haben und die in der Lage sind, von positiven Erfahrungen mit der KESB zu berichten, ist nicht ausgeschlossen, dass aktuell von Kindesschutzverfahren betroffene Eltern davon profitieren könnten und sich dies positiv auf den Verlauf des Kindesschutzverfahrens auswirken könnte. Zu bedenken ist jedoch, dass damit primär Eltern im Verfahren gestärkt würden und die Kinder höchstens indirekt davon profitieren könnten.

### *Berechnungsprozess der Elternbeiträge an die Massnahmenkosten*

Obwohl nur wenige Eltern über ein ausreichendes Einkommen verfügen, so dass sie sich finanziell an den Verfahrens- und Massnahmenkosten beteiligen müssen, war die Heftigkeit der Kritik von denjenigen Eltern, die solche zu entrichten haben, in der Studie derart ausgeprägt und hatte einen solch grossen negativen Einfluss auf ihre Kooperationsbereitschaft, dass es sich möglicherweise lohnt, den Prozess der Information und der Berechnung der Elternbeiträge zu überprüfen. Eine finanzielle Belastung der Eltern stellt zudem einen Risikofaktor für eine Kindeswohlgefährdung dar. Wenn es sich zeigt, dass Elternbeiträge so hoch sind, dass sie zu einer erheblichen finanziellen Belastung der Eltern führen, läuft diese Praxis dem Ziel des Kindesschutzes zuwider. Problematisch sind möglicherweise weniger die Bemessungsrichtlinien, sondern vielmehr, dass die Berechnung bei einigen Personen nicht sämtliche Ausgaben berücksichtigt und eine erste Berechnung deshalb so hoch angesetzt wird, dass sie für die Familie fast nicht tragbar ist. Ebenfalls prüfenswert wäre die Informationspraxis der Eltern während des Kindesschutzverfahrens über die finanziellen Folgen der jeweiligen Massnahmen.

### *Räumlichkeiten der KESB und Ort der Anhörung*

In Bezug auf die Räumlichkeiten der KESB und den Ort der Anhörung von Kindern und Eltern scheint es Optimierungspotenzial zu geben. Die heutigen Gebäude der KESB bringen für die interviewten Eltern teilweise einseitig die Staatsmacht und die Ernsthaftigkeit des Verfahrens zum Ausdruck. Räumlichkeiten, die familienfreundlich wirken und den Dienstleistungscharakter und die Orientierung am Kindeswohl symbolisieren, könnten die Wahrnehmung der Interaktion mit der KESB möglicherweise positiv beeinflussen und die Identifikation der Eltern mit der KESB erhöhen.

Abschliessend ist zu betonen, dass viele Fachpersonen und KESB bereits heute einige dieser Anregungen in der Praxis umsetzen. Allenfalls können die aufgeführten Anregungen einen Beitrag dazu leisten, deren Praxis und damit auch den damit verbundenen Ressourceneinsatz zu legitimieren. Gewisse Anregungen sind zudem mit politischen Entscheiden über die Allokation von Ressourcen in den zivilrechtlichen Kinderschutz verbunden und durch die einzelnen Organisationen nicht direkt umsetzbar.

## 9 Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

### 9.1 Abbildungsverzeichnis

<i>Abbildung 1: Stufenfolge von zivilrechtlichen Kindesschutzmassnahmen (eigene Darstellung gemäss ZGB).....</i>	<i>14</i>
<i>Abbildung 2: Musterorganigramm KESB (in Anlehnung an den Kanton Bern) .....</i>	<i>19</i>
<i>Abbildung 3: Fallbezogene Zusammenarbeit zwischen KESB, Familiensystem und Beistandsperson mit Einbettung in die Institution (eigene Darstellung in Anlehnung an (KOKES, 2017, S. 124).....</i>	<i>21</i>
<i>Abbildung 4: Stadien des Kindesschutzverfahrens vor der KESB (vereinfacht und leicht verändert nach Fassbind, 2018, S. 128).....</i>	<i>26</i>
<i>Abbildung 5: Vorsorgliche Massnahmen – zwei Varianten im zeitlichen Ablauf .....</i>	<i>27</i>
<i>Abbildung 6: Typologie von Kindesschutzfällen im Spannungsverhältnis zwischen Beziehungsorientierung und Orientierung an der Rechtmässigkeit des Verfahrens (eigene Darstellung, in Anlehnung an Brenninkmeijer (2006, S. 5).....</i>	<i>30</i>
<i>Abbildung 7: Harts Partizipationsleiter (ladder of participation) als Stufenmodell (Hart, 1992, S. 8).....</i>	<i>32</i>
<i>Abbildung 8: Wellen der Gerechtigkeitstheorien und -forschung (vereinfachte Darstellung aus: Colquitt et al. (2008, S. 7).....</i>	<i>42</i>
<i>Abbildung 9: Übersicht über die integrativen Gerechtigkeitstheorien in der zeitlichen Entwicklung (vereinfacht nach Colquitt et al., 2008, S. 11; 37).....</i>	<i>46</i>
<i>Abbildung 10: Kontrafaktische Konzeptionen (Colquitt et al., 2008) .....</i>	<i>46</i>
<i>Abbildung 11: Gruppenorientierte Konzeptionen (Colquitt et al., 2008).....</i>	<i>47</i>
<i>Abbildung 12: Heuristische Konzeptionen (Colquitt et al., 2008).....</i>	<i>50</i>
<i>Abbildung 13: Der fair process effect als Substitutionseffekt (Lind, 2001, S. 75) .....</i>	<i>56</i>
<i>Abbildung 14: Bedeutung der Fairness unter Unsicherheit zu Beginn eines Verfahrens (eigene Darstellung in Anlehnung an die Uncertainty Management Theorie (van den Bos &amp; Lind, 2001) .....</i>	<i>58</i>
<i>Abbildung 15: Gerechtigkeitsdimensionen.....</i>	<i>140</i>
<i>Abbildung 16: Umfassende Information und Begleitung des Kindes bei der Anhörung (eigene Darstellung) .....</i>	<i>159</i>

### 9.2 Tabellenverzeichnis

<i>Tabelle 1: Themen und Aspekte des Interviewleitfadens.....</i>	<i>81</i>
<i>Tabelle 2: Übersicht Interviewpartner*innen.....</i>	<i>82</i>
<i>Tabelle 3: Übersicht über Entscheid der KESB gemäss Informationen der Eltern (Mehrfachnennungen möglich).....</i>	<i>84</i>
<i>Tabelle 4: Übersicht über die Melder*innen .....</i>	<i>84</i>
<i>Tabelle 5: Übersicht über den Hauptanlass für die Meldungen an die KESB.....</i>	<i>85</i>
<i>Tabelle 6: Übersicht über die erfolgten Hilfen .....</i>	<i>86</i>
<i>Tabelle 7: Übersicht über die insgesamt Gerechtigkeitswahrnehmung durch Jugendliche und Eltern .....</i>	<i>122</i>

## 10 Literaturverzeichnis

- Abraham, A., & Gautschi, N. (2020). Über das Schweigen. *Impuls*, 3, 14-16.
- Ackermann, T. (2017). *Über das Kindeswohl entscheiden. Eine ethnographische Studie zur Fallarbeit im Jugendamt*. Bielefeld: transcript Verlag.
- Adams, J. S. (1965). Inequity in social exchange. *Advances in Experimental Social Psychology*, 2, 267-299.
- Aebi, T., Steinbach, J., & Vilén, L. (2020). Leitlinien für psychologische Gutachten im Familienrecht. *Zeitschrift für Kindes- und Erwachsenenschutz (ZKE)*(1), 1-23.
- Aholt, A., Queißer, C., Rowe, J., & Vogel, R. (2008). Das organisationspsychologische Fairness-Konstrukt im Marketing. *Zeitschrift für Management*, 3(4), 321-338.
- Albert, M., Hurrelmann, K., & Quenzel, G. (2019). *Jugend 2019 -18. Shell Jugendstudie: Eine Generation meldet sich zu Wort*. Weinheim: Beltz.
- Alberth, L., Bode, I., & Bühler-Niederberger, D. (2010). Kontingenzprobleme sozialer Interventionen. *Berliner Journal für Soziologie*, 20(4), 475-497. doi:10.1007/s11609-010-0140-x
- Ambrose, M. L., & Arnaud, A. (2005). Are procedural justice and distributive justice conceptually distinct? In: J. Greenberg & J. A. Colquitt (Hrsg.), *Handbook of organizational justice*. Mahwah: Lawrence Erlbaum Associates.
- Ambrose, M. L., & Schminke, M. (2003). Organization structure as a moderator of the relationship between procedural justice, interactional justice, perceived organizational support, and supervisory trust. *Journal of Applied Psychology*, 88(2), 295.
- Arnold, C., Huwiler, K., Raulf, B., Tanner, H., & Wicki, T. (2008). *Pflegefamilien- und Heimplatzierungen: Eine empirische Studie über den Hilfeprozess und die Partizipation von Eltern und Kindern*. Zürich: Rüegger Verlag.
- Ashford, J. B. (2006). Comparing the effects of judicial versus child protective service relationships on parental attitudes in the juvenile dependency process. *Research on Social Work Practice*, 16(6), 582-590. doi:10.1177/1049731506289726
- Augsberger, A., Lens, V., & Hughes, A. (2016). "I didn't know you were fighting so hard for me": Attorneys' perceptions of youth participation in child dependency proceedings. *Family Court Review*, 54(4), 578-590.
- Barkworth, J. M., & Murphy, K. (2015). Procedural justice policing and citizen compliance behaviour: The importance of emotion. *Psychology, crime & law*, 21(3), 254-273.
- Barkworth, J. M., & Murphy, K. (2019). Procedural justice, posturing and defiant action: Exploring prisoner reactions to prison authority. *Justice Quarterly*, 1-28.
- Bell, M. (2011). *Promoting children's rights in social work and social care: A guide to participatory practice* (Vol. 14): Jessica Kingsley Publishers.
- Berrick, J. D., Young, E. W., Cohen, E., & Anthony, E. (2011). 'I am the face of success': Peer mentors in child welfare. *Child & Family Social Work*, 16(2), 179-191.

- Bessell, S. (2011). Participation in decision-making in out-of-home care in Australia: What do young people say? *Children and Youth Services Review*, 33(4), 496-501.
- Bies, R. J. (2008). Are procedural justice and interactional justice conceptually distinct? In: J. Greenberg & J. A. Colquitt (Hrsg.), *Handbook of organizational justice* (85-112). New York: Psychology Press.
- Bies, R. J., & Moag, J. F. (1986). Interactional justice: Communication criteria of fairness. In: R. J. Lewicki, B. H. Sheppard, & M. H. Bazerman (Hrsg.), *Research on negotiations in organizations* (Vol. 1, 43-55). Greenwich: JAI Press.
- Bies, R. J., & Shapiro, D. L. (1987). Interactional fairness judgments: The influence of causal accounts. *Social Justice Research*, 1(2), 199-218.
- Biesel, K., Fellmann, L., Müller, B., Schär, C., & Schnurr, S. (2017). *Prozessmanual. Dialogisch-systemische Kindeswohlklärung*. Bern: Haupt.
- Biesel, K., & Schnurr, S. (2014). Abklärungen im Kinderschutz: Chancen und Risiken in der Anwendung von Verfahren und Instrumenten zur Erfassung von Kindeswohlgefährdung. *Zeitschrift für Kindes- und Erwachsenenschutz*(1), 63-71.
- Biesel, K., & Urban-Stahl, U. (2018). *Lehrbuch Kinderschutz*. Weinheim, Basel: Beltz Juventa.
- Bindel-Kögel, G., & Hoffmann, H. (2017a). Methodisches Vorgehen. In: J. Mündler (Hrsg.), *Kindeswohl zwischen Jugendhilfe und Justiz. Zur Entwicklung von Entscheidungsgrundlagen und Verfahren zur Sicherung des Kindeswohls zwischen Jugendämtern und Familiengerichten* (91-106). Weinheim, Basel: Beltz Juventa.
- Bindel-Kögel, G., & Hoffmann, H. (2017b). Zum Forschungsstand im Untersuchungsfeld. In: J. Mündler (Hrsg.), *Kindeswohl zwischen Jugendhilfe und Justiz. Zur Entwicklung von Entscheidungsgrundlagen und Verfahren zur Sicherung des Kindeswohls zwischen Jugendämtern und Familiengerichten* (69-90). Weinheim, Basel: Beltz Juventa.
- Bindel-Kögel, G., Hoffmann, H., & Schone, R. (2017). Verfahrensgestaltung des Familiengerichts im Kontext von § 1666 BGB. In: J. Mündler (Hrsg.), *Kindeswohl zwischen Jugendhilfe und Justiz. Zur Entwicklung von Entscheidungsgrundlagen und Verfahren zur Sicherung des Kindeswohls zwischen Jugendämtern und Familiengerichten* (232-280). Weinheim, Basel: Beltz Juventa.
- Black, D. A., Heyman, R. E., & Smith Slep, A. M. (2001). Risk factors for child physical abuse. *Aggression and violent behavior*, 6, 121-188.
- Black, D. A., Smith Slep, A. M., & Heyman, R. E. (2001). Risk factors for child psychological abuse. *Aggression and violent behavior*, 6(2-3), 189-201.
- Block, S. D., Oran, H., Oran, D., Baumrind, N., & Goodman, G. S. (2010). Abused and neglected children in court: Knowledge and attitudes. *Child Abuse & Neglect*, 34(9), 659-669.  
doi:10.1016/j.chiabu.2010.02.003

- Bradford, B. (2014). Policing and social identity: Procedural justice, inclusion and cooperation between police and public. *Policing and society*, 24(1), 22-43.
- Bradford, B., Hohl, K., Jackson, J., & MacQueen, S. (2015). Obeying the rules of the road: Procedural justice, social identity, and normative compliance. *Journal of contemporary criminal justice*, 31(2), 171-191.
- Brenninkmeijer, A. (2006). Fair governance: A question of lawfulness and proper conduct. *Van Slingelandtleezing*. Retrieved from [https://www.researchgate.net/profile/Alex\\_Brenninkmeijer2/publication/252165661\\_Fair\\_governance\\_a\\_question\\_of\\_lawfulness\\_and\\_proper\\_conduct/links/53cf49870cf2fd75bc59b608.pdf](https://www.researchgate.net/profile/Alex_Brenninkmeijer2/publication/252165661_Fair_governance_a_question_of_lawfulness_and_proper_conduct/links/53cf49870cf2fd75bc59b608.pdf)
- Büchler, A., & Simoni, H. (Hrsg.). (2009). *Kinder und Scheidung: Der Einfluss der Rechtspraxis auf familiäre Übergänge*. Zürich: Rüegger.
- Cantieni, L., & Blum, S. (2016). Kindesschutzmassnahmen. In: C. Fountoulakis, K. Affolter-Fringeli, Y. Biderbost, & D. Steck (Hrsg.), *Fachhandbuch Kindes- und Erwachsenenschutzrecht* (1 Aufl., 561-612). Zürich, Basel, Genf: Schulthess.
- Cederborg, A.-C., Lamb, M. E., & Laurell, O. (2007). Delay of disclosure, minimization and denial when the evidence is unambiguous. a mulit victim case.
- Chebat, J.-C., & Slusarczyk, W. (2005). How emotions mediate the effects of perceived justice on loyalty in service recovery situations: an empirical study. *Journal of Business Research*, 58(5), 664-673.
- Chiapparini, E. (2016). Service User Involvement – Social Work Projects and Education with a Gap-Mending Approach in Europe. In: E. Chiapparini (Hrsg.), *The service user as a partner in social work projects and education: Concepts and evaluations of courses with a gap-mending approach in Europe* (25-36). Opladen: Verlag Barbara Budrich.
- Cleveland, K. C. (2017). *Exploring parents' legal understanding and justice attitudes in dependency cases*. Irvine: University of California.
- Cohen-Charash, Y., & Spector, P. E. (2001). The role of justice in organizations: A meta-analysis. *Organizational Behavior and Human Decision Processes*, 86(2), 278-321.
- Collie, T., Bradley, G., & Sparks, B. A. (2002). Fair process revisited: Differential effects of interactional and procedural justice in the presence of social comparison information. *Journal of Experimental Social Psychology*, 38(6), 545-555.
- Colquitt, J. A. (2001). On the dimensionality of organizational justice: a construct validation of a measure. *Journal of Applied Psychology*, 86(3), 386.
- Colquitt, J. A., & Chertkoff, J. M. (2002). Explaining injustice: The interactive effect of explanation and outcome on fairness perceptions and task motivation. *Journal of management*, 28(5), 591-610.

- Colquitt, J. A., Conlon, D. E., Wesson, M. J., Porter, C. O., & Ng, K. Y. (2001). Justice at the millennium: a meta-analytic review of 25 years of organizational justice research: American Psychological Association.
- Colquitt, J. A., Greenberg, J., & Zapata-Phelan, C. P. (2008). What is organizational justice? A historical overview. In: J. Greenberg & J. A. Colquitt (Hrsg.), *Handbook of organizational justice* (3 - 56). New York: Psychology Press.
- Colquitt, J. A., & Shaw, J. C. (2008). How should organizational justice be measured? In: J. Greenberg & J. A. Colquitt (Hrsg.), *Handbook of organizational justice* (113-152). New York: Psychology Press.
- Cottier, M. (2006). *Subjekt oder Objekt? Die Partizipation von Kindern in Jugendstraf- und zivilrechtlichen Kindesschutzverfahren. Eine rechtssoziologische Untersuchung aus der Geschlechterperspektive*. Bern: Stämpfli.
- Cropanzano, R., & Folger, R. (1989). Referent cognitions and task decision autonomy: beyond equity theory. *Journal of Applied Psychology*, 74, 293-299.
- Cropanzano, R., & Greenberg, J. (1997). Progress in organizational justice: Tunneling through the maze. *International Review of Industrial and Organizational Psychology*, 12, 317-372.
- Cropanzano, R., Stein, J. H., & Nadisic, T. (2011). *Social Justice and the Experience of Emotion*. New York: Routledge.
- Davies, E., Seymour, F., & Read, J. (2001). Children's and primary caretakers' perceptions of the sexual abuse investigation process: A New Zealand example. *Journal of Child Sexual Abuse*, 9(2), 41-56.
- De Cremer, D., & Blader, S. L. (2006). Why do people care about procedural fairness? The importance of belongingness in responding and attending to procedures. *European Journal of Social Psychology*, 36(2), 211-228.
- De Cremer, D., Van Knippenberg, B., Van Knippenberg, D., Mullenders, D., & Stinglhamber, F. (2005). Rewarding leadership and fair procedures as determinants of self-esteem. *Journal of Applied Psychology*, 90(1), 3.
- Deutsch, M. (1975). Equity, equality, and need: What determines which value will be used as the basis of distributive justice? *Journal of Social Issues*, 31(3), 137-149.
- Dresing, T., & Pehl, T. (2018). Praxisbuch Interview, Transkription & Analyse, *Anleitungen und Regelsysteme für qualitativ Forschende* (8 ed.). Marburg.
- Europarat. (2012). *Leitlinien des Ministerkomitees des Europarates für eine kindgerechte Justiz*. Strasbourg: Council of Europe Publishing.
- Fagan, J., & Tyler, T. R. (2005). Legal socialization of children and adolescents. *Social Justice Research*, 18(3), 217-242. doi:10.1007/s11211-005-6823-3



- Fankhauser, R. (2019). *Gutachten "Die Stellung nahestehender Personen im Kindes- und Erwachsenenschutzrecht"*.  
Abgerufen von  
<https://www.bj.admin.ch/dam/bj/de/data/gesellschaft/gesetzgebung/kesr/gutachten-kesr-d.pdf.download.pdf/gutachten-kesr-d.pdf>
- Fassbind, P. (2018). Verfahren vor der KESB: Von der Gefährdungsmeldung bis zur Vollstreckung.  
In: D. Rosch, C. Fountoulakis, & C. Heck (Hrsg.), *Handbuch Kindes- und Erwachsenenschutz: Recht und Methodik für Fachleute* (2. Aufl., 101-202). Bern: Haupt.
- Festinger, L. (1957). *A theory of cognitive dissonance*. Evanston: Row, Peterson.
- Flick, U. (2004). *Qualitative Sozialforschung. Eine Einführung* (2. Aufl.). Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Folger, R. (1986a). *A referent cognitions theory of relative deprivation*. Paper presented at the Relative deprivation and social comparison: The Ontario symposium.
- Folger, R. (1986b). Rethinking equity theory. In: H. W. Bierhoff, R. L. Cohen, & J. Greenberg (Hrsg.), *Justice in Social Relations* (145-162). Boston, MA: Springer US.
- Folger, R., & Cropanzano, R. (1998). *Organizational justice and human resource management* (Vol. 7): Sage Publications.
- Folger, R., Cropanzano, R., & Goldman, B. (2008). What is the relationship between justice and morality? In: J. Greenberg & J. A. Colquitt (Hrsg.), *Handbook of organizational justice* (215 - 245). New York: Psychology Press.
- Folger, R., & Martin, C. (1986). Relative deprivation and referent cognitions. Distributive and procedural justice effects. *Journal of Experimental Social Psychology*, 22, 531-546.
- Fong, E. A. (2010). CEO pay fairness as a predictor of stakeholder management. *Journal of Business Research*, 63(4), 404-410.
- Friebertshäuser, B., & Langer, A. (2013). Interviewformen und Interviewpraxis. In: B. Friebertshäuser, A. Langer, & A. Prengel (Hrsg.), *Handbuch Qualitative Forschungsmethoden in der Erziehungswissenschaft* (437-455). Weinheim und München: Juventa.
- Frost, J. (2004). Aufbau- und Ablauforganisation. In: S. Georg & v. W. Axel (Hrsg.), *Handwörterbuch Unternehmensführung und Organisation* (4. Aufl., 45-53). Stuttgart: Schäffer-Poeschel.
- Fuchs-Heinritz, W., Lautmann, R., Rammstedt, O., & Wienold, H. (Hrsg.). (1995). *Lexikon zur Soziologie* (3. ed.). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Gallagher, M., Smith, M., Hardy, M., & Wilkinson, H. (2012). Children and families' involvement in social work decision making. *Children & Society*, 26(1), 74-85. doi:10.1111/j.1099-0860.2011.00409.x
- Ganegoda, D. B., & Folger, R. (2015). Framing effects in justice perceptions: Prospect theory and counterfactuals. *Organizational Behavior and Human Decision Processes*, 126, 27-36.

- Gilliland, S. W., Groth, M., BAKER IV, R. C., Dew, A. E., Polly, L. M., & Langdon, J. C. (2001). Improving applicants' reactions to rejection letters: An application of fairness theory. *Personnel Psychology*, 54(3), 669-703.
- Glatzer, W. (2009). Gefühlte (Un)Gerechtigkeit. *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)*, 47, 15-20.
- Goodwin, C., & Ross, I. (1992). Consumer responses to service failures: Influence of procedural and interactional fairness perceptions. *Journal of Business Research*, 25(2), 149-163.
- Gordijn, E. H., Yzerbyt, V., Wigboldus, D., & Dumont, M. (2006). Emotional reactions to harmful intergroup behavior. *European Journal of Social Psychology*, 36(1), 15-30.
- Greenberg, J. (1993). The intellectual adolescence of organizational justice: You've come a long way, maybe. *Social Justice Research*, 6(1), 135-148. doi:10.1007/bf01048736
- Greenberg, J. (1994). Using socially fair treatment to promote acceptance of a work site smoking ban. *Journal of Applied Psychology*, 79(2), 288.
- Greenberg, J., & Folger, R. (1983). Procedural justice, participation, and the fair process effect in groups and organizations *Basic group processes* (235-256): Springer.
- Hart, R. A. (1992). *Children's participation - from tokenism to citizenship*. Florenz: Unicef.
- Hauri, A., Jud, A., Lätsch, D., & Rosch, D. (2018). Das Berner und Luzerner Abklärungsinstrument zum Kinderschutz. In: D. Rosch, C. Fountoulakis, & C. Heck (Hrsg.), *Handbuch Kindes- und Erwachsenenschutz. Recht und Methodik für Fachleute* (2. Aufl., 636-673). Bern: Haupt.
- Hauri, A., & Zingaro, M. (2013). *Kindeswohlgefährdung erkennen in der sozialarbeiterischen Praxis* (K. Schweiz Hrsg.). Bern: Kinderschutz Schweiz.
- Heck, C. (2018). Überblick über die Akteure und deren Aufgaben. In: D. Rosch, C. Fountoulakis, & C. Heck (Hrsg.), *Handbuch Kindes- und Erwachsenenschutz* (2. Aufl., 91-99). Bern: Haupt.
- Heinzel, F. (2010). Zugänge zur kindlichen Perspektive - Methoden der Kindheitsforschung. In: B. L. A. Friebertshäuser & A. Prengel (Hrsg.), *Handbuch Qualitative Forschungsmethoden in der Erziehungswissenschaft* (3 Aufl., 707-721). Weinheim, München: Juventa.
- Helfferich, C. (2016). *Die Qualität qualitativer Daten. Manual für die Durchführung qualitativer Interviews* (4. Aufl.). Wiesbaden: VS Springer.
- Hitz Quenon, N., & Matthey, F. (2017). *Une justice adaptée aux enfants. L'audition de l'enfant lors d'un placement en droit civil et lors du renvoi d'un parent en droit des étrangers*. Abgerufen von Bern: [https://www.skmr.ch/cms/upload/pdf/170829\\_etude\\_audition\\_enfant.pdf](https://www.skmr.ch/cms/upload/pdf/170829_etude_audition_enfant.pdf)
- Hitz Quenon, N., Paulus, E., & Luchetta Myit, L. (2014). *Le droit de protection de l'enfant: Les premiers effets de la mise en oeuvre dans les cantons de Genève, Vaud et Zurich*. Abgerufen von Bern: [http://www.skmr.ch/cms/upload/pdf/150409\\_Studie\\_Kinderschutzrecht.pdf](http://www.skmr.ch/cms/upload/pdf/150409_Studie_Kinderschutzrecht.pdf)
- Hobbs, S. D., Goodman, S., Block, S. D., Oran, D., Quas, J. A., Park, A., . . . Baumrind, N. (2014). Child maltreatment victims' attitudes about appearing in dependency and criminal courts. *Children and Youth Services Review*, 44, 407-416.

- Holland, S. (2001). Representing children in child protection assessments. *Childhood*, 8(3), 322-339.
- Homans, G. C. (1961). *Social behavior: Its elementary forms*. London: Routledge and Kegan Paul.
- Hopf, C. (1993). Fragen zur Hypothesenbildung und Hypothesenprüfung. In: C. Hopf & C. Schmidt (Hrsg.), *Zum Verhältnis von innerfamiliären sozialen Erfahrungen, Persönlichkeitsentwicklung und politischen Orientierungen. Dokumentation und Erörterung des methodischen Vorgehens in einer Studie zu diesem Thema* (13-18). Hildesheim.
- Hopf, C. (2016). *Schriften zu Methodologie und Methoden qualitativer Sozialforschung* (W. Hopf & U. Kuckartz Hrsg.). Wiesbaden: Springer VS.
- Hotz, S. (2020a). Konzept für ein kinderfreundliches Verfahren. In: S. Hotz (Hrsg.), *Handbuch Kinder im Verfahren. Stellung und Mitwirkung von Kindern in Straf-, Zivil-, Gesundheits-, Schul- und Asylverfahren* (11-27). Zürich: Dike.
- Hotz, S. (2020b). Rechtliche Grundlagen. In: S. Hotz (Hrsg.), *Handbuch Kinder im Verfahren. Stellung und Mitwirkung von Kindern in Straf-, Zivil-, Gesundheits-, Schul- und Asylverfahren* (76-154). Zürich: Dike.
- Hough, M., Jackson, J., Bradford, B., Myhill, A., & Quinton, P. (2010). Procedural justice, trust, and institutional legitimacy. *Policing*, 203-210.
- Interface. (2016). *Evaluation Kindes- und Erwachsenenschutzrecht. Analyse der organisatorischen Umsetzung und Kennzahlen zu Leistungen und Kosten. Bericht zuhanden des Bundesamts für Justiz (BJ)*. Abgerufen von [https://www.interface-pol.ch/app/uploads/2018/09/Be\\_KESR\\_Umsetzung.pdf](https://www.interface-pol.ch/app/uploads/2018/09/Be_KESR_Umsetzung.pdf)
- Jackson, J., Bradford, B., Hough, M., Myhill, A., Quinton, P., & Tyler, T. R. (2012). Why do people comply with the law? Legitimacy and the Influence of Legal Institutions. *British Journal of Criminology*, 52(6), 1051-1071. doi:10.1093/bjc/azs032
- Jackson, J., Huq, A. Z., Bradford, B., & Tyler, T. R. (2013). Monopolizing force? Police legitimacy and public attitudes toward the acceptability of violence. *Psychology Public Policy and Law*, 19(4), 479-497. doi:10.1037/a0033852
- Jasso, G., & Meyersson Milgrom, E. M. (2008). Distributive justice and CEO compensation. *Acta Sociologica*, 51(2), 123-143.
- Jones, L. M., Atoro, K. E., Walsh, W. A., Cross, T. P., Shadoin, A. L., & Magnuson, S. (2010). Nonoffending caregiver and youth experiences with child sexual abuse investigations. *Journal of interpersonal violence*, 25(2), 291-314.
- Jones, L. M., Cross, T. P., Walsh, W. A., & Simone, M. (2007). Do children's advocacy centers improve families' experiences of child sexual abuse investigations? *Child Abuse & Neglect*, 31(10), 1069-1085. doi:10.1016/j.chiabu.2007.07.003
- Jud, A. (2008). Akteure: Professionelle. In: P. Voll, A. Jud, E. Mey, C. Häfeli, & M. Stettler (Hrsg.), *Zivilrechtlicher Kinderschutz: Akteure, Prozesse, Strukturen. Eine empirische Studie mit Kommentaren aus der Praxis* (51-64). Luzern: interact Verlag.

- Jud, A. (2018). Kindesmisshandlung: Definitionen, Ausmass und Folgen. In: J. Fegert, M. Kölch, E. König, D. Harsch, S. Witte, & U. Hoffmann (Hrsg.), *Schutz vor sexueller Gewalt und Übergriffen in Institutionen. Für die Leitungspraxis in Gesundheitswesen, Jugendhilfe und Schule* (49-58). Berlin: Springer.
- Judge, T. A., & Colquitt, J. A. (2004). Organizational justice and stress: the mediating role of work-family conflict. *Journal of Applied Psychology*, 89(3), 395.
- Kanton Zürich (Hrsg.) (2016). *Rechtliches Gehör in Kindes- und Erwachsenenschutzverfahren - Leitfaden*. Zürich: Direktion der Justiz und des Innern als Aufsichtsbehörde im Kindes- und Erwachsenenschutz.
- Kantonaes Jugendamt (Hrsg.) (2017). *Praxis der Kindesanhörung im Kinderschutz- und Scheidungsverfahren im Kanton Bern. Analyse und Handlungsempfehlungen*. Bern: Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion des Kantons Bern.
- Karle, M. (2011). Die Praxis der Kindesanhörung in Deutschland unter besonderer Berücksichtigung der Frage einer Be- oder Entlastung der Kinder. *fampra*, 3, 651-664.
- Karle, M., Gathmann, S., & Klosinski, G. (2010). *Rechtstatsächliche Untersuchung zur Praxis der Kindesanhörung nach § 50b FGG*. Köln: Bundesanzeiger.
- Kilde, G. (2020). Familienrechtliche Verfahren. In: S. Hotz (Hrsg.), *Handbuch Kinder im Verfahren. Stellung und Mitwirkung von Kindern in Straf-, Zivil-, Gesundheits-, Schul- und Asylverfahren* (190-245). Zürich: Dike.
- Kindler, H. (2009). Kindeswohlgefährdung: Ein Forschungsupdate zu Ätiologie, Folgen, Diagnostik und Intervention. *Praxis der Kinderpsychologie und Kinderpsychiatrie*, 58(10), 764-785.
- Kindler, H. (2012). Fachlich gestaltete Gespräche mit Kindern im Kinderschutz: Ein Forschungsüberblick. In: W. Thole, A. Retkowski, & B. Schäuble (Hrsg.), *Sorgende Arrangements*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kindler, H. (2016). Ethische Fragen in der Forschung mit Kindern und Jugendlichen zu sexueller Gewalt: Ein Überblick. In: C. Helfferich, B. Kavemann, & H. Kindler (Hrsg.), *Forschungsmanual Gewalt. Grundlagen der empirischen Erhebung von Gewalt in Paarbeziehungen und sexualisierter Gewalt* (69-100). Wiesbaden: Springer VS.
- KOKES. (2019a). KOKES-Statistik 2018. Anzahl Personen mit Schutzmassnahmen per 31.12.2018. *Zeitschrift für Kindes- und Erwachsenenschutz ZKE*, 5, 430-437.
- KOKES. (2019b). *Melderechte und Meldepflichten an die KESB nach Art. 314c, 314d, 443 sowie 453 ZGB*. Abgerufen von [https://www.kokes.ch/application/files/4515/5533/1616/Merkblatt\\_Melderechte-Meldepflichten\\_Version\\_Maerz\\_2019\\_definitiv.pdf](https://www.kokes.ch/application/files/4515/5533/1616/Merkblatt_Melderechte-Meldepflichten_Version_Maerz_2019_definitiv.pdf)

- KOKES. (2020a). *KESB: Organisation in den Kantonen*. Abgerufen von [https://www.kokes.ch/application/files/5315/8245/2702/KESB\\_Organisation\\_in\\_den\\_Kantonen\\_2020.pdf](https://www.kokes.ch/application/files/5315/8245/2702/KESB_Organisation_in_den_Kantonen_2020.pdf)
- KOKES. (2020b). *Zusammenstellung der kantonalen Behördenorganisation (KESB - Aufsichtsbehörden - Rechtsmittelinstanzen)*. Abgerufen von [https://www.kokes.ch/application/files/3915/8245/1552/Behoerdenorganisation\\_Kantone\\_aktualisiert\\_2020.pdf](https://www.kokes.ch/application/files/3915/8245/1552/Behoerdenorganisation_Kantone_aktualisiert_2020.pdf)
- KOKES (Hrsg.) (2012). *Praxisanleitung Erwachsenenschutzrecht*. Zürich: Dike.
- KOKES (Hrsg.) (2017). *Praxisanleitung Kinderschutzrecht*. Zürich: Dike.
- Kozel, B., Winter, A., & Abderhalden, C. (2010). Die Wirksamkeit der Peer-Unterstützung bei psychischen Erkrankungen. *Psychiatrische Pflege heute (PPH)*, 16(06), 324-327.  
doi:DOI10.1055/s-0030-1268793
- Krehbiel, P. J., & Cropanzano, R. (2000). Procedural justice, outcome favorability and emotion. *Social Justice Research*, 13(4), 339-360.
- Kuckartz, U. (2018). *Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden, Praxis, Computerunterstützung* (4. Aufl.). Weinheim, Basel: Beltz Juventa.
- Kuckartz, U., Dresing, T., Rädiker, S., & Stefer, C. (2008). *Qualitative Evaluation-Der Einstieg in die Praxis* (2. Aufl.). Wiesbaden VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Lamb, M. E., Sternberg, K. J., Orbach, Y., Hershkowitz, I., Horowitz, D., & Esplin, P. W. (2002). The effects of intensive training and ongoing supervision on the quality of investigative interviews with alleged sex abuse victims. *Applied Developmental Science*, 6(3), 114-125.
- Lamnek, S., & Krell, C. (2016). *Qualitative Sozialforschung* (6. Aufl.). Weinheim: Beltz Verlagsgruppe.
- Lampe, W. (2017). Kindeswohlverfahren im Erleben der betroffenen Eltern, Kinder und Jugendlichen *Kindeswohl zwischen Jugendhilfe und Justiz. Zur Entwicklung von Entscheidungsgrundlagen und Verfahren zur Sicherung des Kindeswohls zwischen Jugendämtern und Familiengerichten* (355-422). Weinheim, Basel: Beltz Juventa.
- Lätsch, D. (2012). Wissenschaftlich fundierte Abklärungen im Kinderschutz: Überblick über den internationalen Entwicklungsstand – und ein Ausblick in die Schweiz *Zeitschrift für Kindes- und Erwachsenenschutz*, 67(1), 1-20.
- Lätsch, D., Hauri, A., Jud, A., & Rosch, D. (2015). Ein Instrument zur Abklärung des Kindeswohls – spezifisch für die deutschsprachige Schweiz. *Zeitschrift für Kindes- und Erwachsenenschutz*, 70(1), 1-26.
- Lens, V. (2017). Engaging parents in family court: Lessons from an observational study of child protection cases. *Journal of social work*, 17(2), 129-146.
- Leventhal, G. S. (1976). The distribution of rewards and resources in groups and organizations. *Advances in Experimental Social Psychology*, 9, 91-131.

- Leventhal, G. S. (1980). What should be done with equity theory? New approaches to the study of fairness in social relationships. In: K. Gergen, M. Greenberg, & R. Willis (Hrsg.), *Social exchange: Advances in theory and research* (27-55). New York: Plenum Press.
- Lind, A. (2001). Fairness heuristic theory: Justice judgments as pivotal cognitions in organizational relations. In: J. Greenberg & R. Cropanzano (Hrsg.), *Advances in organizational justice* (56-88). Stanford: Stanford University Press.
- Lind, E. A., Kulik, C. T., Ambrose, M., & Park, M. d. V. (1993). Individual and corporate dispute resolution - using procedural fairness as a decision heuristic. *Administrative Science Quarterly*, 38(2), 224-251. doi:10.2307/2393412
- Lind, E. A., & Tyler, T. R. (1988). *The social psychology of procedural justice: Critical issues in social justice*. New York: Springer Science + Business Media.
- Lingenfelder, M., & Nöcke, D. (2010). Moderierende Effekte der Ergebnisfairness auf den Service-Encounter *Serviceorientierung im Unternehmen* (131-162): Springer.
- MacQueen, S., & Bradford, B. (2015). Enhancing public trust and police legitimacy during road traffic encounters: results from a randomised controlled trial in Scotland. *Journal of Experimental Criminology*, 11(3), 419-443.
- Maguire, E. R., Lowrey, B. V., & Johnson, D. (2016). Evaluating the relative impact of positive and negative encounters with police: a randomized experiment. *Journal of Experimental Criminology*, 1-25.
- Maharee-Lawler, S., Rodwell, J., & Noblet, A. (2010). A step toward a common measure of organizational justice. *Psychological reports*, 106(2), 407-408.
- Maier, G. W., Streicher, B., Jonas, E., & Woschée, R. (2007). Gerechtigkeitseinschätzungen in Organisationen. *Diagnostica*, 53(2), 97-108.
- Meysen, T. (2019). Eingriffs- und Hilfeorientierung. Das deutsche Kinderschutzsystem im internationalen Vergleich. In: H. Kelle & S. Dahmen (Hrsg.), *Ambivalenzen des Kinderschutzes. Empirische und theoretische Perspektiven* (209-227). Weinheim: Beltz Juventa.
- Miner, J. B. (2003). The rated importance, scientific validity, and practical usefulness of organizational behavior theories: A quantitative review. *Academy of Management Learning & Education*, 2(3), 250-268.
- MMI, & Unicef. (2014a). *Die Kindesanhörung - Eine Informationsbroschüre für Eltern*. Zürich.
- MMI, & Unicef. (2014b). *Die Kindesanhörung. Es geht um dich - deine Meinung ist gefragt. Für Jugendliche ab 13 Jahren*. Zürich.
- MMI, & Unicef. (2014c). *Die Kindesanhörung. Es geht um dich - deine Meinung ist gefragt. Für Kinder ab 9 Jahren*. Zürich.
- MMI, & Unicef. (2014d). *Die Kindesanhörung. Es geht um dich - deine Meinung ist gefragt. Für Kinder ab 5 Jahre*. Zürich.

- Münder, J. (Hrsg.) (2017). *Kindeswohl zwischen Jugendhilfe und Justiz. Zur Entwicklung von Entscheidungsgrundlagen und Verfahren zur Sicherung des Kindeswohls zwischen Jugendämtern und Familiengerichten*. Weinheim, Basel: Beltz Juventa.
- Münder, J., Bindel-Kögel, G., Hoffmann, H., Lampe, W., Schone, R., & Seidenstücker, B. (2017a). *Kindeswohl zwischen Jugendhilfe und Justiz*. Beltz Juventa.
- Münder, J., Bindel-Kögel, G., Hoffmann, H., Lampe, W., Schone, R., & Seidenstücker, B. (2017b). Kindeswohl zwischen Jugendhilfe und Justiz - Zusammenfassung und Perspektiven. In: J. Münder (Hrsg.), *Kindeswohl zwischen Jugendhilfe und Justiz. Zur Entwicklung von Entscheidungsgrundlagen und Verfahren zur Sicherung des Kindeswohls zwischen Jugendämtern und Familiengerichten* (423-451). Weinheim, Basel: Beltz Juventa.
- Münder, J., Mutke, B., & Schone, R. (2000). *Kindeswohl zwischen Jugendhilfe und Justiz. Professionelles Handeln in Kindeswohlverfahren*. Münster: Votum Verlag.
- Murphy, A., & Steck, D. (2016). Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde. In: C. Fountoulakis, K. Affolter-Fringeli, Y. Biderbost, & D. Steck (Hrsg.), *Fachhandbuch Kindes- und Erwachsenenschutzrecht* (693-787). Zürich: Schulthess.
- Murphy, K., & Tyler, T. (2008). Procedural justice and compliance behaviour: The mediating role of emotions. *European Journal of Social Psychology*, 38(4), 652-668.
- Nathanson, R., & Saywitz, K. J. (2015). Preparing Children for Court: Effects of a Model Court Education Program on Children's Anticipatory Anxiety. *Behavioral Sciences & the Law*, 33(4), 459-475. doi:10.1002/bsl.2191
- Oser, F., & Biedermann, H. (2006). Partizipation - ein Begriff, der ein Meister der Verwirrung ist. In: C. Quesel & F. Oser (Hrsg.), *Die Mühen der Freiheit. Probleme und Chancen der Partizipation von Kindern und Jugendlichen* (17-37). Zürich: Rüegger.
- Pettigrew, T. F., & Tropp, L. R. (2005). Allport's intergroup contact hypothesis: Its history and influence. *On the nature of prejudice: Fifty years after Allport*, 262-277.
- Platow, M. J., Huo, Y. J., Lim, L., Tapper, H., & Tyler, T. R. (2015). Social identification predicts desires and expectations for voice. *Social Justice Research*, 28(4), 526-549. doi:10.1007/s11211-015-0254-6
- Price, H. L., & Roberts, K. P. (2011). The effects of an intensive training and feedback program on police and social workers' investigative interviews of children. *Canadian Journal of Behavioural Science/Revue canadienne des sciences du comportement*, 43(3), 235.
- Pries, L. (2019). *Soziologie* (4. Aufl.). Weinheim: Beltz Verlagsgruppe.
- Pritchard, R. D. (1969). Equity theory: A review and critique. *Organizational behavior and human performance*, 4(2), 176-211.

- Quas, J. A., Cooper, A., & Wandrey, L. (2009). Child victims in dependency court. In: B. L. Bottoms, C. J. Najdowski, & G. S. Goodman (Hrsg.), *Children as victims, witnesses, and offenders: Psychological science and the law* (128-149). New York: The Guilford Press.
- Rädiker, S., & Kuckartz, U. (2019). *Analyse qualitativer Daten mit MAXQDA. Text, Audio und Video*. Wiesbaden: Springer VS.
- Reichenbach, R. (1999). *Demokratisches Selbst und Dilettantisches Subjekt. Demokratische Bildung und Erziehung in der Spätmoderne*. Fribourg: Universität Fribourg.
- Reichenbach, R. (2006). Diskurse zwischen Ungleichen. Zur Ambivalenz einer partizipativen Pädagogik. In: C. Quesel & F. Oser (Hrsg.), *Die Mühen der Freiheit. Probleme und Chancen der Partizipation von Kindern und Jugendlichen* (39-61). Zürich: Rüegger.
- Reusser, R. (2016). Leitprinzipien des behördlichen Erwachsenen- und Kindesschutzes. In: C. Fountoulakis, K. Affolter-Fringeli, Y. Biderbost, & D. Steck (Hrsg.), *Fachhandbuch Kindes- und Erwachsenenschutzrecht* (1. Aufl.). Zürich: Schulthess.
- Rieker, P., Mörgen, R., Schnitzer, A., & Stroezel, H. (2016). *Partizipation von Kindern und Jugendlichen. Formen, Bedingungen sowie Möglichkeiten der Mitwirkung*. Wiesbaden: Springer VS.
- Roch, S. G., & Shanock, L. R. (2006). Organizational justice in an exchange framework: Clarifying organizational justice distinctions. *Journal of management*, 32(2), 299-322.
- Rosch, D. (2018). Kindes- und Erwachsenenschutz als Teil des Eingriffssozialrechts. In: D. Rosch, C. Fountoulakis, & C. Heck (Hrsg.), *Handbuch Kindes- und Erwachsenenschutz. Recht und Methodik für Fachleute* (2. Aufl., 30-33). Bern: Haupt.
- Rosch, D., & Hauri, A. (2018). Zivilrechtlicher Kindesschutz. In: D. Rosch, C. Fountoulakis, & C. Heck (Hrsg.), *Handbuch Kindes- und Erwachsenenschutz. Recht und Methodik für Fachleute* (2. Aufl., 442-483). Bern: Haupt.
- Rosch, D., Jud, A., & Mitrovic, T. (2016). *Schlussbericht. Praxis des Vorgehens der KESB bei Vaterschaftsfeststellungen, bei Unterhaltsverträgen und beim Einbezug von verwandten und nicht verwandten Personen bei Kindesplatzierungen durch die KESB*. Abgerufen von Luzern: <https://www.bj.admin.ch/dam/bj/de/data/gesellschaft/gesetzgebung/kesr/schlussber-hslu-d.pdf.download.pdf/schlussber-hslu-d.pdf>
- Roschk, H. (2011). *Gerechtigkeit bei der Beschwerdebehandlung: der moderierende Einfluss von Kunden- und Situationsmerkmalen*. Springer-Verlag.
- Rosenboom, E. (2006). *Die familiengerichtliche Praxis in Hamburg bei Gefährdung des Kindeswohls durch Gewalt und Vernachlässigung nach § 1666, 1666a BGB - eine qualitative Untersuchung*. (Vol. 235). Bielefeld: Giesecking.
- Rost, K., & Osterloh, M. (2008). Unsichtbare Hand des Marktes oder unsichtbares Handschütteln? Wachstum der Managerlöhne in der Schweiz. *Die Unternehmung schweizerische Zeitschrift für Betriebswirtschaft*, 62(3), 274.



- Rost, K., & Weibel, A. (2013). CEO pay from a social norm perspective: The infringement and reestablishment of fairness norms. *Corporate Governance: An International Review*, 21(4), 351-372.
- Schneider, K., Toussaint, P., & Cappenberg, M. (2014). *Kindeswohl zwischen Jugendhilfe, Justiz und Gutachter: eine empirische Untersuchung*. Springer-Verlag.
- Schone, R. (2017). Zur Definition des Begriffs Kindeswohlgefährdung. In: J. Münder (Hrsg.), *Kindeswohl zwischen Jugendhilfe und Justiz. Zur Entwicklung von Entscheidungsgrundlagen und Verfahren zur Sicherung des Kindeswohls zwischen Jugendämtern und Familiengerichten* (16-38). Weinheim: Beltz Juventa.
- Schreier, M. (2012). *Qualitative Content Analysis in Practice* (1. Aufl.). Los Angeles: SAGE.
- Schumacher, J. A., Slep, A. M. S., & Heyman, R. E. (2001). Risk factors for child neglect. *Aggression and violent behavior*, 6(2-3), 231-254.
- Seith, C. (2013). "Weil sie dann vielleicht etwas Falsches tun" - zur Rolle von Schule und Verwandten für von häuslicher Gewalt betroffene Kinder aus Sicht von 9-17 Jährigen. In: B. Kavemann & U. Kreyssig (Hrsg.), *Handbuch Kinder und häusliche Gewalt* (3. Aufl., 103-124). Wiesbaden: Springer VS.
- Sewell, W. H. J. (1992). A theory of structure: Duality, agency, and transformation. *American Journal of Sociology*, 98(1), 1-29.
- Simoni, H., & Trost-Melchert, T. (2008). Synthese. In: A. Büchler & H. Simoni (Hrsg.), *Kinder und Scheidung. Der Einfluss der Rechtspraxis auf familiäre Übergänge* (117-121). Zürich: Rüegger Verlag.
- Smith, A. K., Bolton, R. N., & Wagner, J. (1999). A model of customer satisfaction with service encounters involving failure and recovery. *Journal of Marketing Research*, 36(3), 356-372.
- Spath, D., & Koch, S. (2009). Grundlagen der Organisationsgestaltung. In: H.-J. Bullinger, D. Spath, H.-J. Warnecke, & E. Westkämper (Hrsg.), *Handbuch Unternehmensorganisation* (3 Aufl., 3-24). Berlin: Springer.
- Spring, M., & Fassbind, P. (2018). *Juris erklärt dir deine Rechte. Kinderrechte bei einer Trennung oder Scheidung und Kinderschutz*. Glarus: Baeschlin.
- Steck, D. (2003). *Bericht mit Vorentwurf für ein Bundesgesetz über das Verfahren vor den Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden*. Abgerufen von <https://www.bj.admin.ch/dam/bj/de/data/gesellschaft/gesetzgebung/archiv/vormundschaft/vn-begleitber-d.pdf.download.pdf/vn-begleitber-d.pdf>
- Stith, S. M., Liu, T., Davies, L. C., Boykin, E. L., Alder, M. C., Harris, J. M., . . . Dees, J. (2009). Risk factors in child maltreatment: A meta-analytic review of the literature. *Aggression and violent behavior*, 14(1), 13-29.
- Sunshine, J., & Tyler, T. R. (2003). The role of procedural justice and legitimacy in shaping public support for policing. *Law & Society Review*, 37(3), 513-547. doi:Doi 10.1111/1540-5893.3703002

- SVBB, S. V. d. B. (2017). Anforderungsprofil Berufsbeistände.
- Taylor, C. (1996). *Quellen des Selbst. Die Entstehung der neuzeitlichen Identität*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Thibaut, J., & Walker, L. (1975). *Procedural Justice: A psychological analysis*. Hillsdale: Lawrence Erlbaum Associates.
- Thibaut, J., & Walker, L. (1978). A theory of procedure. *California Law Review*, 66(3), 541-566.
- Tschentscher, A. (2000). *Prozedurale Theorien der Gerechtigkeit*. Baden-Baden: Nomos.
- Tyler, T. (2017). Procedural justice and policing: A rush to judgment? *Annual Review of Law and Social Science*, 13(1).
- Tyler, T. R. (1989). The psychology of procedural justice: a test of the group-value model. *Journal of Personality and Social Psychology*, 57(5), 830.
- Tyler, T. R. (2000). Social justice: Outcome and procedure. *International Journal of Psychology*, 35(2), 117-125.
- Tyler, T. R. (2006a). Restorative justice and procedural justice: Dealing with rule breaking. *Journal of Social Issues*, 62(2), 307-326.
- Tyler, T. R. (2006b). *Why People Obey the Law*. Princeton: Princeton University Press.
- Tyler, T. R. (2013). *Why People Cooperate. The Role of Social Motivations*. Princeton: Princeton University Press.
- Tyler, T. R., & Blader, S. L. (2000). *Cooperation in groups: Procedural justice, social identity, and behavioral engagement*. Psychology Press.
- Tyler, T. R., & Blader, S. L. (2003). The group engagement model: Procedural justice, social identity, and cooperative behavior. *Personality and Social Psychology Review*, 7(4), 349-361.
- Tyler, T. R., & Fagan, J. (2008). Legitimacy and cooperation: Why do people help the police fight crime in their communities. *Ohio State Journal of Criminal Law*, 6, 231.
- Tyler, T. R., & Jackson, J. (2014). Popular legitimacy and the exercise of legal authority: Motivating compliance, cooperation, and engagement. *Psychology, Public Policy, and Law*, 20(1), 78-95. doi:10.1037/a0034514
- Tyler, T. R., & Lind, E. A. (1992). A relational model of authority in groups. *Advances in Experimental Social Psychology*, 25, 115-191. doi:10.1016/S0065-2601(08)60283-X
- Tyler, T. R., Lind, E. A., & Huo, Y. J. (2000). Cultural values and authority relations - The psychology of conflict resolution across cultures. *Psychology Public Policy and Law*, 6(4), 1138-1163. doi:10.1037//1076-8971.6.4.1138
- Van den Bos, K., & Lind, E. A. (2002). Uncertainty management by means of fairness judgments. *Advances in Experimental Social Psychology*, 34, 1-60.

- van den Bos, K., Lind, E. A., Vermunt, R., & Wilke, H. A. M. (1997). How do I judge my outcome when I do not know the outcome of others? The psychology of the fair process effect. *Journal of Personality and Social Psychology*, 72(5), 1034-1046. doi:10.1037/0022-3514.72.5.1034
- van den Bos, K., Lind, E. A., & Wilke, H. A. M. (2001). The psychology of procedural and distributive justice viewed from the perspective of fairness heuristic theory. In: R. Cropanzano (Hrsg.), *Justice in the workplace: From theory to practice* (Vol. 2, 49-66). Mahwah, NJ: Lawrence Erlbaum Associates.
- van den Bos, K., van Schie, E. C. M., & Colenberg, S. E. (2002). Parents' reactions to child day care organizations: The influence of perceptions of procedures and the role of organizations' trustworthiness. *Social Justice Research*, 15(1), 53-62. doi:10.1023/a:1016097715802
- van den Bos, K., Wilke, H. A. M., & Lind, E. A. (1998). When do we need procedural fairness? The role of trust in authority. *Journal of Personality and Social Psychology*, 75(6), 1449-1458. doi:10.1037//0022-3514.75.6.1449
- van den Bos, K., Wilke, H. A. M., Lind, E. A., & Vermunt, R. (1998). Evaluating outcomes by means of the fair process effect: Evidence for different processes in fairness and satisfaction judgments. *Journal of Personality and Social Psychology*, 74(6), 1493-1503. doi:10.1037/0022-3514.74.6.1493
- VanYperen, N. W., Hagedoorn, M., Zweers, M., & Postma, S. (2000). Injustice and employees' destructive responses: The mediating role of state negative affect. *Social Justice Research*, 13(3), 291-312.
- Vis, S. A., & Fossum, S. (2013). Representation of children's views in court hearings about custody and parental visitations - A comparison between what children wanted and what the courts ruled. *Children and Youth Services Review*, 35(12), 2101-2109. doi:10.1016/j.childyouth.2013.10.015
- Vis, S. A., Holtan, A., & Thomas, N. (2012). Obstacles for child participation in care and protection cases—why norwegian social workers find it difficult. *Child Abuse Review*, 21(1), 7-23.
- Vis, S. A., Strandbu, A., Holtan, A., & Thomas, N. (2011). Participation and health—a research review of child participation in planning and decision-making. *Child & Family Social Work*, 16(3), 325-335.
- Voll, P., & Jud, A. (2013). Management by diffusion? Zum Umgang mit Risiken im zivilrechtlichen Kinderschutz. In: E. M. Piller & S. Schnurr (Hrsg.), *Kinder- und Jugendhilfe in der Schweiz. Forschung und Diskurse* (23-52). Wiesbaden: Springer VS.
- Voll, P., Jud, A., Mey, E., Häfeli, C., & Stettler, M. (Hrsg.). (2008). *Zivilrechtlicher Kinderschutz: Akteure, Prozesse, Strukturen. Eine empirische Studie mit Kommentaren aus der Praxis*. Luzern: Interact.
- Walster, E., Berscheid, E., & Walster, G. W. (1973). New directions in equity research. *Journal of Personality and Social Psychology*, 25(2), 151.

- Weiss, H. M., Suckow, K., & Cropanzano, R. (1999). Effects of justice conditions on discrete emotions. *Journal of Applied Psychology*, 84(5), 786.
- Weisz, V., Wingrove, T., Beal, S. J., & Faith-Slaker, A. (2011). Children's participation in foster care hearings. *Child Abuse & Neglect*, 35(4), 267-272. doi:10.1016/j.chiabu.2010.12.007
- Werner, K. (2019). *Leben als Pflegekind. Die Perspektive jugendlicher Pflegekinder auf ihre Lebenssituation*. Weinheim: Beltz Juventa.
- Witzel, A. (1982). *Verfahren der qualitativen Sozialforschung - Überblick und Alternativen*. Frankfurt: Campus.
- Witzel, A. (1985). Das problemzentrierte Interview. In: G. Jüttemann (Hrsg.), *Qualitative Forschung in der Psychologie* (227-255). Weinheim: Beltz.
- Witzel, A. (2000). Das problemzentrierte Interview. *Forum Qualitative Sozialforschung*, 1(1, Art. 22).

## **11 Anhang**

### **11.1 Informationsmerkblatt für Studienteilnehmende**

#### **Forschungsprojekt**

#### **Wahrnehmung des Kindesschutzverfahrens vor der KESB durch Eltern und Kinder**

#### **Information für Studienteilnehmende**

Sehr geehrte Teilnehmerin, sehr geehrter Teilnehmer

##### **1. Auswahl der Studienteilnehmer\*innen**

Wir fragen Sie an, ob Sie an einer Studie teilnehmen möchten. In dieser Studie führen wir mit Eltern und deren Kindern Interviews zum Kindesschutzverfahren vor der KESB.

##### **2. Ziel der Studie**

Wenn die Kindesschutzbehörde ein Verfahren eröffnet ist dies für Eltern und Kinder meistens belastend. Nicht immer deckt sich das Vorgehen der KESB mit den Bedürfnissen der Eltern und des Kindes. Mit dieser Studie möchten wir erfahren, wie Sie und Ihr Kind das Kindesschutzverfahren vor der KESB erlebt haben. Ihre Erfahrungen helfen Fachpersonen, die Seite der Betroffenen besser zu verstehen. Auf diese Weise können Fachpersonen Familien, die ein Verfahren bei der KESB durchlaufen, noch besser unterstützen.

##### **3. Allgemeine Informationen zur Studie**

In der Studie werden die Daten durch Interviews erhoben.

Die Studie wird in Übereinstimmung mit der schweizerischen Gesetzgebung und nach international anerkannten Richtlinien durchgeführt.

##### **4. Freiwilligkeit der Teilnahme**

Ihre Teilnahme an dieser Studie ist freiwillig. Sie haben jederzeit die Möglichkeit, Ihre einmal gegebene Einwilligung zu einem späteren Zeitpunkt zu widerrufen. Einen allfälligen Widerruf Ihrer Einwilligung bzw. den Rücktritt von der Studie müssen Sie nicht begründen. Im Fall eines Widerrufs werden wir die bis zu diesem Zeitpunkt erhobenen Daten trotzdem auswerten, weil sonst die ganze Studie ihren Wert verlieren würde. Nach der Erhebung werden wir Ihre Daten anonymisieren. Niemand wird erfahren können, dass die Daten von Ihnen stammten.

##### **5. Studienablauf**

Sie können bestimmen, ob wir nur Sie interviewen oder ob wir auch mit Ihrem Kind ein Interview führen dürfen. Das Interview wird telefonisch oder an einem Ort Ihrer Wahl durchgeführt. Die Dauer ist abhängig vom Gesprächsverlauf. Wir rechnen mit einer Durchschnittsdauer von 1 Stunde pro Interview. Während des Interviews können jederzeit Pausen eingelegt werden. Das Gespräch kann auch abgebrochen werden, wenn es Sie zu sehr belastet.

## **6. Nutzen für die Teilnehmenden**

Die Teilnahme an dieser Studie bringt Ihnen keinen unmittelbaren Nutzen. Da die Ergebnisse in die Weiterbildung von Fachpersonen einfließen werden, erhoffen wir uns einen Nutzen für zukünftig betroffene Eltern und deren Kinder.

## **7. Risiken und Unannehmlichkeiten**

Aus unserer Sicht bestehen für die Teilnehmenden keinerlei physische Risiken oder Belastungen. Wenn jemand aufgrund des Interviews das Bedürfnis nach psychologischer Beratung/Unterstützung verspürt, kann ihm/ihr auf Wunsch durch die Studienleiterin eine unabhängige Psychologin oder ein unabhängiger Psychologe vermittelt werden, die/der nicht in das Projekt involviert ist.

## **8. Vertraulichkeit der Daten**

In dieser Studie werden persönliche Daten von Ihnen erfasst. Die Interviewaufnahme wird transkribiert und verschlüsselt, d.h. mit einem Code versehen. Diese Codeliste wird verschlossen aufbewahrt. Die Projektmitarbeitenden arbeiten bei der Analyse nur mit verschlüsselten Transkripten, in denen Ihr Name nicht aufgeführt ist. Während der ganzen Studie wird die Vertraulichkeit Ihrer Daten strikt gewahrt. Ihr Name wird in keiner Weise in Berichten oder Publikationen, die aus der Studie hervorgehen, veröffentlicht. Zu den unverschlüsselten verschriftlichten Interviews haben nur Projektmitarbeitende Zugang.

## **9. Finanzierung der Studie**

Diese Studie ist ein Dissertationsprojekt (also kein Projekt der KESB) und wird durch Dritte finanziert.

## **10. Entschädigung für die Studienteilnehmenden**

Für die Teilnahme an dieser Studie erhalten Sie keine Entschädigung.

## **11. Kontaktperson**

Bei Interesse an einer Studienteilnahme und bei Fragen oder Unklarheiten können Sie sich jederzeit an die folgende Kontaktperson wenden:

Andrea Hauri  
Studienleiterin  
[+Kontaktangaben]

## 11.2 Einverständniserklärung Kinder/Eltern

### Schriftliche Einverständniserklärung zur Studienteilnahme

- ◆ Bitte lesen Sie dieses Formular sorgfältig durch.
- ◆ Bitte fragen Sie, wenn Sie etwas genauer wissen möchten oder nicht verstehen.

**Titel der Studie:** Wahrnehmung des Kindesschutzverfahrens vor der KESB durch Eltern und Kinder  
**Ort der Studie:** [Adresse]  
**Projektleiterin:** Andrea Hauri

#### Studienteilnehmer/in:

Vorname Name

Jahrgang

- Ich wurde von der unterzeichnenden Projektleiterin mündlich und schriftlich über die Ziele und über den Ablauf der Studie informiert.
- Ich habe die zur oben genannten Studie abgegebene schriftliche Information gelesen und verstanden. Meine Fragen im Zusammenhang mit der Teilnahme an dieser Studie sind mir beantwortet worden. Ich kann die schriftliche Information behalten und erhalte eine Kopie meiner schriftlichen Einverständniserklärung.
- Ich hatte genügend Zeit, um meine Entscheidung zu treffen.
- Ich weiss, dass meine persönlichen Daten nur in anonymisierter Form weiterverwendet werden.
- Ich nehme an dieser Studie freiwillig teil. Ich kann jederzeit und ohne Angabe von Gründen meine Zustimmung zur Teilnahme widerrufen.

.....  
Ort, Datum

.....  
Unterschrift der/s Studienteilnehmenden

**Bestätigung der Projektleiterin:** Hiermit bestätige ich, dass ich dieser/diesem Studienteilnehmenden Wesen, Bedeutung und Tragweite der Studie erläutert habe. Ich versichere, alle im Zusammenhang mit dieser Studie stehenden Verpflichtungen zu erfüllen.

Bern,

.....  
Ort, Datum

.....  
Unterschrift der Projektleiterin

### 11.3 Interviewleitfaden Eltern

Leitfrage (Erzählaufforderung)	Check – wurde das erwähnt? <sup>51</sup>	Notizen
<b>I Gerechtigkeitswahrnehmung</b>		
<p>-Können Sie mir etwas darüber erzählen, wie es für Sie war als Sie davon erfahren haben, dass es eine Meldung an die KESB gab und die KESB ein <b>Verfahren</b> für Ihren Sohn/ Ihre Tochter <b>eröffnet</b> hat?</p> <p>-Was <b>hätte</b> Ihnen <b>geholten</b> im Moment, als Sie erfahren haben, dass es eine Meldung an die KESB gab und die KESB ein Verfahren eröffnet hat?</p>	<p>Anlass Meldung</p> <p>Wer machte Meldung</p> <p>Wie Familie über Meldung informiert worden</p> <p>Gefühle, Gedanken Verfahrenseröffnung</p> <p>Erste Kontaktaufnahme KESB (mündlich, schriftlich, wie war das für Sie)</p> <p>Verbesserungsvorschläge</p>	
<p>Wie gut war es für Sie <b>verständlich</b>, was das bedeutet, dass die KESB ein Verfahren macht, wie der Ablauf ist und wer was entscheidet?</p> <p>Was <b>hätte</b> Ihnen <b>geholten</b>, um das Verfahren besser zu verstehen?</p>	<p>Wie haben Sie die <b>Informationen</b> wahrgenommen, die Sie über die Arbeit der KESB und das Verfahren erhalten haben?</p> <p>Wie informiert über Ablauf Verfahren und Abklärung</p> <p>Verständlichkeit der Informationen</p> <p>Was lösten Informationen aus</p> <p>Unterschied KESB und Abklärungsdienst</p> <p>Wer hat informiert</p> <p>War klar, wer für was Ansprechperson ist?</p> <p>War klar, wer Entscheidung trifft?</p> <p>Wünsche in Bezug auf Informationen zum Verfahren</p>	
Wie wurden Sie von KESB <b>einbezogen</b> in das Verfahren und wie war das für Sie?	Wie haben Sie den Kontakt/die Gespräche mit der KESB erlebt?	

<sup>51</sup> Können Sie dazu noch etwas mehr erzählen? Und dann? Wie ging es weiter? Wie war das für Sie als Mutter/Vater?



Inwiefern hätten Sie sich <b>anders gewünscht</b> von der KESB einbezogen zu werden? (Was hätten Sie besser gefunden?)	Anzahl persönliche Gespräche KESB Mit wem gesprochen? Hat KESB alle wichtigen Informationen berücksichtigt Inwiefern haben Sie Eindruck die Person sei offen und ehrlich, inwiefern ernst genommen gefühlt? Respektvoll, freundlich, im Umgang? Verstanden gefühlt? Nachvollziehbarkeit des Vorgehens? Räumlichkeiten?	
KESB- Abklärungsdienst (Sozialdienst) Wie war es für Sie, dass die eigentliche <b>Abklärung durch den Sozialdienst</b> vorgenommen wurde?  Was hätte es verändert, wenn Sie insgesamt nur mit der KESB zu tun gehabt hätten?	Unterschied Gespräche KESB- Abklärungsperson Nachvollziehbarkeit der Aufgabenteilung zwischen KESB und Abklärungsdienst	
Wie war der <b>Entscheid</b> der KESB für Sie?  Was hätte die KESB aus Ihrer Sicht <b>anders</b> machen können beim Entscheid treffen und in der Art und Weise, wie Sie darüber informiert worden sind?	Was wurde entschieden? Wie Entscheid mitgeteilt? Entscheid schriftlich verständlich? Wie hätten Sie sich gewünscht, dass KESB entschieden hätte?	
Haben Sie mit jemandem ausserhalb Ihrer engsten Familie darüber gesprochen, dass die KESB ein Verfahren für Ihre Familie durchführt? Wie war das für Sie?		
Inwiefern sind Sie bereit, mit der KESB in Zukunft allenfalls wieder <b>zusammenarbeiten</b> und allfällige Empfehlungen oder Weisungen zu <b>befolgen</b> ?	Je nach Entscheid: keine Massnahme: falls es in Zukunft wieder Kontakt zur KESB geben sollte Entscheid Massnahme: mithelfen bei der Umsetzung	
<b>II Gesamthafte Gerechtigkeitswahrnehmung und allgemeine Verbesserungsvorschläge</b>		

Inwiefern empfinden Sie das Verfahren vor der KESB rückwirkend als <b>gerecht</b> ? (Insgesamt auf einer Skala 0-10 (0 sehr ungerecht; 10 extrem gerecht)?		
Gab es etwas, das Sie im Verfahren oder im Kontakt mit der KESB <b>positiv überrascht</b> hat? Was war das?		
Gibt es <b>sonst noch</b> etwas, wo Sie denken, dass es <b>anderen Familien helfen</b> könnte im Verfahren der KESB?	Allgemeine Anliegen Verbesserungsvorschläge	

<b>III Legitimität KESB</b>		
Meinung: Die KESB darf und muss z.T. Entscheide gegen den Willen von Eltern treffen und die Rechte der Eltern einschränken. Inwiefern ist das nach Ihrer Meinung <b>gerechtfertigt</b> , dass die KESB das darf und muss?	Gedanken und Gefühle allgemein gegenüber KESB Einstellungen vor Verfahren Allgemein: trifft KESB in CH gerechte Entscheidungen	
Inwiefern denken Sie, den KESB in der Schweiz kann man im Allgemeinen <b>vertrauen</b> ?		
Was sollte anders getan werden, um Kinder, die gefährdet sind, schützen zu können?		
<b>IV Schluss</b>		
Wie geht es Ihnen heute – einige Zeit nach Abschluss des Verfahrens auf einer Skala 0-10 (0 sehr schlecht; 10 extrem gut)?		
Wann war der <b>Tiefpunkt</b> ?		
-Haben Sie noch ein <b>Anliegen</b> , dass Ihnen am Herzen liegt oder <b>Fragen</b> ?		
<b>V Kurzfragebogen</b>		
-Ich würde gerne noch bestimmte <b>Eckdaten</b> aufnehmen	Anzahl und Alter Kinder	

	Eltern zusammenlebend, getrennt geschieden Beruf Mutter/Vater Hauptproblematik/ Anlass Meldung, Melder*in Datum Meldung Datum Entscheid Verfahrensleitung: Mann, Frau, beruflicher Hintergrund	
- <b>Einverständnis Interview Kind</b>	Kontaktangaben Kind, telefonisch, persönlich Einverständnis Kind	

## 11.4 Interviewleitfaden Kinder

Leitfrage (Erzählaufforderung) <sup>52</sup>	Check – wurde das erwähnt? <sup>53</sup>	Notizen
<p>-Hast du mit deiner Mutter und deinem Vater darüber gesprochen, was wir heute zusammen besprechen werden?</p> <p>Ich mache Interviews mit Kindern und deren Eltern und möchte 2 Sachen herausfinden:</p> <p>a) wie war es für Kinder, dass es ein Verfahren bei der KESB gab und</p> <p>b) welche Möglichkeiten es gibt, damit das Verfahren vor der KESB für die Kinder und die Eltern einfacher ist.</p> <p>-Informationen mündlich und Einverständnis Tonbandaufnahme</p> <p>-Hast du dir überlegt, was du gerne mit mir besprechen möchtest?</p>		
<b>I Gerechtigkeitswahrnehmung und Verbesserungsvorschläge</b>		
<p>-Kannst du mir erzählen, wie du davon erfahren hast, dass jemand eine Meldung an die KESB gemacht hat und die KESB ein <b>Verfahren</b> für dich <b>eröffnet</b> hat?</p> <p>(-Was <b>hätte</b> dir <b>geholfen</b> im Moment, als du erfahren hast, dass es eine Meldung an die KESB gab und die KESB ein Verfahren eröffnet hat?)</p>	<p>Gefühle, Gedanken Verfahrenseröffnung</p> <p>Wie über Meldung informiert worden</p> <p>Erste Kontaktaufnahme KESB (mündlich, schriftlich, wie kam das an)</p>	

<sup>52</sup> Je nach Alter: Duzen oder Siezen.

<sup>53</sup> Allgemeine Erzählaufforderungen: Kannst du mir dazu noch etwas mehr erzählen? Und dann? Wie ging es weiter? Wie war das für dich?

<p>-Hat jemand mit dir darüber gesprochen, was es bedeutet, dass die KESB eine Abklärung macht? Was eine Gefährdungsmeldung ist? Was der Unterschied zwischen der KESB und dem Abklärungsdienst ist?</p> <p>-Wenn ja: wer hat dich informiert? Was hast du dort besprochen? Was für Fragen konntest du stellen?</p> <p>-Wenn nein: hättest du gewusst wer du dazu fragen könntest?</p> <p>Was <b>hätte</b> dir <b>geholfen</b>, um das Verfahren besser zu verstehen?</p>	<p>Wie hast du die <b>Informationen</b> wahrgenommen, die du über die Arbeit der KESB und das Verfahren erhalten hast?</p> <p>Wie wurdest du informiert über Ablauf Verfahren und Abklärung?</p> <p>Verständlichkeit der Informationen?</p> <p>Was lösten Informationen aus?</p> <p>Unterschied KESB und Abklärungsdienst?</p> <p>Wer hat informiert?</p> <p>War klar, wer für was Ansprechperson ist?</p> <p>War klar, wer Entscheidung trifft?</p> <p>Wünsche in Bezug auf Informationen zum Verfahren</p>	
<p>-<b>Wie oft</b> hat jemand von der KESB mit dir gesprochen?</p> <p>-Wie war das Gespräch für dich?</p> <p>-Hättest du <b>mehr Gespräche</b> mit der KESB <b>gewünscht</b>?</p> <p>-<b>Wie oft</b> hat jemand von einem Abklärungsdienst mit dir gesprochen?</p> <p>-Waren die Erklärungen der zuständigen Personen der KESB für dich nachvollziehbar?</p> <p>-War dir klar, an wen du dich wenden kannst bei Fragen zum Vorgehen der KESB?</p> <p>- Wurden deine Anliegen von der KESB <b>berücksichtigt</b>?</p> <p>Was hättest du dir <b>anders gewünscht</b> von der KESB <b>einbezogen</b> zu werden? (Was hättest du besser gefunden?)</p>	<p>-Mit wem gesprochen?</p> <p>-Waren die zuständigen Personen der KESB <b>freundlich</b> zu dir?</p> <p>-Haben die zuständigen Personen der KESB dich mit <b>Respekt</b> behandelt?</p> <p>- Hast du dich von den zuständigen Personen der KESB verstanden gefühlt?</p> <p>- Haben die zuständigen Personen der KESB dich ernst genommen?</p> <p>-Waren die zuständigen Personen der KESB dir gegenüber offen und ehrlich?</p> <p>-Haben dir die zuständigen Personen der KESB gründlich erklärt, wie das Verfahren abläuft?</p> <p>-Hat KESB alle wichtigen Informationen berücksichtigt</p> <p>Offen und ehrlich, ernst genommen</p>	
<p>-Von wem hast du erfahren, was die KESB entschieden hat?</p> <p>Wie war das für dich?</p> <p>-Wie war es für dich, was die KESB entschieden hat?</p>	<p>Was wurde entschieden</p> <p>Wie Entscheid mitgeteilt</p> <p>Entscheid schriftlich verständlich?</p>	

-Hättest du dir gewünscht, dass die KESB etwas Anderes entschieden hätte? Falls ja: wie hättest du dir gewünscht, dass die KESB sich entscheidet?	Wie hättest du dir gewünscht, dass KESB entschieden hätte?	
Was hätte die KESB deiner Meinung nach <b>anders</b> machen können beim Entscheid treffen und in der Art und Weise, wie du darüber informiert worden bist?		
Hast du mit jemandem ausser deinen Eltern darüber gesprochen, dass du mit der KESB zu tun hast? Was waren deine Überlegungen? Wie haben die Personen reagiert?		
Inwiefern wärst du bereit, mit der KESB in Zukunft allenfalls wieder <b>zusammenarbeiten</b> und allfällige Empfehlungen oder Weisungen zu <b>befolgen</b> ?	Je nach Entscheid: falls es in Zukunft wieder Kontakt zur KESB geben sollte Entscheid Massnahme: mithelfen bei der Umsetzung	
<b>II Gesamthafte Gerechtigkeitswahrnehmung und allgemeine Verbesserungsvorschläge</b>		
Wenn du zurückschaust: wie <b>gerecht</b> findest du das Verfahren vor der KESB insgesamt? auf einer Skala 0-10 (0 sehr ungerecht; 10 extrem gerecht)?		
Gab es etwas, das dich im Verfahren oder im Kontakt mit der KESB <b>positiv überrascht</b> hat? Was war das?		
Gibt es <b>sonst noch</b> etwas, wo du denkst, dass es <b>anderen Kindern helfen</b> könnte im Verfahren der KESB?	Allgemeine Anliegen Verbesserungsvorschläge	
<b>III Legitimität KESB</b>		
Findest du es gut, dass es die KESB gibt?	Gerechtfertigt, dass es KESB gibt? Gedanken und Gefühle allgemein gegenüber KESB Einstellungen vor Verfahren	

Was sollte anders getan werden, um Kinder, die gefährdet sind, schützen zu können?	Im Allgemeinen kann man KESB vertrauen? Allgemein: trifft KESB in CH gerechte Entscheidungen	
<b>IV Schluss</b>		
Wie geht es dir heute – einige Zeit nach Abschluss des Verfahrens auf einer Skala 0-10 (0 sehr schlecht; 10 extrem gut)?	Tiefpunkt	
-Wenn man Kinder zu ihren Erlebnissen befragt, wie sie die Arbeit der KESB erlebt haben, was sollte man sie deiner Meinung nach <b>nicht</b> fragen? -Mich nimmt noch Wunder, wie es bei dir weiter geht (nach Schuljahr/Lehre/etc).		
-Hast du noch ein <b>Anliegen</b> , dass dir am Herzen liegt oder <b>Fragen</b> , die dir wichtig sind?	Wie war das Gespräch für dich?	

## 11.5 Datenschutzerklärung KESB

### Datenschutzerklärung

im Rahmen des Forschungsprojektes

#### **„Wahrnehmung des Kindesschutzverfahrens durch Eltern und Kinder“**

Im Rahmen des oben genannten Forschungsprojektes erlaubt die KESB XX der Projektleiterin, Andrea Hauri, Interviews mit Eltern und deren Kindern durchzuführen. Damit verbunden kann die Kenntnis von durch Mitarbeitende der KESB bearbeiteten Akten stehen.

Die so gewonnenen Informationen dürfen von der Projektleiterin aufgezeichnet und elektronisch gespeichert werden. Die Projektleiterin verpflichtet sich gegenüber am Projekt teilnehmenden Behörden zu den untenstehenden Datenschutzmassnahmen sowie dazu, von allfälligen Projektmitarbeitenden, die Zugang zu den Projektdaten haben, eine schriftliche Erklärung gleichen Inhalts einzufordern.

#### **Erklärung**

In ihrer Funktion als Projektleiterin bestätigt die Unterzeichnende, dass sie von den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen zum Datenschutz Kenntnis genommen hat. Sie verpflichtet sich, das Geheimhaltungsinteresse und den Persönlichkeitsschutz aller vom Projekt betroffenen Personen und Institutionen zu wahren. Zu den Verpflichtungen gehören insbesondere

- Ablauf und Art der Datenbearbeitung gemäss Datenschutzvereinbarung umzusetzen sowie die dort aufgeführten Angaben über die zum Schutz der Informationen vorzukehrenden Massnahmen strikte einzuhalten,
- den Akten, Gesprächen und Beobachtungen nur solche Daten und Informationen zu entnehmen, welche für das Forschungsvorhaben erforderlich und wie sie in der Datenschutzvereinbarung dargestellt sind,
- keine Dokumente aus den Dossiers mitzunehmen und keine Kopien anzufertigen,
- für die angemessene Sicherung der erhobenen Daten vor Verlust, Entwendung und unbefugter Bearbeitung sowie Kenntnisnahme durch Dritte besorgt zu sein,
- keine Daten und Informationen ohne Zustimmung der zuständigen Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde an Dritte weiterzugeben,
- personen- und institutionenbezogene Daten, die im Rahmen des Projektes zu ihrer Kenntnis gelangen, ausschliesslich in anonymisierter Form zu verwenden,
- die Forschungsergebnisse nur so zu veröffentlichen, dass die betroffenen Personen nicht bestimmbar sind.

Bern,

Andrea Hauri  
Projektleiterin